G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Martin Hall
Rockefellers neue Rolle

Gunnar Matthiessen
Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975

Jörg Goldberg
Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit

Dieter Halfmann
Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß

Salim Ibrahim und Oswin Hartung
Zur Aktualisierung der Palästinafrage

Detlev Albers
Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974

Gerwin Schefer
Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgungen Das Beispiel Vormärz

1'75

Januar 1975 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Januar 1975

CHRONIK DES MONATS DEZEMBER 1974 1

KOMMENTARE UND BERICHTE

Rockefellers neue Rolle . . . . . *Martin Hall* 4

Zur anhaltenden Förderung der Vertriebenenverbände aus Steuermitteln . . . . . *Georg Herde* 8

HAUPTAUFSÄTZE

Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975 . . . . . *Gunnar Matthiessen* 13

Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit . . . . . *Jörg Goldberg* 26

Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß . . . . *Dieter Halfmann* 43

Zur Aktualisierung der Palästinafrage . . *Salim Ibrahim und Oswin Hartung* 57

Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974 . . . . . *Detlev Albers* 72

Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgung Das Beispiel Vormärz . . . . . *Gerwin Schefer* 85

MEDIENKRITIK

Rückblick auf ein Fernsehjahr . . . . . *Wulf D. Hund* 96

BÜCHER

Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der BRD Ein Literaturbericht . . . . . *Reinhard Kühnl* 97

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 105

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 106

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft . . . . . *Gerhard Kade* 109

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Kommuniqué des Kongresses für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Bonn-Bad Godesberg am 7. Dezember 1974 (Wortlaut) . 111

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 13. Dezember 1974 in Brüssel (Wortlaut) 114

Entschließung des Bremer Juso-Rats vom 10. Dezember 1974 zum Bombenanschlag auf dem Bremer Hauptbahnhof (Wortlaut) 116

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Zwanzigster Jahrgang · Heft 1/1975

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KUHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY
KARL GRAF V. WESTPHALEN

Mitbegründet von

HILDE BENTELE †
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER †
HANS RHEINFELDER †
ROBERT SCHOLL †
ERNST WOLF †

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats Dezember 1974

1. 12. — Israel. Staatspräsident Ephraim Katzir erklärt nach einem Bericht der Londoner „Times" in einem Gespräch mit Wissenschaftlern, sein Land besitze nunmehr die Fähigkeit, eigene Kernwaffen herzustellen.

2. 12. — Italien. Vor Senat und Abgeordnetenkammer verliest Ministerpräsident Moro die Regierungserklärung des von ihm geführten 37. Nachkriegskabinetts. Moro weist darauf hin, daß die Regierung „im Rahmen der linken Mitte" nach einer neuen Formel gebildet worden sei. Das Minderheitskabinett von Christdemokraten (DC) und Republikanern (PRI) besitze die parlamentarische Unterstützung der Sozialdemokraten (PSDI) und Sozialisten (PSI); PSDI und PSI hatten die Regierung verlassen und damit den Rücktritt des Kabinetts Rumor herbeigeführt. — Die Vertrauensabstimmungen in Senat (5. 12.) und Abgeordnetenkammer (7. 12.) ergeben 190 gegen 113 bzw. 355 gegen 226 Stimmen für die neue Regierung.

3.—7. 12. — Frankreich/UdSSR. Der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, hält sich in Begleitung von Außenminister Gromyko und Außenhandelsminister Patolitschew in Paris auf. Der Meinungsaustausch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing, ohne formelle Tagesordnung, findet im Rahmen der regelmäßigen französisch-sowjetischen Konsultationen statt. Breschnew und Giscard d'Estaing

unterzeichnen ein neues umfassendes Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer Laufzeit von fünf Jahren. In einem Kommuniqué über die Konsultationen heit es, beide Parteien hätten festgestellt, daß in der zweiten Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vor allem in den letzten Wochen wesentliche Fortschritte erzielt und damit günstige Voraussetzungen für eine baldige Beendigung der Konferenz und für die anschließende Unterzeichnung der Schlußdokumente „auf höchster Ebene" geschaffen worden seien.

4. 12. — D D R / B R D. Der Erste Sekretär der SED, Erich Honecker, empfängt den Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Staatssekretär Günter Gaus. Einzelheiten der Unterredung werden nicht mitgeteilt. — Am 6. 12. paraphieren Ministerialdirigent Willy Kleindienst (BRD) und der stellvertretende Außenhandelsminister Heinz Behrendt (DDR) in Westberlin eine Vereinbarung über die Verlängerung des „Swing" im gegenseitigen Handel mit einem jährlichen Volumen von 850 Mill. Verrechnungseinheiten (VE) bis zum 31. Dezember 1981. Die Vereinbarung hat die Form eines Briefwechsels. — Am 9. 12. überreicht der stellvertretende DDR-Außenminister Kurt Nier an Staatssekretär Gaus eine Mitteilung über „Vorschläge der Regierung der DDR an die Regierung der BRD", in der die DDR Erleichterungen für den Reiseverkehr ankündigt und sich bereit erklärt, Verhandlungen über Fragen des Schienen- und Straßenverkehrs, über weitere industrielle Kooperationen und über die Zusammenarbeit auf dem Energiesektor mit der Bundesrepublik aufzunehmen. Ein ähnliches Dokument übermittelt das DDR-Außenministerium an den Senat von Berlin (West).

5.—6. 12. — U S A / B R D. Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher halten sich zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Ford und Außenminister Kissinger in Washington auf, in deren Mittelpunkt die Erörterung der internationalen Wirtschaftslage steht.

7. 12. — Z y p e r n. Nach erzwungener Abwesenheit von fast fünf Monaten (seit dem 16. Juli 1974) kehrt Erzbischof Makarios als Staatspräsident nach Zypern zurück. Der seit dem 23. 7. amtierende Präsident, Glafkos Kleridis, übernimmt wieder seine frühere Funktion als Sprecher des Abgeordnetenhauses, bleibt jedoch Verhandlungspartner des türkischen Vizepräsidenten Rauf Denktasch.

8. 12. — G r i e c h e n l a n d. Bei einem Referendum über die künftige Staatsform spricht sich die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung für die Republik und gegen die Wiedereinführung der Monarchie aus. Von den 4 680 149 gültigen Stimmen (Zahl der Wahlberechtigten 6 350 489) werden 69,2 Prozent für die Republik und 30,8 Prozent für die Monarchie abgegeben. — Am 18. 12. wählt das Parlament in geheimer Abstimmung mit 206 gegen 74 Stimmen bei 8 Enthaltungen Michael Stasinopoulos, einen Abgeordneten der Regierungspartei, zum provisorischen Präsidenten der Republik.

9. 12. — U N O. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen befürwortet in getrennten Resolutionen die Errichtung bzw. Respektierung kernwaffenfreier Zonen im Nahen Osten (bei Stimmenthaltung Israels und Burmas), in Afrika und in Südasien (gegen die Stimmen Indiens und Bhutans). Die Versammlung fordert die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates auf, Vorschläge zur Reduktion ihrer Verteidigungsbudgets um zehn Prozent zu unterbreiten. In einer weiteren Entschließung wird die Aufnahme der BRD und der DDR sowie des Iran, Perus und Zaires in die Genfer Abrüstungskonferenz gebilligt, deren Mitgliederzahl sich damit ab 1. Januar 1975 auf 31 erhöht. — Am 12. 12. verabschiedet die Generalversammlung mit 120 gegen 6 Stimmen bei 10 Enthaltungen den Text einer „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten", der auf die Initiative des mexikanischen Staatspräsidenten Luis Echeverria zurückgeht. Gegenstimmen werden von Belgien, Dänemark, der Bundesrepublik, Luxemburg, Großbritannien und den USA abgegeben. Der Stimme enthalten sich Österreich, Kanada, Frankreich, Irland, Israel, Italien, Japan, die Niederlande, Norwegen und Spanien. — Am 18. 1. wird die 29. Generalversammlung in New York beendet.

— J a p a n. Der Reichstag wählt Takeo Miki zum neuen Ministerpräsidenten. Miki übernimmt das Amt und den Vorsitz der regierenden Liberaldemokratischen Partei von Kakuei Tanaka, der wegen des Vorwurfs der Korruption am 26. 11. zurückgetreten war.

9.—10. 12. — E G. Die Regierungschefs und Außenminister der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften folgen einer Einladung des französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zu einer „Gipfelkonferenz" nach Paris. Ein 37 Punkte umfassendes Abschlußkommuniqué nennt u. a. die internen Probleme der Gemeinschaften, die Stellung des Europäischen Parlaments, die Wirtschafts-, Währungs- und Regionalpolitik sowie Arbeitsmarkt- und Energieprobleme als Themen der Konferenz. Die Teilnehmer beschließen, in Zukunft „dreimal jährlich und so oft wie nötig mit den Außenministern als Rat der Gemeinschaft und im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit zusammenzutreten".

9.—13. 12. — N A T O. In Brüssel kommen die Führungsgremien der Nordatlantikpakt-Organisation zusammen. Zunächst tagen am 9. 12. die „Eurogruppe", der die europäischen Verteidigungsminister mit Ausnahme Frankreichs angehören und der Militärausschuß, der sich aus den Stabschefs zusammensetzt, sowie am 10. 12. die Nukleare Planungsgruppe. Es folgen Sitzungen des Komitees für Verteidigungsplanung (10.—11. 12.) und des Ministerrates (12.—13. 12.) auf der Ebene der Außenminister.

14.—16. 12. — F r a n k r e i c h / U S A. Auf der französischen Antilleninsel Martinique treffen sich Staatspräsident Giscard d'Estaing und der amerikanische Präsident Ford zu einem Meinungsaustausch. Die beiden Staatschefs werden von den Außenministern Sauvagnargues und Kissinger sowie anderen Kabinettsmitgliedern begleitet. Zu den wichtigsten Themen der Gespräche, über die ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht wird, gehört die von beiden Ländern verfolgte Energiepolitik.

17. 12. — N a h e r O s t e n. Der CDU-Abgeordnete Dr. Gerhard Schröder, der sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages in Syrien aufhält, trifft in Damaskus mit dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Yasir Arafat, zusammen. Schröder läßt erklären, er habe das Auswärtige Amt vorher von dem geplanten Gespräch unterrichtet.

19. 12. — U S A. Der frühere Gouverneur von New York, Nelson Rockefeller, kann (vier Monate nach seiner Nominierung) den Amtseid als 41. Vizepräsident der Vereinigten Staaten ablegen. Der Senat hatte am 10. 12. (mit 90 gegen 7 Stimmen bei 1 Enthaltung) und das Repräsentantenhaus am 19. 12. (mit 287 gegen 128 Stimmen) der Ernennung zugestimmt.

19.—21. 12. — K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i e n. In Budapest findet ein zweites Vorbereitungstreffen für eine Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien Europas statt; ein erstes Treffen hatte vom 16.—18. Oktober 1974 in Warschau stattgefunden. Vertreten sind 28 Parteien. Es wird beschlossen, eine „Redaktionskommission" einzusetzen, deren Organisation die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands übernimmt. Die SED ist Gastgeber der Hauptkonferenz, die im ersten Halbjahr 1975 in die DDR einberufen werden soll.

20. 12. — Ä t h i o p i e n. Die Regierung veröffentlicht einen Sozialisierungsplan, der eine direkte Staatskontrolle über die wichtigsten Industriezweige sowie eine Land- und Bodenreform ankündigt. Die ersten Anordnungen betreffen die Verstaatlichung aller einheimischen Banken und Zweigstellen ausländischer Bank- und Versicherungsinstitute.

28.—31. 12. — U d S S R / Ä g y p t e n. Der ägyptische Außenminister Fahmi und Verteidigungsminister Mohammed Abdel Ghani al-Gamasi, der wenige Tage zuvor die Nachfolge des am 25. 12. verstorbenen Verteidigungsministers Ahmed Ismail angetreten hatte, verhandeln mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Gretschko. Fahmi und Gamasi werden auch von Generalsekretär Breschnew empfangen. Während des Aufenthalts der ägyptischen Delegation in Moskau verbreitet die sowjetische Nachrichtenagentur TASS am 30. 12. eine kurze Meldung, in der ohne Angabe von Gründen mitgeteilt wird, der für die erste Hälfte des Monats Januar 1975 geplante Besuch Breschnews in Kairo, Damaskus und Bagdad sei in Übereinstimmung mit den dortigen Regierungen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Ein neues, für alle Seiten akzeptables Datum werde noch vereinbart. Nach seiner Rückkehr bezeichnet Außenminister Fahmi in Kairo die dreitägigen Verhandlungen mit den sowjetischen Politikern als „fruchtbringend und konstruktiv".

Kommentare und Berichte

Rockefellers neue Rolle

Nelson Rockefeller hat, mit mehrmonatiger Verzögerung, sein neues Amt als Vizepräsident der Vereinigten Staaten angetreten. Damit ist der Mann, dessen Familienbesitz auf fast eine Milliarde Dollars geschätzt wird, nur einen Herzschlag weit von der Präsidentschaft entfernt. Trotz der langwierigen Hearings, die Rockefellers Bestätigung durch den Kongreß vorangingen, ist die volle Bedeutung dieses Vorgangs sowohl für die Innen- wie die Außenpolitik der USA bisher kaum erkannt worden.

Um Rockefellers Aufstieg in seiner Tragweite beurteilen zu können, ist die Beantwortung zweier Fragen erforderlich: Warum legt ein Mann, der, gemessen an seinem Vermögen und seinem Einfluß zu den wirklich Mächtigen im Lande gehört, solchen Eifer an den Tag, eine Rolle zu übernehmen, die herkömmlicherweise anderen Leuten überlassen wird; Leuten, die als hinreichend anpassungsfähig gelten, um die Interessen der Herrschenden zu ihren eigenen zu machen, und die, sollten sie scheitern, mit der vollen Verantwortung belastet werden können, ohne daß das System selbst in Mißkredit geriete? Und warum mag jetzt diese Rolle ausgerechnet Nelson Rockefeller zugedacht worden sein, der dreimal Gouverneur von New York war, aber trotz wiederholter Versuche die Nominierung als Präsidentschaftskandidat seiner Partei bisher stets verfehlt hat?

Die Annahme, Nelson Rockefellers persönliche Ambitionen hätten ihn alle Zweifel beiseite schieben lassen, ob dieser letzte, beinahe verzweifelt erscheinende Versuch, 1976 anstelle eines abgewirtschafteten Gerald Ford selbst als Präsidentschaftskandidat zur Verfügung zu stehen und doch noch ins Weiße Haus einziehen zu können, klug war, reicht als Antwort kaum aus. In der Regel sind die herrschenden Kreise der USA durchaus damit zufrieden, wenn ein mehr oder weniger mediokrer Politiker im Weißen Haus ihre Interessen wahrnimmt. Ihre Wahl fällt auf Männer wie Truman, Johnson und Ford, und selbst wenn sie einmal einen Nationalhelden wie Eisenhower wählten, wußten sie ihre Interessen stets gut vertreten. Sicherlich, ein John F. Kennedy kam aus einer reichen Familie mit allen Beziehungen, Franklin D. Roosevelt gleichfalls. Aber selbst diese beiden können an Reichtum und Macht mit Nelson Rockefeller nicht verglichen werden.

Nichts illustriert das Ausmaß der politischen und ökonomischen Krise, in der die Vereinigten Staaten sich befinden, besser als die Tatsache, daß heute Nelson Rockefeller als Thronfolger im Weißen Haus bereitsteht.

Noch nie haben sich die USA in den Vereinten Nationen, die sie so lange Zeit beherrschen konnten, ähnlich isoliert gefunden wie heute. Angesichts der früher nicht gekannten Verbindung einer trabenden Inflation mit rasch wachsender Arbeitslosigkeit und sinkender Produktion liegen selbst die höchsten Wirtschaftsberater der Regierung miteinander im Streit über die Maßnahmen, die den Übergang der gegenwärtigen scharfen Rezession in eine vollausgeprägte Depression verhindern könnten — sofern dies überhaupt noch möglich ist. In dieser Lage sind in den USA die Herrschenden offenbar zu dem Schluß gekommen, daß nur einem der ihren die Aufgabe anvertraut werden könne, einem Kollaps ihres Systems — in der Konkurrenz mit dem sozialistischen System, das weder

mit Inflation noch Arbeitslosigkeit belastet ist — rechtzeitig vorzubeugen.

Die zweite Frage — Warum gerade Rockefeller? Und was ist von ihm zu erwarten, wenn er als Vizepräsident eine ausschlaggebende Rolle übernehmen oder wenn er sogar einmal Präsident Ford im Weißen Haus ablösen sollte? — ist über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus von größtem Interesse. Natürlich ist ziemlich allgemein bekannt, daß der Löwenanteil des gewaltigen Rockefeller-Vermögens in Öl investiert ist. Rockefeller wird also kaum tun, was John F. Kennedy versuchte — und was ihn nach weitverbreiteter Auffassung sein Leben kostete —, nämlich die Rechte der Ölgesellschaften beschneiden. In dieser Hinsicht kann die Ölindustrie gelassen bleiben. Rockefeller wird sich um ihre Interessen kümmern, die zufällig zugleich die seinen sind. Aber zu der gigantischen Rockefellerschen Machtstruktur gehört nicht nur das Öl. Dazu gehört beispielsweise auch die Kontrolle über die United Fruit Company, die ganze Länder in Lateinamerika, wie Guatemala, regelrecht besitzt. Rockefellers Interesse an der erfolgreichen CIA-Operation, die in Guatemala seinerzeit zum Sturz von Präsident Arbenz führte, war ebenso wenig beiläufig wie das an der Beseitigung Mossadeghs im Iran. Das Vergehen der beiden Männer bestand darin, Schritte eingeleitet zu haben, die die ökonomische Herrschaft der USA über die nationalen Ressourcen ihrer Länder zumindest reduzieren sollten. Als amerikanische Marinelandetruppen die Dominikanische Republik besetzten, geschah dies ebenso zum Schutze Rockefeller'scher Interessen wie zur Verhinderung einer größeren politischen Unabhängigkeit der dominikanischen Politik von den Vereinigten Staaten.

Es ist schon erstaunlich, wie sorgfältig während der wochenlangen Kongreßhearings über Rockefeller jegliche Auseinandersetzungen mit den Stellungnahmen, die dieser Mann im Laufe der vergangenen zehn Jahre zu außenpolitischen Fragen abgegeben hat, vermieden wurden. Beide Untersuchungsausschüsse gaben sich mit einigen allgemeinen und ziemlich unverbindlichen Worten Rockefellers, denen zufolge er mit der amtlichen Entspannungspolitik übereinstimme, zufrieden. Ein Mann wie Senator Henry Jackson, der schärfste Gegner der Entspannung, kann jedoch mit Rockefellers Ernennung vollauf zufrieden sein, denn Rockefeller hat sich während der Jahre des Vietnamkriegs und noch davor stets als ein „Falke" im schlimmsten Sinn des Wortes erwiesen.

Tom Wicker, einer der wenigen bekannten unabhängigen Journalisten der USA, hat in einem ausführlich belegten Artikel in der „New York Times" vom 13. Dezember 1974 unter dem Titel „Der allerkälteste Krieger" einige der Rockefeller'schen Äußerungen in Erinnerung gerufen. 1959 drängte der damalige Gouverneur von New York Präsident Eisenhower, die unterirdischen Kernwaffenversuche wiederaufzunehmen, „um den Frieden in der Welt zu bewahren". Am 21. Oktober 1961 ging Rockefeller einen Schritt weiter und verlangte überirdische Atomversuche. Als Präsident Kennedy sich um einen Atomteststopvertrag mit der Sowjetunion bemühte, erklärte Rockefeller am 14. November 1961, „die Unterzeichnung eines Teststopabkommens könnte gegenwärtig sowohl unsere nationale Sicherheit wie auch die Verteidigung der Freiheit in der ganzen Welt aufs Spiel setzen".

Zur Zeit der Invasion in der kubanischen Schweinebucht erklärte Rockefeller Präsident Kennedy seine Unterstützung „für jede beliebige Maßnahme, die zur Verteidigung der Freiheit notwendig ist." Später kritisierte er, daß Kennedy die amerikanische Luftwaffe nicht eingesetzt habe. 1964 formulierte er in einer Fernsehansprache sein militärisches Credo: „Es steht außer Frage,

daß militärische Gewalt ein integraler Bestandteil der internationalen Diplomatie ist. Zu manchen Zeiten haben wir gezögert, sie anzuwenden, wenn ihre Anwendung erforderlich gewesen wäre."

Es mag sein, daß Rockefellers Ansichten über Strategie und Taktik sich, wie die Nixons, gewandelt haben. Aber was er am 27. April 1964 auf einer Wahlversammlung in Klamath Falls erklärte, könnte heute von Senator Jackson gesagt worden sein. Rockefeller erklärte damals, er glaube nicht an eine friedliche Koexistenz zwischen den USA und der UdSSR, denn es handele sich dabei lediglich um „einen geschickten Versuch, uns in eine enge Kooperation zu verstricken, die es ihnen erlaubt, die Kräfte der menschlichen Freiheit zu untergraben". Vier Jahre zuvor hatte Rockefeller verkündet: „Das amerikanische Prinzip verlangt von uns, daß wir es ablehnen, uns täuschen, hereinlegen oder dazu erpressen zu lassen, die Freiheiten anderer Menschen preiszugeben oder sie einer Chance zu berauben, ihre Freiheit zu gewinnen."

Während des gesamten Vietnamkrieges stand Rockefeller in der vordersten Linie der Falken. Fast ein Jahr bevor Präsident Johnson mit den Bombenangriffen auf Nordvietnam begann, forderte Rockefeller eine Erhöhung der Militärhilfe an Thailand, keinerlei Truppenreduzierungen in Südvietnam und schließlich, „den Krieg in kommunistische Schongebiete in Laos, Kambodscha und Nordvietnam zu tragen".

Seit einiger Zeit ist nun eine ominöse, wohlkonzertierte Kampagne im Gang, die die amerikanische Öffentlichkeit auf die Möglichkeit amerikanischer Militäraktionen im Nahen Osten, etwa die Besetzung von Ölfeldern in Saudiarabien und Kuwait, für den Fall eines neuen Öl-Embargos einstimmen soll. Das Nachrichtenmagazin „Newsweek" veröffentlichte am 7. Oktober 1974 einen Artikel unter der Überschrift „Das Undenkbare denken". Nachdem Verteidigungsminister Schlesinger offiziell dementiert hatte, daß das Pentagon eine Militäraktion gegen die arabischen Ölländer plane — bezeichnend genug, daß ein solches Dementi notwendig war —, bat „Newsweek" eine Reihe von Regierungsvertretern, Militärstrategen und Nahost-Experten, „über die Optionen nachzudenken, die den USA offenstehen". Als solche Optionen wurden „psychologische Kriegführung, verdeckte Operationen und militärische Intervention" genannt. Möglichkeiten der ersten Kategorie seien drastische Preiserhöhungen für Lebensmittel und technologische Güter, die von den nahöstlichen Ländern benötigt werden, sogar eine Beendigung der Militärhilfe und der Rüstungslieferungen. Die Dollarmilliarden, die von arabischen Ländern im Westen investiert oder deponiert worden sind, könnten beschlagnahmt und Andeutungen über mögliche militärische Aktionen könnten ausgestreut werden.

Noch haarsträubender sind die Vorschläge für sogenannte verdeckte Operationen der CIA. In dem genannten Artikel heißt es dazu, Agenten im Solde des Westens könnten eine Taktik der palästinensischen Guerillas übernehmen und Terrorgruppen bilden, die sich an reisende arabische Ölbarone heranmachen. Mordanschläge könnten durchgeführt werden, verbunden mit unverblümten Hinweisen an andere Führer, daß sie die nächsten sein könnten. Ein früherer CIA-Agent schlug vor, Aufruhr und Proteste in den arabischen Ländern anzuzetteln.

Die Überlegungen zur Option direkter militärischer Intervention lesen sich wie Science Fiction, nur daß diejenigen, die zitiert werden, es todernst meinen. So bemerkte „ein führender Vertreter der Regierung": „Falls die Ölförderländer in ihrer Gier die Welt in eine Wirtschaftskrise hineintreiben, könnte sich der Westen zu einem ver-

zweifelten militärischen Abenteuer gezwungen sehen. Aber das wäre ein Alptraum — der Versuch, auf Jahrzehnte hinaus inmitten eines Guerillakrieges und wahrscheinlich weltweiten Terrors Öl zu pumpen." Offen diskutiert werden Pläne für eine Blitzlandung der 82. Luftlandedivision der USA auf saudiarabischen Ölfeldern, ehe diese in die Luft gesprengt werden könnten, vielleicht unter Teilnahme „beliebiger alliierter (und israelischer) Einheiten, die dafür zu gewinnen sind". Während die Möglichkeit einer sowjetischen Intervention auf der Seite der Araber und eine nukleare Konfrontation nicht ausgeschlossen werden, heißt es in „Newsweek", „manche" seien „der Meinung, schon im kommenden Frühjahr könnten die Industrieländer sich in einer derart verzweifelten Lage befinden, daß eine Invasion denkbar würde".

Die zitierten Äußerungen sind keineswegs die einzigen Anzeichen dafür, daß einflußreiche Männer in Washington ernstlich begonnen haben, „das Undenkbare zu denken". Die anspruchsvolle Zeitschrift „Foreign Affairs", die der Regierung oft die Gelegenheit geboten hat, Versuchsballons zur Erprobung möglicher Reaktionen der Öffentlichkeit aufzulassen, veröffentlichte im Oktober 1974 einen Artikel von Nadav Safran, Professor am Zentrum für internationale Angelegenheiten der Harvard Universität, Kissingers früherer Wirkungsstätte. Unter der Überschrift „Engagement im Nahen Osten" weist der Artikel darauf hin, daß es auf der Grundlage der jüngsten Verhandlungen Kissingers im Nahen Osten „als gewiß erscheint, daß zusätzlich und zunehmend gewichtigere amerikanische Verpflichtungen einzugehen sein werden". Der Autor bestreitet, daß es zwischen dem amerikanischen Auftreten in Südostasien und dem im Nahen Osten Parallelen gibt, und schließt: „Die Interessen, um die es im Nahen Osten geht, sind gewaltig, rechtverstanden ... Engagements, vergleichbar mit denen, die den Frieden in Europa und die internationale Ordnung seit dem Zweiten Weltkrieg gesichert haben. Die Regierung wäre gut beraten, diese Interessen zu betonen, statt die Verpflichtungen, die ihnen entsprächen, zu minimieren. Amerikanischer Reichtum und Macht, amerikanische Intelligenz und Idealismus (sic! d. Verf.) hatten selten ein würdigeres Ziel."

Der vielleicht erschreckendste Aspekt bei alledem ist wohl der, daß es auf diese selbstmörderischen Spekulationen und Notstandsaktionen bisher praktisch keine Reaktion der Öffentlichkeit gegeben hat. Nelson Rockefeller hatte, in den Hearings über seine Bestätigung durch den Kongreß, eine ausgezeichnete Gelegenheit, sich von solchen Plänen abzusetzen. Er tat nichts dergleichen. Von ihm hat man, in Anbetracht der gewaltigen Interessen, die für ihn auf dem Spiel stehen, vielleicht nichts anderes erwartet. Aber warum schwieg der Kongreß? Warum läßt sich die Öffentlichkeit zu dem Glauben betören, „Friede in unserer Zeit" sei schon eine gesicherte Selbstverständlichkeit?

Martin Hall, Los Angeles

(Nachbemerkung der Redaktion: Nach Abschluß des vorstehenden Berichts hat sich inzwischen US-Außenminister Kissinger selbst die Drohung einer möglichen militärischen Intervention der USA gegen die Erdölländer im Nahen Osten zu eigen gemacht. Er wolle „nicht sagen, daß wir unter keinen Umständen Gewalt anwenden würden", erklärte Kissinger in einem Interview mit dem Wirtschaftsmagazin „Business Week" (zit. nach „Die Welt" v. 4./5.. Januar 1975), bezugnehmend auf den „Fall einer tatsächlichen Strangulation der industrialisierten Welt" durch die Ölländer. Präsident Ford stellte sich ausdrücklich hinter die Erklärung seines Außenministers.)

Zur anhaltenden Förderung der Vertriebenenverbände aus Steuermitteln

„Offensichtlich will die Bundesregierung die Arbeit der Vertriebenenverbände unterbinden und sie politisch mundtot machen" (Prof. Dr. Karl Carstens, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion). „Mit der durch nichts gerechtfertigten Streichung der institutionellen Förderungsmittel des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen . . . soll ein weiterer Versuch unternommen werden, den Bund der Vertriebenen polnischen Wünschen entsprechend zum Schweigen zu bringen" (BdV-Präsidium).

Mit solchen und ähnlichen Erklärungen und Protesten wenden sich die Führungen von Vertriebenenverbänden und ihnen zur Seite CDU und CSU gegen bestimmte die Subventionierung dieser Einrichtungen und Organisationen betreffende Änderungen im Haushaltsplan der Bundesregierung 1975.

26 CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete — darunter die führenden Funktionäre des BdV und der Landsmannschaften v. Bismarck, Czaja, Hupka, Becher, Wittmann u. a. — sagten in einer Erklärung: Sie „erheben scharfen Protest gegen die Entziehung des größten Teiles öffentlicher Hilfen für den Bund der Vertriebenen und andere Vertriebenenorganisationen durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen . . ." Und weiter: „Dieses Verfahren deutet an, daß sich die Bundesregierung in steigendem Maße den Forderungen des Ostblocks hinsichtlich der Behandlung der Vertriebenen beugt. Dieses Verfahren ist verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat für alle Staatsorgane verbindlich festgestellt, daß auch verfassungstreue Verbände, die dem Osten unbequem sind, nicht an die Zügel genommen werden dürfen."

Nach den Worten von CDU/CSU und Vertriebenenverbänden müßte man annehmen, die SPD/FDP-Bundesregierung habe endlich den Forderungen einer breiten demokratischen Öffentlichkeit sowie Geist und Inhalt der Ostverträge entsprochen und die Förderung revanchistischer Organisationen und Einrichtungen eingestellt.

Dem ist leider, wie Stellungnahmen vom Vertretern der Bundesregierung bestätigen, nicht so.

Staatssekretär Dr. Heinz Morgenstern (SPD) vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen antwortete am 11. Oktober 1974 auf die Kritik der 26 CDU/CSU-Abgeordneten. Er verwies auf die Mitgliederstärke des BdV, die eine geeignete finanzielle Grundlage für die aus Bundesmitteln weiterhin unterstützte Arbeit der Organisation sein sollte. Wörtlich erklärte er: „Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat dem Bund der Vertriebenen e. V. mit Schreiben vom 12. 6. 1973 mitgeteilt, daß im Zuge künftiger Planungen angestrebt werde, Haushaltsmittel . . . generell für Projekte zur Verfügung zu stellen, um den haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durch möglichst weitgehenden Abbau der institutionellen Förderung Rechnung zu tragen." Weiter teilte Morgenstern mit, daß über die Absichten der Bundesregierung schon vor längerer Zeit mit Mitgliedern des BdV-Bundesvorstandes beraten wurde.

Schließlich verwies Morgenstern darauf, daß dem BdV 1975 von seiten des Bundesministeriums des Innern 400 000 DM im Rahmen institutioneller Förderung zur Verfügung stehen und weitere 130 000 DM seitens des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Wörtlich erklärte Morgenstern: „Bei Zuwendungen in einer Größenordnung

von rund 530 000 DM aus Steuermitteln kann also wohl schwerlich von einem Entzug der Bundeshilfen gesprochen werden..." Abschließend heißt es in der Erklärung des Staatssekretärs: „Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wird im Rahmen seiner Zuständigkeit und im Rahmen des finanziell Möglichen auch in Zukunft seiner Verpflichtung aus § 96 des Bundesvertriebenengesetzes nachkommen, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete zu pflegen sowie die einschlägige Wissenschaft und Forschung und die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern."

In „liberal" (Herausgeber Hans Wolfgang Rubin und andere FDP-Politiker), Heft 8/9 1974, gibt Gert Hensel in seinem Aufsatz „Einmal vertrieben — immer vertrieben?" auf Seite 675 Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Karl Herold (SPD) wieder, die dieser am 30. Mai 1974 in einem Gespräch mit Hensel zur Frage der Finanzierung der Vertriebenenorganisationen machte. Herold erklärte: „Schwergewicht soll in Zukunft auf die Projekt-Förderung gelegt werden, also auf Einzelmaßnahmen — z. B. Seminare oder Ausstellungen —, oder — wenn Sie es so wollen — geht es um die kulturellen Einrichtungen, um Sicherstellung des Kulturgutes aus den Ostgebieten. Das sind Projekte, die sollen nach wie vor gefördert werden. Aber was nicht mehr gemacht werden soll, daß wir die Sekretärinnen, das Kleben von Briefmarken oder die Briefmarken selbst, die Telefongebühren oder die Mieten für die Büros dieser Verbände in Zukunft weiter bezahlen. Es handelt sich um mitgliederstarke Verbände, die unserer Meinung nach genauso behandelt werden müssen wie z. B. ein Jugendverband im Rahmen des Bundesjugendplanes. Dort werden auch entsprechende Projekt-Förderungen vorgenommen, aber man kann dort bis zu 20 Prozent — so weit ich informiert bin — an Verwaltungskosten mit abrechnen bei dieser Projekt-Förderung. So wollen wir auch hier langsam umstellen."

Aus den Protesten und den Gegenerklärungen zur Frage der staatlichen Förderung revanchistischer Organisationen und Einrichtungen geht zweierlei hervor: Erstens geht es nicht um die Einstellung der Förderung, sondern um die Reduzierung der institutionellen Förderung („das Kleben von Briefmarken oder die Briefmarken selbst"). Die Projekt-bezogene Förderung, d. h. die Finanzierung von Tagungen, Ausstellungen usw. wird von der Bundesregierung nicht in Frage gestellt.

Zweitens wird bei der Reduzierung der institutionellen Förderung lediglich vom betroffenen Bund der Vertriebenen gesprochen. Von den 18 im BdV vereinten Landsmannschaften und von der Vielzahl der in der Ära des Kalten Krieges entstandenen Institutionen, die in enger Verbindung mit den Vertriebenenorganisationen tätig sind, ist nicht die Rede.

Finanziert werden die Vertriebenenorganisationen und ihre Einrichtungen durch die Bundesministerien des Innern und für innerdeutsche Beziehungen. Die folgende Untersuchung der Haushaltspläne 1975 dieser Ministerien beweist einerseits, daß 1975 wiederum viele Millionen DM Organisationen und Einrichtungen zufließen werden, deren Tätigkeit sich gegen die Politik der Entspannung in Europa richtet. Andererseits gibt sie Hinweise darauf, aus welchen weiteren nicht konkret ausgewiesenen Titeln Steuermittel in die Kassen dieser Verbände und Einrichtungen fließen dürften.

Bei Durchsicht des Einzelplanes 06 des Bundeshaushaltes (Bundesministerium des Innern) für das Haushaltsjahr 1975 stößt man auf folgende Titel:

Titel 526 03 (6) DM 15 000 für den „Beirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen beim BMI zur Beratung der Bundesregierung . . ."

Titel 684 02 DM 1 000 000 „Dotationen des Bundes für die in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen bischöflichen Verwaltungen der ehemals ostdeutschen Diözesen jenseits der Oder und Neiße sowie für die kirchenregimentlichen Zwecke der Evangelischen Kirche der Union für das oben genannte Gebiet."

Dieser Titel besagt, daß die Bundesregierung auch 1975 z. B. jene mit den Landsmannschaften eng verbundenen klerikalen Einrichtungen fördert, denen Apostolische Visitatoren vorstehen (der „Erzdiözese Breslau", des „Bistums Ermland" und der „Freien Prälatur Schneidemühl"). Im Widerspruch zur Neuregelung der Diözesangrenzen auf dem Territorium der VR Polen hatte der Vatikan z. B. am 23. Oktober 1972 Prälat Hubert Thienel in Düsseldorf zum „Apostolischen Visitator der Priester und Gläubigen der Erzdiözese Breslau in der Bundesrepublik Deutschland" ernannt. Die Haupttätigkeit der Einrichtungen, denen solche Visitatoren vorstehen, besteht im Abhalten von „Heimat-Gottesdiensten" während landsmannschaftlicher Großveranstaltungen und in der Organisierung sogenannter „Vertriebenenwallfahrten", die durch „Heimat- und Glaubenskundgebungen", in der Regel zu entspannungsfeindlichen Manifestationen werden.

Titel 685 12 DM 417 000 (1974: 362 000) „Zuschuß an die Stiftung zur Erforschung des europäischen Ostens (für das Osteuropa-Institut), München". Weitere 417 000 DM an Zuschüssen leistet der Freistaat Bayern.

Titel 685 13 DM 473 000 (1974: 424 000) „Zuschuß an die Stiftung für wissenschaftliche Südosteuropa-Forschung (für das Südostinstitut), München". Weitere 236 500 DM an Zuschüssen leistet der Freistaat Bayern.

Titel 685 15 DM 342 000 (1974: 312 000) „Zuschuß an die Kommission für Erforschung der Agrar- und Wirtschaftsverhältnisse des europäischen Ostens e. V., Gießen".

Titel 06 34 DM 3 100 000 (1974: 2 852 900) für das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln". Als Aufgaben des „Bundesinstituts" werden u. a. genannt: „Erforschung und kritische Analyse der gegenwärtigen politischen, ideologischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Verhältnisse und Entwicklungen in den Oststaaten unter besonderer Berücksichtigung der Sowjetunion, der Auswirkungen dieser Verhältnisse und Entwicklungen auf die Politik anderer Staaten, der Entwicklungen in den kommunistischen und kommunistisch beeinflußten Parteien und anderer Staaten für Zwecke der Bundesregierung". — „Erstellung von Gutachten auf Anforderung der Bundesressorts zu aktuellen Fragen auf den genannten Gebieten."

Titel 684 05 DM 855 000 (1974: 820 000) „Zuwendungen an zentrale Organisationen und Verbände, die der Eingliederung der Aussiedler, Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigten dienen". Aus diesem Titel erhält der Bund der Vertriebenen lt. Staatssekretär Morgenstern 400 000 DM.

Titel 684 06 DM 3 271 000 (1974: 3 051 000) „Zuwendungen zur Erhaltung und Auswertung des kulturellen Heimaterbes der Heimatvertriebenen und zur Förderung der kulturellen Bestrebungen der Flüchtlinge". Das heißt: Diese Mittel fließen an landsmannschaftliche Organisationen und Einrichtungen für die sogenannte „ostdeutsche Kulturarbeit", die — Äußerungen von BdV und Landsmannschaften entsprechend — eine wesentliche Funktion bei der Aufrechterhaltung territorialer Ansprüche hat.

Titel 684 07 DM 2 035 000 (1974: 1 955 000) „Zuwendungen zur Betreuung heimatloser Ausländer". Entsprechend der Erläuterung fließen die Mittel dieses Titels vor allem an Emigrantenorganisationen.

Im Vorwort des Haushaltsplanes des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen heißt es: „Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen hat die Aufgabe, der Einheit der Nation zu dienen, den Zusammenhalt des deutschen Volkes zu stärken, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu fördern und die deutschlandpolitische Verantwortung der Bundesregierung wahrzunehmen."

Diese Definition der Aufgaben des Ministeriums besagt, daß dessen Tätigkeit auch 1975 im Widerspruch zu den in Europa entstandenen Realitäten steht.

Die *Gesamtausgaben* des Ministeriums sind im Haushaltsplan 1975 auf 400 114 000 DM veranschlagt (1974: 394 659 000). Davon sind an Zuweisungen und Zuschüssen insgesamt DM 258 880 000 (1974: 256 254 500) eingeplant. Darunter z. B.:

Titel 531 01 DM 4 000 000 (1974: 3,7 Mio) für „Herstellung, Erwerb und Verbreitung von Publikationen gesamtdeutschen Charakters".

Titel 685 01 DM 35 000 000 (1974: 53,630 Mio.) für „Förderung der Grundlagen- und Bildungsarbeit sowie von Maßnahmen im Bereich der innerdeutschen Beziehungen und der Grenzgebiete".

Die Kürzung in diesem Titel geht nicht auf Kosten der Förderung von Institutionen, welche in enger Verbindung mit den revanchistischen Organisationen tätig sind. So erhalten 1975 (die Zahl in der Klammer: 1974)

2 766 000 (2 396 800 DM) der „Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat e. V., Marburg". — 770 000 (796 500 DM) die „Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V., Bonn". — 759 000 (816 500 DM) die „Stiftung ‚Deutschlandhaus' ", Berlin (Zentrale der Revanchistenverbände in Westberlin). — 663 000 (663 000 DM) die „Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen e. V., Berlin". — 545 400 (545 400 DM) die „Ostakademie Lüneburg e. V.", Lüneburg (Schulungs- und Tagungsstätte der Revanchistenverbände). — 378 000 (370 000 DM) das „Collegium Carolinum e. V.", München (Forschungsstelle für die böhmischen Länder, Einrichtung der Sudetendeutschen Landsmannschaft). — 326 800 340 400 DM) das „Institut für Ostrecht e. V.", München.

Titel 685 02 DM 1 420 000 (1974: 850 000) „Förderung der deutschlandpolitischen Arbeit — einschließlich der Aufgaben nach § 96 BVFG — von Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden sowie Landsmannschaften". Allein 615 800 DM erhält aus diesem Titel der „Bund der Mitteldeutschen (BMD)". Weitere 202 700 DM erhält der BMD aus Titel 684 05. Gemäß dem Wirtschaftsplan des BMD, der insgesamt 874 700 DM umfaßt, bringt der BMD ganze 36 700 DM (etwa 4 %) aus eigenen Mitteln auf.

Titel 685 03 DM 15 000 000 (1974: 15 Mio.) „Förderung kultureller Maßnahmen im Zonenrandgebiet".

Titel 685 05 DM 64 000 000 (1974: 36 400 000) „Förderung besonderer Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters".

Titel 685 06 DM 41 860 000 (1974: 38 174 000) „Förderung besonderer kulturpolitischer Maßnahmen gesamtdeutschen Charakters in Berlin".

Titel 685 07 DM 12 600 000 (1974: 12 200 000) „Zuschüsse zur Förderung von Reisen nach Berlin (West) und an die Grenze zur DDR".

Über die Verwendung dieser letztangeführten drei Titel in der Gesamthöhe

von fast 120 Mio DM wird im einzelnen nur wenig gesagt. Zu Titel 685 06 z. B. heißt es lediglich: „Die Durchführung dieser Maßnahmen liegt in gesamtdeutschem Interesse."

Soweit einige Zahlen aus den Haushaltsplänen 1975 der Bundesministerien des Innern und für innerdeutsche Beziehungen.

Die Haushaltspläne besagen, daß revisionistische Organisationen und Einrichtungen an institutionellen Zuschüssen 1975 DM 2 275 000 erhalten sollen. 1974 erhielten sie aus den gleichen Titeln 1 670 000 DM. Für die sogenannte „ostdeutsche Kulturarbeit" dieser Verbände und deren Einrichtungen sind 1975 DM 3 271 000 vorgesehen. 1974 waren es DM 3 051 000.

Aus den Haushaltsplänen wird nicht deutlich, wie hoch Zuwendungen an revisionistische Organisationen und Einrichtungen z. B. aus dem 35-Millionen-Titel 685 01, dem 15-Millionen-Titel 685 08, dem 64-Millionen-Titel 685 05 und anderen Positionen des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen sind.

Im Jahre 1974 wandte z. B. das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen über 1 Mio DM für Zuschüsse an Bundestreffen der Landsmannschaften auf. Finanziert wurden damit vor allem die Reisekosten ausländischer Ehrengäste. Werden solche Ausgaben oder z. B. die Kosten von „Deutschland-Seminaren" des Bundes der Vertriebenen für Schülerzeitungsredakteure künftig über „Hilfsmaßnahmen gesamtdeutschen Charakters" oder ähnliche Titel finanziert?

Die „Frankfurter Rundschau" vom 24. September 1974 berichtete über die voraussichtliche Finanzierung der Vertriebenenverbände durch die Bundesregierung im Jahre 1975 und schrieb dann: „In welchem Umfang finanzielle Verlagerungen auf andere Haushaltstitel vorgenommen wurden, ist aus dem Etat nicht zu ersehen."

Dieser Feststellung muß man sich nach dem Studium der Haushaltspläne anschließen. Das bedeutet aber, daß von einer Offenlegung der Förderung revisionistischer Organisationen und Institutionen entgegen der Ankündigung der Bundesregierung nicht gesprochen werden kann.

Die offenen und versteckten Mittel des Bundeshaushalts 1975 zugunsten der Vertriebenenorganisationen und verwandter Einrichtungen signalisieren: Die Forderung nach Einstellung jeglicher Förderung revisionistischer und entspannungsfeindlicher Organisationen und Einrichtungen bleibt auf der Tagesordnung.

Georg Herde

Neuerscheinung

Kaspar Maase

Leseinteressen der Arbeiter in der BRD

Über Leseverhalten, Lektüreinteressen
und Bedürfnisentwicklung der Arbeiterklasse

SAMMLUNG JUNGE WISSENSCHAFT

125 Seiten, DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Die Krise des Westens und die Perspektiven der Entspannungspolitik 1975

Von Gunnar Matthiessen

I

In einer Bilanz ließe sich mit viel Recht, allerdings nicht ausschließlich, das Jahr 1974 als Jahr der Krise betiteln, worunter vielzählige innenpolitische, wirtschaftliche und internationale Krisen zu fassen wären. Daß das neue Jahr nicht minder krisenerschüttert sein wird, steht zu befürchten; denn sehr schnell wird sich erweisen, daß mit Krisenmanagement, Pragmatismus und Löcherstopfen, wie es die neue Regierungssprache burschikos nennt, diese Krise nicht zu bewältigen ist, die sich immer deutlicher und bedrückender als Krise des Systems überhaupt entziffert. So sehen es mittlerweile auch führende Staatsmänner und Ideologen des Westens. Kissinger meint, daß „die westliche Zivilisation, die wir jetzt haben, mit hoher Wahrscheinlichkeit verfallen" werde („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 2. November 1974). Die gesicherte langfristige Energieversorgung bleibt für den Westen nach wie vor ein offenes Problem. Frankreich weigert sich weiterhin, sich auf die Konfrontationspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber den Erdölländern einzulassen. Kissingers massiver Vorstoß zu Jahresbeginn wird zweifelsohne nicht dazu angetan sein, diese Widersprüche zu überbrücken. Gleichermaßen werden auch Auslassungen von Wischnewski, daß die Bundesrepublik keine Anwendung von Waffengewalt beabsichtige, da *gegenwärtig* seitens der Ölländer kein erneuter Druck ausgeübt würde, die arabischen Staaten aufhorchen lassen. Fast alle Länder des Westens sehen mit Bedrückung in die Zukunft, da ihr Handelsbilanzdefizit derart astronomische Höhen erreicht hat, daß ihnen kaum Spielraum mehr für eine langfristige Strategie der Energiesicherung verbleibt. Auch die Bundesrepublik ist, wenngleich sie als einziger Staat einen Überschuß von 9 Mrd. Mark aufweisen kann, unmittelbar betroffen, weil Italien, Frankreich und Großbritannien als ihre wichtigsten Exportländer immer weniger zahlungsfähig und kaum geneigt sein werden, bundesrepublikanische Warenströme auf Dauer unkontrolliert und unbegrenzt einfließen zu lassen.

Das Krisenthema Nr. 1, die Inflation, wird in jüngster Zeit verdrängt durch das neue Thema der wirtschaftlichen Rezession und der zunehmenden Arbeitslosigkeit im überwiegenden Teil der westlichen Länder. Dieser wirtschaftliche Rückgang zeigt neue Züge, einmal deswegen, weil er in allen westlichen Ländern gleichzeitig auftritt und Ausmaße und eine Dauer annimmt, die in vergangenen Zeiten unbekannt waren. Die neuen Erscheinungen einer sich zuspitzenden allgemeinen Krise schränken die Möglichkeit für alle beteiligten Länder ein, ihre inneren Schwierigkeiten im erbitterten nationalen Konkurrenzkampf auf andere, noch prosperierende Länder abzuwälzen. Die Krise widerspiegelt sich auch in dem Tatbestand, daß von 15 NATO-Staaten 13 ihre Regierung wechselten, gleichsam in der Hoffnung, durch den Austausch von Personen der Lage besser Herr werden zu können.

Nachhaltig betroffen durch diese Krise wurden auch die internationalen Beziehungen der westlichen Staaten untereinander. Die mit der Deklaration von Ottawa

mühselig gekittete Solidarität der atlantischen Allianz erwies sich als wenig stabil und zerbröckelte bald. „Ist die NATO noch zu retten?", fragt Wolfram v. Raven in der „Welt" (14. Dezember 1974). „Die Schwindsucht, die das Bündnis schon im Fieber der west-östlichen Annäherung befiel, hat sich im Gefolge der Währungs- und Wirtschaftskrise so arg verschlimmert, daß sich der Verfall der Gemeinschaft offenbar beschleunigt. Die Winterkonferenzen des Paktes demonstrierten das mit erschreckender Klarheit. Darin bestätigt sich zugleich, daß die ‚atlantische Deklaration', die während des Frühjahrstreffen nach beträchtlichen Mühen verabschiedet und feierlich verkündet wurde, leider keine Wiederbelebung der Allianz mit sich brachte." Sicher scheint allen NATO-Staaten „nur eines zu sein: das Jahr 1975 wird schwieriger als das in wenigen Tagen auslaufende Jahr" („Frankfurter Rundschau" v. 14. Dezember 1974).

„Angesichts der politischen Erosion des Paktes, die trotz der ‚atlantischen Deklaration' vom Juni 1974 weitergehe, gelte es im Sinne einer ‚Organisation des Mangels' zu planen" („Die Welt" v. 3. Dezember 1974). Zum Auftakt der letzten NATO-Ratstagung entwickelte Generalsekretär Luns vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Engpässe eine hoffnungslose Zukunftsvision. Der Kampf an der Front der Aufrüstung wird hektisch. Italien mußte unter dem wirtschaftlichen Druck zumindest zeitweise seine Truppen reduzieren, Großbritannien beabsichtigt, wenn auch nur in den ehemaligen Kolonialgebieten, eine Reduktion um 10 %, Holland, Dänemark, Norwegen zeigen sich ebenso abrüstungswillig. Belgien sieht Umrüstungsmaßnahmen vor, die sein NATO-Kontingent gleichsam einschmelzen würden. Selbst bei Aufrüstungsexperten setzt sich die Erkenntnis durch: „Die Inflation . . . dürfte auf Dauer und wenn es nicht gelingt, ihrer Herr zu werden, die Sicherheit des Westens nachhaltiger schwächen, als unzureichende Ausgaben für die Verteidigung. Ihre politischen Folgen nach innen sind unübersehbar" (Bernhard Wördehoff im „Vorwärts" v. 12. Dezember 1974). Alleine die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik scheinen noch nicht der Erkenntnis zugänglich, die bereits im Ausgang des vorigen Jahrhunderts auf der Haager Konferenz formuliert wurde. Die Rüstung habe ihre Grenze, „und diese hat man längst überschritten . . . In dem Maße, in welchem die Heere wachsen, in der die Budgets Milliarden verschlingen und die Bevölkerung erdrückt wird unter der Last der Steuern und der Abgaben, in demselben Maße nähern sich die Staaten dem Rand des Abgrunds . . . Der Ruin beginnt bei den ärmsten und den meistverschuldeten Staaten, er erreicht schließlich auch die anderen. Keine Nation, sei sie auch noch so reich, kann das auf die Dauer ertragen" (T. H. Niemeyer, Handbuch des Abrüstungsproblems, Berlin 1928, systematischer Teil, 2. Stück, Seite 13 ff.). Dennoch rüsten die NATO-Staaten weiter immens auf. 1974 wurden ihre Wehrausgaben um 4,5 Mrd. Dollar erhöht, das sind 125 % mehr, als vorgesehen war. Im kommenden Jahr sollen im Heer 563 Kampfpanzer, 1157 sonstige Panzerfahrzeuge, 1134 Panzerabwehrwaffen; in der Luftwaffe 238 Kampf- und Seeaufklärungsflugzeuge, 153 landgestützte Hubschrauber, 836 Flugabwehrraketen; in der Marine 10 Zerstörer und Gleitschiffe, 2 U-Boote, 10 Schnellboote, 17 See-Einsatz-Hubschrauber angeschafft werden. Die USA wollen zwei neue Brigaden von 16 000 Mann in der BRD stationieren. Die NATO begrüßte die „deutsche Leistung als beispielhaft". „Auch finanziell steht der deutsche Beitrag an der Spitze unter den europäischen Bundesgenossen. Er erhöhte sich von 31,9 Milliarden Mark im Jahre 1973 auf 35,9 Milliarden Mark 1974 und somit von 3,9 auf 4,1 % des Sozialprodukts. Nach NATO-Berechnung zahlt jeder Bundesbürger 1974 insgesamt 238 Dollar (rund 600,— DM) für die Verteidigung gegenüber 191 Dollar im Jahre 1973" („Die Welt" v. 11. Dezember 1974). Trotz dieser „positiven Bilanz" wird

die NATO ihrer Erfolge nicht recht froh. Schlesingers und Lebers schroffe Kritik an Abrüstungsabsichten anderer NATO-Staaten ließ diese unberührt.

Wie von der atlantischen Allianz mußte auch vom europäischen Gipfel „magere Botschaft" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 12. Dezember 1974) gesandt werden. Über die für 1980 anvisierte Bildung einer politischen und sozialen Union West-Europas mochte, wie im Kommuniqué ausgedrückt, keiner sprechen, da die geplanten Maßnahmen schon jetzt nicht verwirklicht werden konnten. Die Auffassung Helmut Schmidts, daß das „Europa pragmatischer Lösungen aktueller Probleme" kein anderes Europa als das sei, das man bisher anstrebte (12. Dezember 1974), mochte keiner recht ernst nehmen, zumal die aktuellen Probleme wie die Energiefrage ungelöst blieben. Statt dessen trat man die Flucht nach vorn an: Man bildete Institutionen, die allenfalls formaler Natur sein können, da sie immer weniger von einer gemeinsamen Zielsetzung der beteiligten westeuropäischen Staaten getragen werden. Im Gegenteil: der Konkurrenzkampf nimmt in der Europäischen Gemeinschaft eher zu als ab. So kritisierte der holländische Ministerpräsident Den Uyl „... die Neigung der größeren EG-Länder, als ein Direktorium aufzutreten. Die größeren Länder hätten zwar mehr Einfluß auf die Entwicklung als die kleineren, dürften aber nicht Beschlüsse über die Köpfe der anderen hinweg fassen. Er warnte gleichzeitig davor, Gipfelkonferenzen zu einem Rat der Regierungen werden zu lassen, weil sonst die EG-Organe auf die Dauer ausgehöhlt würden. Gipfelkonferenzen seien nur sinnvoll, wenn sie eine schnellere Beschlußfassung ermöglichten" („Süddeutsche Zeitung" v. 4. November 1974).

Dies aber ist genau die Richtung, in die die EG von Giscard auf der letzten Gipfelkonferenz gedrängt wurde. Auch die Bundesregierung gibt ihren Unmut zu erkennen. Sie möchte ihre finanziellen Hilfeleistungen durch die anderen Staaten politisch honoriert sehen und daraus einen stärkeren Führungsanspruch ableiten. „Niemand zwingt uns freilich, immer zu zahlen und, falls wir zahlen, nicht die nötigen Erfolgskontrollen daran zu knüpfen" („Deutsche Zeitung" v. 6. Dezember 1974).

Mit der Arroganz des „wirtschaftlichen Giganten", wie er immer häufiger in die Diskussion gebracht wird (vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 5. Dezember 1974) fordern nicht nur „Welt"-Kolumnisten, wie Dieter Cycon, die Stärkung Kerneuropas („Die Welt" v. 23. November 1974). Auch Willy Brandt postuliert ein „Zweiklasseneuropa" („Süddeutsche Zeitung" v. 7./8. Dezember 1974) als eine Art Notprogramm für das Überleben Europas. „Zwar hat Brandt in Erwartung der Kritik schon in Paris klargestellt, daß er nicht an eine ‚Abkoppelung' der Partner denkt, die ihren Pflichten gegenwärtig nicht nachkommen können. Die Preisgabe des Grundsatzes, wonach das langsamste Schiff das Tempo des Geleitzuges bestimmt, ließe sich aber nur rechtfertigen, wenn der Gewinn das Opfer an Gemeinsamkeit aufwöge" („Vorwärts" v. 21. November 1974). Dies aber scheint immer weniger der Fall.

Zwar ist man gewohnt an einen ständigen Wechsel von großen Euphorien und zerstörten Hoffnungen, von überzogenen Erwartungen und Erfolgsbilanzen und tiefer Resignation, wenn es um die Einschätzung der verschiedenen Konferenzen und Begegnungen der westlichen Länder geht. Insofern wäre die gegenwärtige überaus kritische Stimmung nicht weiter verwunderlich. Auch von den jüngsten bilateralen Kontakten zwischen Schmidt und Ford oder Giscard und Ford war eher Atmosphärisches als Konkretes zu berichten. Die gegenwärtigen Risse aber in den Beziehungen zwischen den westlichen Staaten sind tiefer als alle früheren.

Die gesamte Struktur der westlichen Allianz erweist sich mehr denn je als ein Ergebnis der alten Zeit der Ost-West-Konfrontation und der wirtschaftlichen Prosperität der kapitalistischen Staaten. Sie hält den neu entstandenen Bedingungen einer weltweiten Politik der friedlichen Koexistenz und der verschärften Krise des westlichen Systems nicht stand. „Gipfeltreffen, Begegnungen, Konferenzen — und keine Taten. Das ist die politische Wirklichkeit, die dieses Jahr des Leerlaufs kennzeichnet" („Die NATO ist krank" von Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 7. Dezember 1974).

Die Krise, die infolge der internationalen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung auch in den Beziehungen der westlichen Staaten untereinander zunehmend in Erscheinung tritt, ist grundsätzlich und von einer neuen Qualität. Weder die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft für sich, noch die Vereinigten Staaten und die Europäische Gemeinschaft zusammen erweisen sich als fähig, die internationale Entwicklung nach ihren Interessen wesentlich zu beeinflussen und zu lenken. Die Grenze wirtschaftlicher und politischer Inzucht ist erreicht. Daß die weltweiten Probleme nicht mehr in Klein-Europa und allein in Zusammenarbeit mit den USA bewältigt werden können, gibt Brandt zu erkennen, wenn nach seiner Auffassung die Zusammenarbeit der Neun nicht ausreiche, sondern möglichst alle Industrieländer umfassen müsse („Vorwärts" v. 21. November 1974).

Die jahrzehntelange Abhängigkeit, in der die kapitalistischen Staaten die Länder Lateinamerikas, Afrikas, Südostasiens und des Nahen Ostens hielten, beginnen sie nun am eigenen Leib zu spüren, ohne sich aber bereits an den Verlust ihrer Herrenrolle gewöhnt zu haben. Es wird für sie noch ein schmerzlicher Lernprozeß sein, nicht nur gleichberechtigt mit den sozialistischen Staaten, sondern auch gleichberechtigt mit den Staaten der Dritten Welt zusammenzuarbeiten, auf der Grundlage demokratischer Völkerrechtsprinzipien. Zwar haben sie im Übergang zu den 70er Jahren das Prinzip des Gewaltverzichts, der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und des freundschaftlichen Verhältnisses durch eine Reihe von Verträgen mit den sozialistischen Ländern anerkannt. Die Ablehnung und Stimmenthaltung aber zur UNO-Resolution über eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung, mit der Begründung, daß sie das Verfügungsrecht der einzelnen Länder über ihre einheimischen Ressourcen und Rohstoffe und das Recht auf nationales Eigentum nicht unterschreiben könnten, läßt erkennen, daß hier noch wesentliche Erkenntnisprozesse ausstehen. Die Probleme, die es zu bewältigen gilt, sind globaler Natur. Sie können nur von allen Staaten gemeinsam gelöst werden — allerdings nur auf der Grundlage eines über Europa hinaus geltenden demokratischen Völkerrechts, das jedem Staat seine Souveränität, seine Unabhängigkeit und Gleichberechtigung sichert.

Zbigniew Brzezinski hat in der ihm eigenen empfindsamen, freilich nicht sonderlich fortschrittlichen, weil grundsätzlich antikommunistischen Art diesen Übergang in eine neue geschichtliche Ära erfaßt. „Wir sehen uns zur Zeit einem fundamentalen Wandel im Wesen des historischen Zusammenhanges gegenüber, in den wir hineingestellt sind, einem Wandel, der sich sowohl subjektiv als auch objektiv auf unser Handeln auswirkt. Die objektive Veränderung betrifft die stärker materiell geartete Realität, in der wir uns befinden. Der subjektive Wandel besteht in einer zunehmenden Verschiebung der fundamentalen Grundannahmen, die ausschlaggebend sind für unsere Anschauung über die Welt und über den internationalen Zusammenhang, in dem sich unser Dasein abspielt" („Europa-Archiv", 23/1974, S. 777). Durch diesen subjektiven wie objektiven Wandel sieht

er die moderne Demokratie, die auf Höflichkeit, Kompromißbereitschaft und Vertrauen beruhe, gefährdet. „Der wirtschaftliche Kuchen wird kleiner, und die demokratischen Regierungen werden es schwerer haben, ihn gerecht zu verteilen." Der Zuwachs öffentlichen und privaten Verbrauchs, mit dem die Bevölkerung rechnet, kann nicht mehr gewährleistet werden. Der Gemeinsinn nehme ab. „Wir erleben bereits heute den Verfall der Höflichkeit in vielen unserer Industriegesellschaften, und wir erleben mit Sicherheit eine abnehmende Kompromißbereitschaft ... Außenpolitisch finden sich die modernen Demokratien untereinander und gegenüber einigen neuerdings reichen Entwicklungsländern ebenfalls in einer schwächeren Position. Eine Reihe von NATO-Staaten befindet sich schon heute in ernsten Zahlungsschwierigkeiten ... Einige werden in Zukunft eine defizitäre Volkswirtschaft haben, und einige von ihnen werden feststellen, daß die internationale Bankwelt nicht bereit ist, ihnen zu helfen. Und dies nicht nur wegen ihrer wirtschaftlichen, sondern auch wegen ihrer gesellschaftlichen Schwierigkeiten. Überdies werden Industrieländer immer stärker gezwungen sein, gegeneinander in schärferen wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb zu treten." Er sieht kaum Hoffnung, daß die Beziehungen noch zu ordnen sind. „Es ist daher nicht übertrieben, von einer tiefgreifenden Krise der heutigen Demokratie zu sprechen" (ebd., S. 781 f.).

II

Allerdings schien es, daß auch der im Übergang zu den 70er Jahren begonnene Entspannungsprozeß, der sehr anfällig, weil noch jung ist, in den Sog dieser Krise geraten und ebenfalls leerlaufen könnte. In wichtigen westlichen Ländern traten Regierungschefs ab, deren Namen mit dem Durchbruch zur Politik der friedlichen Koexistenz eng verknüpft waren: Nixon, Pompidou, Brandt. Ihre Nachfolger verkündeten neue Prioritäten der Politik. Sie orientierten nicht nur hauptsächlich auf den Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Krisen. Sie ließen zugleich erkennen, daß sie nun nach zahlreichen bilateralen Verträgen und der laufenden Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa diesen Prozeß als abgeschlossen betrachten und beabsichtigten, neue Initiativen im Sinne westlicher Integration und Einigung zu entfalten. Internationale Streitpunkte wurden verschärft wieder in den Vordergrund gerückt, wie z. B. die Frage des Umweltschutzamtes in Westberlin. In Erinnerung ist noch der massierte Versuch zahlreicher westeuropäischer Staaten, unter ihnen auch der Bundesrepublik, auf der Konferenz in Ottawa einen Abbruch der gesamteuropäischen Konferenz in Genf durchzusetzen. Stimmen mehrten sich, daß die Wiener Konferenz über die Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa verfrüht sei. Leber hielt frühestens im Jahre 2000 eine Vereinbarung für möglich. Die SALT-Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR stagnierten; die Aussichten, das bereits geschlossene zeitweilige Abkommen zur Begrenzung der Offensiv-Raketen in ein permanentes Abkommen umzuwandeln, um damit die ersten Erfolge zu sichern, schienen recht düster. Der amerikanische Kongreß beharrte auf seiner diskriminierenden Handelspolitik gegenüber der Sowjetunion und verweigerte die international übliche Anerkennung der Meistbegünstigungsklausel. Der Rückzugsversuch, den der Westen generell unternahm, bekundete sich z. B. auch darin, daß Helmut Schmidt in seiner 1½stündigen Regierungserklärung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit einen einzigen kurzen Satz widmete, der zudem der historischen Bedeutung der gesamteuropäischen Beratung in keiner Weise gerecht wurde.

Infolgedessen muß das Jahr 1974 als entscheidendes Jahr für die Probe und Haltbarkeit der Entspannungspolitik gewertet werden. Noch dominierte im Westen die Auffassung, daß es sich um einen personengebundenen und insofern mit dem Wechsel von Personen beliebig änderbaren Prozeß handele. Zudem machten sich ideologische Investitionen, mit denen die bedeutenden westlichen Staaten ihren Einstieg in die Koexistenzpolitik begründeten, nicht bezahlt. Der schnelle Wandel durch Annäherung blieb aus. Der Sozialismus, immer noch betrachtet als historisches Mißgeschick, ließ sich offensichtlich nicht auf dem Wege innerer, gleichwohl aber von außen angeregter evolutionärer Wandlungen korrigieren.

Die Distanz zwischen Entspannungsgegnern und Entspannungsbefürwortern schrumpfte erschreckend. Wie seinerzeit mit der Theorie der „Raketenlücke", die nachweislich nie existierte, im Übergang der 60er Jahre ein massiertes Aufrüstungsprogramm im Westen durchgesetzt wurde, so wurde auch ungeachtet effektiver Rüstungskürzungen in der Sowjetunion um 1 Mrd. Rubel die Aufrüstung des Warschauer Paktes als Begründung für die eigenen ehrgeizigen Rüstungspläne ohne einsichtigen Nachweis behauptet.

US-Verteidigungsminister Schlesinger gab zu erkennen, daß er „eine militärisch, politisch und wirtschaftlich gleichberechtigte Sowjetunion nicht akzeptieren" werde. „Unter Hinweis auf die Fortschritte der Sowjetunion in der Raketentechnik und auf ihre inneren Zustände versuchen sie, die amerikanische Vormacht zu erhalten" (Dieter Schröder, „Bilanz der Entspannung", „Süddeutsche Zeitung" v. 29. Juni 1974).

An weiteren SALT-Abkommen sei Schlesinger nicht interessiert, wurde verlautbart. Zudem sehe er in Kissingers „SALT-Strategie eine Bedrohung der amerikanischen Sicherheit" („Die Welt" v. 26./27. Oktober 1974). Zeitweilig schien es, daß diese Position von Schlesinger, der zugleich eine neue Nuklearstrategie und — damit verbunden — den stärkeren Ausbau des Offensivraketenpotentials der Vereinigten Staaten in Angriff nahm, stärkeren Einfluß auf die Positionen Fords gewinnen könnte.

Insgesamt rückten zeitweilig die retardierenden Momente in den Vordergrund der Entspannungspolitik. Ihre ersten Ansätze erschienen äußerst ungesichert und von der politischen Haltung einzelner Staatsmänner abhängig.

Dennoch zeigte sich alsbald — dies ist das wesentliche Charakteristikum des Jahres 1974 —, daß wir uns in einer Zeit geschichtlich-fundamentalen Wandels befinden, um noch einmal Brzezinski zu zitieren. Dieser Wandel, der einerseits durch die sich verschärfende Krise des westlichen Systems gekennzeichnet ist, beinhaltet andererseits die schrittweise, systematische Verwirklichung einer Politik der friedlichen Koexistenz, der internationalen Zusammenarbeit und der Rüstungsbegrenzung mit dem Ziel allgemeiner und vollständiger Abrüstung. Daß sich trotz der massiert auftretenden Schwierigkeiten eingangs des Jahres 1974 der Entspannungsprozeß weiter durchsetzte und gefestigt werden konnte, liegt in objektiven Ursachen, objektiven Interessen und objektiven Erfordernissen begründet, denen sich keine Regierung entziehen kann. Eine Reihe von Faktoren wäre hierzu aufzuzählen, die in ihrer Gesamtheit auf den Generalnenner der veränderten internationalen Kräfteverhältnisse zu bringen wären.

Jüngst noch beherrschten jene Kräfte das internationale Geschehen, die an Aufrüstung, Konfrontation, Einmischung, Unterdrückung und Durchsetzung ihrer politischen Ziele mittels militärischer Gewalt interessiert waren. Sie stießen zunehmend auf den Widerstand all jener Staaten, denen es um nationale Souveränität,

um Unabhängigkeit, um gleichberechtigte Zusammenarbeit, um Frieden und Abrüstung geht, da sie unter diesen Bedingungen besser, schneller und erfolgreicher die Probleme des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fortschritts im eigenen Lande lösen können. Sie stießen auf den Widerstand einer sich weltweit entwickelnden antiimperialistischen Bewegung, auf eine sich immer enger zusammenschließende antifaschistische Bewegung. Diese Kräfte haben heute bestimmenden Einfluß auf die internationale Entwicklung gewonnen. Die demokratischen Prinzipien, die heute zunehmend Eingang in zahlreiche Verträge zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung finden, sind von ihnen vorformuliert und in die Diskussion der Weltöffentlichkeit eingebracht worden. Diese Weltöffentlichkeit ist kein abstrakter Begriff, sondern konkret faßbar. Ihre neuen Erkenntnisse und ihre veränderte Einstellung zu den Problemen des Friedens, der Zusammenarbeit und der Abrüstung widerspiegeln sich in den Beschlüssen der Vereinten Nationen, in der zunehmend selbstbewußteren und selbständigeren Haltung der Entwicklungsländer, im Abbau des Antikommunismus und im zunehmend erfolgreichen Einsatz gegen faschistische Diktaturen, wie in Portugal, in Griechenland, in Spanien, in Chile, Rhodesien und Südafrika. An dieser internationalen Kraft kann keine Regierung auf die Dauer vorbeihandeln, geschweige gegen sie. Durch alle Kontinente, durch alle Länder, durch alle sozialen Schichten hindurch verstärken sich die Aktivitäten für die Sicherung des Weltfriedens, für die Verhinderung einer weltweiten atomaren Katastrophe, für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, für die Verwirklichung internationaler gleichberechtigter Zusammenarbeit und für die Abrüstung. Der Spielraum, einen Kurs des Krieges oder des Kalten Krieges zu steuern, wird zunehmend enger. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsverfassung bestimmen heute mehr denn je die internationalen Beziehungen, nicht nur in Europa, sondern in der Welt überhaupt.

Hierin liegt im wesentlichen begründet, daß die Veränderungen prinzipiellen Charakter tragen und nicht beliebig umkehrbar sind.

Neue Momente treten hinzu, die bewirken, daß sich trotz des versuchten Verlangsamungsprozesses die Tendenz zur Entspannung Ende 1974 verstärkt wieder durchsetzte. Die Krise, der sich die westlichen Staaten konfrontiert sehen, führt zur Erkenntnis, daß es zur Politik der friedlichen Koexistenz — und das heißt zugleich zur internationalen Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Ost und West — keine vernünftige Alternative gibt. Speziell die Sowjetunion bietet sich als immenser noch unerschlossener Markt in einer Zeit an, in der sich der „Welthandel" zunehmend in bedrängende Engpässe entwickelt. Die „weitere Expansion des Welthandels (sei) erstmals in der Nachkriegszeit in Frage" gestellt. „Die Preissteigerungen vernichten in unvorstellbarem Maße zum wirtschaftlichen Wachstum erforderliches Kapital." Die Ölkonsumenten müssen sich also auch noch mit zusätzlichen Verzichten auf Wachstum und Wohlstandsvermehrung einer völlig neuen Lage anpassen. Da ein „finanzielles Pearl Harbour" (Henry F. Fowler, früherer US-Finanzminister) drohe, wenn es nicht gelänge, die sich in den Ölländern ansammelnden Überschuß-Milliarden für die Deckung der wachsenden Defizite der Öl-Importländer in ihrem Auslandszahlungsverkehr verfügbar zu machen" („Vorwärts" v. 31. Oktober 1974). Der Warenaustausch zwischen den Ländern des Westens ist sichtbar zurückgegangen. Das Wachstum ihrer Exporte in die Entwicklungsländer übertraf den eigenen Export untereinander in vielen Bereichen. Zugleich kam die Steigerungsrate ihrer Exportwerte in die sozialistischen Staaten an die ihres Warenaustausches untereinander heran.

Diese Tendenzwende im Welthandel wird sich in Zukunft weiter auswirken, denn es ist nicht zu erwarten, daß eine Erhöhung der Exporte möglich ist ohne die Minderung der Inflation. Die herrschenden Instrumente einer antiinflationären Politik dagegen führen durch den Druck auf die Massenkaufkraft zu einem weiteren Absinken der Inlandnachfrage, so daß auch der Importbedarf nachläßt. Hinzu treten bekannte Probleme wie Engpässe der Energieversorgung und die zunehmende Rohstoffverknappung, die die internationale Zusammenarbeit als unabdingbar gebieten. Unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des erhöhten Bedarfs steigen die Investitionskosten für die Gewinnung neuer Rohstoffquellen in Höhen, die von einzelnen Ländern oder Ländergruppen nicht mehr ohne zusätzliche Anstrengungen aufgebracht werden können. Die rationelle Nutzung der verknappten Ressourcen — dies wird im Westen zunehmend erkannt — kann nur langfristig und in planvoller internationaler Arbeitsteilung gesichert werden. Die Aufrüstung, die nicht zuletzt seitens der amerikanischen Strategen in der Nachkriegszeit auch als ökonomisches Druckmittel gegenüber sozialistischen Ländern eingesetzt werden sollte, erweist sich mehr denn je wirtschaftlich und politisch als untragbar. Die Freisetzung von Rüstungsgeldern zur Finanzierung gesellschaftlicher Reformen wird nicht allein unabänderliches Erfordernis im internationalen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf, sondern auch im politischen Wettstreit der Systeme. Denn die Vergeudung gesellschaftlichen Reichtums für die Rüstung bei gleichzeitiger Drosselung und Unterdrückung gesellschaftlicher Bedürfnisse schafft ein soziales und politisches Klima, in dem die Abnahme der Kompromißbereitschaft wohl nur eine sehr höfliche Floskel der Umschreibung für einen sich radikal verschärfenden Klassenkampf ist.

Diese international veränderten Kräfteverhältnisse ebenso wie das wohlverstandene eigene Interesse ließen es offensichtlich einer Reihe von westlichen Staatsmännern geboten erscheinen, wieder intensivere Kontakte mit den sozialistischen Ländern aufzunehmen und den begonnenen Entspannungsprozeß fortzusetzen und zu vertiefen. Bekannt sind die Treffen zwischen Ford und Breschnew in Wladiwostok, zwischen Schmidt und Breschnew in Moskau, zwischen Pompidou und Breschnew in Paris, die Intensivierung der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen. Die internationalen Begegnungen, die zwischen Ost und West Ende 1974 stattfanden, unterscheiden sich im Ergebnis grundsätzlich von jenen Gipfeltreffen, die im Westen stattfanden und die Weinstein mit Recht als Leerlauf charakterisierte. Alle Ost-West-Begegnungen brachten konkrete Ergebnisse. Einverständnis konnte über die grundsätzlichen Fragen der Fortsetzung und Festigung des Entspannungsprozesses erzielt werden. Streitpunkte konnten zugunsten konstruktiver, gemeinsamer Lösungen überwunden werden. Ein wesentlicher Unterschied liegt auch im Gegenstand der Verhandlungen. Es ging nicht wie in der Europäischen Gemeinschaft und in den Begegnungen zwischen Schmidt und Ford, zwischen Giscard und Ford und anderen Staatsmännern um kurzatmige, pragmatische und spontane Bewältigung aktuell auftretender Krisen, sondern um langfristige Projekte über 10, 20, 30 Jahre hin, die eine gesicherte Planung und Kalkulation erlauben.

Unter all den internationalen Begegnungen des Jahres 1974 war, das ist die einstimmige Auffassung in Ost und West, das Treffen von Wladiwostok das bedeutendste. Über drei eng miteinander verbundene Probleme galt es sich zu verständigen: über die Begrenzung der nuklear-strategischen Offensivwaffen, über die Eindämmung der Kriegsgefahr in Nahost und die Intensivierung der Zusammen-

arbeit der beiden führenden Mächte der beiden Weltsysteme. Alle drei Punkte waren insofern miteinander eng verbunden, als es nach den ersten Ansätzen der Verständigung darum gehen mußte, die Entspannung zwischen beiden Staaten unumkehrbar zu machen durch die Vertiefung der Kontakte und um, wie es Breschnew in Ulan Bator ausführte, der historischen Aufgabe gerecht zu werden, „die Menschheit von der Gefahr eines neuen Weltkrieges zu befreien und den allgemeinen Frieden zu festigen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß in den Verhandlungen die Suche nach neuen, gegenseitig annehmbaren Möglichkeiten zur Begrenzung und schließlich zur Reduzierung der Raketenkernwaffen beider Länder einen wichtigen Platz eingenommen hat. Und man kann mit Sicherheit sagen, Genossen, daß in dieser Hinsicht während des Treffens von Wladiwostok ein wesentlicher Schritt voran getan wurde".

Ford begrüßte die Ergebnisse im Bemühen um SALT 2 als einen Durchbruch. Kissinger sprach davon, daß „dem Rüstungswettlauf für die Dauer von 10 Jahren ein Deckel aufgesetzt wird" („Die Welt" v. 25. November 1974). Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten würdigte Ford die Ergebnisse: „Wir konnten einen wichtigen Fortschritt erzielen in einem Punkt, der unser Land beunruhigte. Als große Mächte teilen wir die Verantwortung nicht nur für unser eigenes Volk, sondern für die ganze Menschheit. Deshalb müssen wir voran kommen, mit der Rüstungsbegrenzung und durch unsere Zusammenarbeit beitragen zur Lösung der großen Probleme, denen die Menschheit gegenübersteht" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 25. November 1974).

Im Rahmen von SALT 1 war 1972 neben dem Abkommen über die Begrenzung des Raketenabwehrsystems ein zeitweiliges, auf 5 Jahre befristetes Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vereinbart worden. Dieses Abkommen läuft 1977 aus. Eine Erfolglosigkeit von SALT 2 als Nachfolgegespräche über die Rüstungsbegrenzung hätte also nicht nur einen absoluten Stillstand bedeutet. Es hätte die ersten erfolgreichen Ansätze wieder zunichte gemacht. Im ersten Abkommen wurde die quantitative Einschränkung der Interkontinentalraketen vereinbart, ohne aber der qualitativen Aufrüstung eine Grenze zu setzen. Zudem konnten beide Länder sich nicht einigen über die Einbeziehung von anderen atomaren Trägerwaffen, z. B. der Bomberflotte der USA. Daher wurde festgelegt, daß die Zahl der sowjetischen Interkontinentalraketen auf 2358 zu begrenzen sei, während aufgrund der technischen Überlegenheit bei den Mehrfachsprengköpfen (MIRV) und aufgrund der Bomberflotte den Vereinigten Staaten rund 600 Raketen weniger zugestanden wurden. Nun ist es gelungen, die Gesamtzahl der atomaren Träger auf 2400 zu begrenzen und zugleich der unbändigen Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen Einhalt zu gebieten durch die Begrenzung auf 1320 Raketen mit MIRVs. Es ist der Einschätzung Kissingers zuzustimmen, daß es erstmals gelungen sei, zwischen den USA und der UdSSR eine Obergrenze der strategischen Trägerwaffen — Landraketen, Seeraketen und Bomber — zu vereinbaren.

Zudem ist, wie Ford ausführte, eine feste Grundlage geschaffen, „auf der Verhandlungen über eine weitere Begrenzung der Rüstung geführt werden können und — ich hoffe — geführt werden" („Unsere Zeit" v. 13. Dezember 1974).

Auch Bundeskanzler Schmidt konnte eine positive Bilanz nach seiner Reise in die Sowjetunion vorweisen.

Es wurde ein Abkommen zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten verabschiedet. Übereinstimmung herrschte darin, daß in

der Atom-Energiewirtschaft, Petrol-Chemie, der Erschließung neuer Vorkommen von Bodenschätzen einschließlich Erdöl und Erdgas, bei Eisen und Buntmetall, im Hüttenwesen und Maschinenbau Möglichkeiten bestünden, die Ressourcen beider Seiten sich erfolgreich ergänzen zu lassen. Fortschritte wurden auch in den Verhandlungen über das Abkommen zwischen Iran, Sowjetunion und Bundesrepublik über den Bau einer Erdgas-Pipeline festgestellt. Weiterhin wurde die Lieferung von etwa 60 Mrd. Kubikmeter sowjetischen Erdgases in die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2000 vereinbart. Berücksichtigt man, daß die Gasabgabe in den letzten 10 Jahren um 470 % auf rund 50 Mrd. Kubikmeter 1974 gesteigert wurde, beweist das, welchen bedeutenden Wert die Energieversorgung durch Erdgas in Zukunft haben wird. Berücksichtigt werden muß zugleich: „Seit 1969 bis Mitte dieses Jahres sind die Preise für schweres Heizöl um 143 %, für leichtes Heizöl um 137 %, für Hausbrandkohle um 101 % und für Industriekohle um 69 % gestiegen. Dagegen liegen die aktuellen Verbraucherpreise für Gas gegenüber 1969 lediglich um 15 % höher" („Die Welt" v. 26. November 1974). Selbst berufsmäßige Entspannungsgegner wie Dieter Cycon müssen die Bedeutung des Handels mit der Sowjetunion zugestehen. Er verweist darauf, daß „seit einiger Zeit die Steigerungsraten des deutsch-sowjetischen Handels das allgemeine Wachstum unserer Ex- und Importe beträchtlich" übersteigen. „Während die gesamten deutschen Exporte von 1972 bis 1973 um 20 % wuchsen, nahmen die nach der Sowjetunion um 36 % zu. Vom zweiten Quartal 1973 bis zum zweiten Quartal 1974 ergibt sich sogar eine Steigerung von 75 %. Noch ausgeprägter ist der Importtrend" („Die Welt" v. 2. November 1974).

Nach dem Vertrag mit der Sowjetunion hat sich der deutsch-sowjetische Handel am intensivsten im gesamten Bereich der Ost-West-Zusammenarbeit entwickelt. Vor dem Vertrag lag er weit unter 2 Mrd. DM; 1972 betrug der Umsatz des Jahres noch 3,2 Mrd. DM; 1973 stieg er auf 4,28 Mrd. DM; für das erste Halbjahr 1974 stellte sich das Volumen auf 2,878 Mrd. DM; für das ganze Jahr wird nach Schätzungen mit einem Volumen von 8 Mrd. DM gerechnet. Insbesondere die Maschinenindustrie, die wichtigste Exportindustrie der Bundesrepublik, ist an diesem Austausch beteiligt. „Um den sowjetischen Markt bemühen sich heute alle Industrienationen, die inzwischen auch Erfahrung gesammelt haben und gute Qualitäten vorweisen können" („Deutsche Zeitung" v. 25. Oktober 1974). Der „Vorwärts" gab eine erste umfassende Bilanz über die Entwicklung der Kooperation der Bundesrepublik mit der Sowjetunion. Die Klöckner-Humboldt-Deutz AG erhielt einen Auftrag zur Lieferung von 9000 Lastkraftwagen im Werte von rund 1,1 Mrd. DM. Verhandlungen über Lieferungen eines Motorenwerkes mit einer Jahresproduktion von 50 000 Deutz-Diesel-Motoren verlaufen günstig. Ein drittes Erdgas-Röhrengeschäft im Werte von 1,3 Mrd. DM wurde abgeschlossen. Es wird den Erdgasbedarf der Bundesrepublik im Jahre 1980 zu 11 % decken.

Im November wurde ein Vertrag über die Lieferung für die erste Stufe des Hüttenwerkes in Kursk unterschrieben, der die Bundesrepublik an der auf jährlich 5 Mio. t veranschlagten Produktion und den Erzeugnissen dieses Werkes beteiligt. Mit dem Bau eines 1300-Megawatt-Kernkraftwerkes, das ab 1981 Strom nach Westberlin und die Bundesrepublik liefern soll, kann sicher gerechnet werden. Der Wert des Werkes, das von der Bundesrepublik geliefert wird, beträgt 1,5 Mrd. DM. Zugleich ist eine intensivere Aufnahme sowjetischer Waren in der Bundesrepublik festzustellen. Der Ausfuhrüberschuß der Bundesrepublik in den ersten 7 Monaten dieses Jahres ging, verglichen mit dem Vorjahr, von 700 auf 400 Mio. DM zurück.

Unter den Bedingungen der verschärften wirtschaftlichen Krise des Westens sahen sich auch der Kongreß der Vereinigten Staaten und Frankreich animiert, ihren Handel mit der Sowjetunion zu verstärken. Der amerikanische Kongreß gab seinen zähen Widerstand auf und räumte der Sowjetunion, wenn vorerst auch nur befristet auf 18 Monate, die international üblichen gleichen Handelsrechte ein.

Die Bedeutung der jüngsten Ost-West-Begegnungen beschränkt sich allerdings nicht nur auf die Vereinbarung langfristiger Projekte, die wesentlich dazu beitragen können, Engpässe in der Energieversorgung besser zu überwinden, die Rohstoffbasis für den industriellen Fortschritt zu sichern und neue Möglichkeiten für wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen.

Das Einfließen neuer, vorrangig ökonomischer Interessen in den Entspannungsprozeß sichert der Politik der friedlichen Koexistenz zukünftig eine tragfähigere Interessengrundlage, auf der Ost und West bei strikter Einhaltung der Abkommen und vereinbarten Prinzipien die Verständigung weiterentwickeln und unumkehrbar machen können.

Übereinstimmung wurde daher auch erzielt über die Notwendigkeit, den begonnenen Entspannungsprozeß zügig fortzusetzen und vor allem die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit möglichst schnell auf höchster Ebene abzuschließen.

Auch in anderen Fragen, die wesentlich für die Verankerung der friedlichen Koexistenz im europäischen Leben sind, aber gleichwohl von starken ideologischen Gegensätzen geprägt waren, bahnt sich eine Annäherung und Verständigung an. Verstanden wird schon, daß der Anfang der 70er Jahre begonnene Prozeß nicht beliebig an einem Punkt aufgehalten und eingefroren werden kann, sondern daß in Weiterführung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit das Ziel eines europäischen Sicherheitssystems anvisiert werden muß, das an die Stelle der Militärgruppierungen tritt.

In einem Interview, das der schwedische Premierminister Olof Palme dem „Vorwärts" gab, führte er aus: „Die Konferenz ist im Grunde der Friedenskongreß zum 2. Weltkrieg, der 1945, also vor knapp 30 Jahren, zu Ende gegangen ist. Hier liegt ihre wirkliche Aufgabe, auch wenn dies nicht immer im Vordergrund steht. Meiner Meinung nach sollte man langsam zu einem Ende kommen. Was die Konferenz bieten konnte, ist bereits erreicht. Trotzdem werden wir noch eine sehr lange Zeit brauchen, um zu einer echten Zusammenarbeit zu kommen, um die militärischen Blöcke in Europa überwinden zu können. Das wird eine mühsame Prozedur. Unsere Geduld muß groß sein, und die Verhandlungen werden sehr lange dauern. Schritt für Schritt nach vorne zu gehen, bedeutet Ausdauer, Konsequenz und Glauben an den Frieden" („Vorwärts" v. 21. November 1974).

Aus Kreisen des Außenministeriums der Bundesrepublik werden erste Überlegungen über Strukturelemente eines neuen europäischen Staatensystems angestellt (vgl. Günther van Well, „Strukturelemente eines neuen europäischen Staatensystems in der Diskussion", in „Europa-Archiv", 19/1974). Der Autor kommt zu dem Ergebnis, „daß der mit der KSZE eingeleitete multilaterale Entspannungsdialog nach Ablauf der dritten Phase der Konferenz nicht abbricht, sondern entsprechend den praktischen Fortschritten, die die KSZE bringt, weitergeführt" werden muß (S. 649).

Gewiß wird noch zu klären sein, ob der Versuch realistisch ist, in ein solches sich herausbildendes europäisches Sicherheitssystem die alten Strukturen der europäischen Beziehungen, wie z. B. der EG und der NATO, eingliedern zu können,

gleichsam in dem Bemühen, sie nach immer deutlicherem Ausweis ihrer geschichtlichen wie politischen Überfälligkeit so in die Zukunft hineinzuretten. Gleichwohl sind aber durch solche Erstüberlegungen im Jahr 1974 bedeutsame Voraussetzungen geschaffen worden, den Dialog weiterzuführen und in einem Prozeß, in dem positive Erfahrungen gesammelt werden können, gemeinsam in Europa eine neue Sicherheit zu verankern, deren militärische Züge zunehmend schwinden, wie Graf v. Baudissin es auf einem Seminar zur Politik der friedlichen Koexistenz und Abrüstung ausdrückte. Zwar wird immer noch die Doktrin vom Gleichgewicht des Schreckens als unverzichtbare Voraussetzung für die Sicherung des Friedens in Europa aufrechterhalten, dennoch aber drängt sich die Einsicht durch, daß der politischen Entspannung unabdingbar die militärische folgen muß. „Langfristig gefährden Wettrüsten und daraus erwachsendes Mißtrauen den Entspannungsprozeß auch dort, wo er Fortschritte zeigt. Kurzfristig führt er zu stärkerer Betonung der militärischen Komponente, auch in der westlichen Sicherheitspolitik, wie ihr beredter Anwalt Schlesinger zeigt" („Wo Entspannung schwierig wird", Bernhard Wördehoff im „Vorwärts" v. 14. November 1974). Erste vorsichtige Verlautbarungen werden aus dem Planungsstab des Verteidigungsministeriums gegeben, daß die Verhandlungen in Wien nicht erst im Jahr 2000, sondern in nächster Zukunft, evtl. schon 1975 zu ersten Ergebnissen führen könnten, die das politische Verhandlungsklima verbessern und eine bedeutende Voraussetzung für weitere Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen schaffen würden.

Diese positive Fortentwicklung, die auch im vergangenen Jahr in der praktischen Politik wie im Dialog über die friedliche Koexistenz erzielt werden konnte, rechtfertigt keineswegs eine Geringschätzung der Schwierigkeiten, der möglichen Rückschläge und der Widerstände, die der internationalen Entspannung entgegengebracht und überwunden werden müssen. Von einer Garantie des Weltfriedens kann auch unter den Bedingungen von SALT 1 und 2 und der Verständigung zwischen den USA und der UdSSR noch nicht gesprochen werden. Der Nah-Ost-Konflikt wird nach wie vor am Rande eines Krieges dahintreiben, solange nicht auf der Genfer Konferenz dauerhafte Regelungen gefunden werden. Das Wettrüsten ist noch nicht gestoppt. Die Aufrüstung wird forciert weiterbetrieben. Die Doktrin des Gleichgewichts des Schreckens, die gefährliche Instabilitäten in den internationalen Entspannungsprozeß einbringt, bleibt weiterhin offizielle Grundlage westlicher Sicherheitspolitik. Neue, ehrgeizige Rüstungsprojekte, wie das fast unerschwingliche Rüstungsvorhaben MRCA, werden weiterhin angesteuert. Anstatt die positiven Ansätze in der Entspannung und Rüstungsbegrenzungsvereinbarung zu nutzen, wird in den Vereinigten Staaten durch Schlesinger eine neue Nuklear-Strategie entwickelt, die nicht nur den Krieg wahrscheinlicher machen, sondern auch dazu beitragen soll, daß das militärische Instrument als politisches Drohinstrument in Friedenszeiten einsetzbarer wird (vgl. Lothar Rühl, „Die Strategische Debatte in den Vereinigten Staaten", „Europa-Archiv", 23/1974).

Dennoch aber ist unverkennbar, daß sich die Entspannungsgegner in einer Krise befinden. Nur die gefährlichsten und doktrinärsten unter ihnen, wie die CSU, gehen von der Möglichkeit aus, die alte Konfrontationspolitik ungeschmälert fortsetzen zu können. Führende Kräfte der CDU dagegen sehen sich bereits veranlaßt, flexiblere Positionen zu erarbeiten, um nicht den Anschluß und die Möglichkeit der Einflußnahme auf den internationalen Prozeß zu verlieren. Ohne auf die militärische Konfrontation verzichten zu wollen, erkennen sie gleichwohl, daß in der Systemauseinandersetzung der Hauptakzent wesentlich auf die ideologi-

sche Auseinandersetzung gelegt werden muß (vgl. Kurt Biedenkopf, Die ideologische Kriegsführung geht weiter", in „Die Welt" v. 4. September 1974).

Die weiteren Fortschritte in der Politik der friedlichen Koexistenz, der internationalen Arbeitsteilung und in der Rüstungsbegrenzung sowie die sich abzeichnenden Konturen der zukünftigen Entwicklung zeigen realistische Auswege aus der Krise auf, die gegenwärtig die westliche Welt belastet. Frieden und sozialer Fortschritt, internationale Arbeitsteilung und wirtschaftlicher Aufschwung, der Kampf für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und für eine gerechte und sichere Zukunft sind untrennbar aufeinander verwiesen. Die Grundsätze für eine gerechte internationale politische und wirtschaftliche Ordnung, für die Gleichheit und Unabhängigkeit der Staaten, für die Achtung und Respektierung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, gegen jegliche Unterdrückung, Übervorteilung und gegen die Verletzung der Menschenrechte ist eine Widerspiegelung und Folge des tiefgreifenden internationalen wie inneren politischen und ideologischen Wandels in einzelnen Gesellschaften. Die gegenwärtige internationale Entwicklung verdeutlicht das Bestreben der Völker und der verschiedenen sozialen Kräfte, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, zu gestalten und für die Zukunft zu planen sowie ihre Beziehungen zueinander auf eine gleichberechtigte Grundlage zu stellen. Es verdeutlicht ihr Interesse an einer von Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung freien Welt und an einer Zusammenarbeit, die den sozialen, demokratischen und menschlichen Fortschritt gewährleistet und allen Völkern eine gerechte und sichere Zukunft garantiert. Unter den Bedingungen der Entspannung begann sich der soziale Kampf für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte, für grundlegende demokratische Veränderungen und soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit immer offener und konsequenter zu entfalten. Wie auf internationaler Ebene verständigen sich auch die verschiedenen sozialen Kräfte in den einzelnen Ländern, ungeachtet ihrer unterschiedlichen politischen Anschauung, zunehmend über gemeinsame Initiativen zur Sicherung und Fortsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz, der Zusammenarbeit und Abrüstung. Mit dem Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, der am 7. Dezember 1974 in Bonn-Bad Godesberg stattfand, wurde ein neuer Ansatzpunkt für einen umfassenden Dialog über diese Probleme auch in der Bundesrepublik geschaffen. Als erforderlich wird sich erweisen, in dieser Situation ein konstruktives Programm für die Vertiefung der Entspannung und beschleunigte Abrüstungsmaßnahmen zu entwickeln. Das Forum der europäischen Öffentlichkeit, das im April in Brüssel zusammentritt, wird wesentlich dazu beitragen, die Perspektiven der zukünftigen Entwicklung Europas nach erfolgreichem Abschluß der gesamteuropäischen Konferenz und Überlegungen zu erarbeiten, wie nach der politischen Entspannung jetzt die militärische Entspannung beschleunigt verwirklicht werden kann.

Realistische und konstruktive Lösungsvorschläge für die Milderung und Überwindung der gegenwärtig schwelenden Krise wären in diesen Dialogen und gemeinsamen Initiativen auf internationaler Ebene wie im eigenen Lande zu entwickeln, um den Regierungen die Perspektiven ihres zukünftigen Handelns zu zeigen und sie zu ermutigen, gestützt auf eine breite öffentliche Zustimmung, die Politik der friedlichen Koexistenz konsequent weiterzuführen, die internationale Arbeitsteilung zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu vertiefen und Abrüstung, im ersten Schritt um 10 %, wie es die UNO vorschlägt, zu verwirklichen. Ein kurzatmiger Pragmatismus und die Sisyphusarbeit des Krisenmanagements könnten damit hinfällig werden.

Konjunkturzyklus und Arbeitslosigkeit

Von Jörg Goldberg

I

Anfang 1975 wird es in der Bundesrepublik mehr als 1 Million Arbeitslose geben. Damit wird die Zahl überschritten, die die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrer Herbstprognose als pessimistische Schätzung angaben [1]). Seit März 1972 steigt die Zahl der Arbeitslosen fast ununterbrochen an. Schon im September 1973 — der Index der industriellen Nettoproduktion lag noch um 10,7 % über dem Vorjahresstand — wurden rund 12,5 % mehr Arbeitslose gezählt als im Vorjahr. Auch im ersten Halbjahr 1974 war das Wachstum der Industrieproduktion noch keineswegs zum Stillstand gekommen. Im Juni wurde immerhin noch 3,8 % mehr produziert als im Vorjahr, das reale Bruttosozialprodukt nahm im ersten Halbjahr um knapp 1,5 % zu [2]). Unübersehbar ist jedoch die starke Differenzierung, die durch einen Produktionsrückgang des Sektors der Verbrauchsgüterindustrien gekennzeichnet ist.

Die Arbeitslosigkeit war im Juli 1974 die relativ höchste seit 1955, der Stand von Juli 1967, der letzten größeren Rezession, wurde um mehr als 110 000 registrierte Erwerbslose übertroffen. Auch die Relation Offene Stellen/Arbeitslose war ungünstiger als im gleichen Zeitraum der Krise 1967 [3]).

Arbeitsmarkt 1974 in 1000

	Arbeitslose		*Kurzarbeiter*	*Offene Stellen*		*Arbeitslosenquote *)*	
	M	*S*	*M*	*M*	*S*	*M*	*S*
Juli	491	651	141	353	279	2,2 %	2,9 %
August	527	706	105	339	265	2,3 %	3,1 %
September	557	775	265	298	251	2,4 %	3,4 %
Oktober	672	835	370	248	253	3,0 %	3,7 %
November	799	850	462	213	—	3,4 %	3,7 %

**) Arbeitslose in % der abhängig Beschäftigten*
M = Zahlen zum Monatsende S = Saisonbereinigte Zahlen

*) Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Nr. 12/1974, S. 6 und 65 *.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen von 332 000 im November 1973 auf 789 000 im gleichen Monat dieses Jahres. Saisonbereinigt hat ihre Zahl im Durchschnitt des 3. Quartals 1974 um 297 000 auf 675 000 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum zugenommen [4]).

Außergewöhnlich hoch war im November die Zahl der Kurzarbeiter. Der größte Teil von ihnen, rund 120 000, waren Automobilarbeiter [5]). Daraus kann geschlossen werden, daß es sich bei der Kurzarbeit nicht um eine vorübergehende „Sparaktion" handelt, sondern um die Vorboten von Entlassungen. Gerade in der Automobilindustrie dürfte die Verhängung von Kurzarbeit auch ein Mittel sein,

1) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1974, in: „DIW-Wochenbericht", 43—44/1974, S. 385.
2) „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 10/1974, S. 13 und 65 *.
3) „WSI-Mitteilungen", Nr. 9/1974, S. 344.
4) „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 7 und 11/1974, S. 8 und 9.
5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 9. 10. 1974.

um die Praxis der „freiwilligen Aufhebungsverträge", durch die die Beschäftigten mit Abschlagszahlungen und Entlassungsdrohungen zu einem Verzicht auf ihren Arbeitsplatz bewegt werden sollen, zu erleichtern.

Die Zahlen der amtlichen Arbeitsmarktstatistik bringen den tatsächlichen Umfang des Beschäftigungsrückgangs nur unzureichend zum Ausdruck. Der wirkliche Verlust von Arbeitsplätzen kann daher nur ungefähr geschätzt werden. Es sind einige Faktoren, die zu den registrierten Erwerbslosen hinzugerechnet werden müssen.

Zwischen 150 000 und 200 000 ausländische Arbeiter haben seit dem Höchststand der Ausländerbeschäftigung im September 1973 das Land verlassen [6]). Der Einwanderungsstopp macht eine Ergänzung ihrer Zahl unmöglich. Er hat aber auch dazu geführt, daß sich die Rückwanderung verlangsamt, da eine Wiedereinreise in die Bundesrepublik unmöglich geworden ist. In der Rezessionsphase 1967 war die Abwanderung deutlich höher gewesen. Nach Schätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen Situation waren im zweiten Halbjahr 1967 rund 300 000 ausländische Arbeiter abgereist [7]).

Seit Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes im Jahre 1967 erscheinen die im Vollzeitunterricht umgeschulten und weitergebildeten Arbeitslosen nicht mehr in der Statistik der Arbeitslosen. Die von solchen Maßnahmen erfaßten rund 180 000 Arbeiter und Angestellten [8]) dürften auch nach der Umschulung zu einem erheblichen Teil arbeitslos bleiben, so daß es sich dabei teilweise um versteckte Arbeitslosigkeit handelt.

Ein weiterer statistischer Korrektureffekt ist mit den am 1. Januar 1973 eingeführten Veränderungen der Rentengesetze verbunden. Die flexible Altersgrenze ermöglicht ein Ausscheiden aus dem aktiven Erwerbsleben mit dem 63. Lebensjahr. Personen jenseits des 60. Lebensjahres können seit der Rentenreform auch dann vorgezogenes Altersruhegeld bei Arbeitslosigkeit beanspruchen, wenn sie in den letzten 18 Monaten nicht ununterbrochen arbeitslos gewesen sind. Infolgedessen ging im Jahr 1973 die Zahl der Arbeitslosen über 60 Jahre als einzige Gruppe zurück [9]).

Die beiden letzten Punkte machen auch die Vergleichbarkeit der Statistik im Zeitablauf schwierig, da ihre zahlenmäßigen Effekte sehr schwer zu schätzen sind.

Das Arbeitsangebot geht aber auch infolge der ungünstigen Beschäftigungslage zurück — ein Effekt, der zahlenmäßig kaum erfaßbar ist. Eine hohe Arbeitslosigkeit hält viele Personen davon ab, sich um einen Arbeitsplatz zu bemühen, obwohl sie unter anderen Bedingungen durchaus dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hätten. Das Arbeitsangebot ist also in einem gewissen Maße von der Nachfragesituation selbst abhängig [10]). Erwähnt sei schließlich noch die Entwicklung der geleisteten Arbeitsstunden, die ebenfalls einen rapiden Rückgang des Volumens der geleisteten Arbeit zeigt. In der Industrie sank die Zahl der Arbeiterstunden von 2844 auf 2638 Mio vom zweiten Quartal 1973 zum zweiten Quartal 1974, also um etwa 7,2 % [11]). Dahinter verbirgt sich sowohl der allgemeine Beschäftigungsrückgang und die Zunahme der Kurzarbeit als auch der

6) WSI-Mitteilungen", Nr. 9/1974, S. 340.
7) Sachverständigengutachten 1967, S. 52.
8) „Der Spiegel" v. 14. 10. 1974, S. 65.
9) „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit", Nr. 2/1974, S. 112.
10) „ITE-Mitteilungen", Hamburg, Nr. 13/1974, S. 10.
11) „Wirtschaftskonjunktur", Monatsberichte des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung, Beilage zu Nr. 10/1974, S. 6.

Abbau von Überstundenarbeit, während das Absinken des Krankenstandes einen gegenteiligen Effekt hat [12]).

Unter Berücksichtigung der Effekte der versteckten Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit kam das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Gewerkschaften zu dem Ergebnis, daß „sich ein ungewöhnlich hoher Sockel von ca. 750 000 (zeigt), von dem die Saisonbewegungen des kommenden Herbstes und vor allem Winters ihren Ausgang nehmen werden" [13]).

Eine Untersuchung der Struktur der Arbeitslosen nach Berufen zeigt — im Gegensatz zur Situation 1966/67 — einen hohen Anteil der Verwaltungs- und Büroberufe an. Ende Juli 1974 gehörten mehr als 69 000 Arbeitslose dieser Berufsgruppe an. Sie standen damit nach den „Metallberufen" an zweiter Stelle [14]). Zählt man zu den Büroberufen die Gruppe der „Warenkaufleute" — vor allem Verkaufspersonal aus dem Einzelhandel — hinzu, dann gehört inzwischen fast ein Viertel der registrierten Arbeitslosen zu den Dienstleistungsberufen. 33 % der Beschäftigungslosen sind Angestellte, fast viermal so viel wie 1967. Die Rationalisierungstendenzen erfassen inzwischen auch die Verwaltungs- und Dienstleistungsberufe, die bisher in der Regel die Freisetzungseffekte der produzierenden Sektoren kompensieren konnten [13a]).

Das zeigt sich auch auf dem Teilarbeitsmarkt für Frauen. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,8 % stellen sie gegenwärtig rund die Hälfte der Erwerbslosen. Dagegen war 1967 nur ein Drittel der Erwerbslosen Frauen. Neben den Effekten der Rationalisierung der Büroberufe schlägt sich darin auch die besondere Schwäche des Einzelhandels nieder, in dem besonders viele Frauen beschäftigt sind [14]).

Überdurchschnittlich hoch ist inzwischen auch die Arbeitslosigkeit der Ausländer. Mit einer Quote von 2,6 % lag sie im September erstmals über dem Gesamtdurchschnitt, obwohl die regionale Mobilität bei dieser Gruppe besonders hoch ist [15]). Das dürfte auch ein Effekt des Einwanderungsstopps sein, der einen Teil der Betroffenen von einer vorübergehenden Heimkehr abhält, da eine spätere Wiedereinwanderung nicht mehr möglich ist.

Immer noch ist die Gruppe der Arbeiter und Angestellten ohne abgeschlossene Berufsausbildung am meisten vom Verlust des Arbeitsplatzes bedroht.

Anteile der Arbeitslosen nach Ausbildung in %

Ungelernte	*Angelernte*	*Lehrberufe*	*Berufsfachschule*	*Akademiker*
54,3	*5,6*	*33,1*	*3,4*	*3,5*

Ausbildungsspezifische Arbeitslosenquote in %

Gesamt	*Personen ohne Berufsausbildung*	*Personen mit Berufsausbildung*	*Akademiker*
2,1	*3,6*	*1,3*	*0,7*

Quellen: Strukturanalyse der Arbeitslosen, September 1974, a. a. O. Tabelle 22; „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit", 8/1974, S. 791.

Tatsächlich werden jedoch immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte entlassen, so daß auch eine gute Ausbildung keine Sicherheit gegen den Verlust des Arbeitsplatzes mehr bietet. Das demonstrieren insbesondere die rund 20 000 arbeitslosen

12) Sachverständigengutachten 1967, S. 50.
13) „WSI-Mitteilungen", Nr. 9/1974, S. 339.
13a) Strukturanalyse der Arbeitslosen, Ergebnisse der Sonderuntersuchung Ende September 1974, Bundesanstalt für Arbeit, hektographiertes Manuskript, S. 10.
14) „Wirtschaft und Statistik", 9/1974, S. 536.
15) „WSI-Mitteilungen", 9/1974, S. 338/39.

Hoch- und Fachhochschulabsolventen. Die Unternehmen erachten es nicht mehr für notwendig, die qualifizierteren Arbeiter zu „horten", da sie für die Zukunft mit einem ausreichenden Angebot rechnen.

Ein vollständig neues Problem für die Bundesrepublik stellen die arbeitslosen Berufsanfänger dar, deren Zahl in der Statistik zudem noch untertrieben wird, da ein Teil von ihnen während eines „Berufsfindungsjahres" zeitweilig vom Arbeitsmarkt verschwindet. Aus einer Übersicht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung geht hervor, daß von den 480 000 Hauptschulabgängern des Schuljahres 1973/74 19 % ohne Lehrstelle geblieben sind [16]). Hinzu kommt, daß inzwischen auch bereits abgeschlossene Lehrverträge in der Probezeit wieder aufgelöst worden sind, so daß die Zahl sich noch erhöht haben dürfte. Von den 557 000 Arbeitslosen Ende September 1974 waren 32 000 Berufsanfänger, 22 000 mehr als ein Jahr zuvor.

Arbeitslose nach Lebensalter in %

Männer	*April 1967*	*1970*	*1972*	*1973 *)*	*1974 *)*
Unter 20	*16,4*	*4,4*	*5,7*	*7,0*	*11,1*
20—25		*6,3*	*8,4*	*10,2*	*14,2*
25—35	*23,0*	*14,3*	*17,1*	*20,7*	*25,3*
35—45	*15,9*	*13,9*	*14,4*	*16,2*	*20,2*
45—55	*11,2*	*13,9*	*13,4*	*15,5*	*14,8*
55—60	*9,9*	*16,4*	*11,2*	*8,9*	*5,4*
60—65	*14,3*	*30,0*	*29,3*	*20,4*	*8,7*
über 65	*9,3*	*0,8*	*0,5*	*1,1*	*0,3*

Frauen	*April 1967*	*1970*	*1972*	*1973 *)*	*1974 *)*
Unter 20	*19,9*	*11,0*	*10,5*	*12,0*	*14,1*
20—25		*15,6*	*15,7*	*17,0*	*17,6*
25—35	*22,2*	*24,7*	*24,0*	*24,4*	*25,0*
35—45	*20,5*	*17,2*	*18,3*	*17,1*	*18,2*
45—55	*18,8*	*16,1*	*18,0*	*17,5*	*16,5*
55—60	*10,3*	*9,6*	*8,4*	*6,8*	*5,2*
60—65	*6,5*	*5,6*	*5,0*	*5,0*	*3,3*
über 65	*1,7*	*0,2*	*0,1*	*0,2*	*0,1*

Altersspezifische Arbeitslosenquote September 1973 und 1974

	1973	*1974*
Unter 20	*3,4*	*1,0*
20—25	*3,0*	*1,0*
25—30	*2,9*	*1,0*
30—35	*2,1*	*0,8*
35—40	*1,9*	*0,7*
40—45	*2,0*	*0,7*
45—50	*1,9*	*0,8*
50—55	*2,0*	*0,9*
55—60	*2,5*	*1,4*
60—65	*3,0*	*2,4*
Gesamt	*2,4*	*0,9*

*) September

16) „Sozialpolitische Umschau", Nr. 160/1974.

Das durchschnittliche Lebensalter der Erwerbslosen hat sich in der Vergangenheit erheblich verringert. Das zeigt sich besonders deutlich bei den arbeitslosen Männern. Betrug ihr Durchschnittsalter 1972 noch 45,5 Jahre, so sank es auf 42,5 Jahre im September 1973 und auf knapp 39 Jahre im Mai 1974.

Auch die Dauer der Arbeitslosigkeit im Einzelfall hat sich ausgedehnt. Zwar ist eine ausgesprochene Dauerarbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Untersuchung noch nicht vorherrschend, die Tendenz dahin ist jedoch nicht zu übersehen.

Dauer der Arbeitslosigkeit in % der Arbeitslosen

	September 1970		*September 1973*		*September 1974*	
	Männer	*Frauen*	*Männer*	*Frauen*	*Männer*	*Frauen*
Unter 1 Monat	*28,5*	*40,9*	*26,9*	*29,8*	*28,3*	*23,8*
1— 3 Monate	*23,0*	*30,3*	*26,4*	*31,0*	*30,8*	*31,6*
3— 6 Monate	*14,0*	*15,5*	*14,6*	*17,6*	*16,4*	*20,2*
6—12 Monate	*18,8*	*11,3*	*19,1*	*17,3*	*17,9*	*20,8*
1— 2 Jahre	*9,6*	*1,5*	*9,9*	*3,5*	*4,8*	*3,1*
Über 2 Jahre	*6,1*	*0,5*	*3,1*	*0,8*	*1,8*	*0,5*

Quellen: „Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit", Nr. 2/1974, S. 114, und 8/74, S. 123/24; Sachverständigengutachten 1967, S. 53; Strukturanalyse d. Arbeitslosen 1974, a. a. O., Tabelle 10 und 11.

Die Aussagekraft dieser beiden letzten Tabellen muß allerdings mit den Einschränkungen versehen werden, die sich aus den oben angeführten statistischen Besonderheiten ergeben. Die Ausgliederung der Umschüler — insbesondere der Schulentlassenen des „Berufsfindungsjahres" — versteckt eher die längerfristige Arbeitslosigkeit jüngerer Arbeiter und Angestellter. Die Veränderungen der Rentengesetzgebung dagegen verbergen die längerfristige Arbeitslosigkeit älterer Erwerbsloser.

Die Besonderheiten der Arbeitsmarktlage bestehen, zusammenfassend, in dem außergewöhnlichen Umfang, der längeren Dauer sowohl der schlechten Beschäftigungssituation als auch der Arbeitslosigkeit im Einzelfall und der Ausdehnung auf leistungsstarke, d. h. vor allem junge und teilweise auch qualifizierte Arbeiter und Angestellte.

II

Für die Veränderungen in Struktur und Umfang der Arbeitslosigkeit in der Gegenwart sind sowohl konjunkturelle als auch langfristig wirkende strukturelle Momente verantwortlich. Zu den strukturellen Veränderungen gehört vor allem die Änderung des Wachstumstypus in der Bundesrepublik, die sich in den 60er Jahren vollzogen hat. Die Ausdehnung der Beschäftigtenzahlen hat seither als Wachstumsfaktor kaum noch eine Rolle gespielt und ist durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität weitgehend ersetzt worden. Dieser Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum hat sowohl die Beschäftigungslage als auch das Wachstumstempo verändert [17]).

Im folgenden sollen jedoch die konjunkturellen Aspekte der Beschäftigungssituation im Mittelpunkt stehen, wobei nicht übersehen werden darf, daß die spezifischen Modifikationen im Ablauf des Konjunkturzyklus in der jüngeren Vergangenheit auch von den erwähnten strukturellen Veränderungen beeinflußt

17) Vgl. Autorenkollektiv Heinz Petrak u. a., Proletariat in der BRD, Berlin (DDR) 1974, S. 56 ff. — Forschungsprojekt RKW, Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, 1. Bd., Frankfurt/M 1970.

sind. Aber auch langfristige strukturelle Veränderungen setzen sich im Kapitalismus nur über zyklische Bewegungen der Gesamtwirtschaft durch. Daher scheint eine Konzentration auf die Beziehungen zwischen Konjunktur und Beschäftigungslage zulässig.

Die weitverbreitete Vorstellung, Arbeitslosigkeit sei in der Geschichte der Bundesrepublik bisher eine weitgehend unbekannte Erscheinung gewesen, wird durch einen Blick auf die Arbeitsmarktstatistiken widerlegt. Die Arbeitslosenquote — verstanden als Anteil der registrierten Arbeitslosen in % der abhängig Beschäftigten — stieg bis 1950 auf 9,5 % im Jahresdurchschnitt an. Seitdem war sie zwar rückläufig, sank jedoch erst 1960 unter 2 %. Die Periode einer sehr geringen Arbeitslosigkeit währte nur bis 1967 [18]). In der Rezession 1966/67 wurde mit Arbeitslosenquoten, die zeitweilig 3 % erreichten, demonstriert, daß die Unsicherheit der Arbeitsplätze nach wie vor eine Begleiterscheinung des Kapitalismus auch in der BRD ist.

Aber auch in den Perioden sehr geringer Arbeitslosigkeit war der Zusammenhang zwischen konjunkturellem Verlauf und Beschäftigung stets vorhanden. Auch in der Gegenwart steht die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in einer engen Beziehung zu der labilen Konjunktur und kann weitgehend aus den Besonderheiten dieser Situation heraus erklärt werden. Ebenso in Hinblick auf die diskutierten wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen ist eine Analyse der konjunkturellen Lage Voraussetzung.

Die wirtschaftliche Entwicklung nach der Rezession der Jahre 1966/67 war durch einen steilen Anstieg der Investitionen gekennzeichnet, hervorgerufen durch einen raschen und allgemeinen Anstieg der Unternehmergewinne. Dieser Anstieg wird selbst durch die unzureichende Gewinnstatistik offengelegt, die in der Globalgröße „Einkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" die Verdienste der Freiberuflichen, die landwirtschaftlichen Einkommen und die Gewinne der großen Konzerne zusammenfaßt. Die so definierten Nettoeinkommen der Unternehmer stiegen 1968 um 18 % an, während sich die Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit — bei Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen — nur um 5,2 % erhöhten.

Der Investitionsboom hielt bis ins Jahre 1971 an, wenn er sich auch abschwächte. Von 1968 bis 1971 stieg der Anteil der Anlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt von 23,2 auf 26,7 %. Den stärksten Anteil an dieser Entwicklung hatten dabei die Ausrüstungen, während die Entwicklung der Bauinvestitionen etwas gleichmäßiger verlief. Der Anteil des privaten Verbrauchs war dagegen von 1968 bis 1973 fast kontinuierlich rückläufig. Er sank von 55,9 % auf 53,4 %. Auch im ersten Halbjahr 1974 setzte sich diese Tendenz weiter fort [19]).

Im Herbst 1969 reagierten Teile der Arbeiterklasse mit Streiks und anderen Kampfaktionen auf die sich verschärfenden Disproportionen zwischen der Entwicklung der Löhne und Gehälter und den Unternehmergewinnen. Im Gefolge dieser Aktionen gelang es, die Löhne und Gehälter nominal erheblich heraufzusetzen. Die Nettolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten stieg 1970 um 12,2 % [20]). Gleichzeitig setzten jedoch auch die Gegenreaktionen der Bundesregierung und der Unternehmen ein, die einen Verfall der Profite zu verhindern suchten.

---

18) Gustav Stolper / Karl Häuser / Knut Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1966, S. 254; „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 41971, S. 63 *.
19) „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 4/1971 und 9/1974, S. 62 * und 64 *.
20) „Wirtschaft und Statistik", Nr. 9/1974, S. 615.

Die Preise wurden sprunghaft heraufgesetzt. Die industriellen Erzeugerpreise stiegen 1970 um 4,9 % gegenüber dem Vorjahr, eine Beschleunigung um mehr als 3 % im Vergleich zu 1969. Der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude beschleunigte sich mit einem Anstieg von 14,9 % sogar um mehr als 10 %. Auch der Lebenshaltungskostenindex erhöhte sich um 3,4 % und verdoppelte seine Steigerungsrate nahezu [21]). Seither beschleunigt sich die Preisentwicklung ununterbrochen.

Die Bundesregierung setzte ihre wirtschaftspolitischen Mittel ein, um die Preisentwicklung zu bremsen. Da sie dieses Ziel ohne eine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen erreichen wollte, setzte sie die „Stabilitätspolitik" in erster Linie an der Einkommensentwicklung an. In ihrem Jahreswirtschaftsbericht vom Januar 1970 schlug sie eine „konzertierte Stabilisierungsaktion der Gebietskörperschaften, der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände" vor. Das „Stabilisierungsprogramm" vom Januar 1970 sah neben einer Begrenzung der Haushaltsausgaben die Aufschiebung vorgesehener Steuersenkungen vor, vor allem der beabsichtigten Verdoppelung des Arbeitnehmerfreibetrages [21a]). Schon im Mai folgte diesem Programm das „Schiller-Paket". Die wichtigsten Maßnahmen waren die Erhebung eines rückzahlbaren Zuschlags auf die Einkommensteuer und die Aussetzung der degressiven Abschreibung. Dadurch sollte der private Verbrauch getroffen werden. Auch die Investitionstätigkeit sollte verlangsamt werden, jedoch ohne die Gewinne wesentlich anzutasten.

Tatsächlich konnten die Unternehmen ihre im Aufschwung verbesserten Verwertungsbedingungen aufrechterhalten, indem sie alle Belastungen über die Preise weitergaben. Die Folge war eine Expansion der Investitionen, die alle staatlichen Projektionen über den Haufen warf. Die Anlageinvestitionen expandierten um 23,1 % im Jahre 1970. Dagegen blieb die private Nachfrage mit einem Zuwachs von 11,4 % im Rahmen der projizierten Entwicklung [22]).

Die restriktive Globalsteuerung, die über eine Beeinflussung der monetären Gesamtnachfrage alle Nachfragegrößen gleichmäßig treffen wollte, erreichte im Endeffekt das Gegenteil. Die Hauptursache ist in der monopolistischen Struktur vieler Märkte zu suchen. Dort gelingt es den Unternehmen, die Auswirkungen der Restriktionspolitik abzuwälzen, so daß die übrigen Teile der Gesellschaft — in erster Linie die Lohn- und Gehaltsempfänger, aber auch mittelständisch organisierte Betriebe — die ganze Last der Restriktionspolitik zu tragen haben. Es ist offensichtlich, daß dadurch die Disproportionen zwischen Investitionen und Massenkonsum verschärft werden. Denn die durch monopolistische Preispolitik verbesserten Verwertungsbedingungen lassen eine Ausdehnung des Produktionsapparates zunächst noch sinnvoll erscheinen. Vor allem die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie schafft sich dadurch für eine bestimmte Zeit einen eigenen Markt, der die bereits existierenden Disproportionen verdeckt. Je größer der Anteil des fixen Kapitals am Gesamtkapital ist — vor allem im Zusammenhang mit dem Übergang zum intensiven Wachstum in den 60er Jahren wächst dessen Anteil —, desto länger ist der Produktionsumweg, desto gelockerter ist der Zusammenhang zwischen der Herstellung von Investitionsgütern und dem Konsum. Die Folge ist, daß der Markt der Produktionsgüter längere Zeit scheinbar unabhängig vom privaten Verbrauch wachsen kann. Die Disproportionen eskalieren sich so über einen längeren Zeitraum und müssen daher um so schärfer zum Ausbruch kommen.

21) „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 10/1974, S. 68 *.
21a) Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1970, S. 19—21.
22) Ebd., 4/1971, S. 62.

Das erklärt den relativ langen Aufschwung der Investitionstätigkeit nach 1967 bei kontinuierlich zurückbleibender Konsumnachfrage.

Ende 1970 wurden erste Anzeichen einer konjunkturellen Abschwächung bei gleichzeitiger Beschleunigung des Preisauftriebs sichtbar. Die Industrieproduktion wuchs im letzten Quartal nur noch langsam, wobei die Verbrauchsgüterindustrie am schlechtesten abschnitt. Der Index der industriellen Nettoproduktion erhöhte sich dort im Jahre 1970 nur noch um 2,4 %, während die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien immerhin noch um 5,1 bzw. 9,3 % zunahmen [23]). Die konjunkturelle Abschwächung erfolgte schon Ende 1970 von seiten der Verbrauchsnachfrage, während die Investitionen noch bis Mitte 1971 überproportional expandierten.

Der Zusammenhang zwischen dem bereits 1970 bestehenden Ungleichgewicht zwischen Investitionen und Massennachfrage und der Entwicklung der Gewinne schlägt sich selbst in der offiziellen Statistik nieder, deren Kategorien die Entwicklung der Unternehmergewinne meist mehr verschleiern als aufdecken.

Die „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" nahmen 1970 um 9,7 % zu, die „Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer" dagegen expandierte um 14,7 %.

Ganz anders verhält sich die Relation der Nettowerte. Netto erhöhten sich die Unternehmereinkommen um 13,4 %, die Arbeitseinkommen um 12,2 % [24]). Es zeigen sich daran die Auswirkungen der staatlichen Umverteilung. Deutlicher noch wird die tatsächliche Profitentwicklung durch eine Analyse der Jahresabschlüsse großer Konzerne. Demnach steigerten die 100 größten Aktiengesellschaften ihren Nettoprofit im Jahre 1970 um 16,2 % gegenüber dem Vorjahr [25]).

Die Investitionstätigkeit hatte auch 1969 und 1970 noch in erster Linie die Ausdehnung der Produktion zum Ziel. Die Konjunkturtests des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung ergaben, daß jeweils mehr als 50 % der Investitionen für Kapazitätserweiterungen bestimmt waren.

Obwohl die Disproportionen zwischen Produktion und Konsum bereits im Jahre 1970 offensichtlich waren und die Auslastung der industriellen Sachkapazitäten seit ihrem Höhepunkt im Jahre 1970 rückläufig war, förderte die Wirtschaftspolitik auch zu Beginn des Jahres 1971 noch vorrangig die Investitionstätigkeit. Zum Jahresbeginn wurde die zeitweilig ausgesetzte degressive Abschreibung wieder zugelassen, die Investitionssteuer wurde von 6 auf 4 % gesenkt. Die Restriktionspolitik der Bundesbank blieb weitgehend wirkungslos. Der Jahreswirtschaftsbericht muß zugeben: „Vor allem größere Unternehmen konnten ... durch Kreditaufnahme im Ausland ausweichen."

Dagegen erstrebte die Bundesregierung eine „Begrenzung der Zuwachsrate des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit (Summe) auf eine durchschnittliche Größe von 9,5 bis 10,5 % gegenüber dem Stand im Jahre 1970" [26]). Zusätzlich wurde eine Begrenzung des privaten Verbrauchs durch Förderung der Ersparnisbildung angestrebt.

Ein Stabilitätsprogramm, das im Mai 1971 verabschiedet wurde, beinhaltete neben einer leichten Aufwertung der DM Vorstellungen einer restriktiven Haushalts-

[23]) Ebd.
[24]) „Wirtschaft und Statistik", Nr. 9/1974, S. 615.
[25]) „DWI-Berichte", Berlin (DDR), Nr. 1/1972, S. 25/26.
[26]) Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1971, S. 18 und 21.

politik, die jedoch in der Praxis nur unzureichend realisiert wurden. Auch 1971 wirkten sich alle wirtschaftspolitischen Versuche, den Preisauftrieb zu dämpfen, fast ausschließlich auf den privaten Verbrauch aus. Die Mitte 1971 einsetzende leichte Rezession war daher immer noch mit einer Zunahme der Investitionen verbunden. Im ganzen Jahr 1971 expandierten die Anlageinvestitionen mit 12,2 % Zuwachs immer noch etwas schneller als das Bruttosozialprodukt. Auch der Sachverständigenrat stellte Ende 1971 in seinem Jahresgutachten fest: „Auffallend an der gegenwärtigen Abschwungsphase ist, daß der Anteil der Investitionsgüter an der industriellen Mehrproduktion diesmal um ein Drittel größer ist als 1966." Das gesamte Produktionspotential nahm nach Schätzung der Sachverständigen 1971 um 5 % zu, während die reale Produktion nur um 3 % wuchs [27]).

In der Beruhigungsphase 1971/72 traten die im Aufschwung entstandenen Disproportionen zwischen Produktion und Konsum offen zutage. Entsprechend dem Krisenverlauf unter den Bedingungen eines funktionierenden Marktmechanismus wäre es die Funktion einer Rezession gewesen, diese Disproportionen durch die Vernichtung des überschüssigen Kapitals und eine einschneidende Verminderung der Investitionen zumindest zeitweilig zu beseitigen. Es war jedoch schon in der Hochkonjunktur sichtbar geworden, daß die durch monopolistische Preispolitik und restriktive Einkommenspolitik künstlich hoch gehaltene Profitrate eine weitere Kapitalakkumulation begünstigen mußte.

Infolgedessen blieb der Bereinigungseffekt der konjunkturellen Abschwächung der Periode 1971/72 aus. Die Kosten der Überakkumulation wurden durch Preiserhöhungen und Einkommenspolitik teilweise direkt auf die lohnabhängigen Verbraucher überwälzt und teilweise über das Steuersystem vom Staat übernommen [28]).

Im Verlauf des Jahres 1972 belebte sich die Konjunktur wieder. Tatsächlich ist es also gelungen, einen tieferen Einbruch mit rückläufiger Produktion zu vermeiden. Die Arbeitslosenquote stieg bis zum Januar 1972 zwar auf 1,7 % an, blieb aber weit unter dem Stand von 1966/67. Dieser Erfolg war jedoch nur relativ, da die Überakkumulation der Vorjahre nicht nur bestehenblieb, sondern sogar noch ausgebaut wurde. Die verhinderte Bereinigung der Disproportionen legte damit den Keim zukünftiger krisenhafter Entwicklungen. Eine zentrale Bedeutung hatte dabei die Einkommenspolitik, der es in dieser Periode gelang, den Anstieg der Reallöhne entscheidend zu verlangsamen. Die günstige Arbeitsmarktlage im Aufschwung führte also zu keiner Beeinträchtigung der Verwertungsbedingungen. Für 1972 berechnete sogar der Sachverständigenrat eine Verschlechterung der Reallohnposition der Arbeiter und Angestellten, wobei nur die Bruttoposition berechnet wurde. Die zusätzlichen Umverteilungseffekte des Steuersystems sind noch nicht einbezogen [29]).

Der Aufschwung Mitte 1972 hatte von seiten der Kapitalverwertung also gute Voraussetzungen. Dagegen waren die Bedingungen auf der Absatzseite ungünstig. Der private Verbrauch nahm nur im Tempo des Bruttosozialprodukts zu, während die Investitionstätigkeit stark eingeschränkt wurde. Da die Überkapazitäten in der vorangegangenen Rezession nicht beseitigt worden waren, konnte ein neuer Aufschwung auch nicht von einer erneuten Belebung der Investitionstätigkeit erwartet werden, obwohl die Verwertungsbedingungen gut waren. Die

27) Sachverständigengutachten 1971, S. 27.
28) 1970 gingen die Steuern auf „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 3,1 % zurück, 1971 und 1972 stiegen sie nur unterproportional um 6,2 bzw. 6,7 % „Wirtschaft und Statistik", Nr. 9/1974, S. 615.
29) Sachverständigengutachten 1972, S. 60.

Absatzmöglichkeiten wirkten nunmehr als Grenze des wirtschaftlichen Wachstums, verschärft durch die Abwälzung der Kosten der niedrigen Kapazitätsauslastung über die Preise.

Der Sachverständigenrat hebt diese Besonderheit der konjunkturellen Lage hervor: „Hatten in früheren Zyklen die Belebung der Investitionsneigung den Konjunkturumschwung wesentlich mitbestimmt, so war es 1972 eher der Konjunkturumschwung, der die Investitionsneigung anregte" [30]).

Getragen wurde der Aufschwung des Jahres 1972 im wesentlichen von Sonderfaktoren, besonders von der sprunghaft ansteigenden Exportnachfrage. Der Saldo der Handelsbilanz erhöhte sich im zweiten Halbjahr 1972 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 32 % oder fast 3 Mrd DM [31]). Hinzu kam eine stark expansive Haushaltspolitik. Der Nettofinanzierungssaldo verdoppelte sich gegenüber dem Vorjahr auf 22 Mrd DM [32]). Gleichzeitig wurde die Geldpolitik der Bundesbank gelockert.

Unter dem Eindruck steigender Exporte vor allem in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien kam es trotz sinkender Kapazitätsauslastung kurzzeitig zu einer Belebung der Investitionstätigkeit, die allerdings vor allem Rationalisierungsinvestitionen zum Ziel hatte [33]). Die Belebung war allerdings nicht von Dauer, da sich die Absatzmöglichkeiten im Inland verschlechterten.

Die Stabilitätsprogramme vom Februar und Mai 1973 hatten die gleichen Effekte wie die vorangegangenen. Während die Maßnahmen vor allem gegen die Wohnungswirtschaft im Zusammenhang mit der Hochzinspolitik effektiv waren und die Massennachfrage zurückschraubten, konnten die Unternehmen Belastungen wie z. B. den Fortfall einiger Investitionszulagen und die Erhebung einer Investitionssteuer abwälzen. Zudem nahmen Regierung und Unternehmer die Stabilitätsprogramme zum Anlaß, um die Lohnpolitik zum Schlüsselproblem der Stabilität zu erklären. Bundeswirtschaftsminister Friederichs erklärte z. B. anläßlich der 24. ordentlichen Mitgliederversammlung des BDI, wenn der durch das Stabilitätsprogramm gezogene Rahmen nicht beachtet würde, seien auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigung nicht ausgeschlossen [33a]). Tatsächlich bestand der Effekt der Stabilitätsprogramme in einer sprunghaften Beschleunigung vor allem des Anstiegs der industriellen Erzeugerpreise, deren jährliche Steigerungsrate sich von 4,8 % im Januar 1973 auf 10,6 % im Januar 1974 beschleunigte. Der Anstieg der Reallöhne wurde nahezu zum Stehen gebracht [34]).

Bereits im Herbst 1973 begann ein neuer konjunktureller Abschwung, der sich bis in die Gegenwart fortgesetzt hat. Die wirtschaftliche Belebung 1972 währte also nur ein Jahr und war zudem sehr flach.

Das besondere Merkmal des Abschwungs ist seine differenzierte Struktur. Die seit 1966/67 betriebene Wirtschaftspolitik mußte in der Konsequenz zu einer unterproportionalen Entwicklung des Verbrauchs führen. Daher haben sich die Krisenerscheinungen besonders in den konsumnahen Wirtschaftszweigen bemerkbar gemacht. Die Stimulierung der Investitionstätigkeit und die Förderung der Überakkumulation haben dagegen in den stärker monopolisierten Bereichen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien zunächst zu einer Aufrechterhaltung

30) Ebd., S. 47.
31) „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", Nr. 10/1974, S. 70 *.
32) Sachverständigengutachten 1972, S. 87.
33) Ebd., S. 48.
33a) „Marxistische Blätter", 4/1973, S. 3.
34) „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Lage der Arbeiterklasse", Nr. 2/1974, S. 9.

der Produktionstätigkeit geführt. Außerdem profitieren diese Zweige relativ stärker von der angestiegenen Auslandsnachfrage.

Die insgesamt nachlassende Investitionsnachfrage und die sinkende Kapazitätsauslastung — von April 1973 bis April 1974 ist der Auslastungsgrad saisonbereinigt um 4,5 % gesunken [35]) — hat zu keiner Verlangsamung der Preisentwicklung geführt. Die stärker monopolisierten Branchen waren in der Lage, sowohl die Kosten der Unterauslastung als auch die Belastung durch gestiegene Rohstoffkosten und Hochzinspolitik der Bundesbank über die Preise weiterzugeben. In der Konsequenz vergrößerten sich dadurch die Schwierigkeiten der Verbrauchsgüterindustrien, bei denen Kapazitätsüberschüsse ohnehin stärker die Erträge drückten. Deutlich wird diese Klemme, in der viele konsumnahe Produzenten stecken, an der Differenz zwischen dem Anstieg der industriellen Erzeugerpreise und der Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex. Die industriellen Erzeugerpreise lagen im September 1974 um 14,1 % über dem Vorjahresstand, der Index der Lebenshaltungskosten „nur" um 7,3 % [36]). Die Differenz dieser beiden Indizes erklärt sich teilweise daraus, daß die konsumnahen Wirtschaftsbereiche unter dem Druck der nachlassenden Verbrauchsnachfrage die Preiserhöhungen der Vorstufen nicht voll weitergeben können.

Auch die Gewinnsituation ist sehr differenziert, obwohl die Unternehmergewinne auch 1973 erheblich gestiegen sind. Das zeigt ein Blick auf die Dividendenausschüttung des Jahres 1973, in der sich meist auch die Zukunftserwartungen des nächsten Jahres niederschlagen. Allerdings machen die Dividendensummen nur einen Bruchteil der Erträge aus und spiegeln die tatsächlichen Verwertungsbedingungen nicht voll wider.

Die 1733 untersuchten Aktiengesellschaften schütteten mehr als 6 Mrd DM an die Aktionäre aus, 15,4 % mehr als im Vorjahr. Zwei Drittel dieser Summe entfielen auf die Unternehmen der chemischen Industrie, des Straßen- und Luftfahrzeugbaus, der Energiewirtschaft, der Kreditwirtschaft und der Elektrotechnik. Die 50 größten Gesellschaften mit 50,6 % des erfaßten Stammkapitals verteilten 55,6 % der Dividende. Während die Ausschüttungen insgesamt zunahmen, wurden in den Bereichen Feinmechanik, Optik, Uhrenherstellung, Glasverarbeitung, Wohnungsgewerbe, Bekleidungsgewerbe und im Großhandel Dividendenrückgänge verzeichnet [37]). Es kann konstatiert werden, daß besonders in den Teilen der für den Investitionsbedarf produzierenden Wirtschaft die Verwertungsbedingungen nach wie vor gut sind.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die bereits seit einem Jahr anhaltende labile wirtschaftliche Lage nach einem kurzen und schwachen Aufschwung im Kern das Ergebnis der Disproportionen ist, die sich im Aufschwung bis 1970/71 herausgebildet haben. Die Preispolitik der monopolistisch strukturierten Branchen, unterstützt durch die staatliche Wirtschaftspolitik, konnte zeitweilig eine Bereinigung dieser Disproportionen in einer Krise verhindern, indem sie die Verwertungsbedingungen auf Kosten des Massenverbrauchs aufrechterhielt. Besonders die stark konzentrierten Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien konnten ihre Gewinne auch bei stagnierendem Absatz verteidigen. Der notwendige Abbau der Überakkumulation erfolgte nicht, die Kosten der Uberkapazitäten wurden abgewälzt. Die international beschleunigte Preisentwicklung ermöglichte es für einen bestimmten Zeitraum, den ausfallenden Inlands-

35) „Wirtschaftskonjunktur", Nr. 7/1974, S. 24.
36) „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", Frankfurt/M, 10/1974, S. 10.
37) „Wirtschaft und Statistik", Nr. 9/1974, S. 640/41.

konsum teilweise durch Exporte zu ersetzen. Da jedoch in der Struktur der Exporte die Produkte der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien dominieren, mußte die volle Wucht der Rezession die Verbrauchsgüterindustrien treffen. Zudem produzierte die Exportoffensive neue internationale Konflikte.

Früher oder später mußte die Schwäche der Verbrauchsgüterindustrien sich aber auf die Gesamtwirtschaft auswirken und den Widerspruch zwischen Produktion und Konsum voll zum Ausbruch kommen lassen.

III

Die relativ ausführliche Nachzeichnung der konjunkturellen Entwicklung der letzten Jahre war notwendig, weil die gegenwärtige Lage auf dem Arbeitsmarkt, die Dauer und der Umfang der Arbeitslosigkeit nur vor dem Hintergrund der Modifikationen des Zyklus gesehen werden können, die durch monopolistische Unternehmenspolitik und durch staatliche Wirtschaftspolitik bewirkt worden sind. Die Darstellung dieses Zusammenhangs muß von der Funktion der Unterbeschäftigung im Konjunkturablauf ausgehen. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur das Ergebnis wirtschaftlicher Schwankungen, sondern beeinflußt diese Schwankungen selbst aktiv. Im wirtschaftlichen Aufschwung ergeben sich meist auch auf den Arbeitsmärkten Ungleichgewichte, die die Position der Arbeiter und Angestellten vorübergehend stärken. Die Phasen der Hochkonjunktur werden in der Regel durch eine Ausdehnung der Produktion auf gleicher Stufenleiter charakterisiert, d. h. sie erfolgt durch einfache Ausdehnung des Produktionsapparates ohne einschneidende Veränderung des Einsatzverhältnisses zwischen fixem Kapital und Arbeitskräften.

Im Ergebnis dieser Expansion in der Nachfrage nach Arbeitskräften kann es der Arbeiterklasse gelingen, erhebliche Lohnzugeständnisse zu erkämpfen, die sich auch auf die Verwertungsbedingungen negativ auswirken. In der Bundesrepublik waren solche Veränderungen in den Nachfrageverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt vor allem an der Entwicklung der Lohndrift abzulesen, d. h. in den Abweichungen des Veränderungstempos von Tarif- und Effektivlohnsätzen. Die Unternehmer waren in solchen Perioden zu freiwilligen Lohnzugeständnissen bereit, um sich die benötigten Arbeitskräfte zu beschaffen.

Bei Beginn eines wirtschaftlichen Abschwungs dagegen wird das Angebots-Nachfrageverhältnis auf dem Arbeitsmarkt durch Freisetzungen von Arbeitskräften rasch zugunsten des Kapitals verändert. Die Freisetzungen sind einmal Ergebnis der Einschränkungen der Produktion. Zum anderen aber versuchen die Unternehmer ihre verschlechterten Verwertungsbedingungen durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit zu entlasten, so daß auch dadurch der Arbeitskräftebedarf vermindert wird. Eine Verschlechterung der Arbeitsmarktlage erlaubt es den Unternehmen, durch verschärften Druck auf die beschäftigten Arbeiter und Angestellten zusätzliche Einsparungen zu machen. Gleichzeitig wird dadurch die Beschäftigungslage weiter verschlechtert. Rechnerisch nachweisbar ist dieser Zusammenhang an der Entwicklung des Krankenstandes. Nach Feststellungen des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen ist der durchschnittliche Krankenstand zwischen Januar und September 1974 gegenüber den gleichen Vorjahreszeitraum um rund 10 % von 6,94 % auf 6,30 % zurückgegangen[38]). Berechnet auf die Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten, bedeutet das eine „Einsparung" von rund 140 000 Arbeitern und Angestellten, die allein infolge der Veränderung

[38]) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 30. 10. 1974.

des Krankenstandes zusätzlich freigesetzt würden. Da der Krankenstand jedoch nur ein Indiz für die Intensivierung der Arbeit ist, kann der zahlenmäßige Effekt des zunehmenden Drucks kaum abgeschätzt werden. Die Differenz zwischen Tarif- und Effektivverdiensten erlaubt es den Unternehmern, die zu ihren Gunsten verbesserten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt unmittelbar durch Abbau übertariflicher Lohnbestandteile und durch Verminderung der Überstundenarbeit auszunutzen. Auch im ersten Halbjahr 1974 stiegen die Effektivverdienste deutlich langsamer als die Tarifeinkommen [39]).

Die Arbeitslosigkeit ist also ein wichtiges Instrument zur Bereinigung der Profitrate. „Im großen und ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohns ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Zyklus entsprechen" [40]). Da die Profitrate nach wie vor das zentrale Regulativ der kapitalistischen Ökonomie ist, kommt der Arbeitslosigkeit eine wichtige Funktion im konjunkturellen Prozeß zu. Eine gewisse zyklische Unterbeschäftigung ist notwendig, um die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals zu stabilisieren und damit wirtschaftliches Wachstum anzuregen. Sie wird damit zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Dieser Zusammenhang ist gemeint, wenn Bundeswirtschaftsminister Friderichs negative Auswirkungen der Lohnforderungen auf die Beschäftigung androht oder wenn von Arbeitslosigkeit als einer „Diätkur" [41]) gesprochen wird.

Hierin besteht der reale Kern der Beziehungen, die zwischen Lohnerhöhungen und Sicherheit der Arbeitsplätze konstruiert werden. Exemplarisch sei das bereits erwähnte Gemeinschaftsgutachten der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute zitiert: „Immerhin scheint die Einsicht zu wachsen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt hohe Lohnabschlüsse für die Arbeitnehmer keine Vorteile bringen, sondern die Arbeitsplätze gefährden" [42]). Alle wirtschaftspolitisch maßgeblichen Instanzen stehen zur Zeit auf dem Boden dieser Auffassung. Es scheint die List des Systems zu sein, daß wirtschaftliches Wachstum immer mit einem Wachstum der Unternehmergewinne verknüpft ist. Da aber die Sicherheit der Arbeitsplätze eng mit dem wirtschaftlichen Wachstum zusammenhängt, kann — unter bewußter Ausklammerung der Fragen, die nach den Voraussetzungen dieses scheinbaren „Sachzusammenhangs" fragen — immer wieder die Überwälzung aller Lasten auf die Arbeiterklasse dieser mit dem Hinweis schmackhaft gemacht werden, daß sie letzten Endes in ihrem eigenen Interesse liegen müsse. Die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik kann, bei aller Kompliziertheit des Instrumentariums in ihrem Wesensgehalt aus diesen einfachen Zusammenhang reduziert werden. Obwohl in den vergangenen Jahren die Investitionen ständig expandiert hatten und die konjunkturelle Lage durch die besondere Schwäche des privaten Verbrauchs gekennzeichnet ist, kommen die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zu dem Ergebnis: „Für einen durchgreifenden Wandel im Investitionsklima fehlt bislang eine wichtige Voraussetzung: eine kräftige Erhöhung der Gewinne" [43]).

Eine andere, gegenwärtig nur wenig vertretene Position stellt dagegen einen anderen Aspekt in den Mittelpunkt. Es ist offensichtlich, daß jede Investitionstätigkeit früher oder später in den Konsum münden muß. Fehlen die Absatz-

39) „WSI-Mitteilungen", Nr. 9/1974, S. 351.
40) Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., Berlin (DDR) 1970, S. 666.
41) Hans Roeper, Arbeitslosigkeit durch Überbeschäftigung, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 3. 8. 1974.
42) Die Lage der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 385.
43) Ebd., S. 384.

möglichkeiten, dann wird auf die Dauer auch dann nicht mehr investiert, wenn die Verwertungsbedingungen gut sind. Die erwirtschafteten Profite können nicht realisiert werden.

Diesen „Realisierungsaspekt" haben Ökonomen im Auge, die, wie z. B. Joan Robinson, von Keynes herkommend, zur Sicherung der für das Wachstum notwendigen Gesamtnachfrage einen ausreichenden Massenkonsum für notwendig halten. Joan Robinson sieht als Bedingung einer gleichmäßigen Expansion des wirtschaftlichen Wachstums: Es „muß der Reallohn parallel der Produktivität steigen, damit stets genügend Nachfrage vorhanden ist, um das ständig wachsende Produkt der ständig wachsenden Ausstattung zu absorbieren" [44])

Auch in der praktischen Auseinandersetzung hat das „Kaufkraftargument des Lohnes" eine gewisse Bedeutung. Eugen Loderer wies z. B. im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen im Stahlbereich auf die Beziehungen zwischen Massenkaufkraft und Konjunktur in einem Interview hin: „Löhne und Gehälter (sind) nicht nur Kosten in der Produktion, sie schaffen auch Nachfrage, die derzeit dringender denn je ist, um die Arbeitsplätze zu erhalten" [45]). In einer älteren Broschüre der Industriegewerkschaft Metall findet sich folgende Formulierung, die das „Kaufkraftargument" systematisiert: „Diese (volkswirtschaftliche, d. Verf.) Betrachtungsweise führt zu dem Ergebnis, daß der Lohn in Form der nachfragenden Kaufkraft zum Motor und echten Stabilisator der gesamten Wirtschaft werden kann. Denn: Hohe Löhne verwandeln sich in Kaufkraftsteigerungen, die gestiegene Kaufkraft wird zu verstärkter Nachfrage, diese Nachfrage wiederum gibt dem Unternehmer den Anreiz, mehr zu produzieren und für sich ebenfalls einen angemessenen Gewinn zu realisieren" [46]). Auch hier wird die Möglichkeit weitgehend krisenfreier wirtschaftlicher Expansion im Kapitalismus von einer bestimmten Wirtschaftspolitik abhängig gemacht, wobei allerdings der Zusammenhang vom anderen Ende her aufgezogen wird. Während die Verteidiger der Unternehmergewinne als Garant krisenfreier Entwicklung an die „bessere Einsicht" der Arbeiter appellieren und sichere Arbeitsplätze und Wohlstand als Ergebnis eines Lohnverzichts verheißen, wird in der zuletzt zitierten Passage den Unternehmern als Ergebnis eines anfänglichen Gewinnverzichts ein späterer „angemessener Gewinn" versprochen.

In beiden Positionen stellt sich die kapitalistische Produktionsweise als ein weitgehend widerspruchsfreier Prozeß dar, dessen Schwächen durch Verhaltenskorrekturen der beteiligten Gruppen beseitigt werden können. Es wird jeweils eine Seite des Prozesses verabsolutiert und als Krisenursache dargestellt. Ebenso wie die kapitalistische Produktionsweise eine Einheit von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist, sind beide Momente, die Produktion des Mehrwerts und die Realisierung der Profite, einheitliche Bestandteile des konjunkturellen Ablaufs. Beide Seiten des kapitalistischen Reproduktionsprozesses stellen jedoch einen Gegensatz dar, der auf längere Sicht durch keine Wirtschaftspolitik überbrückt werden kann. Die Einheit beider Seiten wird im konjunkturellen Aufschwung durch die Expansion der Investitionsnachfrage zeitweilig hergestellt. Die Investitionen schaffen sich zunächst ihren eigenen Absatzmarkt, so daß der Konsum nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wie sich in den Jahren nach 1966/67 in der BRD zeigte, kann diese Phase durch staatsmonopolistische Umverteilungseffekte ausgedehnt werden, jedoch nur um den Preis sich verschärfender Dispro-

44) Joan Robinson, Die Akkumulation des Kapitals, Wien 1972, S. 88.
45) Zit. nach: „Deutsche Volkszeitung" v. 17. 10. 1974. — Vgl. auch Otto Brenner, Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt/M. 1966, S. 165.
46) Arbeitsheft, Industriegewerkschaft Metall, Themenkreis Wirtschaft I, ohne Datum, S. 44.

portionen zwischen Produktion und Konsum. Auch eine zeitliche Verlagerung kann nicht verhindern, daß sich der Konsum als Grenze der Produktionsausweitung gewaltsam bemerkbar macht. Die unzureichende Konsumnachfrage schränkt die Absatzmöglichkeiten ein und führt zur Bildung unverkäuflicher Warenvorräte bzw. zur Unterauslastung der Kapazitäten und schließlich zu Arbeitslosigkeit. Auch ein freiwilliger Lohnverzicht kann also im Endeffekt keine sicheren Arbeitsplätze gewährleisten. Der langfristige Charakter der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und sein angesichts des in den letzten Jahre stagnierenden Arbeitsvolumens relativ großer Umfang ist unter anderem ein Ergebnis des durch monopolistische Preispolitik erzwungenen Lohnverzichts. Die zugunsten der Verwertung verringerten Realisierungsmöglichkeiten des Profits stellen sich nun als Schranke der wirtschaftlichen Expansion heraus.

Eine dauernde Aufrechterhaltung günstiger Realisierungsmöglichkeiten durch hohe Löhne stellt dagegen ebensowenig wie eine dauernde Aufrechterhaltung günstiger Verwertungsbedingungen durch niedrige Löhne eine Garantie sicherer Arbeitsplätze dar. Die kapitalistische Produktion ist Mehrwertproduktion, Produktion von Tauschwerten. Eine Verschlechterung der Verwertungsbedingungen beeinträchtigt sowohl den Anreiz zur Akkumulation als auch die Möglichkeiten der Akkumulation. Die Akkumulation ist jedoch die Voraussetzung des Wachstums und der Nachfrage nach Arbeitskräften. Selbst die von Robinson konstruierte Gleichgewichtsbedingung eines Wachstums der Realarbeitseinkommen im Tempo der Arbeitsproduktivität kann den Widerspruch zwischen Verwertung und Realisierung nicht überbrücken. Denn „steigt der Reallohn mit der Arbeitsproduktivität, so bleibt die Verteilung unverändert" [47]). Das würde jedoch bedeuten, daß sich beim Übergang zu kapitalintensiven Formen des Wachstums die Verwertungsbedingungen kontinuierlich verschlechtern müßten. War z. B. im Jahre 1950 für einen Arbeitsplatz noch ein fixes Kapital von 5300 DM notwendig, so waren es 1968 26 550 DM, also das Fünffache [48]). Dieser Zusammenhang zeigt sich auch an der Entwicklung der Kapitalproduktivität — definiert als Bruttoinlandsprodukt je Bruttoanlagevermögen —, die in den 60er Jahren rückläufig war [49]).

Eine dauernde Verschlechterung der Profitrate muß sich auch auf das Wachstum und auf die Beschäftigungslage insgesamt auswirken. „Gerade die Tatsache, daß der Verwertungsprozeß den Wachstumsprozeß nicht nur passiv widerspiegelt, sondern auf diesen aktiv zurückwirkt, ist ja Ausgangspunkt für wesentliche ökonomische Ungleichgewichte und soziale Gegensätze im Kapitalismus" [50]). Der Verschlechterung der Verwertungsbedingungen setzt das Kapital Widerstand entgegen, der im Endeffekt wieder die Realisierungsmöglichkeiten einschränken muß. Joan Robinson stellt daher selbst fest, „daß unter den kapitalistischen Spielregeln eine Erhöhung des Kapitaleinsatzes im Verhältnis zum Arbeitseinsatz, die eine sinkende Profitrate zur Folge hat, auf Widerstand stößt" [51]).

Die konjunkturelle Krise und die Arbeitslosigkeit wird weder allein durch rückläufige Gewinne noch allein durch fehlende Absatzmöglichkeiten verursacht. „Ein Hochschwung findet sein Ende, wenn die — vor allem aus den Lohneinkommen gespeiste — Endnachfrage der Verbraucher hinter einem drängenden Angebot an Waren zu gleichzeitig in der Regel steigenden Preisen zurückbleibt und wenn die

47) Wilhelm Krelle, Verteilungstheorie, Wiesbaden 1962, S. 67/68.
48) Helmut Zschokke, Kapitalstruktur und Kapitalverwertung in der BRD-Industrie, „IPW-Forschungshefte", 2/1974, Berlin (DDR), S. 93.
49) Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels, a. a. O., S. 38.
50) Helmut Zschokke, a. a. O., S. 8.
51) Joan Robinson, a. a. O., S. 138.

Profitrate in wichtigen Wirtschaftszweigen durch ein ungünstig gewordenes Verhältnis von Kosten und Erlösen zusammengedrückt wird, so daß sowohl Endnachfrage als auch unternehmerische Nachfrage teilweise ausfallen" [52]).

Wenn auch das „Kaufkraftargument des Lohnes" generell an der Realität des widersprüchlichen kapitalistischen Reproduktionsprozesses vorbeizielt, so heißt dies jedoch nicht, daß Lohnerhöhungen und die Zahl der Arbeitsplätze zu keinem Zeitpunkt in einem positiven Zusammenhang stehen können. Gerade in der gegenwärtigen Situation, die partiell Konsequenz der Wirkungen monopolistischer Preispolitik und staatlicher Einkommenspolitik ist, haben Lohnforderungen als Waffe der Arbeiter und Angestellten auch gegen die wachsende Arbeitslosigkeit eine gewisse Bedeutung.

Wie bereits dargestellt, besteht ein wesentliches Merkmal des gegenwärtigen zyklischen Rückgangs darin, daß es bisher zu keiner generellen Verschlechterung der Verwertungsbedingungen gekommen ist.

Die folgende Übersicht zeigt die Rolle der Löhne und Gehälter dabei.

Löhne und Gehälter je 1000 DM Umsatz in DM

	I. Quartal 1973	*I. Quartal 1974*	*Veränderung in %*
Eisenschaffende Industrie	*245*	*174*	*— 29,0*
Chemische Industrie	*186*	*167*	*— 10,2*
Mineralölverarbeitung	*50*	*31*	*— 38,0*
Straßenfahrzeugbau	*258*	*255*	*— 1,2*
Textilindustrie	*235*	*211*	*— 10,2*
Bekleidungsindustrie	*254*	*230*	*— 9,4*

Quelle: Beilage zu: „Wirtschaftskonjunktur", Monatsberichte des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, 10/1974.

Auch in der Gesamtindustrie ging der Index der Löhne und Gehälter je Umsatzeinheit zwischen dem 2. Quartal 1973 und dem 2. Quartal 1974 noch um 0,7 % zurück, so daß insgesamt von der Lohnseite eine Entlastungswirkung ausging, die allerdings sehr unterschiedlich war. Dem gegenüber standen allerdings zusätzliche Kosten durch die Erhöhung der Einstandspreise, die Senkung der Kapazitätsauslastung und die Hochzinspolitik.

Von der Erhöhung der Einstandspreise sind die einzelnen Wirtschaftszweige sehr unterschiedlich betroffen. Besonders die im Schnitt stärker monopolisierten Zweige der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie, die zudem noch von der hohen Auslandsnachfrage profitieren, können Preiserhöhungen sehr leicht weitergeben. So verteuerten sich die Erzeugnisse der eisenschaffenden Industrie von August 1973 auf August 1974 überdurchschnittlich um 17,7 %, die der chemischen Industrie sogar um 28,2 % [53]).

Auch die Unterauslastung der Kapazitäten ist in den Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie besonders hoch. So waren bei der Investitionsgüterindustrie Mitte 1974 die Kapazitäten zu knapp 75 % ihres üblichen Auslastungsgrades genutzt, bei der Verbrauchsgüterindustrie zu weniger als 68 % [54]). In den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien stellt also keineswegs die unzureichende Gewinnlage eine Schranke der Produktionsausweitung dar. Es ist vor allem die

[52]) Werner Hofmann, Theorie der Wirtschaftsentwicklung, Berlin (West) 1966, S. 288.
[53]) „Wirtschaft und Statistik", Nr. 9/1974, S. 577/78.
[54]) „Wirtschaftskonjunktur", 7/1974, S. IX und XI.

mangelnde Investitionsnachfrage der Verbrauchsgüterindustrien infolge ihrer besonders schlechten Absatzmöglichkeiten, die auch die Absatzaussichten der vorgelagerten Bereiche verschlechtert und diese zu einer Einschränkung ihrer Produktionstätigkeit zwingt.

Einen Hinweis auf die günstigen Akkumulationsmöglichkeiten vieler Industriezweige geben auch die steigenden Direktinvestitionen im Ausland, die vor allem seit 1972 einen relativ großen Umfang erreicht haben. Diese Investitionen werden vorwiegend von den Konzernen der Investitionsgüterindustrie getätigt, so daß daraus auf durchaus vorhandene Investitionsmöglichkeiten geschlossen werden kann [55]).

Zusätzliche Investitionen der Verbrauchsgüterindustrien können nur bei einer Besserung ihrer Absatzlage erwartet werden. Die Verwertungsschwierigkeiten einiger konsumnaher Bereiche würden durch eine verbesserte Kapazitätsauslastung zunächst auch dann verringert, wenn die Löhne und Gehälter real steigen. Es wäre aber eine Illusion, von einem solchen Prozeß eine generelle Änderung der konjunkturellen Lage zu erwarten. Denn es bestehen nach wie vor Disproportionen im Umfang des Produktionsapparates, die zunächst beseitigt werden müssen, soll es zu einer konjunkturellen Besserung kommen.

Bestimmte Auswirkungen der restriktiven Einkommenspolitik auf die Arbeitsplätze würden durch reale Lohnerhöhungen jedoch bekämpft werden können. Denn ein erheblicher Teil des Beschäftigungsrückgangs ist direkte Folge der Veränderungen, die dadurch im Konjunkturablauf hervorgerufen wurden. So gingen in der Textil- und Bekleidungsindustrie zwischen Juli 1973 und Juli 1974 mehr als 110 000 Arbeitsplätze verloren [56]).

Im Bauhauptgewerbe sind infolge des rückläufigen Wohnungsbaus — teilweise Konsequenz der steigenden Mieten und der Hochzinspolitik — im gleichen Zeitraum rund 220 000 Arbeitsplätze vernichtet worden, wobei zusätzliche Fernwirkungen auf die Industrie der Steine und Erden in Rechnung gestellt werden müssen [57]).

Der Straßenfahrzeugbau hat 20 000 Arbeitsplätze verloren und beschleunigt den Personalabbau. Der Abbau von Arbeitsplätzen würde in diesen Bereichen durch eine auch real ausgeweitete Konsumnachfrage verlangsamt werden können. Insofern hat in dieser spezifischen Situation die Forderung nach Lohnerhöhungen auch als Waffe gegen den Abbau von Arbeitsplätzen seine Berechtigung. Eine besondere politische Qualität erhält sie dadurch, daß sie nicht nur gegen die staatliche Einkommenspolitik gerichtet ist, sondern auch materiell die Konsequenzen dieser Politik für den Beschäftigungsstand bekämpft.

Dieser in einer spezifischen konjunkturellen Situation reale Effekt von Lohnerhöhungen darf nicht dazu verleiten, den Lohnkampf generell den konjunkturellen Abläufen unterzuordnen. Lohnerhöhungen sichern auf die Dauer ebensowenig die Arbeitsplätze wie steigende Gewinne. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze ist vielmehr ein notwendiges Moment der kapitalistischen Produktionsweise, das durch keine Wirtschaftspolitik ersetzt werden kann. Auseinandersetzungen um Löhne und Gehälter sind Ausdruck realer Interessengegensätze und durch keine Regeln zu ersetzen. Sie existieren in jeder konjunkturellen Situation. Eine Unterordnung der Lohnpolitik unter durch den Wirtschaftsablauf gesetzte Daten, seien

55) Katja Nehls, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt/M 1970, S. 77.
56) „Wirtschaft und Statistik", 9/1974, S. 543.
57) „DIW-Wochenbericht", Nr. 40/1974, S. 345.

sie aus der Produktivität oder aus dem Beschäftigungsstand abgeleitet, würde eine Unterordnung unter die Verwertungsinteressen des Kapitals implizieren. Denn die Entwicklung des Reproduktionsprozesses unter kapitalistischen Bedingungen wird bestimmt von Verwertungsinteressen, so daß die in ihm gesetzten Daten letzten Endes bestimmte Machtverhältnisse ausdrücken.

Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß

Von Dieter Halfmann

Im Zeichen rasch um sich greifender wirtschaftlicher Krisenerscheinungen hat sich die Bundesrepublik 1974 merklich nach rechts entwickelt. Wie weit die in allen Bundestagsparteien sichtbare politische Kräfteverschiebung bereits gediehen ist, zeigt sich am deutlichsten wohl daran, daß heute in der Fluchtlinie fast aller Diskussionen die Figur des Franz Josef Strauß steht. Strauß selbst hat in einer Erklärung zum Jahreswechsel von den „schwerwiegenden Entscheidungen" gesprochen, die das Jahr 1975 mit sich bringen werde. Die kommenden Landtagswahlen seien bestimmend nicht nur für die Zusammensetzung einzelner Landesregierungen, sondern „womöglich für Sein und Nichtsein der Bonner Koalitionsregierung" („Die Welt" v. 24. Dezember 1974). Als Schlüsselfigur einer von neuem sich herausbildenden Allianz der Rechtskräfte aller Schattierungen treibt Strauß selbst damit jene Diskussion voran, in der heute bereits offen über die Bildung einer neuen großen Koalition bis hin zur „Allparteienregierung" und über Strauß in allen Rollen vom Kanzler bis zum Außenminister spekuliert wird, eine Diskussion, die sich in gleich welcher Variante stets auf eine Hauptfront konzentriert: auf die Zurückdrängung aller demokratischer Ansätze, die in der Bundesrepublik in den letzten Jahren erkämpft worden sind. „Diese Strategie kann nur vereitelt und die immer weitere Entwicklung der Bundesrepublik nach rechts kann nur verhindert werden, wenn die demokratischen Kräfte diesem Einschüchterungsdruck nicht nur widerstehen, sondern sich gegen ihn auf breitester Front zu einer politischen Offensive zusammenfinden", schrieb Paul Neuhöffer im Dezemberheft der „Blätter". Als einen Beitrag zur Erhellung der Bedingungen, mit denen eine neue demokratische Offensive in der BRD konfrontiert ist, verstehen wir es, wenn im folgenden besondere Aufmerksamkeit auf die an Windungen reiche Karriere jenes Politikers (und auf seine Grenzen) gerichtet wird, der seit den Anfängen der Bundesrepublik stets als ein Exponent der rechtesten ökonomisch-politisch-militärischen Kräfte hervorgetreten ist. Nachstehend veröffentlichen wir den ersten Teil einer politischen Biographie des Franz Josef Strauß, die in den nächsten Heften fortgesetzt werden wird. D. Red.

I. Straußens Werdegang bis 1962

a) Vom Primus zum Sonderminister

1) Jugend und Kriegsjahre: erste Begegnung mit der „Weltreichsidee"

Gleich vielen anderen Politikern, die die Interessen des Großkapitals vertreten, ist Franz Josef Strauß kleinbürgerlicher Herkunft. Er wurde am 6. September 1915, acht Jahre nach seiner Schwester Maria, als zweites Kind eines Metzgers in München geboren. Dieser Mann, Franz Josef Strauß senior, hatte den väterlichen Bauernhof in Kemathen bei Arberg (Mittelfranken) verlassen müssen, weil er als jüngster Sohn dort keine Existenz mehr fand. Er erlernte das Fleischerhandwerk und machte sich 1904 in München-Schwabing selbständig. Zwei Jahre später heiratete er Walburga Schießl, die aus bäuerlichen Kreisen der Oberpfalz stammte. Beide waren konservativ-katholisch gesinnt und Anhänger der bis 1933 dominierenden Bayerischen Volkspartei. Darüber, ob Strauß senior in der BVP aktiv war oder nicht, gehen die Berichte ebenso auseinander wie über den Grad seines Katholizismus. Er sorgte jedenfalls nicht dafür, daß sein Sohn einem katholischen Jugendverband beitrat. (Die Lage des Schlächterladens in der Schwabinger Schellingstraße mag insofern der Erwähnung wert sein, als sich direkt gegenüber das erste Hauptquartier des NSDAP-Führers Adolf Hitler befand. Zuweilen besuchte Heinrich Himmler, damals noch Geflügelzüchter, die Metzgerei.)

Franz Josef Strauß junior oder vielmehr Franz Strauß, wie er bis 1948 genannt wurde und sich selber nannte, sollte ursprünglich ebenfalls Schlächter werden. Doch fand er Lehrer, die den geistig ungemein aufnahmefähigen Jungen für eine andere Laufbahn geeigneter hielten. Zunächst setzte ein Volksschullehrer seinen Übergang zur Gisela-Oberrealschule durch. Danach kam Franz Strauß auf Betreiben des Theologieprofessors Johann Zellinger, bei dem er ministrierte, ins Max-Gymnasium. Er war hier fast von Anfang an Primus und erlangte schließlich eines der besten Abgangszeugnisse von ganz Bayern.

An der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die er von 1935 bis 1939 besuchte, studierte Franz Strauß die klassischen Sprachen sowie Germanistik und Geschichte, in den letzten beiden Semestern zusätzlich Volkswirtschaft. Zeitweilig wollte er Professor für alte Geschichte werden, wobei sein besonderes Interesse der sogenannten Weltreichsidee galt. Er nahm auch die Arbeit an einer entsprechenden Dissertation auf, die jedoch unvollendet blieb und 1943 bei einem Luftangriff verbrannte. Ihr Autor hatte sich inzwischen für den gehobenen Schuldienst entschieden, um schneller zum Abschluß zu gelangen.

Charakteristisch für Strauß' Entwicklung bis 1939 sind folgende Umstände: Er ragte nicht allein durch hohe Lern- und Studienleistungen hervor, die ihn zum Stipendiaten der Maximilianeums-Stiftung werden ließen, sondern verstand es auch, seine Kenntnisse und Fähigkeiten pekuniär auszunutzen. Franz Strauß bewies des weiteren Gespür dafür, was ihm in seiner Karriere nützlich sein könnte. In den Jahren bis 1937 büffelte er, statt sich für Politik zu engagieren. Danach trat er dem NS-Kraftfahrkorps und dem NS-Studentenbund bei, um an der Universität weiter voranzukommen. Beim Sturm 23/M 86 München des NSKK war Strauß weltanschaulicher Referent und Rottenführer.

Der Sinn für den eigenen Vorteil kam ihm auch im Zweiten Weltkrieg nicht abhanden. Seiner flinken Auffassungsgabe und didaktischen Fähigkeiten wegen wurde er wiederholt zu Lehrgängen abkommandiert; zudem erhielt er zweimal

einen Wochen bzw. Monate dauernden Studienurlaub, der seiner beruflichen Weiterbildung diente. Strauß legte dabei das Studienreferendar- und das Studienassessorexamen ab.

Mit der Ernennung zum Studienrat und Beamten auf Lebenszeit erreichte er im April 1943 einen gewissen Abschluß. „Ein von seinem obersten Dienst- und zugleich Kriegsherrn Adolf Hitler unterfertigtes Dokument wies alle Dienststellen und Behörden an, dem Studienrat Franz Strauß gegebenenfalls Schutz und Hilfe angedeihen zu lassen", heißt es in der autorisierten Biographie [1]). Die Voraussetzung für die Nomination war dadurch geschaffen worden, daß das bayerische Kultusministerium Strauß als einwandfreien Nationalsozialisten qualifiziert hatte [2]).

In der militärischen Rangliste rückte er bis zum Oberleutnant auf. Ein für sein späteres Renommee bei bayerischen Honoratioren und bundesdeutschen Militaristen wichtiger Umstand war, daß er trotz aller Studien und Lehrgänge zeitweise aktiv am Kriege teilnahm, besonders 1941 sowie 1942/43 im Ostfeldzug. Franz Strauß gelangte nach dem Überfall auf die UdSSR zunächst bis zum Dnjepr. Im folgenden Jahr führte sein Weg über Charkow, Isjum und Rostow in Richtung Stalingrad. Als im November 1942 Sowjettruppen die Front durchbrachen und die deutsche 6. Armee einkreisten, wurde auch die 22. Panzerdivision, der Strauß angehörte, in Mitleidenschaft gezogen. Sie setzte sich so rechtzeitig nach Westen ab, daß der äußere sowjetische Einschließungsring noch durchstoßen werden konnte. Beim weiteren Rückzug erfror sich Strauß im Januar 1943 beide Füße.

Fern von den Fronten überdauerte er fortan in Bayern die restlichen Kriegsjahre. Er saß als Waffenlehrer, Stabsadjutant und Chef der Stabsbatterie in der Flakartillerieschule IV, Lehrgangsgruppe Heer, zu Altenstadt bei Schongau in dreifach gesicherter Heimatstellung. Außerdem war er zeitweilig Offizier für „wehrgeistige Führung".

Im Jahr der Niederlage 1945 waren die leitenden Offiziere der Flakartillerieschule bemüht, die eigene Haut zu retten. Als amerikanische Truppen herannahten, entließen die Altenstadter Kommandeure und ihre Stabsadjutanten sich sowie das gesamte Lehrpersonal und alle Hörer ihrer sogenannten Flakuniversität mit gefälschten Papieren aus der Wehrmacht. In zahlreichen Fällen glückte dieses Täuschungsmanöver. Franz Strauß, der sich am 27. April 1945 nach Schwabniederhofen abgesetzt hatte, wurde indessen tags darauf von einer Jeep-Patrouille gestellt. Sie nahm sein Soldbuch genauer in Augenschein und brachte ihn zur Kaserne in Altenstadt zurück, die nunmehr ein Gefangenenlager war.

2) „Mann der Amerikaner"

Militärisch vernichtend geschlagen und seiner ungeheuren Verbrechen wegen vor aller Welt diskreditiert, lag der deutsche Imperialismus 1945 am Boden. Die Sowjetunion, die USA und Großbritannien kamen in Potsdam überein, daß einer Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus wirksam vorgebeugt und das deutsche politische Leben auf demokratischer Grundlage umgestaltet werden sollte. Ein Internationales Militärtribunal in Nürnberg richtete faschistische Hauptkriegsverbrecher. Den Konzern- und Bankherrn, die maßgeblich an Kriegsvorbereitung und Arisierung, an der Plünderung und Versklavung ganzer

[1]) Thomas Dalberg, Franz Josef Strauß. Porträt eines Politikers, Gütersloh 1968, S. 34.
[2]) Ebd., S. 50.

Völker beteiligt gewesen waren, drohte ebenfalls der Prozeß. In dem hungernden deutschen Volk war die Parole „Enteignung der Kriegsverbrecherkonzerne" populär. Ein für allemal sollte den Verantwortlichen für Krieg und Faschismus die Möglichkeit zu neuen Raubzügen genommen werden.

Die demokratischen Kräfte befanden sich damals in großen Teilen der Erde auf dem Vormarsch. Das internationale Ansehen der UdSSR, die die Hauptlast des Krieges gegen den Faschismus getragen hatte, war erheblich gewachsen. Unter ihrer Führung begann ein sozialistisches Weltsystem zu entstehen. Andererseits trat die allgemeine, alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Krise des Kapitalismus, die in der Periode des Ersten Weltkriegs begonnen hatte, nunmehr in ihre zweite Etappe ein. Der Weltimperialismus reagierte auf die Schwächung seines Systems, indem er den Kalten Krieg gegen die sozialistischen Länder und gegen die sozialistische und Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern eröffnete. Die Führung übernahmen dabei die USA, die als einzige imperialistische Macht gestärkt aus dem Kriege hervorgegangen waren. Sie planten, den internationalen Sozialismus erst einzudämmen und dann zurückzudrängen, und verbündeten sich zu diesem Zweck mit den reaktionärsten Kräften in aller Welt.

Während im Osten Deutschlands eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichtet wurde, stießen die progressiven Kräfte in den Westzonen rasch auf wachsenden Widerstand. Nicht allein das geschlagene Monopolkapital und die ihm unmittelbar dienstbaren Parteien widersetzten sich dem gesellschaftlichen Fortschritt, sondern auch der extrem antikommunistische Schumacher-Flügel der SPD, dem es gelang, die Mehrheit der Partei hinter sich zu bringen. In den Besatzungsbehörden dominierten nach Ausbruch des Kalten Krieges jene Elemente, die als Konzernvertreter die früheren Geschäftsbeziehungen zum deutschen Monopolkapital wiederherstellen wollten. Bürgerliche Antifaschisten in der US-Militärregierung wurden an die Wand gedrückt und statt ihrer deutsche Finanzkapitalisten mit der Dekartellisierung der Wirtschaft beauftragt. Die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen Flick, Krupp und die IG-Farben zeitigten überaus milde Urteile. Weitere Verfahren gegen ökonomische Kriegsverbrecher sind, vom Sonderfall des Großbankiers Karl Rasche abgesehen, nicht in Angriff genommen worden. Eine Übernahme der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wurde von den Besatzungsbehörden verboten.

Deutsche Nazi- und Kriegsverbrecher avancierten im Zeichen des Kampfes gegen die „rote Gefahr" von Gegnern zu Verbündeten der Westmächte. Dem geschlagenen deutschen Imperialismus bot dieses konterrevolutionäre Bündnis die Gewähr, in den westlichen Besatzungszonen seine ökonomisch-politische Macht schnell restaurieren zu können. Danach gedachte er, mit Unterstützung des Westens und insbesondere der USA die Grenzen seines Einflusses wieder nach Osten auszudehnen.

Von Teilen der britischen Zone abgesehen war Bayern das westdeutsche Land, in dem die neue Allianz am frühesten praktiziert wurde. Dabei gebärdete sich der erste in München amtierende US-Militärgouverneur General Patton derart nazifreundlich und zugleich antisowjetisch, daß Oberbefehlshaber Eisenhower ihn ablösen mußte. Wegen Begünstigung von Nazis wurden auch der bayerische Ministerpräsident Fritz Schäffer und zwei seiner Kabinettsmitglieder von den US-Behörden amtsenthoben. Bayerns zweitem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard geschah 1947 das gleiche [3]). Die Begünstigung der Nazis im Freistaat Bayern dauerte indes weiter an.

[3]) Dieter Mühle, Ludwig Erhard. Eine Biographie, Berlin 1965, S. 70/71.

Wenige Tage nach Kriegsende hatte auch Oberleutnant Strauß Kontakt zu amerikanischen Reaktionären und Vertretern der Anti-Potsdam-Fronde bekommen. In der Gefangenschaft berichtete er dem US-Geheimdienst über seine Erfahrungen mit der Luftabwehr im Ostfeldzug [4]). Unmittelbar danach wurde Strauß entlassen und in Schongau zum stellvertretenden Landrat ernannt. Er erhielt so zum erstenmal ein Amt, das eigens für ihn geschaffen wurde. Dabei umfaßte sein Zuständigkeitsbereich alle Aufgaben, die direkte Verbindung zur Militärbehörde erforderten — so die Unterbringung von Evakuierten und Flüchtlingen, die Ernährung der DPs („Displaced Persons"), Benzinzuteilungen usw. Strauß besaß hierdurch Macht über Menschen, die sich noch dadurch erhöhte, daß er mit dem leitenden Geheimdienstoffizier von Schongau, First Lieutenant Ernest F. Hauser, zusammenwirkte. Auch seine Teilnahme an der Schongauer CSU-Gründung soll auf den Ratschlag dieses Offiziers zurückgegangen sein, den er später seinerseits bei dem amerikanischen Flugzeugkonzern Lockheed protegierte hat [5]).

Für den angehenden Politiker Strauß war besonders wichtig, daß er ungehindert in ganz Bayern umherreisen konnte. Bald schon gehörte er in München — als zunächst einziger Vertreter der sogenannten Kriegsgeneration — dem Mittwochskreis um Dr. Josef Müller an, der eine CSU auf Landesebene anstrebte.

Schon der stellvertretende Landrat Strauß begünstigte ehemalige Nazis. Er saß einem Spruchausschuß vor, der besonders ihm bekannte frühere Offiziere für nicht belastet erklärte und sie sich dadurch verpflichtete [6]). Wie Schäffer und Erhard wirkte Franz Strauß der Entnazifierungspraxis amerikanischer Antifaschisten entgegen. Wegen entsprechender Reden im Kreistagswahlkampf 1946 sollte er verhaftet werden, doch stellte der neue Kreiskommandant von Schongau sich schützend vor ihn. Der Kommandant war hierher strafversetzt worden, nachdem er in Landsberg am Lech einen jüdischen DP auf offener Straße geohrfeigt hatte [7]).

Die bekannte These, Strauß sei einfach „ein Mann der Amerikaner" gewesen, erweist sich als ungenügend durchdacht. Er war vielmehr gleich Erhard, Schäffer und dem Vorsitzenden der CDU der britischen Zone Konrad Adenauer ein Vertrauensmann jener Vertreter der US-Militärregierung, die einem Pakt zwischen dem amerikanischen und dem geschlagenen deutschen Imperialismus den Weg bahnten.

Für die CSU gewann Franz Strauß 1946 in seinem Kreis die Wahlen. Er wurde Landrat von Schongau. Sein Wirkungsbereich erstreckte sich jedoch längst über die Kreisgrenzen hinaus, was u. a. darin zum Ausdruck kam, daß er zunächst das Jugendreferat im bayerischen Kultusministerium, später als Regierungs- bzw. Oberregierungsrat das Landesjugendamt beim Innenministerium leitete. Dem Bericht eines seiner Biographen zufolge war er „als der unbestritten erste deutsche Nachkriegspolitiker" bemüht, die Traditionen der Hitlerwehrmacht reinzuwaschen [8]).

3) *Franz Strauß und die Frühentwicklung der CSU*

Strauß' Karriere ist undenkbar ohne die CSU, die ihm zuerst als Sprungbrett, dann als Hausmacht und allzeit verläßlicher Rückhalt gedient hat und dient.

4) Dalberg, S. 42.
5) Bernt Engelmann in: „deutsches panorama", Hamburg 3/4/1966; „Frankfurter Rundschau" v. 9. und 29. 3. 1966.
6) „Der Spiegel" v. 2. 1. 1957, S. 14/16; Hans Frederik, Franz Josef Strauß. Das Lebensbild eines Politikers, München-Inning 1965, S. 47/48.
7) Dalberg, S. 47/48.
8) Hans Wüst, Franz Josef Strauß, München/Köln 1957, S. 24. Hierzu Dalberg, S. 53: „Er hielt es als einer der ersten Politiker der Nachkriegszeit für seine Pflicht, gegen die pauschale Verdammung der Soldaten des Zweiten Weltkrieges aufzutreten . . ."

Gleich Adenauers CDU war diese Partei eine Neuschöpfung zu dem Zweck, in Ausnutzung der gesellschaftspsychologischen Situation der Nachkriegszeit unter dem Firmennamen „christlich-demokratisch" resp. „christlich-sozial" die Anhänger verschiedener bürgerlicher Konzeptionen und Richtungen zu sammeln. Anstelle der diskreditierten, bankrotten und von den Besatzungsmächten verbotenen NSDAP sollten CDU und CSU zur politischen Massenbasis der Groß- und Monopolbourgeoisie werden. Daß die Spekulation aufging, zeigte sich bei den ersten Nachkriegswahlen.

Die CSU befand sich damals noch in der Mauserung, was in heftigen Auseinandersetzungen um den Weg, der einzuschlagen sei, zum Ausdruck kam. Ihr erster Vorsitzender nach dem Krieg, Dr. Josef Müller, strebte gleich verschiedenen CDU-Führern West- und Ostdeutschlands die Wiederherstellung des Deutschen Reiches als eines bürgerlichen, aber nicht dem Westen integrierten Staates an. Dies und die Bereitschaft zu größeren sozialen Konzessionen an die Werktätigen brachten ihn in Gegensatz zu Adenauer, der eindeutig auf die volle Restauration des Imperialismus in den westlichen Besatzungszonen hinsteuerte und zugunsten der Westintegration die deutsche Spaltung betrieb. In parteipolitischer Hinsicht trat Dr. Müller für die Verwirklichung des sogenannten Unionsgedankens, also für eine konfessionell nicht gebundene „christliche" Partei ein. Von ihm selber geführt, sollte sie ihre Tätigkeit nicht auf den Bereich der weißblauen Landesgrenzpfähle beschränken. Der Parteichef befand sich hier im Widerspruch zu einflußreichen altkonservativen und ultramontanen Gruppen, wie sie durch Schäffer und Dr. Alois Hundhammer repräsentiert wurden.

Angesichts seiner zahlreichen innerparteilichen Gegenspieler wußte Müller es zu schätzen, daß in der CSU auch eine Gruppe politischer Pragmatiker stark vertreten war, die ihn in mancher Hinsicht gegen die Altkonservativen unterstützte. Diese Gruppe bestand aus Neulingen in der Politik. Sie stellten sich der Öffentlichkeit als Angehörige der „Kriegsgeneration" vor und drängten in einflußreiche Positionen. Gegensätzlichen Standpunkten aus der vorfaschistischen Zeit, wie die Altkonservativen und Ultramontanen sie vertraten, gewannen sie wenig Interesse ab. Ihr politischer Ehrgeiz war darauf gerichtet, die CSU zu einem starken bourgeoisen Machtinstrument auszugestalten. Ihr Oberhaupt Franz Strauß hatte von allen das beste Gespür für die vorherrschende Entwicklungstendenz in den westlichen Besatzungszonen. Dr. Müller, der die Hilfe der Gruppe dringend benötigte, protegierte nicht zufällig gerade ihn. 1946 noch setzte er die Wahl von Strauß in den geschäftsführenden Landesvorstand der CSU, zwei Jahre später seine Delegierung in den reorganisierten Bizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt durch. Im Dezember 1948 wurde Franz Strauß Generalsekretär der Partei. Gleichzeitig mit ihm nahmen andere Vertreter der Gruppe — so Richard Jaeger, Hans Weiß und Friedrich Zimmermann — wichtige Positionen innerhalb der CSU bzw. der Jungen Union ein.

Dem Anschein nach rückten diese Männer deshalb so rasch auf, weil sie sich der eigenen Partei als ständig einsatzbereite Helfer unentbehrlich machten. Strauß, der durch sein Rednertalent, seine taktische Schläue und ein beachtliches Stehvermögen über die Gruppe hinausragte, wurde anerkennend „der Hausknecht der CSU" genannt [9]). Von entscheidender Bedeutung war jedoch, daß die Gruppe die im Sinne einer raschen Restauration des Imperialismus richtige Politik verfocht und durchsetzen half. Was das zutiefst antinationale Bündnis mit den USA und die Orientierung allein auf Interessen der Monopolbourgeoisie betraf, entsprach ihre Linie dem Kurs Konrad Adenauers, nicht dem Dr. Müllers.

[9]) Wüst, S. 25.

Unabhängig von dessen Protektion bauten Strauß und seine Gruppe ihre Stellungen aus. In aller Stille „eroberten" sie die CSU und gestalteten nun die Politik des Landesverbandes nach einem modernisierten rechtskonservativen Konzept. Auf Betreiben sowohl Adenauers als Hundhammers verlor Dr. Josef Müller 1949 noch vor den ersten Bundestagswahlen den CSU-Vorsitz. In der Parteigeschichte endete damit die Zeit offen ausgetragener Meinungsverschiedenheiten in Grundsatzfragen. Die CSU schwenkte generell, wenngleich unter Wahrung gewisser bayerischer Besonderheiten, auf Adenauer-Kurs. Während ein Teil ihrer Führer seinen Wirkungskreis weiter auf Bayern beschränkte, ging die Gruppe um Strauß daran, wichtige Posten in Bonn zu erringen.

Nach der Bundestagswahl im August 1949 schlossen sich auf Strauß' und Schäffers Initiative die 24 CSU-Abgeordneten zur Landesgruppe zusammen. Sie operierten fortan zwar in einer Fraktionsgemeinschaft mit Adenauers CDU, genau wie beide Parteien seit 1946 als Arbeitsgemeinschaft zusammenwirkten. Doch war die Landesgruppe eine in sich selbständige Einheit, die separat ihre Linie festlegte, spezielle Forderungen erhob und eigenes Material an die Presse gab. Die CSU-Abgeordneten in Bonn potenzierten so ihre Kräfte, da sie mit größerer Geschlossenheit als jeder CDU-Verband auftraten und folglich die Politik der gesamten Union in höherem Maße mitbestimmten als ihrer Zahl entsprach. Konrad Adenauer, mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt, brauchte die Hilfe der Landesgruppe. Während zur Zeit der Weimarer Republik stets nur das Postministerium an Bayern gefallen war, erlangte die CSU gleich drei Ministerposten, genauso viele wie die FDP, die damals immerhin 52 Abgeordnete stellte. Fritz Schäffer wurde Finanzminister. Die Landesgruppe wählte an seiner Statt Strauß, der sich seit 1948 Franz Josef nannte, zu ihrem Vorsitzenden. Sukzessive wurde in der Folge die CSU, zunächst ihre Bonner Abgeordnetengruppe, zur Hausmacht F. J. Strauß'.

4) Die ersten Jahre in Bonn (1949—1953): Kampf um die Remilitarisierung

Die BRD und mit ihr die Karrieren aller systemtreuen Politiker seit 1949 haben ihre Wurzel im Wiedererstehen des deutschen Imperialismus in den westlichen Besatzungszonen. Um dieser Restauration und um der Stärkung der antisozialistischen Front im allgemeinen willen hatte der amerikanische Imperialismus die deutsche Spaltung maßgeblich mit herbeigeführt, ging er zeitweise ein Sonderbündnis mit Bonn ein, dessen erstes Etappenziel die Remilitarisierung war. Der USA-Imperialismus brauchte die Bundesrepublik als potentiell stärkste Militärmacht und verläßlichen Juniorpartner in Westeuropa. Der BRD-Imperialismus gedachte über das Bündnis seine eigene Restauration und später erneute Expansion zu erreichen. Strategisch stellte er sich den Zeitumständen entsprechend um, wobei die Nationalchauvinisten von einst nun als „Europäer" und „Atlantiker", die Hintermänner und Spießgesellen des Faschismus als „freiheitliche Demokraten" figurierten. Zugleich zogen sie im altbewährten, jedoch durch neue Vokabeln angereicherten Goebbels-Stil gegen Sowjetunion und Kommunismus zu Felde und bekämpften mit allen Mitteln die DDR.

CSU-Generalsekretär Strauß gehört zu denjenigen Politikern unter Adenauer, die die Bestrebungen des deutschen Imperialismus am lautstärksten verfochten. Prononciert trat er im Bizonen-Wirtschaftsrat sowie im Bundestagswahlkampf 1949 für Erhards „soziale Marktwirtschaft" ein, die in erster Linie den Industriemonopolen und Großbanken von Nutzen war. Er veröffentlichte auch eine Agitationsbroschüre in diesem Sinn mit dem Titel „Die Wirtschaft ist unser Schicksal".

Im Bonner Parlament griff der Abgeordnete Strauß weit öfter als andere CDU/CSU-Sprecher die KPD an. 1950 zum Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Jugendfürsorge gewählt, begründete er ein Programm zur „Betreuung der deutschen Jugend" — den späteren Bundesjugendplan — damit, daß die junge Generation für die Bonner „Demokratie" gewonnen werden müsse. Strauß zielte darauf ab, das volle Engagement der Jugend für ein restauriertes staatsmonopolistisches Herrschaftssystem zu erreichen. Falls dies nicht gelänge — so befürchtete er —, werde sie in Lethargie verfallen oder umstürzlerisch sein. Ausdrücklich warnte der Redner davor, die Werbekraft des Deutschlandtreffens der FDJ in Berlin zu unterschätzen [10]), das die antifaschistisch-demokratische Entwicklungslinie in der Jugendbewegung manifestierte.

Die westdeutsche Wiederbewaffnung wurde gleichzeitig von den USA und vom deutschen Imperialismus vorbereitet, der sich so die Basis für eine neue Großmachtrolle — diesmal zusammen mit stärkeren imperialistischen Partnern — schaffen wollte. Nach außen hin sah sich der BRD-Imperialismus zur Vorsicht gezwungen, da die geplante Remilitarisierung auf heftigen Widerspruch im In- und Ausland stieß. Bis zu den ersten Bundestagswahlen und in den Monaten danach wagten es die führenden Unionspolitiker noch nicht, offen dafür einzutreten. Ganz im Gegenteil tönte Strauß vielmehr im Wahlkampf, daß die Hand dem abfallen solle, der „noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will" [11]). Indessen war der — in dieser Form später dementierte — Ausspruch taktisch bedingt, genau wie gleichartige Äußerungen Adenauers. Kaum saß in Bonn die CDU/CSU im Sattel, bewährte F. J. Strauß sich als Einpeitscher der Wiederbewaffnung. Im November 1949, einen Monat vor Adenauers erstem öffentlichen Angebot westdeutscher Soldaten an die USA, führte er vorbereitende Gespräche mit früheren deutschen Militärs. 1950 traf er in dieser Sache mit General a. D. Speidel und — als Mitglied einer Delegation der Regierungsparteien — mit dem amerikanischen Hochkommissar McCloy zusammen. 1951 forderte er gleich Adenauer, die Besatzungspolitik für beendet zu erklären, da es Sieger und Besiegte nicht mehr gebe [12]). Frühzeitig trat er für die allgemeine Wehrpflicht ein.

In der Bevölkerung war die Remilitarisierung nach den Erfahrungen mit der faschistischen Wehrmacht und dem Zweiten Weltkrieg äußerst unpopulär. Während der ersten Wiederaufrüstungsdebatte im Bonner Parlament am 7. Februar 1952 versuchten Bundeskanzler Adenauer und andere CDU-Sprecher die Sache schmackhaft zu machen. Nach Auffassung aller journalistischen Beobachter verloren sie die Redeschlacht. Strauß appellierte nunmehr demagogisch an die gemeinsame antikommunistische Grundanschauung der meisten Abgeordneten. Er malte den Teufel angeblicher sowjetischer Aggressionslust an die Wand und „begründete" so die Bewaffnung der Bundesrepublik im Rahmen eines gemeinsamen „Verteidigungssystems" [13]). Und indem Strauß derart seine Stärke in Rhetorik und Rabulistik offenbarte, bot er sich zugleich der staatsmonopolistischen Oligarchie als *der* Politiker an, den sie — zunächst noch im Bundestag — für die Remilitarisierung brauchte. Kanzler Adenauer war ihm verpflichtet. Im Parlament rückte Strauß bald zum Vorsitzenden des wehrpolitischen Ausschusses auf, innerhalb der CSU wurde er stellvertretender Landesvorsitzender. Die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern e. V.", die ihm bereits seit 1951 einen „politischen Dispositionsfonds" von monatlich 3500 DM zur Verfügung gestellt hatte,

10) Franz Josef Strauß, Bundestagsreden, Bonn o. J. (1968), S. 1 ff.
11) „Der Spiegel" v. 2. 1. 1957, S. 13, und 5. 4. 1961, S. 20.
12) Strauß, Bundestagsreden, S. 7 ff. Rede v. 26. 4. 1951.
13) Ebd., S. 14 ff.

begann 5000 DM im Monat für ihn anzuweisen [14]). Der Gesellschaft präsidierte Dr.-Ing. Siegfried Balke, Vorstandsmitglied der Münchner Wacker-Chemiewerke AG. 1953 sollte er auf Strauß' Empfehlung Bundespostminister, drei Jahre später Atomminister werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem CSU-Generalsekretär und führenden Monopolvertretern wurde allmählich offenkundig.

Im Zusammenhang mit Restauration und Remilitarisierung waren die Bonner Beziehungen zu den USA noch wichtiger geworden. Der Wahlsieg Dwight D. Eisenhowers und sein Amtsantritt 1953 signalisierten einen Erfolg besonders reaktionärer Kräfte des amerikanischen Imperialismus, der indirekt auch die konservative Reaktion der BRD stärkte. John Foster Dulles, der neue Außenminister der USA, hatte mehrere Jahre lang die international bekannte New Yorker Anwaltsfirma Sullivan & Cromwell geleitet. Sie war Rechtsvertreterin jener amerikanischen Industriegiganten, die mit führenden deutschen Konzernen stets eng verbunden waren und ihnen sowohl nach 1918, als insbesondere auch nach 1945, geholfen hatten, Machtposition zu behalten und auszubauen [15]). Durch den Mund von Dulles und Eisenhower kündigte nun der USA-Imperialismus eine wesentliche Verschärfung des kalten Krieges gegen das sozialistische Lager an: den Übergang von der „Eindämmung" zum „Roll back". Für den BRD-Imperialismus begrüßten Adenauer und Strauß die Kurskorrektur. Der stellvertretende CSU-Chef verkündete, das Schlagwort „Nie wieder Krieg" sei überholt [16]).

Noch 1953 zeigten sich indes auf deutschem Boden die Grenzen imperialistischer Macht, als die mit den Juniereignissen in der DDR verknüpfte Spekulation, der „Wiedervereinigung" nach Bonner Vorstellungen ein Stück näherzukommen, nicht aufging. Im westdeutschen Wahlkampf 1953 trug indessen die von CDU und CSU heraufbeschworene Psychose des Kalten Krieges dazu bei, daß die Union nahezu die Hälfte der Bundestagsmandate errang. Eine $^2/_3$-Mehrheit wurde durch Regierungsbildung zusammen mit der FDP, der DP und dem BHE gesichert. Somit konnten auch verfassungsändernde Beschlüsse durchgesetzt werden, was im Zusammenhang mit der Remilitarisierung bedeutsam war.

5) Minister für besondere Aufgaben (1953—1955): Im Kampf um EVG- und NATO-Beitritt

Die CSU rangierte im neuen Bundestag mit 52 Mandaten noch vor der FDP als zweitstärkste Regierungspartei. Sie verdankte ihren Aufstieg wesentlich der Niederlage der Bayernpartei, die mit durch finanzielle Manipulationen hinter den Kulissen herbeigeführt worden war. F. J. Strauß verlangte nunmehr wiederholt, die gefestigte Position seiner Partei bei Vergabe Bonner Parlaments- und Regierungsämter gebührend zu berücksichtigen [17]).

Auf der anderen Seite war Kanzler Adenauer bestrebt, gerade diesen „starken Mann", der ihm speziell bei der Wiederbewaffnung nützlich sein konnte, in sein autokratisches Regierungssystem einzubauen. Er bot ihm zuerst das Verkehrs- und das Familienministerium an — Posten, die Strauß ausschlug —, sodann das

---

14) Erstmals war hiervon im „Spiegel" v. 2. 1. 1957 die Rede. Vor dem Landgericht München I teilte 1965 der Geschäftsführer der erwähnten Gesellschaft mit, daß Zahlungen bereits seit 1951 an mehrere bürgerliche Parteien geleistet wurden. Die CDU als stärkste sei „besonders gut behandelt worden, weil sie für unsere Zwecke besonders geeignet schien".

15) Hierzu James Stewart Martin, All Honorable Men, Boston 1950, S. 53, 67/68.

16) Am 8. 2. 1953 vor dem neugegründeten Kyffhäuserbund in Königswinter. Berichte u. a. in: „Süddeutsche Zeitung", München, „Hamburger Anzeiger" und „Nürnberger Nachrichten" v. 9. 2. 1953.

17) „Frankischer Tag", Bamberg, 14. 9. 1953; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 16. und 24. 9. 1953; „Schwäbische Landeszeitung", Augsburg, 27. 9. 1953.

Amt eines Ministers für besondere Aufgaben, das er akzeptierte. Hauptsächlich befaßte er sich weiter mit Remilitarisierungsfragen und vertrat in dieser Sache oft den Bundeskanzler.

Um der westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen eines imperialistischen Paktsystems willen hatte Bonn 1952 das sowjetische Angebot eines Friedensvertrages mit einem wiedervereinigten neutralisierten Deutschland zurückgewiesen [18]). Innerhalb des Weltimperialismus kristallisierte sich nun der Plan einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" heraus. Frankreich zögerte seiner Erfahrungen mit dem deutschen Militarismus wegen zuzustimmen und unterbreitete mehrfach neue Vorschläge, die darauf gerichtet waren, Bonns Souveränität und Wehrhoheit in engen Grenzen zu halten. Demgegenüber forderte die BRD deren Ausdehnung. Die Bundesrepublik zielte auf ein möglichst festes Militärbündnis der einzelnen westeuropäischen Staaten mit Washington ab und gedachte, als europäischer Festlandsdegen der USA die Hegemonie über Westeuropa zu erlangen.

1954 setzten Dulles und Adenauer Frankreich in der EVG-Frage unter Druck [19]). Strauß reiste wiederholt in gleicher Angelegenheit durch Westeuropa. Er pflegte Kontakt zu reaktionären französischen Abgeordneten und nutzte dabei Möglichkeiten aus, über die er als Mitglied des Montanunion-Parlaments verfügte [20]). Folge der amerikanisch-westdeutschen Pression war die EVG-Abstimmungsniederlage am 30. August 1954 im französischen Parlament, die Strauß im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler dahin kommentierte, daß hier nicht wirklich Frankreich gesprochen, wohl aber Moskau seinen größten politischen Erfolg seit Kriegsende errungen habe. Für Bonn verlangte er das Recht, „unseren Beitrag für die Verteidigung unserer Freiheit und für die Wiedervereinigung Deutschlands leisten zu dürfen" [21]). Schon vorher hatte Strauß die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik unmittelbar im NATO-Rahmen als Alternative zur EVG propagiert [22]). Diese Lösung, die ganz im Sinne des amerikanischen wie des westdeutschen Imperialismus lag, wurde im September/Oktober 1954 in Paris von den Westmächten ins Werk gesetzt.

Die Bonner Ratifizierungsdebatte über die Pariser Verträge verdeutlichte, daß sich die führenden imperialistischen Politiker im Wettlauf mit der Zeit befanden. Wachsende Stärke des sozialistischen Lagers und eine gewisse Entspannungstendenz in der Welt wirkten ihrem Remilitarisierungsstreben entgegen. Eben darum lehnte gleich Adenauer auch Strauß den SPD-Vorschlag ab, erst neue Verhandlungen über die Wiedervereinigung abzuwarten, und erklärte, es komme jetzt darauf an, sich zur Erreichung der eigenen Ziele der politischen Kräfte des Westens zu versichern [23]). Mit aller Schärfe zog er gegen außerparlamentarische Aktionen nach Art der Paulskirchenbewegung zu Felde.

Die demokratischen Kräfte der BRD waren nicht stark genug, den Remilitarisierungsbestrebungen erfolgreich Widerstand zu leisten. Gestützt auf internationalen Rückhalt in aller Welt, erreichten sie jedoch, daß die imperialistische Reaktion von dies- und jenseits des Atlantik ihren ursprünglichen Zeitplan zur bundesdeutschen Wiederbewaffnung nicht einzuhalten vermochte.

18) Während der Bundeskanzler es am 20. 3. 1952 mit einem Bekenntnis zur „Politik der Stärke" beantwortete, sagte Strauß am 16. 4. 1952 im Bayerischen Rundfunk sowohl zur Neutralisierung Deutschlands als auch zur Oder-Neiße-Linie nein und forderte „freie Wahlen" auf DDR-Gebiet.
19) Vgl. „deutsches panorama", 6 und 7/1966.
20) Dalberg, S. 90.
21) Ebd., S. 91/92 (Strauß am 31. 8. 1954 im Südwestfunk).
22) Am 13. 5. 1954 im Wiener „Club der österreichischen Wirtschaft". („Der Spiegel" v. 19. 5. 1954.)
23) Strauß, Bundestagsreden, S. 77.

Die Remilitarisierungsstrategen in Bonn und Washington setzten durch, daß die neuen Pariser Verträge ratifiziert wurden und am 5. Mai 1955 im NATO-Rahmen in Kraft traten. Hiermit und mit dem Aufbau einer neuen Armee in der Bundesrepublik erhöhte sich die Kriegsgefahr beträchtlich; gleichzeitig wurde die vom Imperialismus betriebene Spaltung Deutschlands zementiert. In der Bundesrepublik stärkte der Abschluß der Pariser Verträge die Macht der konservativen Reaktion. Männern vom Schlage F. J. Strauß' eröffnete sich die Aussicht auf eine weiterhin steil ansteigende Karriere. Zugleich wies der Erfolg der Remilitarisierungsstrategen in Bonn und Washington anachronistische Züge auf. Er trat ein, als die „Politik der Stärke" und des „Roll back" international gesehen bereits bankrott war.

Wie Adenauer und Eugen Gerstenmaier, die rechten FDP-Führer Erich Mende und Siegfried Zoglmann und andere Politiker der BRD war Strauß um rasche Rehabilitierung des deutschen Militarismus bemüht, damit auch diese ultrareaktionäre Kraft in den Dienst imperialistischer Restauration und späterer Expansion gestellt werden konnte. Aus der Kontaktpflege von Strauß mit den Spitzen der militaristischen Traditionsverbände erhellt, wes Geistes Kind die künftige Bundeswehr sein sollte. Er ersuchte Hitlers Generale und Admirale um Zusammenarbeit mit dem Ziel, „die Kontinuität der unzerstörbaren soldatischen Werte wieder herzustellen" [24]). Der Waffen-SS bescheinigte er, ihre Leistungen wären in seine Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen [25]).

Die sozialistischen Staaten Europas, unter ihnen die DDR, antworteten auf die NATO-Aufnahme der Bundesrepublik mit dem Warschauer Verteidigungspakt. Gleichzeitig intensivierten sie ihre Bemühungen um ein System der europäischen kollektiven Sicherheit.

b) Vom Bundesatomminister zum Mann der „Spiegel"-Affäre

1) Ein Jahrzehnt nach Kriegsende: die veränderte Lage

1955—1961 erreichte Strauß' politische Laufbahn ihren ersten Höhepunkt, dem 1962, eklatant und jäh, ein zeitweiliger Abstieg folgte. Beides resultierte nicht — wie bis heute noch vielfach behauptet wird — allein bzw. vorwiegend aus den Fähigkeiten und Geistesgaben des Ministers einerseits, seinem Charakter und bayerischen Naturell andererseits. Er war vielmehr vorrangig durch Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse bedingt, die ihrerseits Veränderungen in dem Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus zum Beweggrund hatten.

Das Kräfteverhältnis änderte sich in dem Sinn, daß das sozialistische Weltsystem in wachsendem Maße die Entwicklung zu bestimmen begann. Die UdSSR hatte die enormen materiellen Kriegsschäden überwunden und erzielte Spitzenleistungen auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik, so denen der Luftfahrt, Raumfahrt und friedlichen Nutzung der Atomenergie. In den volksdemokratischen Ländern, darunter der DDR, entwickelten sich sozialistische Produktionsverhältnisse. Auch auf militärischem Gebiet erstarkte das sozialistische System. Der UdSSR gelang es, das Kernwaffenmonopol der USA end-

[24]) „Stuttgarter Zeitung" v. 31. 3. 1954.
[25]) „Der Freiwillige", Wattenscheid, April 1959, S. 20.

gültig zu brechen. International begann sich zunehmend eine enge Verbindung zwischen dem sozialistischen System und vielen jener Staaten anzubahnen, die als Folge nationaler Befreiungsbewegungen in den kolonialen und abhängigen Gebieten entstanden waren. Eine Reihe dieser Staaten beschritt später den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Angesichts des veränderten Kräfteverhältnisses konstatierte im Februar 1956 der XX. Parteitag der KPdSU, daß es möglich geworden war, den Imperialismus an der Auslösung eines neuen Weltkrieges zu hindern und die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Der Kapitalismus trat damals in die dritte Etappe seiner allgemeinen Krise ein. Der Produktionsapparat wurde weiter ausgebaut; zugleich verschärfte sich die Labilität des Systems. Es war dem Imperialismus in einer Reihe von Ländern, darunter der BRD, gelungen, die demokratischen Kräfte zurückzudrängen und mit Hilfe sozialer und antikommunistischer Demagogie das Klassenbewußtsein der Arbeiter zeitweise einzuschläfern. Indes vermochte er nicht, die seit Kriegsende verlorenen Positionen in Europa und Asien zurückzugewinnen und der ganzen Welt wieder seine Ordnung aufzuzwingen. Die „Roll-back"-Politik war fehlgeschlagen und das 20. Jahrhundert weit davon entfernt, zum „amerikanischen Jahrhundert" zu werden. Ein Teil der Imperialisten strebte Kurskorrekturen an, die darauf hinausliefen, die friedliche Koexistenz und den Status quo als Basis weiterer Auseinandersetzungen zwischen beiden Gesellschaftssystemen zu akzeptieren. Dem widersetzten sich die aggressiven und ultrareaktionären imperialistischen Kräfte, die von jeder Entspannungsgeste einen Abbau ihrer Positionen befürchteten. Aus der Widersprüchlichkeit der Standpunkte resultierte ein langwieriger Streit um die zweckmäßigste Strategie und Taktik, auf den noch mehrmals zurückzukommen sein wird.

Die Haltung des BRD-Imperialismus war maßgeblich durch den Widerspruch zwischen wachsender wirtschaftlicher Potenz und begrenztem politischem Einfluß bestimmt. Auf der einen Seite wurde im Verlauf der Restaurationsperiode ein höherer Grad an Kapitalkonzentration als im faschistischen Deutschland erzielt, schickte sich die Bundesrepublik an, in der Industrieproduktion England zu überholen und den zweiten Platz im imperialistischen Lager einzunehmen. Andererseits stieß der westdeutsche Imperialismus immer wieder auf jene Schranken, die ihm durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges, insbesondere durch die Existenz der DDR, gesetzt waren. Der erwähnte Widerspruch verschärfte sich und trug dazu bei, daß die aggressiven und extrem reaktionären Tendenzen des BRD-Imperialismus zunahmen. Durch ein Mehr an „Politik der Stärke", deren eifrigste Verfechter Adenauer und Strauß waren, sollten die am Horizont entschwindenden außenpolitischen Ziele trotz aller Widerstände doch noch erreicht werden. Der BRD-Imperialismus wurde zum Hauptstörenfried in Europa. Zugleich verstärkte er den innenpolitischen Druck, was sich insbesondere im KPD-Verbot von 1956, im Bonner Streben nach Notstandsgesetzen und nach ideologischer Indoktrination breiter Massen im Sinne des Antikommunismus und Antidemokratismus manifestierte.

2) Atomminister Strauß (1955/56)

Als Bundesminister für Atomfragen hielt F. J. Strauß 1955/56 erstmals einen Schalthebel staatsmonopolistischer Macht in Händen. Dieser Hebel war wegen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Mitte der 50er Jahre auch in Europa ihren Siegeszug antrat, besonders wichtig.

Wissenschaftlich-technische Revolution erfordert ungeheure Investitionen in neue oder sich wandelnde Industriezweige, wobei die Kapitalverwertungsrate oftmals über lange Zeit gering ist. Die Monopole sind unter diesen Bedingungen vielfach nicht zu den notwendigen Investitionen bereit, z. T. auch übersteigen diese ihre Kräfte. Aus diesen und anderen Gründen nutzt die Finanzoligarchie verstärkt die Kraft des Staates, der fortan auch in wachsendem Maße zu ihren Gunsten in die Wirtschaft eingreift. Die Folge ist ein weiterer Ausbau des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Straußens damalige Tätigkeit war auch im Zusammenhang mit dem Streben der Bundesrepublik nach atomarer Bewaffnung bedeutsam, das zu einer der stärksten Spannungsursachen in Europa wurde. Nach Inbetriebnahme eines Teils der geplanten Aufbereitungsanlagen, so des großen Karlsruher Reaktors, mußte für Nuklearwaffen verwendbares spaltbares Material anfallen. F. J. Strauß aber gehörte zu jenen Bonner Politikern, welche frühzeitig dafür eintraten, sich militärisch den Bedingungen eines Atomkrieges anzupassen, und eine Beteiligung der BRD an der atomaren Umrüstung führender imperialistischer Staaten verlangten [26]).

Kanzler Adenauer hatte F. J. Strauß mit dem neugeschaffenen Amt des Atomministers betraut, damit die Bundesrepublik rasch den Rückstand bei der Erforschung und Nutzung der Kernenergie aufhole, was nur durch konzentrierte staatliche Förderung möglich war [27]). Das Bonner Schwerpunktprogramm Atomforschung bedeutete — wie später auch das Weltraumforschungsprogramm — eine neue Qualität der kapitalistischen Verwertung technischen Wissens, da die in Frage kommenden Projekte die Möglichkeiten privater Monopole sprengten [28]). Durch intensives Studium machte Strauß sich mit dem Arbeitsgebiet vertraut. In einem Jahr half er den Grundstein für Aufbau und Entwicklung eines der wichtigsten neuen Industriezweige legen und knüpfte dazu im In- und Ausland Verbindungen an, die sich auch später als wesentlich erweisen sollten.

Durch die von ihm gegründete Deutsche Atomkommission wurden namhafte Monopole erstmals direkt an der Bonner Regierungstätigkeit beteiligt. Unter Führung von Großbankier H. J. Abs und von Hermann Reusch gehörten der DAK Vertreter interessierter Konzerne an, beginnend mit solchen der Elektroindustrie und Chemie und endend mit der Allianz-Versicherungsgesellschaft in München, ferner W. A. Menne, Vorsitzender des Arbeitskreises Atom beim Bundesverband der Deutschen Industrie. Hinzu kamen mehrere Professoren und Sachverständige und zwei Gewerkschafter. Zwar hatte die DAK nur Beraterstatus, doch geschah in der Regel genau das, was sie der Regierung zu tun empfahl. Strauß hat sich Jahre später in einer autobiographischen Aufzeichnung besonders daran erinnert, daß ihn seine Tätigkeit als Atomminister „in Beziehung zu einigen der bedeutendsten Wissenschaftler und Industriellen Deutschlands und in enge Zusammenarbeit mit Firmen wie Bayer-Leverkusen, Farbwerke Hoechst, Siemens und AEG" brachte [29]).

Die Beschaffung von Kernbrennstoff war anfangs schwierig. Zwar hatten sich die USA Bonn gegenüber bereit erklärt, Uran zu verpachten, und der Minister sprach im Mai 1956 mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Atomenergiekommission, Admiral Lewis Strauss, über die Verwendung dieses Materials.

[26]) So am 16. 2. 1955 in der 100. Sitzung des 2. Deutschen Bundestages.
[27]) Dalberg, S. 106/107.
[28]) Vgl. Rainer Rilling, Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD, Köln 1970.
[29]) Franz Josef Strauß, The Grand Design. A European Solution for German Reunification, London 1965, S. 95.

Es handelt sich hierbei aber um relativ kleine Mengen, so daß F. J. Strauß zugleich um weitere Lieferungen — nicht nur amerikanische — bemüht war. Die Gespräche mit dem Leiter der spanischen Atomenergiebehörde, General Vidal, dienten wohl ebenfalls diesem Zweck. In der BRD selbst war vor allem die Flick-Konzession in Weißenstadt interessant. Strauß nahm mit dem Konzernchef, einem verurteilten Kriegsverbrecher, unmittelbar Kontakt auf. Schon im Oktober 1956, bei seinem Abgang aus dem Amt, hielt er den ersten Stab Uranerz bayerischer Förderung in Händen.

Im Ausland vereinbarte der Minister den Kauf von fünf Hochschulreaktoren — einem britischen und vier amerikanischen. Als erster bundesdeutscher Reaktor wurde der in München-Garching in Betrieb genommen. Der Bau des großen, ganz von BRD-Firmen produzierten Arbeitsreaktors in Karlsruhe ist unter Strauß' Regie vorbereitet worden. Bis 1963 gaben Bund und Länder fast 2 Mrd. DM für Erforschung und Verwendung der Atomenergie aus.

Offiziell diente die Tätigkeit des Ministers allein der friedlichen Nutzung dieser Energiequelle. Jedoch war auffällig, mit welchem Eifer Strauß die Gefahren radioaktiver Verseuchung durch amerikanische Atomwaffenversuche — Gefahren, die von Experten bestätigt wurden — zu bagatellisieren versuchte [30]). Zudem plädierte er frühzeitig gegen ein Verbot militärischer Verwendung der Kernenergie durch die BRD. In einem Interview mit „L'Information" vom 27. Juni 1956 verlangte er, dieses im Zusammenhang mit der Gründung von EURATOM geplante Verbot zu überprüfen, da sich sonst Unzuträglichkeiten für die Atomforschung der Bundesrepublik ergeben könnten.

Die USA hatte F. J. Strauß zum erstenmal als Abgeordneter im April 1953 besucht. Schon damals besichtigte er vor allem Rüstungs- und Atomforschungsstätten. 1956 weilte er zweimal, im Mai und Juni, in Washington, kurz nachdem die Vereinigten Staaten die Ausrüstung der NATO-Verbündeten mit amerikanischen Kernwaffen vorgeschlagen hatten. Er traf auch mit dem „Vater der Wasserstoffbombe" Edward Teller zusammen, der sich gleich ihm der atomaren Rüstungsbegrenzung und einer Einstellung der Kernwaffenversuche stets energisch widersetzt hat.

Als er im Oktober 1956 an der Einweihung des britischen Atomkraftwerks Calder Hall teilnahm, erreichte Strauß die Nachricht, daß er zum Bundesverteidigungsminister berufen worden sei. (Zweiter Teil folgt)

30) „Freie Presse", Bielefeld, v. 8. 12. 1955; „Nürnberger Nachrichten" v. 1. 8. 1956, „Frankfurter Rundschau" v. 22. 8. und 22. 9. 1956.

Dieter Halfmann (Hrsg.)

Das Konzept der deutschen Rechten
Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß

KLEINE BIBLIOTHEK Bd. 14

239 Seiten, DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Zur Aktualisierung der Palästinafrage

Von Salim Ibrahim und Oswin Hartung

I

Erstmals seit sechsundzwanzig Jahren ist die Palästinafrage von den Vereinten Nationen in ihrer vollen Bedeutung rehabilitiert und als Mittelpunkt des Nahostkonfliktes erkannt worden. Davon zeugen die mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolutionen der 29. UNO-Vollversammlung zum Abschluß der Palästina-Debatte Ende November 1974 [1]). International anerkannt wurden dort a) die nationalen Rechte des Volkes von Palästina auf Rückkehr in seine Heimat, auf Ausübung seiner Selbstbestimmung und auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität; b) die PLO als die rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes und c) die Tatsache, daß das Palästinaproblem ein grundlegendes Element des Nahostkonfliktes sei, ohne dessen Berücksichtigung eine endgültige Lösung des gesamten Konfliktes nicht erreicht werden könne [2]).

Es war klar, daß diese Beschlüsse der UNO zur Palästinafrage in Israel und seinen Sprachrohren in den USA und den westeuropäischen Staaten weitgehend auf strikte Ablehnung stießen und sogar als Hindernis zur Durchsetzung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten bezeichnet würden. Denn diese Beschlüsse stehen tatsächlich in diametralem Widerspruch zu der israelischen, aber auch der imperialistischen Nahoststrategie, auf die wir noch einzugehen haben. Bezeichnend ist es aber, daß die bürgerlichen und prozionistischen Massenmedien, u. a. in der BRD, nicht nur wesentliche Beiträge zur Palästina-Debatte der UNO-Vollversammlung in der Berichterstattung unterschlugen [3]), sondern darüber hinaus kaum inhaltlich auf die Problematik der Palästinafrage eingingen. Vielmehr rückten diese Kräfte die Vereinten Nationen selbst in den Mittelpunkt ihrer Kritik. Ihre Vorwürfe reichten von der angeblich „unkritischen Mehrheit" bis dahin, „sich dem Terror (zu) beugen" [4]). Diese Kräfte behaupteten ferner, die UNO-Beschlüsse zur Palästinafrage seien nichts anderes als das Resultat eines arabisch-sowjetischen Komplotts der „erpresserischen Drohungen" [5]) der arabischen Erdölländer gegenüber der westlichen Welt. Das ehemals als demokratische Institution gefeierte Weltforum — freilich als es unter der Vorherrschaft der USA und ihrer Verbündeten stand — ist in den Augen dieser Kräfte plötzlich zum Instrument von „Erpressern" und „Terroristen" herabgesunken.

II

Die Palästinafrage wurde den Vereinten Nationen erstmals im April 1947 vorgetragen, als Großbritannien sich gezwungen sah, das ihm 1920 vom Völkerbund erteilte Palästina-Mandat niederzulegen. Obwohl die arabischen Nachbarstaaten wie Syrien und der Libanon, die ebenfalls unter Mandatsstatus standen, 1946

1) Für die erste Resolution zur Palästinafrage stimmten 89, dagegen 8 UN-Mitgliedstaaten, bei 37 Enthaltungen. Mit 95 gegen 17 Stimmen bei 19 Enthaltungen hat die UNO-Vollversammlung in einer zweiten Resolution der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) den Beobachterstatus bei der UNO und bei internationalen Konferenzen eingeräumt.

2) Siehe den Wortlaut der Palältina-Resolution der UNO-Vollversammlung von 23. November 1974, in: „Blätter", 12/1973, S. 1310.

3) So wurde z. B. die wichtige Rede des Vorsitzenden der PLO, Arafat, weder im Wortlaut noch stellenweise wiedergegeben. Vielmehr wurden einige Ausführungen von Arafat sogar verfälschend kommentiert. Vgl. beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 15. 11. 1974.

4) „Bayernkurier" v. 30. 11. 1974.

5) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 3. 12. 1974.

ihre politische Unabhängigkeit erlangt hatten, wurde diese dem palästinensischen Volk vorenthalten. Die Gründe dafür lagen in der bereits herausgebildeten Streitfrage zwischen der autochthonen arabischen Bevölkerung von Palästina und den jüdischen Einwanderern, deren koloniale und rassistisch-nationalistische Ansprüche den Konflikt rasch zuspitzten [6]).

Aufgrund dieser Situation befaßte sich die UNO-Vollversammlung mit der Palästinafrage und beschloß am 5. bzw. 7. Mai 1947, sowohl der „Jewish Agency" als auch dem „Arabischen Hohen Komitee" Gehör zu gewähren [7]). Nach dem Beschluß 106 (S. 1) vom 15. Mai 1947 wurde ferner ein Sonderausschuß (UNSCOP = UN Special Committee on Palestine) beauftragt, einen Bericht über die Palästinafrage vorzubereiten. Die Aufgabe dieses Sonderausschusses bestand darin, „Tatsachen zu ermitteln und zu protokollieren und alle Zweifel und Streitfragen, die für das (Palästina-) Problem von Bedeutung sind, zu untersuchen" [8]). Aufgrund der Berichte des Sonderausschusses wurde der Beschluß 181 (II) vom 29. November 1947 über die Teilung Palästinas von der UNO-Vollversammlung angenommen. Der Teilungsplan, der in diesem Beschluß enthalten ist, sah die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat vor. Eine Wirtschaftsunion sollte die beiden Staaten miteinander verbinden [9]).

Der Teilungsplan der UNO wurde damals von Vertretern der arabischen Bevölkerung Palästinas abgelehnt, und zwar mit der berechtigten Begründung, daß die UNO-Vollversammlung nicht das Recht besäße, über das Schicksal eines Landes und seiner Bevölkerung zu entscheiden, zumal die Meinung der Hauptbetroffenen, nämlich der arabischen Majorität in Palästina, nicht berücksichtigt worden war. Dies stelle eine Verletzung der UNO-Charta dar, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker verankert ist. Ferner wiesen die Vertreter der arabischen Bevölkerung von Palästina darauf hin, daß man den Teilungsplan — auch wenn man dem Verfahren der UNO zustimmen würde — nicht akzeptieren könne, da er weder die Zahl der jeweiligen arabischen bzw. jüdischen Einwohner, noch die Größe ihres jeweiligen Landbesitzes adäquat berücksichtigt habe [10]).

Die zionistischen Vertreter stimmten im Gegensatz zu denen der arabischen Bevölkerung dem Teilungsplan zu, da er eindeutig zu ihren Gunsten ausfiel. Der israelische Staat wurde infolgedessen am 14. Mai 1948 proklamiert, Anlaß zum Ausbruch des ersten arabisch-israelischen Krieges. Im Gefolge der Niederlage der arabischen Armeen gelang es Israel 1948, große Teile des im UNO-Teilungsplan vorgesehenen arabischen Staates zu annektieren und etwa eine Million Palästinenser aus ihren Gebieten zu vertreiben. Die Aggressions- und Expansionspolitik Israels erreichte im Junikrieg von 1967 ihren bisherigen Höhepunkt, als es das Westufer des Jordan, den Gaza-Streifen, die Sinai-Halbinsel und die syrischen Golan-Höhen annektierte und weitere Palästinenser vertrieb. Seither bestreitet Israel — entgegen den zahlreichen Beschlüssen der UNO [11]) — das Recht der

[6]) Über die Hintergründe der jüdischen Einwanderung nach Palästina, Programmatik und Praxis des Zionismus vgl. neuerdings M. Robbe, Politischer Zionismus: „Mythos contra Fortschritt", in: „Asien Afrika Lateinamerika", Zeitschrift des Zentralen Rates für Asien-, Afrika- und Lateinamerikawissenschaften der DDR, H. 1, Bd. 2, Berlin (DDR) 1974.

[7]) Siehe den Wortlaut dieser Beschlüsse in: Beschlüsse der Vereinten Nationen über das Palästina-Problem 1947—1965, hrsg. von der Liga der Arabischen Staaten, Bonn 1967, S. 18.

[8]) Beschlüsse der Vereinten Nationen . . ., a. a. O., S. 18 f.

[9]) Beschlüsse der Vereinten Nationen . . ., a. a. O., S. 19—39.

[10]) Dazu folgende Angaben: „Dem arabischen Staat wurde ein Gebiet von 11 600 qkm zugestanden, was 42,88 % der palästinensischen Gesamtfläche entsprach. Der jüdische Staat umfaßte dagegen 15 100 qkm oder 56,47 % der totalen Fläche Palästinas. 176 qkm waren der internationalen Zone von Jerusalem vorbehalten, in der 105 540 Araber und 99 960 Juden wohnten. Im arabischen Staat gab es vor der Teilung 749 010 Araber und 9520 Juden; im jüdischen Staat lebten laut UNSCOP 499 020 Juden und 509 780 Araber" (W. Hollstein, Kein Frieden um Israel, Frankfurt/M. 1972, S. 157 f.).

[11]) In dem Beschluß 194 (III) der UNO-Vollversammlung vom 11. Dezember 1948 heißt es, „daß denjenigen Flüchtlingen, die zu ihren Wohnstätten zurückkehren und in Frieden mit ihren Nachbarn leben wollen, dies

Palästinenser auf Rückkehr und Selbstbestimmung. So ist die gegenwärtige Rehabilitierung der Palästinafrage in der UNO von besonderer Bedeutung, da sie nach sechsundzwanzig Jahren wieder als eine Frage nationaler Selbstbestimmung anerkannt wurde, nachdem sie in der Zwischenzeit lediglich als Flüchtlingsproblem zur Debatte stand [12]).

III

Der Exodus der Palästinenser in die benachbarten arabischen Staaten hat ihre nationale Identität nicht ausgelöscht. Sie fand ihren Ausdruck im Kampf des palästinensischen Widerstandes, der besonders nach dem Junikrieg von 1967 wieder auflebte. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes als Ultima ratio zur Durchsetzung ihrer nationalen Interessen verhalf den Palästinensern dazu, ihre nationale Existenz als Volk sowie ihre politische Einheit und Selbständigkeit außerhalb und innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete zu behaupten. Den verschiedenen Abteilungen des palästinensischen Widerstandes gelang es, sich in der PLO als Dachorganisation zu vereinen. Dies geschah nicht ohne Widersprüche und Schwierigkeiten. Hierbei sei lediglich auf die Differenzierungs- und Konsolidierungsprozesse innerhalb des palästinensischen Widerstandes in den Jahren 1968/69 hingewiesen sowie auf die Versuche des haschemitischen Regimes von Jordanien und der reaktionären Kräfte des Libanon, ihn in den Jahren 1969, 1970 und 1971 zu liquidieren. Es gelang der PLO aber, angesichts ihres starken Rückhalts in der arabischen Öffentlichkeit, ihre politische und militärische Basis zu festigen und den nationalen Kampf weiterzuführen. Ausdruck der Verankerung des politischen Programms des Widerstandes in dem von Israel besetzten Jordan-Westufer und dem Gaza-Streifen war die Gründung der „Palästinensischen Nationalen Front", die sich der PLO im Jahre 1974 anschloß. Damit wurde die politische Repräsentation des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete hergestellt. Ihren organisatorischen Ausdruck findet sie in dem konstituierenden Nationalrat, dessen politische Führung das Exekutivkomitee der PLO darstellt [13]).

Der Oktoberkrieg 1973 veränderte mit seinen regionalen und internationalen Folgen das Kräfteverhältnis im Nahen Osten wesentlich zugunsten der arabischen Völker. Eine der wichtigsten Errungenschaften dieses Kampfes war die Überwindung der „psychologischen Schranken", die sich aus der gewaltigen Niederlage der arabischen Armeen im Junikrieg 1967 herauskristallisiert hatten. Zum erstenmal in den militärischen Auseinandersetzungen mit Israel zeigten die arabischen Soldaten und Offiziere kämpferische Standhaftigkeit, weitgehende Disziplin, Selbstvertrauen und technologisches Können. Die arabische Einheitsfront erlangte ebenfalls zum erstenmal — wenn auch nur partiell — eine reale Basis, als Ägypten und Syrien einen gemeinsamen militärischen Plan ausarbeiteten und in wesentlichen Teilen erfolgreich durchführten. Auch die Solidarität der arabischen Völker erwies sich im Oktoberkrieg als wirksame Kraft. Der Einsatz des Erdöls — des wichtigsten nationalen Reichtums der arabischen Völker — als

---

zum frühestmöglichen Zeitpunkt gestattet werden soll und daß für das Eigentum derjenigen, die sich entschieden, nicht zurückzukehren, . . . Entschädigung gezahlt werden soll" (in: Beschlüsse der Vereinten Nationen . . ., a. a. O., S. 44). Seither und für längere Zeit wurde dieser Paragraph immer wieder in die Beschlüsse der UNO zur Palästinafrage aufgenommen, wo es stets hieß, daß „die in Paragraph 11 des Beschlusses 194 (III) geplante Rückführung oder Entschädigung der Flüchtlinge nicht verwirklicht wurde" (a. a. O.).

12) Vgl. dazu die verschiedenen Beschlüsse der UNO zur „Situation im Nahen Osten" oder zur Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Palästina-Flüchtlinge (UNWRA) in: Beschlüsse der Vereinten Nationen . . ., a. a. O.

13) Zum Entstehungs- und Konsolidierungsprozeß des palästinensischen Widerstandes vor und nach dem Junikrieg von 1967 vgl. ausführlich S. Ibrahim, „Zur Genesis des palästinensischen Widerstandes 1882—1972", in: „Blätter", 5/1973, S. 517 ff.

politische Waffe zur Durchsetzung berechtigter nationaler Interessen ist erstmals in seiner Wirksamkeit begriffen worden. Obwohl das Erdöl von den reaktionärkonservativen Regimen nicht voll im Dienste des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker eingesetzt wurde, wirkte sich das Ölembargo positiv auf das Bewußtsein der arabischen Massen aus. Denn der Einsatz des Erdöls gegen die imperialistischen Verbündeten Israels wurde von den arabischen Massen mit der Forderung verknüpft, die ausländischen Erdölkonzerne in den arabischen Ländern zu nationalisieren und in den Dienst des Volkes zu stellen. Diese Forderung nimmt gegenwärtig einen wichtigen Stellenwert in den inneren Auseinandersetzungen im arabischen Raum ein, weil sie im Oktoberkrieg real an Boden gewinnen konnte.

Für das palästinensische Volk, dessen nationale Frage noch bis zum Oktoberkrieg am Rande des Nahostkonfliktes stand, brachte die neue Situation bedeutende Erfolge mit sich. Das arabische Gipfeltreffen in Algier (Ende November 1973) erkannte die PLO als die einzige rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die arabischen Staaten machten die Lösung des Nahostkonfliktes und die Fortsetzung der Genfer Friedenskonferenz von der Anerkennung der nationalen Rechte der Palästinenser und ihrer Vertretung, der PLO, abhängig. Die sozialistischen Staaten standen solidarisch an der Seite der PLO und des linken Flügels der arabischen Befreiungsbewegung. Die Solidaritätsfront mit dem Kampf des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Völker umfaßte jetzt die meisten Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sogar die EG-Staaten konnten sich den neuen Realitäten nicht entziehen und sahen sich dazu gezwungen — freilich aus der Notwendigkeit der Wahrnehmung ihrer ökonomischen und politischen Interessen —, die Verwirklichung der UNO-Resolutionen 242 und 338 zu fordern und die „legitimen Rechte der Palästinenser" als Element bei der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten anzuerkennen [15]).

Angesichts der neuen Situation, die nach dem Oktoberkrieg entstanden ist, sah sich die PLO veranlaßt, nicht mehr bei den proklamierten strategischen Zielen stehenzubleiben, sondern entsprechend den neuen Bedingungen Etappenziele zu entwickeln. Innerhalb der palästinensischen Widerstandsorganisationen entfaltete sich eine breitere Diskussion [16]) zur Festlegung der Etappenziele. Diese Diskussion fand ihren Niederschlag in dem auf der 12. Tagung des Palästinensischen Nationalrates (1.—8. Juni 1974) verabschiedeten „Politischen Etappenprogramm". Darin lassen sich drei wesentliche Momente, die die neue politische Stoßrichtung der PLO ausmachen, feststellen: Das erste Moment bezieht sich auf den Ausgangspunkt der PLO, daß die Palästinafrage ein nationales und keineswegs ein Flüchtlingsproblem ist. Deshalb ist die PLO nur auf dieser Basis bereit, an politischen Aktivitäten zur Lösung des Nahostkonfliktes teilzunehmen. Dementsprechend deutete sie ihre Bereitschaft an, an der Genfer Friedenskonferenz teilzunehmen, falls die UNO-Resolution 242, auf der die Verhandlungen basieren sollen, dahingehend modifiziert wird, daß ausdrücklich von der Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, statt von der „Lösung des Flüchtlingsproblems", gesprochen wird [17]). Mit dieser Haltung hat die PLO eine

14) Entfällt.
15) Vgl. Erklärung der neun EG-Staaten zur Lage im Nahen Osten, abgegeben nach einer Sitzung der Außenminister in Brüssel am 6. 11. 1973, in: „Blätter" 12/1973, S. 1360.
16) Zu dieser Diskussion siehe vor allem die Stellungnahmen der jeweiligen Führer der palästinensischen Widerstandsorganisationen, in: Palestinian Leaders Discuss the New Challenges for the Resistance, Beyrouth 1974.
17) In Paragraph 1 des Etappenprogramms heißt es: „Die PLO bestätigt ihre frühere Haltung zur Resolution Nr. 242 (des UNO-Sicherheitsrates, d. Verf.), die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verwischt und dessen Frage als Flüchtlingsproblem handhabt. Deshalb wird das Verfahren mit dieser Resolution

klare Position zur politischen Lösung des Nahostproblems bezogen. Als zweites Moment der neuen politischen Stoßrichtung der PLO galt die Legitimierung ihres Anspruchs auf Repräsentation aller Teile des palästinensischen Volkes sowohl innerhalb als auch außerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete. Diesem Anspruch wurde nicht nur von den arabischen Staaten auf ihren Gipfeltreffen in Algier und Rabat, sondern auch — wie bereits erwähnt — von der UNO-Vollversammlung im November 1974 stattgegeben. Damit ist die israelische Behauptung, eine palästinensische Repräsentation auf internationaler Ebene existiere nicht, zunichte gemacht worden. Der jordanische König mußte ebenfalls seinen Anspruch, im Namen der Palästinenser auf beiden Seiten des Jordan zu sprechen, abtreten. Das dritte wesentliche Moment in der neuen politischen Orientierung der PLO ist ihre Absicht, „eine unabhängige nationale Volksherrschaft" [18]) auf jedem Teilstück des palästinensischen Bodens zu errichten, das von israelischer Besetzung befreit oder geräumt wird. Damit sind aktuell das Westufer und der Gaza-Streifen gemeint. Diese Haltung wurde jedoch in dem „Politischen Etappenprogramm" dahingehend ergänzt, daß die PLO jede Teilstaatslösung bekämpfen wird, „deren Preis Anerkennung, Frieden, sichere Grenzen, Verzicht auf das historische Recht und Entziehung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Rückkehr und auf Selbstbestimmung in seinem Land bedeutet" [19]). Es wird ferner daran festgehalten, daß die PLO „jeden Akt der Befreiung palästinensischen Territoriums als einen Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung ihrer Strategie der Errichtung des demokratischen palästinensischen Staates betrachtet" [20]). Mit diesen Ergänzungen wollte die PLO offensichtlich dem Eindruck entgegentreten, sie habe den Boden ihrer allgemeinen Strategie verlassen.

Das strategische Ziel der PLO, die Errichtung eines demokratischen Staates in Gesamtpalästina, in dem — wie Arafat formulierte — „Christ, Jude und Moslem unter gleichen Rechten, in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit miteinander leben" [21]), läßt sich zwar aktuell nicht realisieren, büßt jedoch damit keineswegs seine Legitimität ein. Denn das Recht des palästinensischen Volkes auf Rückkehr und Selbstbestimmung ist territorial nicht teilbar, die Mehrheit der palästinensischen Vertriebenen stammt aus dem nach 1948 entstandenen israelischen Staatsgebiet.

Arafat hat in seiner Rede vor der 29. UNO-Vollversammlung die Ziele der palästinensischen Befreiungsbewegung dargelegt. Er sagte dort: „Unsere Revolution fußt ... nicht auf Rassismus oder religiösem Fanatismus, sie ist nicht gegen den jüdischen Menschen in seiner Existenz gerichtet, sondern sie richtet sich gegen den rassistischen Zionismus und gegen die Aggression. In diesem Sinne ist unsere Revolution auch für den jüdischen Menschen" [22]). Arafat unterstrich ferner das Lebensrecht der israelischen Juden in dem angestrebten zukünftigen palästinensischen Staat: „Wenn wir von unseren gemeinsamen Hoffnungen für das Palästina von morgen sprechen, schließen wir in unser Bestreben alle Juden mit ein, die heute in Palästina leben und die mit uns gemeinsam auf dem palästinensischen Boden ohne Diskriminierung leben wollen" [23]).

Das Recht der israelischen Juden auf Selbstbestimmung hat die PLO bis jetzt deshalb noch nicht ausdrücklich anerkannt, weil seine bisherige Wahrnehmung in

sowohl auf arabischer als auch auf internationaler Ebene, einschließlich der Genfer Konferenz, abgelehnt" (siehe Politisches Etappenprogramm der PLO, in: „Palastin Al-Thaura", Nr. 96, Beirut 1974, S. 12).

18) Ebd.

19) Ebd.

20) Ebd.

21) Arafats Rede vor der 29. UNO-Vollversammlung, gedruckt und herausgegeben von der Liga der Arabischen Staaten, Bonn 1974, S. 22.

22) Ebd., S. 15.

23) Ebd., S. 23.

Form des Staates Israel die Negation des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser zum Inhalt hatte. Deshalb kann die Akzeptierung des Selbstbestimmungsrechtes der israelischen Juden durch die arabische Seite lediglich Folge der Akzeptierung desselben Rechtes für das palästinensische Volk sein.

Die Ausarbeitung der Etappenziele des palästinensischen Widerstandes und das politische und militärische Hinwirken der PLO auf ihre Realisierung haben die Position der palästinensischen Sache offensichtlich wesentlich gestärkt. So gelang es der PLO auf dem arabischen Gipfeltreffen in Rabat (Oktober 1974) — entgegen den Obstruktionsversuchen Jordaniens und Saudi-Arabiens und der Schaukelpolitik Ägyptens [24]) —, ihren Vertretungsanspruch für das gesamte palästinensische Volk, einschließlich das des Westufers, sanktioniert zu erhalten. Dies war der wesentliche Schritt zu der erfolgten Aktualisierung der Palästinafrage in der UNO. Darüber hinaus wird die reale Existenz der PLO und ihre Legitimität von einigen der traditionell proisraelischen Länder Westeuropas nicht mehr negiert. So drückte die französische Regierung ihre positive Haltung zur Legitimität der nationalen Forderungen der Palästinenser und ihrer politischen Vertretung aus, als ihr Außenminister Sauvagnargues sich im Oktober 1974 mit dem Vorsitzenden der PLO Arafat in Beirut traf. Zwar leitet sich die veränderte Nahostpolitik der EG-Staaten aus wirtschaftlichem Opportunismus, u. a. zur Sicherung ihrer Erdölversorgung, her, doch trägt sie objektiv zur Schwächung und Isolation der herrschenden israelischen Politik bei.

Es läßt sich ferner feststellen, daß die Erfolge der PLO auf internationaler Ebene dem nationalen Widerstand der Palästinenser gegen die israelische Okkupation auf vielfältige Weise Auftrieb geben. So nahmen in der letzten Zeit die militärischen Aktionen der Widerstandsorganisationen in Israel und den besetzten arabischen Gebieten wesentlich zu. Ein ziviler Widerstand der palästinensischen Bevölkerung, der in zunehmendem Maße in Form von Demonstrationen, Streiks und Protestkundgebungen seinen Ausdruck fand, entfachte sich besonders im November 1974 und trug zur weiteren Verunsicherung des israelischen Staates bei [25]).

IV

Die internationale Anerkennung der Palästinafrage als eines wesentlichen Bestandteils des Nahostkonflikts ruft wie kein anderer Komplex den Argwohn des israelischen Staates hervor. Israel erklärt sich entschlossen, in dieser Frage in keiner Weise von früheren Standpunkten abzuweichen. Das erscheint evident, denn die Forderung nach Wiederherstellung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes steht diametral den Prinzipien entgegen, die bisher Grundlage des zionistischen Staates waren. Das Palästinaproblem, gefaßt als Entwurzelung eines Volkes und Vorenthaltung seiner elementarsten Rechte der Selbstbestimmung, war von vornherein in der Realisierung des zionistischen Programms, einen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen, angelegt [26]). Als nationale Frage der Palästinenser konnte es folglich von Israel als zionistischem Staat nie anerkannt werden.

---

[24]) Mit verschiedenen politischen Druckmitteln versuchten Jordanien und Saudi-Arabien die Beschlüsse von Rabat, vor allem was die Anerkennung der PLO als die einzige rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes anbetrifft, zu verhindern. Einen Auftrieb dazu gab bereits die Schaukelpolitik Sadats hinsichtlich dieser Frage. Ein Indiz dafür ist das gemeinsame Kommuniqué Sadats und Husseins nach ihrem Treffen vom 18. Juli 1974, das „die Vertretungsbasis der PLO durch die Erklärung einschränkte, die Regierung von Jordanien vertrete das palästinensische Volk im haschemitischen Staat" („Informations-Bulletin", Nr. 17/18, Wien 1974, S. 66). Diese ägyptische Haltung wurde jedoch später korrigiert, und zwar im Dreier-Kommuniqué Syriens, Ägyptens und der PLO vom 21. September 1974.

[25]) Vgl. dazu ausführlich die Bulletins der „Palestine News Agency" (WAFA), vor allem vom November und Dezember 1974; ferner „Frankfurter Allgemeine Zeitung" und „Süddeutsche Zeitung" v. 19. 11. 1974.

[26]) Wenn auch bis etwa 1942 von der Errichtung einer „jüdischen Heimstätte" in Palästina gesprochen wurde, so wurde schon bei Herzl, dem Begründer des politischen Zionismus, kein Zweifel daran gelassen, daß es

Bereits in der Vorphase ihrer Staatsgründung versuchten die Zionisten in Palästina, wichtige ökonomische und administrative Machtpositionen dem arabischen Bevölkerungsteil zu entreißen, obwohl ihrer Tätigkeit durch die englische Mandatsverwaltung verschiedene Grenzen gesetzt wurden. Als dann über die UNO die Schaffung einer eigenständigen zionistischen Staatsmacht durchgesetzt war, wurde es zur — aus der Programmatik begründeten — Notwendigkeit, zum einen die Gebiete unter zionistischer Herrschaft entscheidend zu erweitern, was auch 1948 gelang und 1967 seine Fortsetzung fand, und gleichzeitig die Majorität der palästinensischen Bevölkerung in diesen Gebieten in eine unterdrückte Minorität zu verwandeln [27]). Die Terrorakte zionistischer militärischer Verbände an der palästinensischen Bevölkerung, die die entscheidende erste Fluchtwelle 1948/49 hervorriefen, legen davon genauso Zeugnis ab wie die israelische Gesetzgebung und Rechtsprechung, die die in ihrer Heimat verbliebenen Palästinenser zu Menschen zweiter Klasse degradierten und sie an der Artikulation ihrer Interessen auf politischem und kulturellem Gebiet zu hindern suchten [28]). Dem zionistischen Staat gelang es auch, diese Absichten weitgehend durchzusetzen. Was jedoch blieb, ohne daß Israel unmittelbaren Einfluß auf sie hätte ausüben können, war etwa eine Million palästinensische Flüchtlinge, deren größter Teil in Lagern der angrenzenden arabischen Länder notdürftig Unterkunft fand.

Die Strategie Israels zielte in der Folgezeit darauf ab, mit Hilfe seiner internationalen Verbündeten das Problem der palästinensischen Flüchtlinge und die Wiederherstellung ihrer legitimen nationalen Rechte grundsätzlich zu negieren, in der Hoffnung darauf, daß sich die Flüchtlinge im Laufe der Zeit über die arabische Welt zerstreuen und in verschiedenen arabischen Staaten integrieren würden. Der legitimen Forderung nach Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes wäre damit die reale Grundlage entzogen worden, sie hätte sich als Anachronismus dargestellt. Je mehr sich jedoch diese Hoffnung auf „Selbstlösung" des Problems als Trugschluß erwies, und immer dann, wenn es in die Diskussion des Nahostkonfliktes erneut Eingang fand, reduzierte Israel die Problematik auf ein Flüchtlingsproblem allgemeiner Art [29]). Diese Reduktion abstrahierte bewußt von den Ursachen jenes spezifischen Flüchtlingsproblems und ging einher mit der groben Mißachtung des Völkerrechts, da die Artikulierung der nationalen Rechte durch die betroffenen palästinensischen Flüchtlinge totgeschwiegen oder ignoriert wurde. Der so geprägte neue Terminus sollte zugleich die Verantwortung für eine Lösung dieses Problems wesentlich den arabischen Staaten, unter gewisser Mithilfe der UNO, anlasten. Die sozioökonomischen Bedingungen der arabischen Länder, die bei dem vorhandenen niedrigen Stand der Produktivkräfte eine Integration über das bereits Geleistete hinaus überhaupt nicht zuließen, und die zusätzlichen großen Belastungen, die für die Staaten vorhanden waren, auf deren Territorien sich die palästinensischen Flüchtlingslager befanden, wurden gleichfalls in der zionistischen Propaganda ignoriert [30]).

---

sich dabei ausschließlich um eine jüdische Staatlichkeit in Palästina handeln sollte. Eine klassische Formulierung dieser Zielsetzungen findet sich in einer Programmatik, wie sie 1943 dem damaligen US-Präsident Roosevelt übermittelt wurde: „Die zionistische Organisation in Palästina hat ihrerseits erkennen lassen, daß sie sich an ein erweitertes Programm gebunden fühlt, welches vorsieht: 1. einen souveränen jüdischen Staat, der Palästina und mutmaßlich Transjordanien einschließt; 2. eine Übersiedlung der arabischen Bevölkerung in den Irak und 3. eine jüdische Führungsrolle auf den Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung und Kontrolle" (zit. n. S. Hadawi, Bittere Ernte, Rastatt 1969, S. 364)

27) Nach der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung lebten nur noch etwa 180 000 Palästinenser innerhalb des israelischen Staates.

28) Vgl. E. Lobel / S. Geries, Die Araber in Israel, München 1970, und W. Hollstein, a. a. O., besonders Kapitel 6 u. 7.

29) Siehe Anm. 12.

30) Zu diesem Vorwurf bemerkte der ehemalige Generalkommissar der UNWRA (UN-Hilfswerk für die palästinensischen Flüchtlinge), John H. Davis: „Die im Westen weit verbreitete Auffassung, die arabischen Regierungen hätten die Flüchtlinge nicht ansiedeln wollen, weil sie sie als Faustpfänder in ihrem Kampf gegen Israel

Dieser Umgang mit der Palästinafrage wurde erst durch die Folgeereignisse des Junikrieges 1967 für Israel wieder zu einem Problem, welches bestimmte taktische Differenzierungen in seiner Politik notwendig machte.

Für den in Israel herrschenden Zionismus waren die Ergebnisse des Junikrieges zunächst eine „historische Chance, von welcher die größten Optimisten vorher niemals zu träumen wagten", — so in der Formulierung Moshe Dayans. Nach Dayan durfte diese „historische Chance" nicht verfehlt werden, „denn wir haben (so Dayan, d. Verf.) jetzt die militärische Stärke, die es uns erlaubt, uns überall niederzulassen. Wir können jetzt die historischen Ziele des Zionismus realisieren. Wir müssen ab sofort den Ausbau jüdischer Kolonien in den (eroberten) Gebieten ausdehnen und beschleunigen" [31]). Für die vorgefundene palästinensische Bevölkerung bedeutete dies jedoch wiederum Vertreibung und Entrechtung, für einen Teil bereits zum zweitenmal innerhalb von zwanzig Jahren. Wenn sich auch der Prozeß der Inbesitznahme dieser neuen Territorien aufgrund der gewandelten ökonomischen Basis des Zionismus partiell anders abspielte, so galt es jedoch immer noch gemäß klassischer zionistischer Maximen, die neu eroberten Gebiete in ihren wirtschaftlichen, ethnischen und politischen Strukturen grundlegend zu ändern. Bereits bewährte Methoden hierbei waren eine konsequent geplante und zügig vorangetriebene Neubesiedlung strategisch wichtiger Gebietsabschnitte mit jüdisch-israelischen Bewohnern bei gleichzeitiger Konfiskation arabischen Bodens und der Vertreibung ansässiger arabisch-palästinensischer Bevölkerung [32]).

Aufgrund gewandelter internationaler Kräfteverhältnisse und im Zusammenhang mit der bereits konstatierten veränderten ökonomischen Basis des Zionismus war eine so massive Vertreibung palästinensischer Bevölkerung wie 1948/49 nicht mehr möglich. Die erhöhte Stufe kapitalistischer Produktion und die ihr entsprechenden neuen politischen Absicherungserfordernisse zwangen Israel zum erstenmal seit seiner Entstehung in umfangreichem Maße, das zionistische Prinzip der „jüdischen Arbeit", d. h. die weitgehende Ausschließung der arabischen Arbeitskräfte aus dem israelischen Produktionsprozeß, aufzugeben. Zum einen wurden nach dem Junikrieg zusätzliche Arbeitskräfte in der expandierenden israelischen Wirtschaft benötigt, die das durch jüdische Einwanderung bereitgestellte Arbeitskräftepotential bei weitem überschritten; andererseits wurde der Militärapparat erweitert, was eine weitere Absorbierung jüdischer Arbeitskräfte nach sich zog.

Die Funktionsbestimmung der arabischen Arbeitskräfte für die zionistische Politik war also vielseitig: Durch ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß wurde sowohl das ökonomische als auch das militärische Potential des israelischen Staates erheblich gestärkt. Zugleich spielten die arabischen Arbeitskräfte die Rolle des Lohndrückers sowie des sozialen Stabilisators der Klassenkonflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft, da sie im Verhältnis selbst zu den stark ausgebeuteten orientalischen Juden erheblich unterprivilegiert wurden [33]). Mit dieser neuen Rolle veränderten sich auch die Kampfbedingungen gegen den zionistischen Staat, da sich die Widerspruchsebenen komplizierten und nicht mehr

betrachteten, entbehrt jeder Grundlage" (zit. n. Hollstein, a. a. O., S. 204). Weiterhin ist zu bemerken, daß Israel selbst finanzielle Zuwendungen für die UNWRA bisher kategorisch abgelehnt hat.

31) Zit. nach „Deutsche Volkszeitung" v. 22. 2. 1973.

32) Vgl. dazu im einzelnen Elhanan Hagolani, „Der Zionismus als imperialistische Bewegung", in: „Blätter", 11/1973, S. 1170 ff.; El. Kolan, Israels Politik in den besetzten Gebieten, in: „Deutsche Volkszeitung" v. 22. 3. 1973; ferner „Süddeutsche Zeitung" v. 20. 7. 1973, „Frankfurter Rundschau" v. 17. 8. 1973 und „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 4. 9. 1973.

33) Vgl. Hagolani, a. a. O., S. 1168 f.

alleine auf der nationalen Ebene verblieben. Damit ergaben sich gleichzeitig veränderte innere Bedingungen der zionistischen Politik gegenüber dem palästinensischen Volk.

Die Hoffnung Israels, der Artikulation der Interessen des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb des zionistischen Machtbereiches werde allmählich der Boden entgleiten, erwies sich zunehmend als verfehlt, denn der Aufschwung der PLO und der palästinensischen Massenbewegung in den besetzten Gebieten durchkreuzte die Palästinapolitik Israels. So bewegten sich nun die Widersprüche der israelischen Politik auf verschiedenen Ebenen: der Hauptansatz bestand zunächst darin, die Existenz des palästinensischen Volkes schlicht zu leugnen. Legendär in diesem Zusammenhang ist der Ausspruch Golda Meirs: „So etwas wie Palästinenser hat es nie gegeben!" [34]) In der zionistischen Propaganda erschien wieder das Bild eines fast menschenleeren Wüstenlandes Palästina unter britischem Mandat, welches erst durch den „Pioniergeist des jüdischen Volkes" bewohnbar gemacht worden war, verbunden mit der Reduktion des palästinensischen Volkes auf einzelne zahlenmäßig unerhebliche nomadisierende Stämme. Der Widerspruch dieser Aussage zu der Existenz der palästinensischen Widerstandsorganisationen versuchte man dadurch zu kaschieren, daß man diese generell als „Terroristen", „kriminelle Banden" etc. abstempelte, losgelöst von jeglichem Bedingungszusammenhang. Sie erschienen gleichsam als geschichtslose Subjekte.

Neben dieser grundsätzlichen Linie sahen sich jedoch die Vertreter des Zionismus auch dazu gezwungen, auf nationale Forderungen des palästinensischen Volkes einzugehen, da die letzteren in internationalen Diskussionen starken Widerhall fanden. So argumentierte man einerseits mit der Gefahr eines arabisch-palästinensischen Chauvinismus, andererseits erklärte man die nationalen Forderungen der Palästinenser als schlicht illegitim, da sie bereits in der Form des jordanischen Staates verwirklicht worden seien. Als exemplarisch für beide Argumentationsversuche können die Aussagen Abba Ebans und Moshe Dayans angesehen werden. So Eban: „Ein solcher mehrrassiger und multireligiöser Staat habe lediglich die Vernichtung der nationalen Souveränität Israels zum Ziel" [35]). Und Moshe Dayan erklärte: „Es gibt Palästinenser, und es gab einmal ein Land namens Palästina. Dieses Palästina wurde zwischen Israel und Jordanien geteilt, so daß es zwar ein palästinensisches Volk, aber keinen palästinensischen Staat mehr gibt. Dieses Land verschwand 1948. Palästina könnte ein Teil Jordaniens sein" [36]).

Bei allen vordergründigen Erfolgen war Israel sich der Schwäche dieses propagandistischen Vorgehens wohl bewußt und richtete somit den Hauptstoß unmittelbar auf die physische Liquidierung des palästinensischen Widerstandes, sowohl innerhalb als auch außerhalb seines Herrschaftsbereiches. Die periodischen Einfälle in den Südlibanon, die Ermordung der palästinensischen Führer in Beirut 1973, der Versuch, den libanesischen Staat zu Liquidationsversuchen seinerseits zu zwingen, z. B. durch den Angriff auf den internationalen Flughafen von Beirut 1968, und das angedrohte Eingreifen in die Kämpfe zwischen der Befreiungsbewegung und Hussein im September 1970 in Jordanien sind Beispiele für diese Strategie außerhalb des eigenen Herrschaftsbereiches. Innerhalb desselben versuchte man mit den bekannten und kontinuierlich praktizierten Gesetzes- und Polizeimaßnahmen jede sich zeigende palästinensische Interessenartikulation mundtot zu machen [37]).

34) Interview in „Sunday Times" (London) v. 15. 6. 1969, zit. nach W. Hollstein, a. a. O., S. 20.
35) Zit. nach „Süddeutsche Zeitung" v. 20. 7. 1973.
36) Moshe Dayan in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Time", zit. nach „Frankfurter Rundschau" v. 25. 7. 1973.

Dieser Rekurs auf die verschiedenen Varianten israelischer Politik hinsichtlich der Palästinafrage zeigt, welche besondere Bedeutung ihr beigemessen wird. Von daher erscheint es auch nur logisch, daß die aktuelle Zuspitzung dieser Frage im Rahmen der Auswirkungen des Oktoberkrieges zu einer ernsthaften Bedrohung des Zionismus auf allgemeiner Ebene geworden ist und dementsprechend die Grundlinien israelischer Politik entscheidend bestimmen wird.

Um diese Aussage zu erhärten, wollen wir zunächst die Auswirkungen des Oktoberkrieges hinsichtlich des veränderten Handlungsspielraumes israelischer Politik erörtern.

Unmittelbarstes Resultat der militärischen Auseinandersetzungen war das vorläufige Scheitern der „Politik der Stärke", die von Israel seit der Staatsgründung bis zum Oktoberkrieg mit vorläufigem Erfolg praktiziert worden war. Sie basierte wesentlich auf der militärischen Stärke der israelischen Armee, die mit ihrer absoluten Überlegenheit gegenüber den arabischen Armeen die Verwirklichung der zionistischen Ziele garantieren sollte. Diese Stärke als Basis des Handelns wurde im Oktoberkrieg nicht bestätigt, vielmehr wurde der mit ihr verbundene Mythos innerhalb der israelischen Gesellschaft durch das „Gleichgewicht der Kräfte" auf dem Schlachtfeld zerstört.

Die Zerschlagung des Mythos der israelischen Armee, die enormen Verluste an Menschen, Material und in der Produktion haben die ökonomische und innenpolitische Lage in Israel enorm verschärft [38]). Die ungeheuren Militärausgaben brachten Israel an die Weltspitze hinsichtlich der Auslandsverschuldung und der Leistungsbilanzdefizite. Die Inflationsrate betrug bereits im ersten Halbjahr 1974 40 % und führte zu einer radikalen Senkung des Lebensstandards der israelischen Bevölkerung [39]). Auch die von den USA bereitwillig gegebenen Kredite und die im Gefolge des Krieges gestiegene Spendenfreudigkeit der zionistischen Weltbewegung [40]) konnten einschneidende Maßnahmen nicht verhindern. Im Juli 1974 wurde das neue Wirtschaftsprogramm verabschiedet, das auf ein verstärktes Steueraufkommen zielte. Im November 1974 wurden dann in einem Bündel finanzpolitischer Maßnahmen gleichzeitig das israelische Pfund gegenüber dem US-$ um 43 % abgewertet, weitere Steuererhöhungen verfügt und drastische Einsparungen von Subventionen vorgenommen, die dazu führten, daß sich z. B. die

37) Vgl. die Verurteilung der israelischen Politik in den besetzten Gebieten durch die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Genf („Frankfurter Rundschau" v. 16. 3. 1973), weiterhin den „Bericht der Sonderkommission zur Untersuchung israelischer Praktiken bezüglich der Menschenrechte der Bevölkerung in den besetzten Gebieten" (UN-Kommission), vorgelegt am 25. 9. 1972, in: „Afrika heute", 10/11, 1973, und A. Amad (Hrsg.), Israeli League For Human And Civil Rights (The Shahak Papers), Beirut 1973. Sogar die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" kennzeichnete in einem Kommentar das Konzept israelischer Besatzungspolitik folgendermaßen: „Araber sind feige, man kann sie leicht einschüchtern, man muß nur stark sein — solche Sätze waren jahrelang nicht Werturteile, sondern Richtlinien einer Strategie der israelischen Führung" („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 21. 11. 1974).

38) Man beziffert die israelischen Verluste an Menschen infolge des Oktoberkrieges mit etwa 3000 Toten und über 20 000 Verwundeten. Die Relevanz dieser Zahlen kommt dadurch zum Ausdruck, daß man sie in das Verhältnis zu der israelischen Einwohnerzahl setzt (2,8 Mio.). Die Kriegskosten einschließlich der Produktionsverluste werden von dem ehemaligen israelischen Finanzminister Sapir mit etwa 20 Mrd. DM beziffert, was in etwa dem israelischen Bruttosozialprodukt eines Jahres entspricht. In diesen Kosten sind die von den USA neu bezogenen Waffen nicht einmal enthalten (vgl. den Bericht von E. M. Bader in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 22. 3. 1974 und „die tat" v. 4. 5. 1974).

39) Das Institut für strategische Studien in London bezifferte die Militärausgaben Israels für das Jahr 1974 mit 50 % des israelischen Volkseinkommens (nach „Al-Ittihad" [Israel] v. 27. 9. 1974). Die Einfuhr militärischer Güter stieg 1967—1973 von 283 Mio. US-$ auf 1253 Mio. US-$. Das Leistungsbilanzdefizit stieg im gleichen Zeitraum von 527 Mio. US-$ auf 2564 Mo. US-$. Die Devisenverschuldung wird voraussichtlich 1974 etwa 6 Mrd. US-$ betragen. (Die Zahlen sind entnommen dem Bericht der „Bank of Israel" für das Jahr 1973, zit. nach „Al-Ittihad" [Israel] v. 8. 11. 1974, S. 2.) Am 30. 6. 1974 schuldete jeder israelische Bürger ausländischen Gläubigern 5600 DM („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 24. 10. 1974).

40) Der Spendenboom der ausländischen Juden betrug im Gefolge des Krieges alleine im Oktober und November 1973 über 910 Mio. DM („Süddeutsche Zeitung" v. 8. 12. 1973). In den ersten fünf Monaten 1974 betrugen diese Spenden immer noch 450 Mio. DM („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 23. 8. 1974).

41) Vgl. dazu „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 11. 11. 1974 und 18. 11. 1974.

Grundnahrungsmittel um etwa 100 % verteuerten [41]). Starke innenpolitische Protestbewegungen und eine Streikwelle verhinderten zunächst weitere die Masse der Bevölkerung treffende Maßnahmen [42]).

Diese Indizien für Unzufriedenheit und Kampfbereitschaft innerhalb der israelischen Bevölkerung tangieren zwar die expansive zionistische Politik, richten sich aber noch nicht unmittelbar gegen deren Basis. Allerdings sind innerhalb dieser Bewegungen auch kritische Stimmen laut geworden, die die Grundsätze der zionistischen Politik — den Expansionsdrang, der unweigerlich zum dauernden Spannungszustand mit den Nachbarn Israels führen muß, und die Unterdrückung des palästinensischen Volkes —, prinzipiell verändert sehen wollen [43]). Als eine weitere Auswirkung der ökonomischen und politischen Instabilität tritt eine resignative Komponente bei einem Teil der israelischen Bürger in Erscheinung, die sich unter anderem in einer gestiegenen Bereitwilligkeit, das Land zu verlassen, ausdrückt [44]).

Kritik und Resignation gegenüber der praktischen Politik ist jedoch nur *eine* Seite innerisraelischer Entwicklungen. Aktuell dominierend ist eine andere, die Erstarkung der rechtsextremistischen Kräfte, was sich vor allem im Zulauf zum nationalistisch-faschistoiden Likud-Block während den letzten Parlamentswahlen (Dezember 1973) ausdrückte. Damit hat gleichzeitig der Druck auf die regierende „Arbeiterpartei" zugenommen und neue Widersprüche in ihr hervorgerufen. Als vorläufiges Resultat hat sich ihr dominierender Teil in seinen Äußerungen immer weiter der rechten Opposition angenähert und bereits den Gedanken einer „Regierung der nationalen Einheit" zusammen mit dem Likud-Block in die gegenwärtige Diskussion eingebracht [45]).

V

Bei einer resümierenden Betrachtung der gegenwärtigen Situation im Nahen Osten kann man zunächst davon ausgehen — abstrahierend von den unterschiedlichen Interessenverflechtungen —, daß sich die politischen Standpunkte, der arabische auf der einen und der israelische auf der anderen Seite, diametral gegenüberstehen, jedoch nicht ohne Lösungsperspektiven sind.

Der arabische Standpunkt geht davon aus, daß es ohne den Rückzug Israels aus allen seit dem Junikrieg von 1967 besetzten arabischen Gebieten und die Sicherung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes keine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes geben kann. Hinsichtlich der Wege zur Verwirklichung dieser Zielsetzung sind jedoch erhebliche Meinungsverschiedenheiten nicht nur auf der theoretisch-politischen, sondern auch auf der praktisch-politischen Ebene im arabischen Lager festzustellen. Gerade nach dem Oktoberkrieg traten die Widersprüche innerhalb des arabischen Bündnisses hervor, und zwar bei der Frage der Festlegung einer Strategie, die den neuen Bedingungen Rechnung tragen sollte.

42) Vgl. dazu „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 13. 11. 1974 und 25. 11. 1974.
43) Hierbei handelt es sich im wesentlichen um sog. „linkszionistische" Abspaltungen von der regierenden „Arbeiterpartei" und um kleinere Fraktionen innerhalb derselben, die als Ziele ansteuern den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten und die Anerkennung eines eigenen palästinensischen Staates, da von den legitimen Rechten von Israelis und Palästinensern am „Land Israel" ausgegangen wird (vgl. „Süddeutsche Zeitung" v. 9. 7. 1974 und „Al-Ittihad" v. 6. 9. 1974).
44) So stellte das israelische Institut „Pori" bei einer Meinungsumfrage fest, daß 6,5 % der Befragten definitiv Pläne zur Auswanderung aus Israel hätten und weitere 5,1 % der Befragten ernsthaft daran dächten, Israel zu verlassen („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 27. 3. 1974). Nach offiziellen Statistiken nimmt der Strom der Einwanderer nach Israel ununterbrochen ab, während immer mehr auswandern: 1973 waren es 7000, 1974 bereits bis nicht ganz zum Jahresende hin 15 000 („Frankfurter Allgemeine" v. 17. 12. 1974).
45) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 25. 11. 1974.

Im Falle Ägyptens begann mit dem Entflechtungsabkommen am Suezkanal die Rehabilitierung der USA, die von offizieller ägyptischer Seite und vor allem im Rahmen der „Friedensmissionen" Kissingers im Nahen Osten als wahrer und gerechter Vermittler zwischen den arabischen Staaten und Israel hochstilisiert wurden. Parallel dazu wurde die effektive wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung der arabischen Völker seitens der Sowjetunion und anderer sozialistischen Länder vor und während des Oktoberkrieges unterschlagen und diskreditiert [46]). Im Hintergrund des Wandels in der Außenpolitik Ägyptens stand das bereits nach dem Tode Nassers im September 1970 begonnene Abrücken des Sadat-Regimes von dem sozialökonomischen und politischen Emanzipationsprozeß, der Anfang der 60er Jahre in Ägypten eingeleitet worden war. Es reichte von der Rehabilitierung der Vertreter der Bourgeoisie [47]) bis zur aktiven Unterstützung des privaten Sektors der Volkswirtschaft zu Lasten des nationalisierten Bereichs mit Blickrichtung auf dessen Reprivatisierung sowie zur weitgehenden Öffnung der ägyptischen Märkte für das ausländische Kapital. Sicherlich darf man die eben aufgezeigten Tendenzen nicht überschätzen, da die durch sie entfaltete Dynamik in den inneren Klassenauseinandersetzungen noch abzuwarten bleibt. Gerade die Widersprüchlichkeit in der innenpolitischen Situation Ägyptens, die sich zwischen progressivem Anspruch und konterrevolutionärer Praxis bewegt, spiegelt sich in der ägyptischen Nahostpolitik, sei es gegenüber Israel, in der Beziehung zur PLO oder zu arabischen und anderen Ländern, wider.

Widerspruchsloser als die ägyptische Politik ist der jordanische Standpunkt in der Nahostfrage; er zeigt nicht unerhebliche Parallelen zur israelisch-amerikanischen Strategie. Dies drückt sich aus in der bis jetzt bestehenden Illegalisierung des palästinensischen Widerstandes in Jordanien und in den mehrmaligen Versuchen des Hussein-Regimes, ihn vor allem in den Jahren 1970/71 physisch zu liquidieren. Nun, nach den Beschlüssen von Rabat, in denen das jordanische Regime auf seine Ansprüche, die Palästinenser auf beiden Seiten des Jordan zu vertreten, verzichten mußte, spekuliert es darauf, daß Israel an seiner strikten Ablehnung, die PLO anzuerkennen, festhält. Dadurch erhofft sich das Hussein-Regime gegenüber den arabischen Staaten und der PLO eine Demonstration dessen, daß nur Hussein imstande sei, über das Schicksal Westjordaniens und seiner Bevölkerung zu entscheiden, zumal Israel seine Bereitschaft zeigte, nur mit ihm darüber zu verhandeln.

Der ägyptischen und jordanischen Nahostpolitik gegenüber verficht der linke Flügel der arabischen Staaten eine Strategie, die sich auch im Einvernehmen mit der PLO auf der Grundlage des gemeinsamen Handelns der arabischen Staaten zur Lösung des Nahostkonfliktes bereitfindet. Dies drückt sich aus in der Forderung dieses Flügels, an der Genfer Friedenskonferenz die PLO zu beteiligen, wobei die bereits erwähnten arabischen Ziele gemeinsam vorgetragen und in eine Gesamtregelung des Nahostkonfliktes eingebettet werden müssen. Besonderen Stellenwert hierin hat das stetige Eintreten dieses Flügels für die Festigung der Beziehungen zur Sowjetunion als einer unabdingbaren Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß des nationalen Kampfes der arabischen Völker gegen die israelische Aggression. Dies bedeutet eine Absage an Kissingers „Politik der kleinen Schritte", die von Ägypten lange Zeit gutgeheißen wurde.

---

46) Dieser Sachverhalt fand seinen Niederschlag nicht nur in den ägyptischen Publikationsorganen, sondern kam offen zum Ausdruck in der Rede Sadats vom 3. 4. 1974 vor dem ägyptischen Studentenverband (siehe den Text der Rede in: „Al-Schabab Al-Arabi" (Kairo) v. 8. 4. 1974).

47) Wie z. B. die bekannten bürgerlichen Zeitungsverleger Mustafa und Ali Amin sowie der amtierende Wirtschafts- und Finanzminister Higazi und sein Kabinettskollege, der Minister für Wiederaufbau Osman Ahmad Osman.

Die Beschlüsse von Rabat deuten darauf hin, daß die wesentlichen Elemente der politischen Konzeption des linken Flügels der arabischen Staaten und der PLO in eine allgemeine arabische Nahoststrategie Eingang fanden [49]). Inwieweit die Rabat-Beschlüsse von Ägypten, Jordanien und anderen arabischen Ländern eingehalten werden, bleibt einer konkreten politischen Einschätzung vorbehalten, die sowohl innerarabische Auseinandersetzungen als auch außenpolitische Einflüsse einbeziehen muß.

Die Veränderungen der Kräfteverhältnisse im Nahen Osten, die innenpolitischen Erschütterungen Israels und die Aufwertung der Palästinafrage haben bisher hinsichtlich der Grundlinien israelischer Politik keine wesentlichen Modifikationen hervorgerufen. Allerdings steht Israel unter bedeutend stärkerem Druck, nach Wegen zu suchen, die aus der aktuellen Zwangssituation herausführen.

Auf der allgemeinen Ebene im Umgang mit dem Palästinaproblem wird inzwischen von zionistischer Seite sowohl die Existenz der Palästinenser, als auch deren mögliche Teilnahme an eventuellen Friedensverhandlungen nicht mehr bestritten. Damit geht jedoch nicht einher die Anerkennung des palästinensischen Volkes mit seinen legitimen nationalen Rechten als Gesamtheit sowie seiner politischen Repräsentanz, der PLO [50]). Man besteht immer noch auf der Sichtweise, jene legitimen Rechte seien bereits in der Gestalt des jordanischen Staates verwirklicht. Demgemäß hat auch der israelische Ministerpräsident Rabin nichts gegen die Aufnahme „einiger gemäßigter Palästinenser" [51]) in die jordanische Delegation zur Genfer Nahostkonferenz. Abgesehen davon, daß in dieser Bekundung der Widerspruch ungelöst bleibt, daß Jordanien einerseits ein palästinensischer Staat sein soll und andererseits man jenem Staat zugestehen will, daß er in seine Delegation „einige Palästinenser" (!) aufnehmen darf, erscheint hier noch eine zweite Konstruktion, die in den zionistischen Argumentationen an Gewicht gewinnt: die Unterscheidung von „gemäßigten" Palästinensern und „Terroristen". Dabei ist jedoch die Existenz bzw. Nichtexistenz der ersteren für zionistische Repräsentanten selbst erklärtermaßen ein Problem [52]).

Neben diesem eindeutigen Lavieren in der Palästinafrage als Reaktion auf die breite Anerkennung der PLO versucht Israel, das Problem auf drei Ebenen zu umgehen. Auf der ersten geht der Kampf gegen die politische Repräsentanz des palästinensischen Volkes, die PLO, sowohl mit militärischen als auch mit diplomatischen Mitteln weiter. Die Bombardements auf palästinensische Flüchtlingslager und die inzwischen zur tagtäglichen Gewohnheit gewordenen Einfälle in den Südlibanon werden mit dem Ziel einer physischen Liquidierung verstärkt fortgesetzt. Gleichzeitig versucht Israel, auf diplomatischer Ebene die Anerkennung der PLO zu unterlaufen. Sowohl im Zusammenhang mit der Rabatkonferenz, als auch mit der UN-Palästinadebatte stellte man die Aufwertung der PLO als neuen Schritt von arabischer Seite zur militärischen Eskalation des Nahostkonfliktes dar, und drohte mit möglichen israelischen Vergeltungsschlägen. Nachdrücklich

48) Entfällt.
49) Vgl. dazu einen Bericht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 30. 10. 1974.
50) Dieser Standpunkt findet sich in einer ganzen Reihe von Verlautbarungen, jedoch kombiniert mit jeweils verschiedenen Vorschlägen. Der israelische Außenminister Allon und der Touristikminister Kol schlugen vor, in einer gewissen Form den Palästinensern der besetzten Gebiete Autonomie zu gewähren („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 14. 11. 1974). Die *„Unabhängigen Liberalen" (innerhalb der Regierungskoalition)* forderten, daß über das Problem einer Koexistenz zwischen Israel und den Palästinensern sowohl mit Jordanien, als auch mit „palästinensischen Körperschaften" verhandelt werden sollte („Süddeutsche Zeitung" v. 13./14. 7. 1974). Zu diesen Verlautbarungen muß allerdings bemerkt werden, daß sie eher Einzelansichten darstellen, hinter die der offizielle Regierungsstandpunkt bisher noch weit abfällt.
51) *„Frankfurter Allgemeine Zeitung"* v. 2. 7. 1974.
52) So warf neben anderen zionistischen Repräsentanten der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, den bisherigen israelischen Regierungen vor, sie hätten sich zu sehr einer politischen Organisation der Palästinenser am Westufer widersetzt und würden so die Loyalität der dortigen Palästinenser zur PLO verstärken („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 14. 11. 1974).

wurde diese Haltung durch die Mobilmachung der israelischen Armee während der Teilnahme der PLO-Delegation an der UN-Debatte unterstrichen.

Auf der zweiten Ebene versucht Israel, durch angestrebte Teilabkommen mit einzelnen arabischen Konfliktstaaten — hierbei ist wesentlich an Ägypten und Jordanien gedacht — eine Gesamtlösung des Nahostkonfliktes und damit auch sein Kernstück, die Palästinafrage, zu umgehen. Dieses Vorgehen beinhaltet einzelne territoriale Zugeständnisse in aufeinanderfolgenden unabhängigen Schritten, wobei Territorialfragen ausschließlich als Konfliktpunkte auf zwischenstaatlicher Ebene angesehen werden. Damit schließt Israel die PLO als Verhandlungspartner generell aus und negiert auch die mögliche Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Teilstaates [53]). Gleichzeitig unternimmt Israel damit den Versuch, mit partiellen Zugeständnissen unter Ausnutzung der Widersprüche innerhalb der arabischen Einheitsfront diese entscheidend zu schwächen. Als Angebote, die unter diese Strategie subsumiert werden können, sind zum einen die jüngsten israelischen Initiativen zu erwähnen, Ägypten zum Einlenken in der Frage einer Teillösung auf der Sinaihalbinsel zu bewegen [54]), und zum anderen der bereits von Hussein vor dem Oktoberkrieg gemachte Vorschlag des „Vereinigten Arabischen Königreichs", welches — nach israelischen Vorstellungen — Ostjordanien und Teile des noch besetzt gehaltenen Westufers des Jordan umfassen soll.

Ergänzend zu den beiden genannten Ebenen ist die Fortsetzung der „Politik der vollendeten Tatsachen" in den besetzten Gebieten zu sehen. Wenn auch hierbei zu übereifrigen Chauvinisten aus taktischen Erwägungen ab und zu Einhalt geboten wird, so geht doch die Integration der widerrechtlich okkupierten Gebiete weiter. Durch gezielte Neuansiedlungen versucht Israel, eine Verschleppung der Nahostregelung so zu nützen, daß bestimmte territoriale Abtretungen auf die Dauer immer mehr erschwert werden [55]).

Je stärker sich die Hoffnungen auf einen Erfolg dieser Integrationsstrategie für Israel als Illusion erweisen werden, um so mehr verstärkt sich die Gefahr einer erneuten militärischen Eskalation. Zur Beurteilung dieser Perspektive ist es notwendig, auf die aktuelle Problematik der amerikanisch-israelischen Allianz einzugehen. Diese Allianz, die sich herleitete aus der Funktionsbestimmung Israels als Hauptbrückenkopf imperialistischer Interessen im Nahen Osten, erweist sich zunehmend als widersprüchlich. Die Tendenzwende zur Durchkapitalisierung des nahöstlichen Raumes brachte notwendig eine neue Interessenstruktur der imperialistischen Länder in diesem Raum hervor, die auf der politischen Ebene die USA als Hauptgarant der israelischen Politik am nachhaltigsten traf. Die relativ starke Konkurrenz, in der hier die US-Monopole zur EG und Japan stehen, schlug sich bereits auf der politischen Ebene so nieder, daß sich seit dem Oktoberkrieg die USA verstärkt den Anschein zu geben suchen, sie nähmen im Nahostkonflikt eine neutrale Position ein — wie es die EG-Staaten in ihrer Heterogenität bereits seit längerem tun. Die USA befinden sich somit in der widersprüchlichen Situation, einerseits mit Israel gegen antiimperialistische Strömungen im Nahen Osten

53) Während der UN-Palästinadebatte bekräftigte der israelische Botschafter Tekoah noch einmal diesen Standpunkt seiner Regierung, indem er ausführte, Israel werde keine Niederlassung irgendeiner PLO-Institution „in irgendeinem Teil von Palästina" gestatten (zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 18. 11. 1974).
54) Vgl. „Die Welt" v. 4. 12. 1974.
55) Das israelische Kabinett beschloß am 25. 11. 1974 die Errichtung neuer Industrie- und Gewerbebetriebe sowohl in Ostjerusalem als auch in Westjordanien („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 26. 11. 1974).
Hinsichtlich des Vorgehens Israels in den besetzten Gebieten verurteilte die 29. UNO-Vollversammlung die „Evakuierung, Deportation, Verstoßung, Umsiedlung und Verpflanzung arabischer Einwohner der besetzten Territorien und die Verweigerung ihres Rechts auf Rückkehr." Ferner wurde Israel aufgefordert, die Genfer Konvention von 1949 im Hinblick auf Zivilpersonen in Kriegszeiten zu achten („Süddeutsche Zeitung" v. 2. 12. 1974).

vorzugehen, aber andererseits verstärkt eine Interessenverankerung in den arabischen Ländern anzusteuern. Da die letztere sich gegenwärtig noch in einem äußerst labilen Stadium befindet, ist die Statthalterfunktion Israels noch längst nicht überflüssig geworden. Damit bleibt gegenwärtig auch die Garantie zionistischer Politik von seiten der USA erhalten, nur der Handlungsspielraum dieser Politik erfährt gewisse Einschränkungen. So kam es in der letzten Zeit zu Äußerungen bekannter US-Politiker, wie z. B. des seinerzeitigen Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats, Fulbright, die die offizielle Politik der US-Regierung einschränkten, indem der Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und die Sicherung der nationalen Rechte der Palästinenser als Voraussetzung zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten betrachtet werden [56]).

Vor dem Hintergrund seiner innenpolitischen Krisensituation, seiner außenpolitischen Isolierung und einer unsicher gewordenen Absicherung seiner Funktionsbestimmung durch die USA nimmt die Wahrscheinlichkeit einer Flucht Israels in einen fünften Nahostkrieg zu. Unter bestimmten Bedingungen erscheint dies als der einzige erfolgversprechende Versuch für Israel, das Kräfteverhältnis grundlegend zu seinen Gunsten zu verändern. Die Spekulation richtet sich offensichtlich auf einen militärischen Erfolg, der nicht nur die eigene Bevölkerung von den Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ablenken soll, sondern darüber hinaus die arabische Solidaritätsfront erschüttern sowie die internationalen und regionalen Errungenschaften der palästinensischen Befreiungsbewegung rückgängig machen soll.

Eine andere Perspektive Israels, die sich als Fortsetzung der gegenwärtigen Obstruktionspolitik denken ließe, scheint auch aus seiner Sicht längerfristig problematisch, da von den arabischen Staaten nicht erwartet werden kann, daß sie angesichts ihres zunehmenden ökonomischen und militärischen Potentials ein solches weiteres Taktieren Israels auf die Dauer hinnehmen werden.

---

56) Fulbright bekräftigte die amerikanische Garantie für Israel in den Grenzen von 1967 und erklärte weiter: „Das schulden wir ihnen, aber nichts anderes. Wir schulden ihnen nicht Unterstützung ihrer fortdauernden Besetzung arabischen Landes . . . Die Palästinenser haben eben so viel Recht wie das jüdische Volk" (zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 4. 11. 1974). Gleichfalls massive Kritik an einer bedingungslosen Unterstützung israelischer Politik in der aktuellen Phase übte der Stabschef der Vereinigten amerikanischen Generalstäbe, Brown. Für ihn verstärke sich dadurch nur die Gefahr eines israelischen Präventivschlages mit unabsehbaren Folgen, der seiner Meinung nach von den USA verhindert werden müsse („Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 15. 11. 1974).

Kleine Bibliothek Politik Wissenschaft Zukunft

46 *v. Bredow* (Hrsg.), Ökonomische und soziale Folgen der Abrüstung. 210 S. DM 12,80

51 *Beyer,* Zwischen Phänomenologie und Logik. Hegel als Redakteur der Bamberger Zeitung. 350 S. DM 19,80

54 *Räuschel,* Die BASF. Anatomie eines multinationalen Konzerns. ca. 200 S. ca. DM 12,80

57 *Elsner,* Die EWG — Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. ca. 250 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein

Abriß der sozialen und politischen Entwicklung in Italien 1971 bis 1974

Von Detlev Albers

Vorbemerkung

Im Herbst 1974 stand Italien wieder einmal im Zeichen einer monatelangen Regierungskrise, nach einschlägigen Berechnungen der längsten seit Kriegsende. Was mit dem wortgewaltigen Theaterdonner der rechtsstehenden italienischen Sozialdemokraten (PSDI) und großer Teile der Christdemokraten begann — „das Mitte-Links-Bündnis mit den Sozialisten ist endgültig zerbrochen" —, endete unter dem Druck einer starken antifaschistischen Strömung im Lande zumindest kurzfristig mit der faktischen Wiederherstellung eben dieser vorschnell von rechts totgesagten Regierungskoalition. Das aus Christdemokraten und Republikanern gebildete Kabinett des neuen Ministerpräsidenten Aldo Moro, der in den vergangenen Jahren oft als ein Sprecher des linken DC-Flügels aufgetreten war, kann sich im Parlament wiederum auf die ehemaligen Koalitionspartner PSI und PSDI stützen. Die erneute Absage an jede konsequente „Öffnung nach links" unter Einbeziehung der Kommunisten und die angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen — Exportförderung um jeden Preis, ohne die monopolistischen Wirtschaftsstrukturen anzutasten; allgemeine Reformversprechen, ohne konkrete Finanzierungsvorschläge — machten jedoch sehr bald offenkundig, daß von ernsthaften Anstrengungen zur Krisenbewältigung und zu einer grundlegenden Neuorientierung des Landes nicht die Rede sein konnte. So stoßen Prognosen, die spätestens für kommenden Frühsommer die nächste Regierungskrise vorhersagen, weder bei der Rechten noch bei der politischen Linken auf entschiedenen Widerspruch.

Unter diesen Umständen kann es nicht verwundern, wenn hierzulande zahllose Informationen, Fakten, aber auch gezielte Übertreibungen von Italien das Bild eines im Chaos versinkenden, dem politischen und gesellschaftlichen Bankrott scheinbar auswegslos gegenüberstehenden Landes suggerieren. Allein das harte Durchgreifen einer „starken Führung" scheint den „kranken Mann am Mittelmeer" noch vor den übersteigerten Ansprüchen streikwütiger Gewerkschaften und den angeblichen Gefahren kommunistischer Machtergreifung bewahren zu können. Wo aber auch diese letzte Chance vertan wird, dürfe man sich nicht wundern, wenn es immer wieder zu faschistischen Umsturzvorhaben und Anschlägen auf die verfassungsmäßige demokratische Ordnung komme.

Der tiefe Pessimismus, der mit unterschiedlichen Akzenten in der herrschenden Italien-Berichterstattung bereits seit mehreren Jahren überwiegt, ist zum einen natürlich Gradmesser für das tatsächliche Ausmaß des Abwirtschaftens, für die unübersehbare Krise des italienischen Kapitalismus. Verdeckt oder zu einer Randerscheinung heruntergespielt wird dagegen schon der Umstand, daß die vermeintliche Unfähigkeit zur Beseitigung der allseits — wie oberflächlich auch immer — festgestellten Mißstände in wachsendem Maß durch äußere Einmischung, vom ökonomischen Druck bis hin zur politischen Erpressung mit herbeigeführt wird. Gerade die zurückliegende Regierungskrise hat selbst führende Christdemokraten zum öffentlichen Protest gegen die laufenden innenpolitischen Einmischungsversuche der US-Botschaft veranlaßt. In die gleiche Richtung einer von

außen kommenden Hilfestellung für die bedrängte herrschende Klasse Italiens wirken regelmäßig die alarmierten Stellungnahmen aus NATO-Kreisen und im unmittelbar ökonomischen Bereich die Auflagen, mit denen EG und Internationaler Währungsfonds die Verlängerung und Neuaufnahme von Krediten für Italien verbinden. Kaum anders können die ständigen Belehrungen in Sachen „Stabilitätspolitik" verstanden werden, die aus Bonn seit der Einräumung westdeutscher Milliardenkredite zu hören sind und die insgesamt darauf abzielen, der italienischen Regierung eine verschärfte Deflationspolitik mit weiteren drastischen Einschränkungen für den Lebensstandard der Lohnabhängigen aufzunötigen. Es gehört zum Bedrückenden der gegenwärtigen Situation, daß bis heute weder die Gewerkschaften noch die politische Linke in der Bundesrepublik diesen Zusammenhang hinreichend erkennen, geschweige denn wirksam zu bekämpfen unternehmen.

In dem düsteren Italien-Bild der gängigen, hierzulande veröffentlichten Meinung gerät jedoch gänzlich aus dem Blickfeld, daß sehr wohl Alternativen zum bestehenden System vorhanden sind, die von den politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen der Lohnabhängigen konkreter und präziser auf die wirklichen Bedürfnisse des Landes zugeschnitten formuliert werden, als dies zur Zeit für die meisten anderen kapitalistischen Staaten gilt. Insofern kann es in Italien allenfalls für die herrschende Klasse ausweglos werden, so weiterzumachen wie bisher. Tatsächlich deutet Anfang 1975 manches darauf hin, daß wesentliche Zugeständnisse an die fortschrittlichen Kräfte des Landes unvermeidbar werden. Wieweit es diesen dabei schon in absehbarer Zeit gelingt, jene umfassende „demokratische Wendung" herbeizuführen, um dem Land eine neue ökonomische und politische Grundlage zu verschaffen, muß an dieser Stelle natürlich offenbleiben.

Der folgende Aufsatz, der aus dem Nachtrag für die im Frühjahr 1975 erscheinende italienische Übersetzung der „Klassenkämpfe in Westeuropa" (Detlev Albers/Werner Goldschmidt/Paul Oehlke, „Klassenkämpfe in Westeuropa. Frankreich, Italien, Großbritannien", Reinbek bei Hamburg 1971) hervorging, versucht lediglich, die Hauptlinien der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in Italien für die zurückliegenden drei Jahre nachzuzeichnen. Im übrigen sei auf die laufende Berichterstattung in den „Blättern" sowie im größeren Zusammenhang auf die umfangreichen Italien betreffenden Aufsätze im „Argument-Sonderband 2", „Gewerkschaften im Klassenkampf" (Berlin [West]), verwiesen.

Zur allgemeinen Charakterisierung der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen in Italien

Eine zusammenfassende Einschätzung der italienischen Klassenkämpfe seit Mitte 1971 und allgemeiner seit dem „heißen Herbst 1969" wird von der Feststellung ausgehen müssen, daß es der italienischen Arbeiterbewegung mit den Erfolgen ihrer Streikoffensive 1968/70 nicht gelungen ist, so tiefe Eingriffe in die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes zu erzwingen, daß eine erneute Abwälzung der inneren Widersprüche der kapitalistischen Akkumulation zu Lasten der Lohnabhängigen unmöglich wurde.

Die zu Beginn der 70er Jahre noch offene Frage, ob es bereits in der Ausweitung und Umsetzung der Ergebnisse des „heißen Herbstes" erreichbar war, die Einleitung eines neuen, den Profitmechanismus zumindest in zentralen Punkten entzogenen Modells der ökonomischen Entwicklung durchzusetzen, ist in-

soweit negativ entschieden worden. Die zunächst erfolgreiche Verteidigung der Grundbedingungen kapitalistischer Akkumulation in Italien, für die sich die herrschende Klasse mit allen legalen und illegalen Mitteln bis hin zur offenen Unterstützung faschistischer Terroraktionen einsetzte, bedeutete aber auch, daß die gestiegenen Schwierigkeiten der Kapitalverwertung allein durch forcierte Rationalisierungsmaßnahmen, erhöhte Ausbeutung und einen wachsenden Druck auf die allgemeinen Lebensbedingungen der Lohnabhängigen zu beheben waren. Da dies jedoch gegen den unverändert starken Widerstand der Arbeiterbewegung nur partiell durchzusetzen war und keinesfalls ausreichte, den nahezu unbegrenzten Ausbeutungsspielraum der 50er Jahre wiederherzustellen, mußte sich die Krise des italienischen Kapitalismus in den Jahren nach dem „heißen Herbst 1969" notwendig weiter verschärfen. Strukturelle Überakkumulation vor allem auf seiten der großen privaten und öffentlichen Konzerne und anhaltende Kapitalflucht, zugleich aber weitere Verelendung Süditaliens, fortdauernde Arbeitsemigration bei kontinuierlich absinkendem Beschäftigungsniveau und tiefgreifende Krise der Landwirtschaft — dies sind nur einige Erscheinungsformen jener Krise, die seit dem Beginn der 70er Jahre ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sie die internationale Stellung Italiens und vor allem seine Position unter den entwickelten Industrieländern Westeuropas immer stärker zurückwirft.

Obwohl der umfassende Charakter dieser Krise in letzter Instanz nichts anderes als die Überlebtheit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für jede auf die Ausschöpfung und organische Entfaltung der materiellen Produktivkräfte des Landes gerichtete Entwicklung unter Beweis stellte, schien die Krise sich kurzfristig dennoch zugunsten jener Kräfte auszuwirken, die das bestehende System um jeden Preis aufrechterhalten wollten. Nicht zuletzt deshalb setzte der reaktionärste Teil der herrschenden Klasse weiter auf jene „Strategie der Spannung", deren Konsequenzen über eine gewaltsame Verschärfung der allgemeinen gesellschaftlichen Krise auf die Beseitigung aller vorhandenen demokratischen Institutionen und die blutige Unterdrückung der Arbeiterbewegung abzielten.

Den Lohnabhängigen zwangen die Rezession 1971/72 und die sie begleitenden Stillegungen und „betrieblichen Umorganisationen" (Ristrutturazione) einen erbitterten Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze auf, der zahlreiche Belegschaften besonders in der Textil- und Bauindustrie, aber auch im Chemie-Sektor des halbstaatlichen Montedison-Konzerns zu monatelangen Streikaktionen, Betriebsbesetzungen und anderen Verteidigungsmaßnahmen nötigte, die jedoch oft nur begrenzten unmittelbaren Erfolg hatten. Während die Verwirklichung selbst der beschlossenen Reformprogramme wie im Wohnungs- und Gesundheitswesen von der Regierung immer wieder verschleppt wurde, bedrohte die Inflation, noch verstärkt durch die häufigen Abwertungen der Lira, in zunehmendem Maße das nach dem „heißen Herbst" erreichte Reallohnniveau. So verschlechterten sich einerseits die Kampfbedingungen der Gewerkschaften, die vielfach in eine defensive Position gedrängt wurden; andererseits gelang es der Reaktion, im Gegenzug zunächst eine Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts durchzusetzen und anschließend auch die Entwicklung zur neuen Einheitsgewerkschaft empfindlich zu schwächen und vorübergehend zu blockieren.

Trotz solcher Rückschläge aber hinderte dann gerade die Verallgemeinerung und Vertiefung der ökonomischen Krise ein „Einfrieren" der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse auf dem von der Gegenoffensive der herrschenden Klasse erreichten Stand. Wohl ließen sich im Prozeß der Verständigung der verschiede-

nen linken Parteien und Gruppierungen Einbrüche ins Lager der fortschrittlichen Kräfte ebenso wie in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung erzielen; aber das Bewußtsein von der Notwendigkeit grundlegender Strukturreformen des ökonomischen und gesellschaftlichen Systems war dadurch nicht zu beseitigen, sondern fand in den vielfältigen Erscheinungsformen der Krise täglich neue Anhaltspunkte und Bestätigung.

In der Folge ging das Niveau des ökonomischen Kampfes der Arbeiterbewegung, wie es sich schon in der Streikstatistik als einem äußerlichen Gradmesser niederschlug, zu keinem Zeitpunkt auf den Stand während der Rezession 1963/65 zurück. Die Gewerkschaften erreichten vielmehr eine Kontinuität in der Verbreiterung der seit dem „heißen Herbst" entstandenen betrieblichen Basisorgane, der gewerkschaftlichen Kontrolle über die betriebliche Arbeitsorganisation, aber auch in der Fortführung und Konkretisierung ihres Kampfes für die Strukturreformen, die trotz aller Schwierigkeiten einem Abbruch oder Verschüttetwerden der vor und nach dem „heißen Herbst" gesammelten Kampferfahrungen zuvorkam. Gerade die in den nationalen Tarifbewegungen 1972/73 unter Beweis gestellte Fähigkeit, an der Gewerkschaftsstrategie einer ständigen Verknüpfung ökonomischer und qualitativer, auf veränderte Kräfteverhältnisse im Betrieb abzielender Forderungen festzuhalten und hierfür selbst in der Rezession die überwältigende Mehrheit der Lohnabhängigen zu mobilisieren, hat wesentlich dazu beigetragen, der mit indirekter Hilfestellung der Neofaschisten installierten Mitte-Rechts-Regierung Andreotti in verhältnismäßig kurzer Zeit den Boden zu entziehen.

Parallel dazu zeigte die Entwicklung der gesamtgesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnisse, soweit sie in Wahlen und Machtverschiebungen auf der Parlaments- und Regierungsebene zum Ausdruck kam, daß jede offen reaktionäre Wendung zur Krisenbewältigung untauglich war und das Land stattdessen unerträglichen Zerreißproben aussetzte. Ein Jahr Mitte-Rechts-Regierung reichte nicht aus, um die vom „heißen Herbst" wieder auf die Tagesordnung gesetzte Perspektive eines politischen Bündnisses zwischen den fortschrittlichen Teilen der katholischen Bewegung, den Sozialisten und Kommunisten auszulöschen. Ebenso deutlich war auch, daß die im Sommer 1973 erneuerte Mitte-Links-Koalition, selbst wenn sie verbal eine weniger scharfe Abgrenzung nach links als ihre Vorgänger verkündete, weder über die politischen Konzepte noch über einen ausreichenden Rückhalt in der arbeitenden Bevölkerung verfügte, um das Land aus der Krise herauszuführen, die sich jetzt durch internationale Faktoren wie die anhaltende Währungskrise und das Preisdiktat der Erdölkonzerne zusätzlich zugespitzt hatte.

Trotz erheblicher Rückschläge, die in den vergangenen Jahren vor allem im Bereich der fortschrittlichen katholischen Kräfte zu verzeichnen waren, haben Erfolge der fortschrittlichen Kräfte, wie vor allem das Ergebnis des Scheidungsreferendums vom 12. Mai 1974, die Notwendigkeit und Aktualität jenes „historischen Kompromisses" zwischen Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten, wie es die PCI im Herbst 1973 noch einmal präzisierte, zunehmend in das Bewußtsein der gesamten arbeitenden Bevölkerung gehoben. Der Weg der italienischen Klassenkämpfe seit dem Ende der 60er Jahre hat das Land auf der Grundlage der in ihrem Ausmaß unzweifelhaft verschärften Krise des ökonomischen Systems immer stärker vor die Alternative gestellt: umfassende Reaktion oder demokratische Strukturreformen. Dabei hat sich zugleich erwiesen, daß im Kampf für die fortschrittliche Alternative nicht nur die revolutionäre Per-

spektive der Arbeiterklasse und ihrer traditionellen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, sondern auch die Interessen jener städtischen und ländlichen Mittelschichten (mithin der übergroßen Bevölkerungsmehrheit) zusammenfallen, deren Lage schon heute von den Auswirkungen der ungelösten Strukturprobleme direkt bedroht wird.

Die Herausbildung dieser Situation soll im folgenden anhand der wichtigsten Ereignisse und Tendenzen der Klassenauseinandersetzungen seit dem Sommer 1971 kurz skizziert werden.

Zweites Halbjahr 1971 — die Gegenoffensive der Unternehmer vor dem Höhepunkt

Im Herbst 1971 hatte die Gegenoffensive der herrschenden Klasse ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Wesentlich verschlechtert hatte sich jedoch bereits die ökonomische Gesamtsituation. In den ersten acht Monaten des Jahres registrierte die Industrie gegenüber dem gleichen Zeitraum von 1970 einen Produktionsrückgang um 3,2 %, eine Abnahme der Beschäftigten um 2,6 % und eine Verminderung der geleisteten Arbeitsstunden um 8,1 %. Nach der Sommerpause kündigten Fiat, Pirelli und Zanussi umfangreiche Kurzarbeitsprogramme an, die offenkundig mit dem Ziel einer größeren Einschüchterungswirkung aufeinander abgestimmt waren. Um Betriebsstillegungen zuvorzukommen, gingen die Arbeiter erstmals in größerem Stil zu Betriebsbesetzungen über, so in der Textilindustrie der Region um Biella und verschiedenen Großbetrieben Roms. Die FIOM, die Metallgewerkschaft der CSIL, gelangte Mitte September zu der Einschätzung, daß sich Italien in der „schwersten Rezession der Nachkriegszeit" befinde. Im politischen Bereich wirkte sich negativ aus, daß die Neofaschisten (MSI) bei Teil-Kommunalwahlen vom 13. Juni erstmals erhebliche Stimmengewinne verzeichneten, besonders in einigen Regionen Süditaliens. Dies ließ einerseits erkennen, daß die soziale Demagogie der äußersten Rechten nach den Unruhen von Reggio Calabria nicht folgenlos geblieben war; zum anderen verschaffte es der DC-Führung ein willkommenes Alibi, noch offener als bisher gegen die Reformforderungen der linken Parteien und der Gewerkschaftsbewegung Front zu machen.

Dennoch bewies die rasch anwachsende Zahl der zumeist betrieblichen Streikaktionen, die 1971 zu einem Höchststand von über 7000 Firmenabkommen führten, daß die in der Unternehmerpresse ausgestreuten Ankündigungen eines „kalten Herbstes" an der Wirklichkeit vorbeigingen. Neben dem Kampf um die Arbeitsplätze trat dabei zunehmend die Forderung nach einheitlicher Lohn- und Gehaltseinstufung aller Arbeiter und Angestellten (Inquadramento unico) in den Vordergrund. Nach dem beispielhaften Abkommen mit dem Konzern Italsider vom Dezember 1970 konnte der Grundsatz einheitlicher Lohneinstufung seit dem zweiten Halbjahr 1971 in zahlreichen Großbetrieben, vor allem der staatlichen IRI-Gruppe, durchgesetzt werden. Damit erreichte man nach den oft mit größter Härte geführten betrieblichen Arbeitskämpfen eine günstige Ausgangsposition für die Verallgemeinerung dieser zentralen Forderung in den nationalen Tarifbewegungen des kommenden Jahres.

Die in den wichtigsten Industriezweigen ungebrochene Kampfkraft der Lohnabhängigen zeigte sich auch an der neuen Dynamik, die in diesen Monaten den Prozeß der Herausbildung der *Einheitsgewerkschaft* vorantrieb. Noch im Sommer hatten die Sekretariate der drei Gewerkschaftsverbände CGIL (größter italieni-

scher Gewerkschaftsbund, überwiegend von Kommunisten und Sozialisten getragen), CISL (aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangener Gewerkschaftsbund) und UIL (kleinster der drei relevanten Gewerkschaftsbünde, von Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern getragen) nach langwierigen Verhandlungen das Fortbestehen grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten in drei Fragen bekanntgeben müssen: zum Anwendungsbereich formaler Unvereinbarkeitsregeln zwischen Partei- und Gewerkschaftsämtern (Inkompatibilität), wo die CISL auf einer strikten Trennung nicht nur für den Bereich der Gewerkschaftsvorstände, sondern auch für die Leitungsorgane der Fabrikräte bestand; zur Mitarbeit in den internationalen Gewerkschaftsorganisationen und zur Mitgliedschaft von Kleinbauern (wie dies bei der CISL seit jeher möglich war) in der neuen Einheitsgewerkschaft. Ende Oktober führte der wachsende Druck der gewerkschaftlichen Basis in allen drei Verbänden jedoch zur Beilegung jener „Differenzen von Ostia" (Inkompatibilität weitgehend im Sinne der CISL; Austritt der CGIL aus dem WGB, der UIL, CISL aus dem IBFG, um die Gründung eines einheitlichen europäischen Dachverbandes anzustreben; weitere Zulässigkeit der Mitgliedschaft von Kleinbauern).

Zuvor war bereits in der UIL der Versuch gescheitert, eine einheitsfeindlich orientierte Metallgewerkschaft gegen die UILM, die Metallgewerkschaft der CISL, unter Benvenuto ins Leben zu rufen. Auch in der CISL blieb die Gruppierung der Einheitsgegner um die Einzelgewerkschaften der Landarbeiter und der Elektroindustrie vorläufig isoliert. So konnten die Generalräte der drei Gewerkschaftsbünde schon im November 1971 zu einer erneuten gemeinsamen Konferenz, „Florenz III", zusammenkommen, auf der verbindliche Termine für den Zeitpunkt der Auflösungskongresse der drei Organisationen (September 1972) und für die Einberufung des konstituierenden Kongresses der neuen Einheitsgewerkschaft (spätestens 5 Monate danach) festgelegt wurden. Mit den Beschlüssen von „Florenz III" und den vielfältigen daran anknüpfenden Einheitsinitiativen in den Einzelgewerkschaften schien das seit Jahren verfolgte Ziel, die Gewerkschaftsspaltung endgültig zu überwinden, greifbar nahe — gerade darum aber verstärkte sich in den folgenden Monaten der Widerstand der inner- und außergewerkschaftlichen Einheitsgegner, denen die anhaltende ökonomische Krise und die hieran anknüpfende Verschiebung der politischen Achse nach rechts zugute kam.

Die politische Rechtswende

Nachdem die Gegenoffensive der herrschenden Klasse in den Betrieben kaum vorankam, konzentrierten sich ihre reaktionären Anstrengungen folgerichtig auf einen Durchbruch im politischen Bereich. Schon die parlamentarischen Auseinandersetzungen um das Wohnungsreformgesetz, die sich infolge der Obstruktionstaktik des rechten DC-Flügels bis zum Oktober hinzogen, waren von einer permanenten Kampagne gegen die Sozialisten und die linken Gruppierungen in der DC begleitet, jene Kräfte des Centro-sinistra also, die sich für eine offene Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen und — oft nur sehr zaghaft — für ein politisches Bündnis mit den Kommunisten einsetzten. Während dadurch die Annahme des Wohnungsreformgesetzes nur verzögert, sein Inhalt verwässert, aber seine Verabschiedung letztlich nicht verhindert werden konnte, gelangte das Gesetz zur Gesundheitsreform trotz der verbindlichen Regierungszusagen, die man Anfang des Jahres den Gewerkschaften gemacht hatte, erst Anfang Dezember ins Kabinett; dort wurde es bereits für unabsehbare Zeit blockiert.

Die weitergehenden politischen Ziele der Gegenoffensive aber wurden erstmals am Verlauf der Neuwahl des Präsidenten der Republik mit aller Schärfe sichtbar. Als Ergebnis eines langen parteiinternen Machtkampfes präsentierten die Christdemokraten mit Fanfani einen Kandidaten, der für die gesamte Linke unannehmbar war. Kommunisten, Sozialproletarier und Sozialisten unterstützten daraufhin gemeinsam die Kandidatur des sozialistischen Parteisekretärs De Martino, der in den ersten sechs Wahlgängen jeweils mehr Stimmen als Fanfani erhielt, aber wie dieser unter der erforderlichen absoluten Mehrheit blieb. Im Hintergrund dieses toten Rennens, das erst nach insgesamt 21 Wahlgängen mit einer knappen Mehrheit für den Verlegenheitskandidaten des rechten DC-Flügels, Leone, entschieden wurde, kam es dann zu jenen von den Rechtskreisen seit langem angestrebten Wahlabsprachen zwischen Christdemokraten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen, die man gegen Widerstände aus den Reihen des linken DC-Flügels noch zusätzlich durch die Zuhilfenahme monarchistischer und neofaschistischer Stimmen absicherte. Damit war das seit 1962 bestehende Mitte-Links-Bündnis, das seine Handlungsunfähigkeit gegenüber den Reformforderungen der Streikbewegung schon in den Vorjahren nur zu deutlich erwiesen hatte, faktisch auseinandergebrochen. Zugleich zeichneten sich die Konturen einer erneuten Zentrumskoalition wie zu De Gasperis Zeiten ab, an deren arbeiter- und gewerkschaftsfeindlicher Grundposition es keinen Zweifel geben konnte.

Die nächsten Etappen der angebahnten Rechtswendung verliefen über die vorzeitige Auflösung des Parlaments Anfang 1972, einen betont konservativ geführten Wahlkampf der Christdemokraten unter Fanfani bis zur Errichtung des zentristischen Kabinetts Andreotti nach den Parlamentswahlen vom 8. Mai 1972. Die Ausschreibung von Neuwahlen, die nach dem Bruch des bisherigen Regierungsbündnisses ohnehin erforderlich waren, erschien der DC-Führung auch deshalb vorteilhaft, weil sie auf diese Weise ihre Stellungnahme zum Scheidungsreferendum, das von ultrakonservativen Kreisen mit Unterstützung großer Teile des Klerus gegen das 1970 beschlossene Scheidungsgesetz erzwungen wurde, um wenigstens ein Jahr hinausschieben konnte. Die christdemokratische Wahlkampagne stand ganz im Zeichen von Ruhe- und Ordnungsparolen, die neben der traditionell antikommunistischen Stoßrichtung vor allem auf die Isolierung der Sozialisten und die Zurückweisung der zentralen Gewerkschaftsforderungen abzielten. Seine ideologische Verbrämung fand der von Fanfani vorangetriebene und personifizierte Rechtskurs der DC in der ausdrücklichen Zurücknahme des bisher verwandten Slogans von der „Unwiderruflichkeit" (Irreversibilitá) des Bündnisses mit den Sozialisten (PSI) — eine Formel, die von mehreren christdemokratischen Parteitagen herausgestellt worden war, um die Vordringlichkeit der Koalition mit der PSI bei der Realisierung bestimmter Reformen zu unterstreichen. An ihre Stelle trat nunmehr die Parole von der „Zentralität" der politischen Rolle und Verantwortung der DC, die sich für Bündnisse nach allen Seiten offen halten müsse, was in dieser Situation nur als verkapptes Koalitionsangebot an die rechtsstehenden Liberalen aufgefaßt werden konnte.

Die Parlamentswahlen selbst führten zu einem widersprüchlichen Ergebnis. Die befürchteten Stimmengewinne der Neofaschisten waren in der Tat erheblich (Zunahme von 5,8 % auf 8,7 % im nationalen Durchschnitt; in Rom und einigen Großstädten Süditaliens wurde die MSI zur zweitstärksten Partei, nach den Christdemokraten und noch vor den Kommunisten). Diese Stimmengewinne erfolgten aber großenteils auf Kosten der nicht mehr angetretenen Monarchisten

und der von Fanfani umworbenen Liberalen, die annähernd 40 % ihrer Wähler verloren (Rückgang von 5,8 % auf 3,9 %). Insgesamt war daher weniger eine Vergrößerung als eine Radikalisierung des konservativ-reaktionären Stimmenpotentials erfolgt. Der Stimmenanteil der Christdemokraten blieb weitgehend konstant (38,8 %), die Kommunisten (27,2 %) verzeichneten leichte Stimmengewinne, während die Sozialisten nach ihrer erneuten Trennung von den Sozialdemokraten mit 9,6 % der Stimmen nur einen Anteil erreichten, der erheblich unter ihren Ergebnissen vor der 1966 beschlossenen Vereinigung mit den Sozialdemokraten um Saragat lag.

Ohne parlamentarische Vertretung blieben die Sozialproletarier (Rückgang auf 1,9 %), die sich in ihrer Mehrheit wenig später der Kommunistischen Partei anschlossen. Keine Aussicht auf größere Wahlerfolge hatten auch die Manifesto-Gruppe (0,7 %) und die aus den Katholischen Arbeitervereinen hervorgegangene MPL unter Livio Labor (0,4 %), die daraufhin mehrheitlich zu den Sozialisten übertrat. Erst zwei Jahre später fanden die Minderheiten aus der PSIUP und MPL mit der Manifesto-Gruppe zur Gründung eines neuen Parteiansatzes, der „Partei der proletarischen Einheit für den Kommunismus" (PDUP) zusammen. Insgesamt kennzeichneten die Parlamentswahlen vom Mai 1972 eine erhebliche Stimmenzersplitterung auf der Linken (1 Million Stimmen für PSIUP — Manifesto und MPL blieben unberücksichtigt), die dadurch ihr politisches Gewicht nicht voll ausschöpfen konnte. Zugleich aber wurde durch die starken Einbußen der Liberalen zugunsten der Neofaschisten die parlamentarische Mehrheit einer Mitte-Rechts-Koalition, die zusammengenommen nur 50,7 % der Wählerstimmen repräsentierte, auf das äußerste vermindert.

Trotz der von Anfang an gefährdeten parlamentarischen Basis wurde jetzt die politische Rechtswendung mit der Bildung eines Zentrums-Kabinetts unter Einschluß der Liberalen und Ausschluß der Sozialisten mit aller Härte durchgesetzt. Um die schwache Stellung der Regierung in den beiden Kammern zu überspielen, griff man immer häufiger zu Notverordnungen, die erst nach einigen Monaten Geltungsdauer vom Parlament ratifiziert werden mußten. Im übrigen verließ man sich darauf, fehlende Stimmen aus dem Regierungslager durch die mehr oder weniger verdeckt erfolgende Unterstützung der Neofaschisten ausgleichen zu können. Die ersten angekündigten Regierungsvorhaben — wie das Einfrieren der Mindestrenten, Verschlechterung der anachronistischen Pachtverträge auf dem Lande zu Lasten der Kleinbauern, zugleich aber drastische Erhöhung der Gehälter für leitende Angestellte im öffentlichen Dienst — waren verbunden mit der Absage an alle gewerkschaftlichen Reformforderungen und durchaus geeignet und darauf abgestellt, den Beifall der äußersten politischen Rechten zu finden.

Krise des gewerkschaftlichen Einheitsprozesses

Die von der neuen Regierung selbst gesuchte Konfrontation mit der gesamten Linken und den Gewerkschaften traf die letzteren in einem Moment akuter innerer Krise. Nach den Beschlüssen von „Florenz III" hätten jetzt Monat für Monat weitere Entscheidungen zur inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Einheitsgewerkschaft gefällt werden müssen. Statt dessen erhielten die Einheitsgegner im Schatten des Wahlkampfes und der christdemokratischen Rechtswendung erneut Auftrieb. Schon Ende Februar hatte der UIL-Generalsekretär Vanni für seine Organisation erklärt, daß die Herstellung der „Gewerkschafts-

einheit gegenwärtig unmöglich" sei. Obwohl CGIL und CISL den Alleingang Vannis stark kritisierten (der im übrigen von den Sozialisten in der UIL entschieden bekämpft wurde), erklärte der Generalrat der CISL ausdrücklich, die Einheitsgewerkschaft könne nur zustandekommen, wenn sie tatsächlich alle, auch diejenigen, die die Einheitsgewerkschaft ablehnten, mit umfasse. Damit wurde unter der Parole „Einheit aller" faktisch den innergewerkschaftlichen Gegnern des Einheitsprozesses ein Vetorecht gegenüber weiteren Fortschritten auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit zugesprochen.

Natürlich stieß eine solche Entwicklung in den Betrieben und bei den meisten Industriegewerkschaften aller drei Gewerkschaftsbünde, wo man eines der wichtigsten Kampfziele der Streikbewegung seit dem „heißen Herbst" auf das Spiel gesetzt sah, auf heftigen Widerstand. Die Metallgewerkschaften, die seit Januar 1972 einheitliche nationale und regionale Vorstandsverwaltungen gebildet hatten, legten im April den Entwurf eines Statuts der Einheitsgewerkschaft vor. Seine umstrittensten Bestimmungen waren die Abschaffung sämtlicher parteigebundener Fraktionen in der neuen Gewerkschaft und die Vorschrift, daß ein Drittel aller Kongreßdelegierten direkt von den Fabrikräten zu wählen sei, wobei das aktive und passive Wahlrecht allerdings nur für Gewerkschaftsmitglieder gelten sollte. Damit faßt der Entwurf noch einmal jene seit 1969 entwickelten Vorstellungen einer neuen, von den Parteien unabhängigen, aber deshalb nicht im mindesten unpolitischen Klassengewerkschaft zusammen, die sich zugleich in einem Höchstmaß der direkten Beteiligung und Gestaltung durch die arbeitenden Massen in den Betrieben öffnete.

In der Gesamtsituation des Sommers 1972 war diese Konzeption jedoch nicht mehr durchsetzbar, jedenfalls nicht für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes. Zwar führten die Metallgewerkschaften der CISL und später auch der UIL Ende Mai/Anfang Juni den in Florenz vereinbarten Auflösungskongreß ihrer Organisation durch. Aber gerade in dieser Frage — Fortsetzung der begonnenen Auflösungskongresse — gerieten der langjährige Generalsekretär Storti und die einheitsorientierte Gruppierung der CISL erstmals in die Minderheit. Damit begann eine langwierige, erst im folgenden Jahr zugunsten Stortis und seiner Anhänger entschiedene Krise der CISL, die nicht nur die Kampfkraft dieser Organisation für lange Zeit schwächte, sondern es endgültig notwendig machte, sich anstelle der in Florenz projektierten Einheitsgewerkschaft vorläufig mit einer Zwischenlösung zu begnügen.

Eine solche Zwischenlösung fand sich in Form der schon seit längerem diskutierten „Föderation der Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL, UIL", die noch vor der Sommerpause konstituiert wurde. Das Föderationsabkommen garantierte den unbefristeten organisatorischen Fortbestand aller drei Gewerkschaftsverbände, übertrug aber zugleich alle wichtigen Entscheidungen der gewerkschaftlichen Tarif- und Gesellschaftspolitik den paritätisch aus Vertretern der CGIL, CISL und UIL zusammengesetzten Föderationsorganen, die in den folgenden Monaten auch zwischen den Einzelgewerkschaften sowie auf regionaler und nationaler Ebene ins Leben gerufen wurden. Die Föderation, die im Kern auf eine Art ständiger institutionalisierter Aktionseinheit zwischen nach wie vor getrennten Organisationen hinauslief, entsprach gewiß nicht voll den an die Gewerkschaftseinheit geknüpften Erwartungen. Dennoch verhinderte sie die unwiderrufliche Preisgabe der in den letzten Jahren gesammelten Einheitserfahrungen und schuf darüber hinaus den organisatorischen Rahmen, um ein geschlossenes Handeln der italienischen Gewerkschaftsbewegung trotz anhaltender innerer Gegensätze (wie etwa

in der CISL) zu ermöglichen. Zudem erwies sich die Föderationsstruktur als flexibel genug, um es beispielsweise den Metallgewerkschaften zu gestatten, ihre weitergehenden Einheitsexperimente kaum verändert zu erhalten und auszubauen.

Kampf um die Arbeitsplätze, nationale Tarifverträge 1972/73, Neuansätze der gewerkschaftlichen Reformstrategie

Die Geschlossenheit des gewerkschaftlichen Handelns war unter den verschlechterten Kampfbedingungen der unternehmerischen Gegenoffensive in zwei Bereichen besonders wichtig: in den Aktionen zur Sicherung der Arbeitsplätze und gegen die kapitalistische Rationalisierung sowie bei der Erneuerung der wichtigsten nationalen Tarifverträge, die für die zweite Jahreshälfte 1972 anstand. Schließlich war auch die gewerkschaftliche Reformstrategie einer kritischen Überprüfung zu unterziehen, um der Obstruktionspolitik von Regierungsseite wirksamer zu begegnen und eine noch engere Verknüpfung mit den herkömmlichen gewerkschaftlichen Forderungen herzustellen.

Die Gefährdung der Arbeitsplätze hatte sich im ersten Halbjahr 1972 weiter zugespitzt. Gegenüber dem Vorjahr war die Zahl der Beschäftigten um 632 000 zurückgegangen; der Anteil der „Erwerbspersonen" an der Gesamtbevölkerung sank im nationalen Durchschnitt auf den Tiefstand von 34,7 %. Zu den am härtesten betroffenen Industriezweigen gehörte erneut die Textilindustrie, wo in einem Jahr annähernd 10 % der 700 000 Arbeitsplätze verlorengingen. Von den 900 zumeist kleineren krisenanfälligen Betrieben mußten zahlreiche besetzt werden, um die endgültige Stillegung zu verhindern. Die Textilgewerkschaften riefen mehrfach zu nationalen Generalstreiks der ganzen Branche auf. Trotz staatlicher Interventionen gelang es jedoch nur in Einzelfällen, Abkommen wie das im Mai gegenüber der Lanerissi-Gruppe erzielte durchzusetzen, das als Hauptpunkt eine zeitlich nicht befristete Beschäftigungsgarantie für die insgesamt 7000 Lohnabhängigen enthielt.

Weitere Branchen, in denen Massenentlassungen durchgeführt oder angekündigt wurden, waren die Bau- und Elektroindustrie, der Chemiesektor, soweit er von der Gruppe Montedison beherrscht wurde, und die Hafen- und Werftindustrie. Selbst dort, wo die vielfältigen gewerkschaftlichen Aktionen staatliche Hilfsmaßnahmen erzwangen, wie etwa die Übernahme angeblich unrentabler Betriebe durch die staatliche Finanzholding GEPI, wurde oft versucht, an der profitorientierten Unternehmensstrategie der betrieblichen Umstrukturierungen und Entlassungen festzuhalten. Regionale Generalstreiks, zu denen die Gewerkschaften in jenen Monaten aufriefen, um beispielsweise die beschleunigte Anwendung der Entwicklungspläne für Neapel oder Ankona durchzusetzen, zeigten einmal mehr die notwendige Verknüpfung punktueller Erfolge im Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze mit einer grundlegenden Neuorientierung der ökonomischen Entwicklung des Landes. Das Festhalten an dieser antikapitalistischen Perspektive, das selbst in den vom Ausgangspunkt her defensiven Aktionen zur Verteidigung der Arbeitsplätze offen zutagetrat, mußte natürlich die Konfrontation mit einer Regierung verstärken, deren erklärtes Ziel gerade in der Absage und Blockierung jeglicher Strukturreformen bestand.

Die entscheidende Kraftprobe zwischen der herrschenden Klasse und den fortschrittlichen Kräften, von der Fortbestand und Dauer der reaktionären Mitte-Rechts-Regierung wesentlich abhingen, entwickelte sich jedoch aus den im

zweiten Halbjahr 1972 anstehenden Tarifabschlüssen für mehr als 4 Millionen Lohnabhängige in der Industrie. Die Tarifbewegungen der Bau- und Chemiearbeiter führten schon im Juni und Juli zu mehreren Generalstreiks der beiden Einzelgewerkschaften. Hierzu kamen die von Betrieb zu Betrieb wechselnden Schwerpunktstreiks. Beide Aktionsformen mußten im Herbst mit erhöhter Intensität wieder aufgenommen werden. Die Gegenmaßnahmen der Unternehmer beschränkten sich nicht auf lautstarke Klagen über die angeblich unerträglichen Arbeitskostensteigerungen, die sich aus den Gewerkschaftsforderungen ergäben (für den Chemiesektor berechnete der Arbeitgeberverband „Confindustria" 50 % höhere Arbeitskosten, während selbst ein staatliches Institut wenig später nur von 20 % sprach). In zahlreichen Betrieben gingen die Unternehmer zum gezielten Einsatz von Teil-Aussperrungen über. Eine zusätzliche Einschüchterung der Gewerkschaften versprach man sich von den gerade jetzt veröffentlichten Entlassungsplänen des Montedison-Konzerns, wonach 20 000 der insgesamt 185 000 Arbeitsplätze als „überzählig" eingestuft wurden. Die Bauunternehmer steuerten als Eigenbeitrag zur Verschärfung des Konflikts die Forderung bei, das neue Wohnungsbaugesetz in wesentlichen Punkten aufzuheben — eine Forderung, die zunächst von der Regierung Andreotti mit „großem Verständnis" aufgenommen wurde und eine weitere Verschlechterung der Arbeitssituation im Bausektor zur Folge haben mußte.

Angesichts der provokatorischen Haltung von Unternehmern und Regierung forderten die Chemiegewerkschaften Anfang September einen gemeinsamen Generalstreik der Lohnabhängigen aller Industriezweige, in denen neue Tarifverträge abzuschließen waren. Nach gründlichen Vorbereitungen proklamierten sämtliche betroffenen Einzelgewerkschaften den 10. Oktober 1972 zum nationalen Kampftag, wobei insbesondere die Metallgewerkschaften, denen erneut die härteste Konfrontation mit dem Unternehmerlager bevorstand, dieses Datum zum Beginn ihrer eigenen Tarifbewegung erklärten. In dieser Situation einer rapiden Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen wichen die Unternehmer jedoch plötzlich zurück und kündigten ihre Bereitschaft zum sofortigen Vertragsabschluß auf der Grundlage der wesentlichen Gewerkschaftsforderungen an. Wenige Tage nach dem daraufhin abgesagten Generalstreik kam es tatsächlich zum Tarifabschluß in der Chemieindustrie und einige Wochen danach auch im Bausektor. Offenkundig ging jetzt die Taktik der Confindustria vor allem dahin, die gerade einsetzende Tarifrunde der Metaller von den Aktionen der anderen Kategorien zu isolieren.

Demgegenüber hatten die Einzelgewerkschaften die Geschlossenheit ihres Handelns noch dadurch erhöht, daß sie inhaltlich übereinstimmend die Forderung nach einheitlicher Lohn- und Gehaltseinstufung in den Mittelpunkt der Tarifkämpfe 1972/73 rückten. Mit der Realisierung dieser Forderung wurde nicht nur die Anzahl der überlieferten Lohn- und Gehaltsgruppen vermindert und zugleich ein Höchstmaß für die zulässige Lohndifferenz zwischen der jeweils untersten und obersten Lohngruppe festgelegt; erstmals waren die Unternehmer auch genötigt, die Gehälter sämtlicher Angestellter nach einem gewerkschaftlich kontrollierten Tarifrahmen auszuzahlen. Damit war ihnen ein uraltes Herrschaftsinstrument genommen, verschiedene Beschäftigtengruppen durch willkürlich festgesetzte Lohn- und Gehaltszuschläge gegeneinander auszuspielen. So knüpfte die Forderung nach einheitlicher Lohn- und Gehaltseinstufung einerseits an jene durchgängige Tendenz der Streikbewegung seit dem „heißen Herbst 1969" an, die auf eine stärkere Angleichung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet war und ihren deutlichsten Ausdruck in der Kampfforderung nach „gleiche[r]

Lohnerhöhung für alle" fand. Zum anderen bedeutete die Verankerung der einheitlichen Lohn- und Gehaltseinstufung in den nationalen Tarifverträgen einen weiteren Schritt zur Entfaltung der schon seit dem Ende der 50er Jahre konzipierten Strategie einer direkten gewerkschaftlichen Kontrolle über die betrieblichen Arbeitsbedingungen. Um dies zu erreichen, beschränkte man sich in den nationalen Tarifverträgen auf eine allgemeine Beschreibung der Tätigkeitsmerkmale für die einzelnen Lohngruppen und auf die Festlegung eines Fortbildungsanspruchs der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmen, um in bestimmten Zeiträumen von den unteren in die jeweils höheren Lohngruppen aufzurücken. Den Fabrikräten blieb es dann vorbehalten, in zusätzlichen Abkommen die betriebliche Arbeitsorganisation soweit zu verändern, daß dadurch dem Qualifikationsanspruch der Lohnabhängigen Rechnung getragen wurde.

Besonders deutlich wurde die Verknüpfung nationaler und betrieblicher Abkommen in den Forderungen zur Absicherung des beruflichen Fortbildungsanspruchs. Der nationale Tarifvertrag garantierte jedem Metallarbeiter die Möglichkeit, sich innerhalb von drei Jahren (der Laufzeit des Tarifvertrags) für insgesamt 150 Arbeitsstunden zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen freistellen zu lassen. Die Fabrikräte übernahmen es, die inhaltliche Ausgestaltung dieses tariflich abgesicherten „Bildungsurlaubs", Kriterien für die Teilnahme an den Fortbildungskursen und ihre Berücksichtigung bei der anschließenden Lohngruppenzuordnung festzulegen und notfalls im Wege des Arbeitskampfes gegenüber den Unternehmensleitungen durchzusetzen.

Auf diese Weise fielen im Kampf um die einheitliche Lohn- und Gehaltseinstufung sämtliche qualifizierenden Aspekte der tariflichen Gewerkschaftsstrategie wie in einem Brennpunkt zusammen.

Die Metallgewerkschaften, die jetzt unter dem Namen FLM (Federazione lavoratori metalmeccanici) von vornherein einheitlich auftraten, eröffneten die Tarifbewegung nach dem abgesagten Generalstreik vom 10. Oktober erst Anfang November. Neben der von den Chemiegewerkschaften bereits durchgesetzten einheitlichen Lohn- und Gehaltseinstufung und anderen ökonomischen Forderungen, die aus einer umfassenden innergewerkschaftlichen Diskussion hervorgegangen waren, bestand die FLM vor allem auf gesonderten Schwerpunktverhandlungen mit den öffentlichen Unternehmen, der „Vertenza Sud", um verbindliche Zusagen für die Investitionsprogramme der staatlichen Industrie im Mezzogiorno durchzusetzen. Als die IRI hierüber zunächst jedes direkte Gespräch mit den Metallgewerkschaften ablehnte, rief die FLM die Belegschaften dieser Betriebe zu zusätzlichen, über die allgemeinen Streiks im gesamten Industriezweig hinausgehenden Arbeitsniederlegungen auf. Dennoch zeigten die öffentlichen Unternehmen ebenso wie die privaten Unternehmerverbände bis Jahresende keinerlei Gesprächsbereitschaft.

Anfang 1973 sahen sich die Metallgewerkschaften mehrfach gezwungen, die Zahl der wöchentlichen Streikstunden heraufzusetzen; am 12. Januar und erneut am 27. Februar riefen die drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL zu nationalen Generalstreiks aller Lohnabhängigen auf, um die Metaller gegen die intransigente Haltung der Unternehmer zu unterstützen. In allen Großstädten des Landes kam es zu Massenkundgebungen, die sich mit gleicher Schärfe gegen die arbeiterfeindliche Position der Unternehmer wie der Zentrumsregierung wandten. In den Betrieben selbst gingen die Fabrikräte immer häufiger zur Kampfform der „offenen Betriebsversammlungen" über, auf denen Vertreter der

linken Parteien, bisweilen auch der örtlichen DC, die Repräsentanten der Gemeindeparlamente und anderer demokratischer Institutionen zu den Forderungen der Metaller Stellung nahmen und sie in ihrem Kampf unterstützten. Erst Anfang März begann sich im Unternehmerlager die Erkenntnis durchzusetzen, daß bei dem erreichten Grad der Mobilisierung und Kampfentschlossenheit unter den Lohnabhängigen die Hinnahme der wichtigsten Gewerkschaftsforderungen unvermeidlich geworden war. So konnte am 15. März der neue Tarifvertrag mit der staatlichen Industrie und wenige Wochen danach endlich auch das Abkommen mit der privaten Großindustrie unterzeichnet werden.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Streikbewegung für die Tarifverträge kam es auch zu einer Intensivierung der gewerkschaftlichen Aktionen für die Strukturreformen. Die FLM hatte schon im September 1972 die Einberufung einer nationalen Konferenz nach Reggio Calabria vorgeschlagen, um nach den Unruhen der Vorjahre gerade in dieser Stadt über eine Konkretisierung der gewerkschaftlichen Reformstrategie zugunsten der Entwicklung Süditaliens zu beraten und zugleich die Entschlossenheit der gesamten italienischen Arbeiterklasse zu demonstrieren, sich jenseits aller korporativen Interessen den Kampf gegen die weitere Verelendung des Mezzogiorno zu eigen zu machen. Obwohl sich die CISL aufgrund der in jenen Monaten besonders erbitterten internen Auseinandersetzungen offiziell nicht beteiligte und auch nur Teile der UIL vertreten waren, gelangte die am 20.—22. Oktober von den Metall-, den Bau- und den Landarbeitergewerkschaften gemeinsam durchgeführte Konferenz zu einer wichtigen Präzisierung der weiteren gewerkschaftlichen Aktionen, die dann in der „Vertenza Sud" der Metallgewerkschaften und 1974 in den betrieblichen Abkommen über die Errichtung neuer Arbeitsplätze in Süditalien ihren Niederschlag fanden. Die sachlichen Ergebnisse der Konferenz von Reggio Calabria wurden jedoch zunächst überlagert durch eine Serie noefaschistischer Bombenanschläge, die der Konferenz vorausgingen und in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober mit erst im letzten Moment vereitelten Sprengstoffattentaten auf die aus ganz Italien kommenden Arbeiterzüge ihren Höhepunkt erreichten. Dennoch demonstrierten am nächsten Tag 60 000 Lohnabhängige durch die Straßen von Reggio; am 24. Oktober bewies ein von CGIL, CISL und UIL für das ganze Land ausgerufener Proteststreik, daß der rechtsradikale Terror nicht Panik und Einschüchterung verbreitet, sondern, seinen Intentionen zum Trotz, eine erhöhte Kampfbereitschaft bei Millionen Lohnabhängigen bewirkt hatte. Mochte die Verknüpfung nationaler Tarifbewegungen mit dem Kampf für Strukturreformen 1972/73 auch nicht das Ausmaß und die mitreißende Geschlossenheit der Generalstreiks des „heißen Herbstes" erreicht haben, so hatte die schroffe Ablehnung beider Bereiche elementarer gewerkschaftlicher Forderungen seitens der Unternehmer und der Regierung ebenso wie die faktische Tolerierung und bisweilen offene Begünstigung der neofaschistischen Aktionen doch das Bewußtsein von der Unerträglichkeit der gesellschaftlichen Gesamtsituation des Landes und der Notwendigkeit eines bedingungslosen Eintretens für die Beseitigung der Mitte-Rechts-Regierung entscheidend vorangetrieben.

(Zweiter Teil folgt)

Streiflichter aus der Geschichte der politischen Verfolgung

Das Beispiel Vormärz

Von Gerwin Schefer

I

Der heutige Generalsekretär der FDP, Martin Bangemann, äußerte sich im Sommer 1973 in einem Interview der „Frankfurter Rundschau" zum „Radikalenerlaß". Auf eine Frage der Zeitung nach der Diskussion über den Radikalenerlaß innerhalb der FDP wies Bangemann auf zwei gegensätzliche Positionen hin: „Die eine wird von Weyer, Riemer und Genscher repräsentiert, die der Meinung sind, daß dieser Radikalen-Erlaß die Meinung des Grundgesetzes in etwa richtig umreißt und deswegen notwendig und richtig ist. Und wir haben die Position einiger Kollegen von mir, die mit mir zusammen erst kürzlich gesagt haben, daß dieser Radikalen-Erlaß eigentlich abgeschafft werden müßte, da er gegen das Grundgesetz verstößt ... Zunächst ist es ja so, daß dieser Erlaß rechtlich ein ‚Nullum' ist. Es ist ja keine Rechtsverordnung, kein Gesetz, nichts, weil er nicht von einem dazu berufenen Gremium erlassen worden ist. Es handelt sich um eine politische Aussage der Ministerpräsidenten ... Es kann niemand wegen seiner politischen Einstellung und auch nicht wegen seiner politischen Tätigkeit als Beamter nicht angestellt werden. Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes. Und die Praxis, die sich auf den Erlaß stützt, ist ebenfalls grundgesetzwidrig [1]). Und der frühere CDU-Landtagsabgeordnete von NRW und Bundesverfassungsrichter Scholtissek bezeichnete den Ministerpräsidentenbeschluß als vom rechtlichen Standpunkt ‚verfassungswidrig' und vom politischen Standpunkt ‚töricht und bedenklich' " [2]).

In diesen Verlautbarungen zweier Repräsentanten bürgerlich denkender Gruppen wird auf die Verletzung des rechtsstaatlichen Prinzips hingewiesen, ein Prinzip, welches andere Politiker durch den „Radikalenerlaß" zu schützen vorgeben [3]).

Die hier sichtbar werdende Diskrepanz zwischen Verfassungspostulat und Verfassungswirklichkeit bzw. Verfassungsinterpretation wird besonders gravierend, wenn man den Verfassungsauftrag zum „berechtigten Widerstand" gegen illegitim öffentlich ausgeübte Gewalt heranzieht, wie er etwa in der Hessischen Verfassung in Art. 147 formuliert ist. Dort heißt es: „Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht. Wer von einem Verfassungsbruch oder einem auf Verfassungsbruch gerichteten Unternehmen Kenntnis erhält, hat die Pflicht, die Strafverfolgung des Schuldigen durch Anrufung des Staatsgerichtshofes zu erzwingen. Näheres bestimmt das Gesetz." Aufgrund dieser Rechtslage sollte man erwarten, daß eine Mehrheit der am politischen Geschehen Beteiligten zumindest darauf drängt, eine Klärung durch das Bundesverfassungsgericht anzustreben. Die Realität sieht anders aus: die Mehrheit der Parlamentarier stimmt dem Ministerpräsidentenbeschluß zu und begünstigt damit bewußt oder unbewußt eine Tendenz, bei der die Verfassung zum

1) „Erlaß ist rechtlich ein Nichts", in: „Frankfurter Rundschau" v. 10. 8. 1973.
2) Radikale im öffentlichen Dienst. Eine Dokumentation, hrsg. von Hanspeter Knirsch, Frankfurt/M. 1973, S. 152.
3) Vgl. die Rede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Carstens am 15. 11. 1974 vor dem Deutschen Bundestag.

Mittel für Diffamierung und Ausschaltung des politischen Gegners mißbraucht wird [4]).

Auf der Suche nach Erklärungen, warum das Grundgesetz so schwach oder überhaupt nicht internalisiert oder die politische Apathie trotz relativ hoher Wahlbeteiligung so verbreitet ist, müssen neben Ursachen, die aus den heutigen Verhältnissen am Arbeitsplatz, in Familie und Schule resultieren, auch solche herangezogen werden, die auf früheren gesellschaftlichen Situationen gründen, denn das vergangene gesellschaftliche Sein übt einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Herausbildung des Sozialcharakters aus.

Franz Neumann, der Verfasser des „Behemoth", hat sich immer wieder die Frage nach der „Eigenart Deutschlands" [5]) vorgelegt und nach den Ursachen dieser mangelhaften Ausbildung demokratischen Bewußtseins in Deutschland geforscht. Dabei hat er auf die Zusammenhänge zwischen Angst und Politik und auf die Gefahren einer hieraus möglichen Verschwörertheorie hingewiesen [6]).

Diese Fragen sind heute wieder aktuell. Eine dieser Erklärungsdimensionen heutigen politischen Geschehens liegt in der Geschichte.

Wenn wir im folgenden versuchen, einige sozialwissenschaftlich relevante Strukturen der politischen Verfolgungen des Vormärz zu untersuchen, dann geschieht das nicht mit der Absicht, eine historische Parallelität zu den heutigen Berufsverboten herzustellen; denn eine historische Momentaufnahme ist immer primär abhängig von den jeweiligen ökonomischen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen. Insofern ist jeder komparative Versuch wissenschaftlich unzureichend.

Dennoch ist eine Erhellung früherer politischer Auseinandersetzungen sinnvoll, denn es zeigt sich, daß bei aller Verschiedenheit in den gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen bestimmte Abwehrmechanismen des Staates gleich geblieben sind.

II

Die politischen Verfolgungen in der ersten Hälfte des Vormärz stellen die erste Etappe dar in der Auseinandersetzung zwischen Teilen der bürgerlichen Intelligenz und den Herrschenden.

Während in England und Frankreich eine mächtige Bourgeoisie den Feudalismus völlig zurückgedrängt hatte, behielt der Feudaladel in den deutschen Kleinstaaten den größten Teil seiner Privilegien. Der feudale Grundbesitz dominierte weiterhin gegenüber einem schwachen Bürgertum, das durch die sich schnell ausbreitende Vorherrschaft der englischen Industrie zunehmend in ökonomische Schwierigkeiten geriet. Die große Masse der Bevölkerung bestand in den Städten aus der Gruppe der Kleinbürger, Handwerker und Kleinhändler, auf dem Land, wo mehr als zwei Drittel der Gesamtbevölkerung lebte, aus der Bauernschaft. Die Arbeiterklasse war in ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung weit hinter der Englands und Frankreichs zurück und stellte zahlenmäßig um 1820 eine kleine, ziemlich unbedeutende Minorität dar. Von einer selbstbewußten

4) Vgl. Jürgen Seifert, „... es kömmt darauf an, das Grundgesetz zu schonen. Deformierung und Auflösung der Verfassung durch exzessive Verfassungsauslegung", in: „vorgänge", 12/1974, S. 42.
5) Vgl. die Einleitung von Helge Pross zu: Franz Neumann, Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt/M. 1967, S. 12.
6) Vgl. Franz Neumann, a. a. O., S. 261 ff.

Arbeiterklasse in Deutschland kann man erst mit den Erhebungen der böhmischen und schlesischen Weber, 1844, sprechen [7]).

Die erste politische Artikulation bürgerlicher Intelligenz [8]) mit brisanten politischen Folgen war das Wartburgfest 1817. Dieses Erinnerungsfest an die Befreiung vom Papsttum (300 Jahre waren seit der Reformation vergangen) und die Befreiung von der französischen Fremdherrschaft war die offene Herausforderung des monarchischen Prinzips. Die Verbrennung von Schnürbrust, Haarzopf, Korporalstock und verschiedener Schriften, darunter diejenigen von Kotzebue und Kamptz, erregten ungeheures Aufsehen.

Kotzebue, der 1817 ein „Literarisches Wochenblatt" herausgab, das als übles Hetzblatt galt, schürte die Kampagne gegen die Teilnehmer am Wartburgfest. Gegen die beteiligten Professoren Fries und Oken wurde eine Kriminaluntersuchung eingeleitet, nicht zuletzt auf Betreiben des damaligen preußischen Geheimen Oberregierungsrates und späteren Leiters der politischen Polizei Karl Albert v. Kamptz, der in dem Altensteinschen Kultusministerium für zwei Jahre Erster Direktor der Unterrichtsabteilung war [9]).

Die Hetzkampagnen Kotzebues in seinen „Berichten über die öffentlichen Zustände in Deutschland", die er im Auftrag des russischen Zaren verfaßte — wie überhaupt seine gesamte literarische Produktion eine den Interessen des Feudaladels dienende Rechtfertigungslehre (Ideologie) darstellte —, provozierten liberal und republikanisch gesinnte Intellektuelle. Kotzebue, Galionsfigur der alten Ordnung, und Kamptz als Vertreter eines rigiden, auf Unmündigkeit der Massen hinzielenden Bildungskonzeptes, galten als Symbolfiguren des alten Herrschaftssystems. Der Theologiestudent Karl Ludwig Sand, der sich durch die „freisinnigen" Gedanken von August Follen (Follenius) [10]) zu einem entschiedenen Gegner feudaler Herrschaftslegitimierung entwickelt hatte, sah in Kotzebue einen der zynischsten Rechtfertiger anachronistischer Gewaltausübung. Sand erdolchte ihn am 23. März 1819 in Mannheim.

Dies war jenes Ereignis, von dem Heinrich v. Treitschke meinte, daß es „alle Höfe mit panischem Schrecken betäubte und zu einem Wendepunkt in der Geschichte des Deutschen Bundes werden sollte" [11]).

Dennoch wurden durch die Tat Sands die Massen nicht unmittelbar zu revolutionären Aktivitäten ermuntert, erst nach dem mißlungenen Attentat auf den herzoglich-nassauischen Regierungs-Präsidenten v. Ibell aus Wiesbaden durch den Apotheker Löning aus Nassau, der im Gefängnis Selbstmord verübte, „rottete sich", wie Treitschke abwertend formuliert, „der Pöbel in mehreren Städten zusammen" [12]).

---

7) Vgl. Friedrich Engels, „Revolution und Konterrevolution in Deutschland", in: Marx Engels Werke, Berlin (DDR) 1960, Bd. 8, S. 7 ff.

8) Eine ausgezeichnete Analyse der Genese bürgerlicher Intelligenz liefert die 1933 in Frankfurt vorgelegte Dissertation von Hans Gerth: Die sozialgeschichtliche Lage der bürgerlichen Intelligenz um die Wende des 18. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Soziologie des deutschen Frühliberalismus, S. 17 ff.

9) Vgl. Neue Quellen zur Geschichte Preußens im 19. Jahrhundert, hrsg. von H.-J. Schoeps, Berlin (West)

10) Die drei Brüder Follen, August, Karl und Paul, gehörten alle zur demokratischen Avantgarde der damaligen Zeit. Sie stammen aus Gießen, studierten und lebten auch zeitweise dort. Karl Follen, der sich noch 1818 in Gießen habilitiert hatte, floh nach Frankreich, von da in die Schweiz und landete schließlich in den USA, wo er eine Lehrerstelle für Deutsch an der Harvard University in Boston erhielt. Unter akademischen deutschen Emigranten bestand damals bereits die Absicht, eine „alle Zweige des menschlichen Wissens umfassende deutsche Bildungsanstalt" zu gründen, welche Zufluchtsort der in Deutschland „durch rohe Willkür unterdrückten Geistesfreiheit, sowohl für diejenigen werden sollte, die hier im Kampf für dieselbe, durch Verlust ihres Wirkungskreises, Opfer jener Willkür geworden seien" (L. Fr. Ilse, Geschichte der politischen Untersuchungen, Frankfurt 1860, S. 118). Die Geschichte der akademischen Emigration reicht also weiter zurück, als es z. B. Helge Pross datiert hat (vgl. Die Deutsche Akademische Emigration nach den Vereinigten Staaten 1933—1941, Berlin 1955, S. 23).

11) Heinrich von Treitschke, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Leipzig 1927, S. 510.

12) Treitschke, a. a. O., S. 519.

Dies wiederum bewog die Herrschenden „in höchster Angst" [13]) nun endlich „bundeseinheitlich" etwas gegen diese radikalen Bestrebungen zu unternehmen. In Karlsbad wurden dann die bekannten Beschlüsse gefaßt. Wenn sich die deutschen Bundesstaaten über nichts einigen konnten, in der Verfolgung der Demokraten waren sie sich einig.

Im Zuge der Durchführung der Karlsbader Beschlüsse wurde im September 1819 eine Centrale-Untersuchungs-Commission (CUC) mit dem Sitz in Mainz gegründet, die sofort tätig wurde und eine Fülle „belastenden" Materials über „staatsgefährdende" Bestrebungen zu Tage förderte [14]).

Insbesondere richtete sich der „Karlsbader Radikalenbeschluß" gegen den potentiellen Nachwuchs der „Staatsdiener". Die studentischen Verbindungen wurden verboten und alle verdächtigen Zusammenschlüsse ausspioniert und überwacht. Lehrer, Theologen und Professoren waren die beliebtesten „Verfolgungsobjekte", denn man nahm an, daß von diesen Intellektuellen die „Verderbung des Volkes" seinen Ausgang nahm [15]).

Bereits 1819 wurden sogenannte „Conduitenlisten", geheime Dossiers, heute würde man sagen „schwarze Listen", angelegt. Eine preußische Kabinettsorder von 1822 riet dann auch dem Polizeiminister Schuckmann und dem Kultusminister Altenstein, die „Bande der Disziplin" stärker anzuziehen und die Oberaufsicht zu verdoppeln. „Es habe sich gezeigt, daß mehrere öffentliche Lehrer, ‚anstatt wahre Intelligenz zu verbreiten, welche die Grundlage des Staates ausmacht und auf jede Weise gefördert werden muß, die Ausartungen derselben begünstigten'. Sie entfachten den Oppositionsgeist und mischten sich in Angelegenheiten der Staatsverfassung und Verwaltung ein, was mit der pflichtmäßigen Führung eines Lehramtes unvereinbar sei" [16]).

Kosellek charakterisiert diese Entwicklung als „Wende vom Justizstaat zum Polizeistaat" [17]). Diese Tendenzen finden heute im Hinblick auf die willkürliche Praxis der „politischen Verhöre" ein unrühmliches Pendant. Die Kabinettsorder gegen Geistliche und Lehrer wurde bald auf die Verwaltungsbeamten erweitert und zwanzig Jahre später, 1844, sogar auf die Richter ausgedehnt, ein Zeichen des kolossalen Mißtrauens der Obrigkeit gegenüber den unteren Instanzen des Staates [18]).

Dies alles hatte zur Folge, daß bei der Auswahl der Beamten auf Monarchentreue, d. h. auf die damals bestehende „staatliche Grundordnung", geachtet wurde, und so überrascht es nicht, daß der Anteil des Adels an der Verwaltung seit etwa 1825 ständig im Steigen war [19]).

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, darauf hinzuweisen, daß sich zwischen 1820 und 1829 die Zahl aller an preußischen Universitäten Studierenden verdoppelte (1820 = 3061 Studenten, 1829 = 6154 Studenten) [20]). Auf der einen Seite ein Ansteigen der Studentenzahlen, auf der anderen Seite größere Schwierigkeiten, einen Staatsposten zu bekommen, können mit dazu beigetragen haben, daß diese Widersprüche von vielen Studenten erkannt worden sind und ihre

13) Treitschke, a. a. O., S. 519.
14) Ausgerechnet das jakobinerhafte Mainz, in dem sich schon einmal republikanische Institutionen herausgebildet hatten, wurde als Standort des Staatsschutzorgans ausgesucht. Vielleicht, um ein Signal zu setzen?
15)Vgl. Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution, 1848—1849, Berlin 1930, S. 566.
16) Reinhart Koselleck, Preußen zwischen Reform und Revolution, Stuttgart 1970, S. 404 f.
17) Koselleck, a. a. O., S. 405.
18) Vgl. Koselleck, a. a. O., S. 407 ff.
19) Vgl. Koselleck, a. a. O., S. 434.
20) Vgl. Koselleck, a. a. O., S. 440, Anm. 174.

Aufruf zur Solidarität mit dem SHB

Am 14. 11. 1974 hat der Haushaltsausschuß des Bundestages in Abstimmung mit der Bundesregierung beschlossen, die dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) für 1974 bewilligten Bundesjugendplanmittel auszusetzen.

Diese offenbar auf Druck der CDU/CSU zustandegekommene einschneidende Maßnahme, mit der die Drohung verbunden ist, den SHB in die „graue Zone der Verfassungsfeindlichkeit" zu drücken, ist ohne ein Wort der Begründung gegenüber dem SHB erfolgt. Allein dieses Verfahren schon ist ein Hohn auf jegliche rechtsstaatliche Prinzipien!

Dieses Vorgehen gegen den SHB ist als Bestandteil einer Strategie der CDU/CSU zu werten, die auf die politische Diskriminierung aller studentischen Gruppen links vom RCDS und ihm nahestehender Gruppen abzielt. So stellte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 13. 11. 1974 der Bundesregierung die Frage, ob nicht auch die „Verfassungstreue" von Juso-Hochschulgruppen, GEW-Hochschulgruppen, Liberalem Hochschulverband und dem SVI (Dachverband der Fachhochschulstudentenschaften, der ebenfalls von dem Finanzentzug betroffen ist) in Zweifel zu ziehen sei.

Was hier geschieht, ist der Versuch, alle diejenigen, die in der Studentenschaft für eine Einlösung der Postulate des Grundgesetzes eintreten, mit dem Stempel der „Verfassungsfeindlichkeit" zu versehen und in ihrer Existenz durch Berufsverbote zu bedrohen. Was hier geschieht, ist der Versuch, jene studentischen Rechtskräfte, die — während zwanzigjähriger CDU/CSU-Regierung — an den Hochschulen mit für die Durchsetzung der Restauration, für ein Klima des Kalten Krieges und des Antikommunismus sorgten, wieder ans Ruder zu bringen.

In seinen Bemühungen, die Grundrechte zu verwirklichen, setzt sich der SHB an den Hochschulen z. B. für Chancengleichheit beim Hochschulzugang und für eine ausreichende und sozial gerechte Ausbildungsförderung aller Studenten ein. Nicht der SHB und seine Forderung nach paritätischer Mitbestimmung in Hochschule und Betrieb, sein Kampf gegen die Berufsverbote, gegen rechtsradikale und neofaschistische Bestrebungen an den Hochschulen, nicht sein Eintreten für Frieden und Abrüstung sind verfassungswidrig, sondern die Praxis der Berufsverbote für Demokraten und der Mittelentzug für fortschrittliche Organisationen.

Wenn heute die Rechtskräfte mit ihren Angriffen gegen den SHB Erfolg haben, so werden sie morgen gegen andere demokratische Organisationen mit denselben Mitteln vorgehen. Der Finanzentzug gegen den SHB richtet sich gegen alle Demokraten, der Kampf gegen den Finanzentzug ist Sache aller Demokraten.

Die Unterzeichner appellieren an die Bundesregierung, dem Druck der CDU/CSU nicht nachzugeben.

Die Unterzeichner fordern von der Bundesregierung mit Nachdruck:

— eindeutige Zurückweisung der Versuche der CDU/CSU, den SHB und andere demokratische Organisationen in die „graue Zone der Verfassungsfeindlichkeit" zu drängen;

— sofortige Aufhebung der Auszahlungssperre und Weiterzahlung der durch den Bundestag für 1974 genehmigten Mittel aus dem Bundesjugendplan in voller Höhe für SHB und SVI;

— Weiterförderung der Arbeit des SHB an den Hochschulen aus Mitteln des Bundesjugendplans und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft auch im Jahr 1975.

Unterzeichnet haben den Aufruf zur Solidarität mit dem SHB bisher u. a.: Konrad Gilges, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands. — Die Falken. — G. Möller, 1. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG). — Bernd-Ulrich Kettner, Professor, Vizepräsident der Philipps-Universität Marburg. — Konrad Wenkebach, Mitglied des Vorstands der SPD Unterbezirk Marburg/Biedenkopf, Vorstand der Jungsozialisten Hessen-Nord, Mitglied im Bundesausschuß der Jungsozialisten. — Hans-Hermann Storck (LHV), Mitglied im Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS). — Wolfgang Klafki (SPD, GEW), Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Marburg. — Richard Bünemann (SPD), Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein. — Wolfgang Abendroth, em. Professor für Wissenschaftliche Politik an der Universität Marburg. — Gerhard Stuby (SPD, VDJ), Professor und Pro-Rektor der Universität Bremen. — Detlev Ommen, Bundesvorsitzender des Liberalen Hochschulverbandes. — Reinhard Kühnl, Professor, Vorsitzender des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) — Wilfried v. Bredow (FPP), Professor an der Universität Marburg. — Norman Paech (SPD, GEW), Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.

gesellschaftlichen Erneuerungsbestrebungen beflügelt haben. Die politischen Verfolgungen in Preußen gegenüber Lehrern und Professoren wurden durch den Leiter der politischen Polizei v. Kamptz besonders intensiv betrieben, überboten vielleicht nur noch durch den im Polizeiministerium tätigen Geheimrat Tzschoppe. Die Professoren Schleiermacher, Arndt, de Wette, Luden und Follen waren neben den ‚Göttinger Sieben" [21]) die bedeutendsten Hochschullehrer, die verhört und als sogenannte Demagogen verfolgt wurden. Sie wurden beschuldigt, auf den radikalen Flügel der Burschenschaften, bei den „Schwarzen" und „Unbedingten", einen verderblichen Einfluß auszuüben, zumindest aber Sympathisanten dieser radikalen studentischen Minderheit zu sein [22]).

Jeder Intellektuelle, der sich nicht durch Wort und Schrift jederzeit für die bestehende Grundordnung einsetzte, wurde durch die CUC indentifiziert und den Behörden übergeben: „Das ganze öffentliche und private Leben Deutschlands wurde von übereifrigen Polizeinasen durchschnüffelt. Kein Privatbrief, ja kein amtliches Schreiben war von den Diebesfingern der Polizei sicher" [23]).

Verhängnisvoll wirkte sich diese restaurative Entwicklung auf die gerade einsetzende Schulreform aus. Die geplanten Reformen Humboldts und Süverns wurden nicht ausgeführt, fortschrittliche „Rahmenrichtlinien" blieben in den Schubladen, reaktionäre Kräfte betonten wieder ein stärkeres kirchliches Regiment als Mittel der Repression [24]).

Der Süvernsche Unterrichtsgesetzentwurf von 1819 war vor allem von der Volksschullehrerschaft begrüßt worden. Viele fortschrittliche Volksschullehrer meinten, zusammen mit den Vorschlägen Pestalozzis und Süverns könnte eine Emanzipation aus patronaler und kirchlicher Vorherrschaft vollbracht werden [25]).

Die reaktionären Kreise aus dem Feudaladel, die jegliches liberale Tun von Stein bis Süvern als blutiges Jakobinertum beim preußischen König denunzierten, konstatierten, die Volksschulen seien „Brutstätten des unruhigen Geistes, die nach Pestalozzischen Anschauungen gebildeten Lehrer seien mit ihrer ‚Halbbildung' die Sendboten der Revolution, die alten, aus Schneider- und Schuhmachergewerken rekrutierten Lehrer vollständig genügend, dem Volk die nötige Bildung beizubringen" [26]).

Bei der Suche nach den Quellen der Raisonnements verfiel man auf die gerade eingerichteten Lehrerseminarien. Die Seminare hatten in der Tat den Professionalisierungsprozeß des Lehrerberufes, ein stärkeres Selbstwertgefühl des Volksschullehrers bewirkt. Ein besonders reaktionärer Kritiker schrieb dann auch 1824 über die, wie er sie nannte, „Schulmeisteruniversitäten": „Nicht wie man hätte denken sollen, wurde den jungen Männern bloß eine geprüfte und am besten befundene Methode für jedes Unterrichtsfach eingeschärft und eingeübt: nein, sie sollten selbst denken, selbst versuchen, selbst lesen, wählen, kombinieren ... Das alte Prinzip, das in der Religion seit Anfang des Christentums, in den Staaten seit ihrem Ursprung gelebt und gegolten hat, ist Anhänglichkeit an das Bestehende und Bewährte, Anerkennung der Zulässigkeit vorgefaßter Urteile be-

21) Die Professoren Dahlmann, Ewald, Gervinus, Jakob und Wilhelm Grimm und W. Weber hatten wegen der einseitigen Aufhebung der Verfassung von 1837 protestiert und waren daraufhin vertrieben worden.
22) Vgl. Schoeps, a. a. O., S. 118.
23) Paul Kampffmeyer, Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland, Berlin 1921, S. 200.
24) Erlaß über den Religionsunterricht 1826, geistliche Beaufsichtigung der höheren Schulen von 1819. Vgl. G. Giese, Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800, Göttingen 1961.
25) Vgl. Gertrud Quark, Über das Verhältnis von Staat und Erziehung bei Johann Wilhelm Süvern, phil. Diss., Greifswald 1929.
26) Fritz Thiele, Der „rote" Wander und seine Zeit, Darmstadt 1954, S. 25.

sonders für alle, die zur Prüfung nicht reif sind. Das neue Prinzip aber ist volle Vorurteilslosigkeit, vornehmlich schon den Kindern beizubringen und somit Feindschaft gegen alles Positive, worauf gerade die Aufmerksamkeit fällt. Jenes fordert Glauben, dieses dringt überall auf Begreifen; jenes sichert Dauer, dieses gibt alles, was Bestand gewonnen, gegen ein besser scheinendes Neues auf" [27]).

Friedrich Wilhelm Wander, ein Freund Adolph Diesterwegs, wegen seiner demokratischen Einstellung der „Rote Wander" genannt, hatte unter den Verfolgungen besonders zu leiden. Wander wurde aus dem Amt gejagt, ins Gefängnis geworfen, später wurde ihm sogar verboten, einen Kaufladen zu eröffnen. Wander ist der Begründer der ersten freien Zusammenschlüsse der Lehrerschaft, er arrangierte den „Tag des Ersten Lehrerfestes" am 9. Juni 1840 auf dem Pflanzberg bei Hirschberg. Diese emanzipative Bewegung fand ihren ersten Höhepunkt in der Tivoli-Versammlung in Berlin. Hier liegen auch die Wurzeln für die Entstehung des Allgemeinen Deutschen Lehrervereins, des Vorgängers der heutigen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

III

Die Revolutionsbewegungen des Vormärz zeigen sich in einer regionalen und sozialen Mannigfaltigkeit, wie es durch die Untersuchungen von Walter Grab und Heinrich Scheel belegt und dokumentiert wird [28]). Dennoch kann man bestimmte Zentren ausmachen. So bildete z. B. das Großherzogtum Hessen einen Brennpunkt revolutionären Geschehens.

In den Berichten der CUC wird das deutlich. Die Commission hat ihre Berichte in drei Perioden eingeteilt (1806—1815, 1816—1819, 1820—1825). Während in den beiden ersten Perioden die „demagogischen Umtriebe und revolutionären Verbindungen" ihren Ursprung in Deutschland gehabt hätten, so seien nach 1820 entscheidende Impulse vom Ausland ausgegangen. Diese „importierten Bestrebungen" müßten als eine „Fraktion der allgemeinen Bewegung, welche seit sieben Jahren die Ruhe von Europa neuerdings zu erschüttern bedroht habe" [29]) interpretiert werden.

Die CUC sieht den Anfang der revolutionären Bewegung in den Verlautbarungen des Buchhändlers Georg Andreas Reimer zu Berlin, der den Gedanken einer „allgemeinen Regeneration" [30]) propagiert habe, sowie in den Schriften von Arndt und Fichte. Die neuen Intellektuellen waren den Machthabern sowie deren geistigen Rechtfertigern verdächtig. Sie fürchteten die Entlarvung ihres Obskurantismus, den Primat der Vernunft gegenüber ihrer irrationalen Herrschaftslegitimierung.

Hessische Pfarrer und Lehrer kamen 1814 in Usingen zusammen, gründeten dort die „Wetterauer Gesellschaft" [31]), aus der 1815 die „Deutsche Gesellschaft" entstand. Aber erst im Zusammenhang mit der Entstehung der radikal-demokratischen Vereinigung der „Unbedingten" in Gießen unter der Initiative von August Follen bildete sich jene revolutionäre Gruppe, zu der auch der Student Sand aus Jena Verbindungen unterhielt. Gießen, Butzbach, Wetzlar und Darmstadt sind bedeutende Versammlungsorte, wo die Pläne zu einem gewaltsamen Umsturz am

27) Thiele, a. a. O., S. 26.
28) Walter Grab, Norddeutsche Jakobiner, Frankfurt/M. 1967; Heinrich Scheel, Süddeutsche Jakobiner, Berlin (West) 1962.
29) Ilse, a. a. O., S. 120.
30) Ilse, a. a. O., S. 58.
31) Ilse, a. a. O., S. 74.

weitesten fortgeschritten waren, wo immer wieder von dem „Souveränen Unterdrückten", d. h. von der Klasse der Unterdrückten gesprochen wurde [32]).

Das Großherzogtum Hessen war auch das Betätigungsfeld des Schulrektors und späteren Pfarrers Weidig, der als der „Lenker aller revolutionären Umtriebe im Großherzogtum" [33]) galt. Weidig initiierte politische Versammlungen, wozu er insbesondere Bauern und Handwerker einlud, weil er wußte, daß eine Revolution von denjenigen getragen werden muß, die unter der willkürlichen Herrschaft am meisten zu leiden haben [34]). Weidig zielte demnach auf eine Erhebung der Massen, wobei die Intellektuellen lediglich Hilfestellung zu leisten hätten [35]).

Die Bürger von Butzbach scheinen ganz besonders großes Interesse am politischen Geschehen gehabt zu haben. Es wird berichtet, fast alle Bürger Butzbachs hätten an einem demokratischen Constitutionsfest teilgenommen und 170 Butzbacher wären Mitglieder des gegründeten Preßvereins geworden [36]). Weidig war unermüdlich für die bevorstehende Revolution tätig. Er fungierte sogar als Kassenführer des „Wetterauer Frauenvereins zur Unterstützung der Polen" [37]).

Handwerksgesellen, Bauern, Gymnasiasten [38]), Studenten, Lehrer, Professoren, Ärzte, Juristen, Apotheker und Soldaten sympathisierten oder beteiligten sich aktiv an den revolutionären Vorbereitungen in Hessen [39]). Weidig und die Brüder Follen waren die Theoretiker der revolutionären Bewegungen in Hessen, speziell in Gießen, wo man für den erwarteten Ausbruch der Revolution besonders gut vorbereitet und „gerüstet" war [40]).

In diesem Zusammenhang muß auch Weidigs Mitwirkung bei den Vorbereitungen für die Herausgabe des „Hessischen Landboten" erwähnt werden. „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!" lautete die erste Botschaft, die dem „hessischen Land die Wahrheit" [41]) vermelden sollte und die Georg Büchner zum steckbrieflich gesuchten „Aufrührer" machte.

Die Verbreitung des „Hessischen Landboten", dessen erste Nummer mehrmals nachgedruckt wurde, das zweitemal in der Elwertschen Druckerei in Marburg, löste eine Flut von Verfolgungen aus. Bespitzelungen, Hausdurchsuchungen, Erpressungen und Festnahmen sollten wieder Ruhe und Ordnung herbeibringen.

---

32) Ilse, a. a. O., S. 108. „Folgendes Lied soll in Michelstadt selbst auf der Straße von den Bauernburschen gesungen worden sein: Brüder, so kann's nicht gehn — laßt uns zusammenstehn — duldet nichts mehr! — Dann wird's, dann bleibt's nur gut, — wenn Du an Blut und Gut — wagst Blut und Gut — . . . — Schlagt eure Plager todt, — rettet das Land." Ilse, a. a. O., S. 115.

33) Die revolutionären Zentren im Großherzogtum Hessen bildeten sich vor allem dort, wo Landwirtschaft und Gewerbe einen hohen Grad an Prosperität erlangt hatten, wie z. B. in Butzbach. Allerdings waren zu Anfang des 19. Jhts. der Expansion Grenzen gesetzt. Die englische Industrie war durch die dort früher einsetzende Mechanisierung im Vorteil. Auch die teilweise Aufhebung der Zollschranken, so z. B. 1828 zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt, brachte nicht den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung.

34) Es gibt viele Beispiele für politische Solidarisierungen zwischen der arbeitenden Klasse und den Intellektuellen, so z. B. bei der Besetzung der Constablerwache in Frankfurt 1833. Vgl. auch: Johann Eberhard Ewald, „Unter Studenten", in: Klassenbuch 1, a. a. O., S. 119.

35) Ilse, a. a. O., S. 304 f.

36) Ilse, a. a. O., S. 291.

37) Ilse, a. a. O., S. 291. Im Land waren damals viele polnische politische Flüchtlinge.

38) An den politischen Emanzipationsversuchen haben sich auch in nicht geringem Maße Gymnasiasten beteiligt. So konnte der „rote Hermann Becker", der als „republikanischer" Schüler von den Gymnasien in Soest und Duisburg relegiert worden war, unter dem liberalen Direktor Bernhard Thiersch 1842 in Dortmund sein Abitur machen. „Hier in Dortmund hatten die Schüler der oberen Klassen das politische Nervenfieber . . . In den Klassen sang man vor den Ohren unseres Mathematikers, der dabei ganz stille sein mußte, den Wechselgesang: Freiheit, Gleichheit, Republik — Wär'n wir doch mit Preußen quitt!" (Wilhelm Schulte, Volk und Staat, München 1954, S. 443).

39) Die „Revolutionstheorie" von Rudolf Stadelmann, wonach die „umstürzlerischen Ideen" erstens ihren Ausgangspunkt hätten in der „sozial heimatlos gewordenen Zwischenschicht" (er spricht von „proletarischen Intellektuellen" und meint damit die sozial aufgestiegenen Lehrer und Pfarrer) und zweitens bei solchen Handwerkern wie z. B. den Schneidern, die genügend Zeit für „spintisierende Gedanken" hätten, ist typisch für ein idealistisches Denken, das die geistigen Prozesse losgelöst von den ökonomischen Verwertungsstrukturen interpretiert. Vgl. Rudolf Stadelmann, Soziale und politische Geschichte der Revolution von 1848, München 1948, S. 4.

41) Georg Büchner, 17. Oktober 1813 bis 19. Februar 1837, hrsg. von Kurt Schleucher, Darmstadt o. J. (1963), S. 56.

Willkürlich wurden Verhaltensweisen zu politischen gestempelt. „Was war damals nicht Alles politisches Vergehen!" [42]) konstatiert Ilse.

Als dann der Sturm auf die Frankfurter Hauptwache mißlungen war, setzte die Hysterie verstärkt ein, sogar in einer revolutionär so ruhigen Stadt wie Kassel wurden liberale Bürger wie der Essigfabrikant Habich verhaftet. Wer mit revolutionären Aktivisten irgendwie in Verbindung gebracht werden konnte, geriet in Verdacht, ein Staatsfeind zu sein. Weidig wurde im Zuge der verstärkt einsetzenden Demagogenverfolgungen verhaftet und „später im Gefängnis durch systematische Quälereien zum Selbstmord getrieben" [43]).

In den herrschenden Kreisen bestand die Auffassung, daß sich die Handwerker und Bauern von den Intellektuellen haben verführen lassen, besonders von solchen, die vom Ausland her ihre revolutionäre Agitation betrieben: „Die gefahrdrohende Verführung der Handwerker ist von flüchtigen deutschen Revolutionären ausgegangen" [44]) heißt es in einer Dokumentation der CUC.

In der Tat sind in den 30er Jahren Flugblätter aus dem Ausland nach Deutschland gekommen, so aus der Schweiz und aus England [45]). Deutsche Flüchtlinge — es waren fast ausschließlich Handwerker [46]) — gründeten um 1831 in Paris einen Preßverein, der sich bald politisch als „Deutscher Volksverein" öffentlich konstituierte und schon 1832 von der französischen Regierung verboten wurde. Nach der erzwungenen Auflösung bildete sich 1834 jene geheime Vereinigung, die sich „Geheimbund der Geächteten" nannte. Hieraus wiederum bildete sich der „Bund der Gerechten", aus dem, wie Friedrich Engels hervorhob, entschiedene Kommunisten wie der wegen revolutionärer Umtriebe in Gießen seit dem 26. August 1824 steckbrieflich gesuchte Student Carl Schapper hervorgingen [47]).

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß die obengenannten Geheimbünde mannigfache Verbindungen zu Handwerkergruppen im Darmstädtischen hatten [48]). So gelangte auch die Broschüre „Aufruf eines Geächteten" und die „Adresse des Londoner Arbeitervereins" 1838 nach Deutschland [49]), sowie ca. 150 Exemplare des von dem in die Schweiz geflüchteten Schneider Weitling redigierten kommunistischen Blatts „Der Hilferuf der deutschen Jugend", von dem Engels meinte, daß es die erste „selbständige theoretische Regung des deutschen Proletariats" darstellte [50]).

Die Centrale-Untersuchungs-Commission in Mainz hat einige ihrer Ergebnisse tabellarisch zusammengestellt. Die umfangreichsten wollen wir kurz auswertend darstellen, da hieraus wesentliche Aufschlüsse über die soziale Zusammensetzung der an den emanzipativen Versuchen Beteiligten zu gewinnen sind.

Zum einen handelt es sich um eine Zusammenstellung der deutschen politischen Flüchtlinge, zum anderen um ein „Verzeichnis der wegen Teilnahme am Bund der Geächteten, der Gerechten und der Deutschen gerichtlich bezichtigten Individuen" [51]). Bei einer Analyse der Gründe für die Anschuldigungen bei den steckbrieflich verfolgten Personen (erste Tabelle) fällt auf, daß die Mehrzahl wegen

42) Ilse, a. a. O., S. 426.
43) Heinrich Keil, „Fragmentarische Vollendung", in: Georg Büchner, a. a. O., S. 12.
44) Ilse, a. a. O., S. 379.
45) Ilse, a. a. O., S. 381.
46) Vgl. Friedrich Engels, „Zur Geschichte des Deutschen Bundes der Kommunisten", in: Marx Engels Werke, Berlin (DDR) 1960, Bd. 8, S. 577 ff.
47) Vgl. Friedrich Engels, a. a. O., S. 502.
48) Vgl. Ilse, a. a. O., S. 506 f.
49) Vgl. Ilse, a. a. O., S. 518.
50) Vgl. Friedrich Engels, a. a. O., S. 15.
51) Ilse, a. a. O., Anhang.

Teilnahme an „revolutionären Umtrieben" gesucht wurden, lediglich eine Minorität von etwa 15 % (von insgesamt 161 Inculpanten) wegen bloßer Mitgliedschaft in geheimen Verbindungen, Verbreitung revolutionärer Schriften oder lediglich wegen „Mitwissenschaft um eine hochverräterische Verbindung".

Analysiert man die Berufe, dann ist die bildungsbürgerliche Gruppe mit 80 % am stärksten vertreten, gefolgt von Handwerksgesellen und Arbeitern mit ca. 10 %, Commissionären u. ä. mit 5 % und sechs Soldaten. Auch vier Frauen, meistens Ehefrauen oder Töchter von Gesuchten, waren darunter. In der Gruppe der Intellektuellen befand sich mehr als ein Drittel Studenten. Weiterhin fällt auf, daß Mediziner, Theologen und Juristen mit etwa gleicher Häufigkeit aufgeführt sind, während Lehrer und Philologiestudenten mit nur insgesamt sieben Fällen vorkommen. Ein Drittel dieser Flüchtigen floh in die Schweiz, von da nach England und nach Frankreich. An vierter Stelle rangieren die USA, wohin ca. 15 % der politisch Verfolgten entwich.

Diese Ergebnisse dürfen nicht zu dem voreiligen Schluß verleiten, als seien Handwerker und Arbeiter nur in Ausnahmefällen an den revolutionären Aktivitäten beteiligt gewesen. Wir müssen vielmehr aufgrund einer Analyse der zweiten obenerwähnten Tabelle annehmen, daß die Handwerker die größte Gruppe unter den Verfolgten darstellten. In besagter zweiter Übersicht sind ca. 400 Fälle aufgeführt, die wegen Mitgliedschaft in den Vereinigungen „Bund der Geächteten", „Bund der Gerechten" und „Bund der Deutschen" angeklagt worden sind. Von diesen waren ca. 35 % Schreiner, Tischler, Spengler, Wagner und Küfer, ca. 20 % Schneider und ca. 15 % Schuhmacher. Der Rest verteilt sich etwa gleichmäßig auf die damals üblichen Gewerbe sowie 2 % auf akademische Berufe.

Insgesamt kann man also sagen, daß es sich bei den von der CUC und später der Frankfurter Behörde verfolgten Demokraten mehr um proletaroide als um bürgerliche Gruppen gehandelt hat. Insbesondere aber aufgrund der Tatsache, daß es Handwerksgesellen in Paris waren, die den „Bund der Geächteten" gegründet haben, läßt sich die These von den ausschließlich bürgerlich geprägten Revolutionsversuchen nicht länger aufrechterhalten.

Insgesamt gesehen, gilt das Urteil, das Paul Kampffmeyer über die Emanzipationsversuche in Deutschland fällt: „Aber nur in den Köpfen kleiner Bruchteile des deutschen Volkes wetterleuchteten revolutionäre Gedanken und Empfindungen. Große Volksgruppen, die sich geistig am Leitseile des herrschenden Adels befanden, lebten in spießbürgerlicher Enge fort, sie wollten ihre ‚Ruhe' haben und hatten vor den kleinsten Störungen in ihrer krähwinkligen Welt ein starkes Grauen. Sie unterstützten aktiv und passiv die reaktionäre Strömung, die der Feudaladel nun zielklar gegen die radikale Studentenbewegung richtete" [52]).

IV

Nach dem völligen Sieg der Konterrevolution in Preußen setzte eine Zeit der Erstarrung oppositioneller Kräfte ein, bis zu jenem Zeitpunkt, wo sich das inzwischen zahlreicher gewordene deutsche Proletariat 1863 zur konstituierenden Versammlung des Lassalle'schen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammenfand.

[52]) Kampffmeyer, a. a. O., S. 199.

Obwohl sich in Deutschland Gesellschaft und Staat in den letzten 150 Jahren grundlegend geändert haben, von der Leibeigenengesellschaft zum späten Kapitalismus, von der Ständeverfassung zur formalen parlamentarischen Demokratie, obwohl die Sprengkraft zwischen den Klassen durch Konsumverführung entschärft worden ist, sind viele Mechanismen staatlicher Herrschaftsabsicherung und -verteidigung die gleichen geblieben.

Die Art und Weise, wie der Staat gegen seine realen und vermeintlichen Gegner und Kritiker vorgeht, weisen beängstigende Analogien auf. Vor allem werden die kritischen Intellektuellen der bösen Urheberschaft bezichtigt, sie seien die eigentlichen Anstifter all dieser Unruhe. Konservative und reaktionäre Gruppen in der BRD haben es in letzter Zeit zu einer beinahe vollendeten Kunstfertigkeit in der Ideologiefabrikation gebracht [53]).

Am Mißbrauch des Begriffes „Freiheitlich-Demokratische-Grund-Ordnung" (FDGO) kann dies nachgewiesen werden. Die Ideologiejongleure leiten „ihre" Ordnung nicht etwa vom Grundgesetz ab, vergleichen nicht die gesellschaftliche Realität mit den Grundgesetzpostulaten, sondern sie formulieren axiomatisch: Gesellschaft und Staat sind Realität. Diese Realität ist gut und repräsentiert die FDGO. Wer die Realität nicht nach diesem Willen verändern will, ist gegen den Staat.

Das politische Klima der BRD ist Ende 1974, etwa eine Generationenlänge nach Kriegsende, in einen sehr labilen Zustand geraten. Die Auseinandersetzungen über die Beschäftigung sogenannter Radikaler im öffentlichen Dienst signalisieren Hysterie und Irrationalität. Hier kann zum Feind erklärt werden, wer immer eine von der Affirmation abweichende Meinung kundtut.

Wo aber „Pogromstimmung umgeht, ist der Irrwitz nicht fern", schrieb Willy Brandt jüngst in einem „Zeit"-Artikel [54]).

Wenn Brandt glaubt, es hätte bei uns in Deutschland „historische Ursachen, daß auf kollektive Angst so leicht zu setzen ist" [55]), dann ist ihm zuzustimmen. Nur sollen dann auch jene sozial- und psychohistorischen Hypotheken benannt werden, die die heutigen politischen Tendenzen so stark zu steuern drohen.

Im Unterbewußten der Menschen west eben immer noch der Untertanengeist fort, die sporadischen Emanzipationsversuche in der Geschichte der Deutschen reichten nicht aus, um mündige, demokratisch denkende und handelnde Sozialcharaktere hervorzubringen.

Vestigia terrent! *)

---

53) Vgl. Joachim Steffen, Strukturelle Revolution, Hamburg 1974, S. 186.
54) Willy Brandt, „Wider das Geschäft mit der Angst", in: „Die Zeit" v. 27. 12. 1974.
55) Willy Brandt, a. a. O.
*) „Die Spuren schrecken!"

Medienkritik

RÜCKBLICK AUF EIN FERNSEHJAHR

Als Hegel irgendwo bemerkte, daß alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereigneten, gab es noch kein Fernsehen. Andernfalls hätte er kaum knausern mögen und sie sich dreimal zutragen lassen. Bei ihrer Reproduktion der Weltgeschichte zeichnet die Fernsehberichterstattung aus, daß sie nicht die zentralen Ereignisse dokumentiert, sondern durch ihre Dokumentation Ereignisse zu zentralen macht. Alles was das Fernsehen im Lauf des Jahres nicht wert findet, aufgezeichnet zu werden, erst recht, was es nicht mal wert findet, aufgenommen zu werden, soll offenbar nicht geschehen sein. Das auf diese Weise erzeugte Geschichtsbild verdeutlichten besonders kraß die Jahresrückblicke von ARD und ZDF. In der Sendung „1974 — Rückblick auf das Jahr" (ARD, Montag, 30. 12. 1974) und im Beitrag „Köpfe, Krisen und Konflikte" (ZDF, Sonntag, 29. 12. 1974) wurden die Zuschauer mit identischen Bildern, mit den gleichen Einstellungen und Schwenks konfrontiert. Dabei machte der ZDF-Rückblick schon durch seinen Titel überdeutlich, was zu sehen war. Zeitgeschichte lief ab als Handeln großer Männer.

Gegen Reflexion triumphierten Konserven. Kein Rückblick auf die Ereignisse des Jahres fand statt, sondern einer auf des Jahres Fernsehereignisse. Der Rückblick der Berichterstatter auf ihre eigenen Produkte war der Sieg des Archivs über die Analyse. Im Abspann nannte das ZDF denn auch keine Kameraleute, vielmehr Virtuosen des Schneidetisches. Filmschnitt, Bildschnitt und MAZ-Schnitt reihten aneinander, was das Fernsehen als Geschichte in Dosen verwahrt. Nicht minder deutlich freilich als jede Kritik machte diese Mischung aus Stammtisch und Märchenstunde die massenmediale Nachrichtenstrategie:

1. *Fernsehberichterstattung ist Hofberichterstattung.* Das Klassenauge Kamera betrachtet das Geschehen aus der Perspektive der Herrschenden. „Es scheint so", heißt es daher über Griechenland und Karamanlis, „daß ein Volk wieder mit sich im reinen ist".

Über Portugal ohne Spinola hingegen wird vermeldet: „Portugal taumelt in die Zukunft".

2. *Historisches Geschehen hat nur dann die Chance, zum Fernsehereignis zu werden, wenn es Showcharakter besitzt.* Nixon mit tränenerstickter Stimme vor dem Weißen Haus — welch gelungenes Entertaining ist dies doch gegen den allmählich langweiligen Kampf des vietnamesischen Volkes. Von ihm wurde denn auch in den Jahresrückblicken keine Notiz genommen. Das Fernsehen folgte der Maxime, die der Schauspieler Burt Reynolds bereits 1972 in der ARD verkündet hat: „Der beste Weg, den Vietnam-Krieg wegzukriegen, ist, ihn gegen Bonanza laufen zu lassen; dann wird er in zwei Wochen abgesetzt".

3. *Personalisierung und Intimisierung politischen Geschehens sind Lieblingsmechanismen des Fernsehens bei der Benachrichtigung seiner Zuschauer.* Mit ihnen werden Wandel und Beharrung gleichermaßen erklärt. Ob von Brandt zu Schmidt oder von Pompidou zu Giscard — jeweils gehe sowohl eine Ära zu Ende und werde Kontinuität bewahrt. Ersetzt wird auf diese Weise vollständig das Aufdecken von Zusammenhängen, der Hinweis auf Hintergründe, das Eröffnen von Perspektiven.

Mit derlei und weiteren Instrumenten zur Verzerrung des Alltagslebens produziert das Fernsehen ein ideologisches Korrektiv zur Wirklichkeit. Die metaphysische Fernsehwelt mag mit der wirklichen weder Elemente noch Gesetze gemein haben. Die Tatsachen und Personen der Weltgeschichte verwandeln sich in der Fernsehgeschichte aus Klassenkämpfen in Führungskrisen und aus Wirtschaftskrisen in Wachstumsgrenzen.

Wulf D. Hund

Bücher

Zur Lage der Geschichtswissenschaft in der BRD

Ein Literaturbericht

Von Reinhard Kühnl

Manfred Asendorf (Hrsg.), Aus der Aufklärung in die permanente Restauration. Geschichtswissenschaft in Deutschland, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1974, 438 S., 34,— DM.

Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft I: Kritik — Theorie — Methode, hrsg. v. I. Geiss und R. Tamchina, Reihe Hanser 1953, Carl Hanser Verlag, München 1974, 191 S., 8,80 DM. II: Revolution — ein historischer Längsschnitt, Reihe Hanser 154, Carl Hanser Verlag, München 1974, 226 S., 10,80 DM.

Geschichte heute. Positionen, Tendenzen und Probleme, hrsg. von Gerhard Schulz, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1973, 327 S., 29,80 DM.

Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, hrsg. v. B. Faulenbach, Verlag C. H. Beck, München 1974, 201 S., 13,80 DM.

Bernt Engelmann, Wir Untertanen. Ein deutsches Anti-Geschichtsbuch, C. Bertelsmann Verlag, München 1974, 495 S., 32,— DM.

Dieter Riesenberger, Geschichte und Geschichtsunterricht in der DDR, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1973, 69 S., 4,80 DM.

I

„Es gibt in Deutschland wohl keine Wissenschaft, die in ihrer ideologischen Funktion so sehr durch die historisch-gesellschaftliche Entwicklung ausgezehrt worden wäre wie die Geschichtswissenschaft. Geschichte als Wissenschaft ist immer Gesellschaftswissenschaft, auch wenn das mancher deutsche Historiker mit Beschwörungsformeln wie ‚Objektivität' und ‚Überparteilichkeit' wegzaubern wollte." Mit diesen Sätzen beginnt *Asendorf* seinen Kommentar zu dem Reader, der „Schlüsseltexte zur neueren deutschen Geschichtswissenschaft von der Aufklärung bis zur jüngsten deutschen Vergangenheit" zusammenstellt mit dem Ziel, „durch eine kritische Bestandsaufnahme dazu (zu) verhelfen, Voraussetzungen für eine entschlossene Neuorientierung zu schaffen". In der Tat ist, angestoßen durch die Studentenbewegung und die Rekonstitution marxistischer Ansätze und Kritik, in der BRD das traditionelle Selbstverständnis der Geschichtswissenschaft tief erschüttert und eine Diskussion über methodische Grundlagen und ideologische Funktion von Geschichtswissenschaft überhaupt erst in Gang gesetzt worden. Davon zeugt eine ganze Reihe von Publikationen der letzten Jahre, deren größter Teil allerdings unfreiwillig lediglich das enorme Defizit an methodischer Reflexion der Historiker dokumentiert.

Der Herausgeber des vorliegenden Bandes, der bei dem jetzt in Bremen lehrenden Imanuel Geiss eine Dissertation über die deutsche Geschichtswissenschaft anfertigt, begreift die Geschichte der Geschichtswissenschaft als „ein Stück Sozialgeschichte des bürgerlich-politischen Denkens in Deutschland" und möchte kritische Impulse besonders dadurch vermitteln, daß er die „von der fachhistorischen Tradition seit Anfang des 19. Jhs. verdrängte Aufklärungshistoriographie" wieder zur Diskussion stellt. Da er sich zugleich auf die an den Universitäten etablierte Geschichtswissenschaft beschränkt, sind Reichweite und Grenzen dieses Ansatzes klar bestimmt: Der Zusammenhang zwischen der herrschenden Geschichtswissenschaft und den „staatstragenden Kräften", also die ideologische Funktion, kann herausgearbeitet, eine für die heutige Situation voll angemessene geschichtswissenschaftliche Theorie aber nicht entwickelt werden. Die wirkliche, freilich von den Herrschenden immer unterdrückte und an den Universitäten nicht zugelassene, bis zum heutigen Tage der Diffamierung ausgesetzte wissenschaftliche Alternative, nämlich die marxistische Geschichtswissenschaft und deren Entwicklung

seit dem 19. Jh., bleibt außerhalb der Betrachtung. Wie der Herausgeber mitteilt, soll sie in einem zweiten Band gesondert behandelt werden.

II

Noch stärker bezogen auf die aktuelle Diskussion ist der von *Geiss* und *Tamchina* herausgegebene Band. Die Autoren, die durchweg der jüngeren Generation der bundesdeutschen Historiker angehören und an der Universität Hamburg tätig sind (oder waren), versuchen in diesem teilweise kooperativ erarbeiteten Buch, sowohl eine Bestandsaufnahme der bisherigen als auch Perspektiven für eine künftige Geschichtswissenschaft zu formulieren.

Einleitend skizziert Geiss die „sozialen und politischen Positionen und Funktionen deutscher Historiker" vom 19. Jh. bis zur Gegenwart: „Die deutschen Historiker machten alle Schwankungen des Bürgertums mit, denn sie entstammten überwiegend selbst dem Bürgertum. Sie reflektierten die Interessen ihrer Klasse und beeinflußten ihrerseits die daraus entspringenden politischen Konsequenzen ... Die Rückwärtsgewandtheit disponierte die Mehrheit — auch hier in grundsätzlicher Übereinstimmung mit ihrer Klasse — nach dem Ersten Weltkrieg für den deutschen Faschismus ... Der Restauration Westdeutschlands, dann Bundesrepublik im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereich entsprach die Restauration des Zunftbetriebs, so gut es eben ging ... Schließlich mußte eine neue Generation auf den Plan treten ..." Für ein neues Verständnis müsse „wissenschaftliche Praxis so angelegt sein, daß sie sich in politische Aufklärung umsetzen läßt" — als „Beitrag zur rationalen und humanen Gestaltung unserer Zukunft."

Asendorf zeigt dann, daß sich die reaktionären Positionen der deutschen Geschichtswissenschaft methodisch in der Ausklammerung der Sozialgeschichte darstellten.

Volker Rittner (jetzt Sportwissenschaftler in Marburg) untersucht die gegenwärtige Diskussion in der westdeutschen Geschichtswissenschaft. Er macht deutlich, daß eine starke Fraktion konservativer Historiker, die u. a. von Golo Mann, Theodor Schieder, Bosl, Herzfeld und Wittram repräsentiert wird, trotz einer gewissen Modernisierung im Vokabular im Prinzip an den alten Positionen festhält: Geschichte als das Einmalige, Unwiederholbare, das von keinerlei Gesetzmäßigkeit bestimmt wird und also nur verstehend und erfühlend, nicht aber erklärend und begrifflich angeeignet werden könne. Die Lehre von der außerordentlichen Individualität, der großen Persönlichkeit und der unabänderlichen Menschennatur ist nach wie vor integraler Bestandteil dieser Geschichtsideologie. Der von den Neukantianern, insbesondere Windelband und Rickert, zu Beginn dieses Jhs. entwickelte Dualismus zwischen nomothetischen und idiographischen Methoden, zwischen Wissenschaften, die Gesetzmäßigkeiten erforschen, und anderen, die Individuelles beschreiben, wird voll aufrechterhalten und wissenschaftstheoretisch durch den Neopositivismus neu abgestützt. Nach Popper ist die Geschichtswissenschaft durch ein „Interesse für tatsächliche, singuläre, spezifische Ereignisse im Gegensatz zu Gesetzen oder Verallgemeinerungen charakterisiert".

In Auseinandersetzung mit dieser Fraktion haben sich in letzter Zeit in wachsendem Maße Positionen artikuliert, die nach einer Neuorientierung suchen. Zu nennen sind hier u. a. Wehler, W. J. Mommsen, Th. Nipperdey und Groh. Sie betonen die Bedeutung von Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, sprechen von Strukturen und führen den Begriff der Gesellschaft in die westdeutsche Geschichtswissenschaft ein. Rittner zeigt nun, daß zwar, läßt man sich überhaupt auf solche Begriffe wie Struktur und Gesellschaft ein, die Chronologiezuversicht und das Individualitätspostulat ins Wanken geraten, daß aber die theoretische Reflexion mit der Einführung neuer Begriffe nicht Schritt gehalten hat. Oft werden Faktenreihungen über Lebenshaltungskosten, Export und Import usw. schon als „Strukturen" ausgegeben. Und der Zusammenhang zwischen den einzelnen Teilstrukturen der Gesellschaft bleibt gänzlich ungeklärt. So sei das Faktenchaos des Individualitätspostulats weithin nur zu einem Strukturchaos transformiert worden. Von größerer Bedeutung, wenngleich zweifellos schwieriger, ist der Versuch des zweiten Teils, Perspektiven für eine kritische Geschichtswissenschaft zu entwickeln. Hier plädiert *Oelkers* für eine dialektische Methode, und *Karin Rittner* empfiehlt, „Das Kapital" von Marx den Historikern als Beispiel für historische und für Gegen-

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

88

Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)

Editorial: Plädoyer für die Einbeziehung von Fragen der Naturwissenschaften in das Programm dieser Zeitschrift

V. Schurig: Naturgeschichte als Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie. Zu Lorenz' „Rückseite des Spiegels"

A. Goldau, H. Jeske, J. Landsberg, M. Schmitt: Biologische Argumente zur Kritik von Lorenz' Aggressions-Konzept

P. M. Kaiser: Bürgerliche Naturphilosophie versus materialistische Dialektik. Zu Jacques Monods „Zufall und Notwendigkeit"

W. Haberditzl: Sir Karls neue Kleider. Zu Poppers Theorie der objektiven Erkenntnis

M. Wetzel: Kritik der Behandlung des Widerspruchs in der Analytischen Philosopie und Wissenschaftstheorie

* * *

F. Haug: Zum Streit um die Bildungsökonomie. Altvater und die Folgen.

Besprechungen: Schwerpunkte: Kritische Theorie; Linguistische Methoden; Emanzipation der Frau; Bildung und Erziehung; Deutsche Parteiengeschichte; Kolonialismus; Befreiungsbewegungen und Sozialismus in der Dritten Welt; Wachstumstheorie

16. Jahrgang · Dezember 1974 · Heft 10—12c · Dreifachheft
Einzelpreis 11,— DM, im Abonnement 9,— DM; Schüler und Studenten 8,— DM, im Abonnement 7,50 DM

ARGUMENT-SONDERBAND AS 2

Gewerkschaften im Klassenkampf
Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa

W. Goldschmidt: Gewerkschaftlicher Kampf in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg

P. Oehlke: Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

D. Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Italienische Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

J. Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

E. Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Besprechungen
Schwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung; Antigewerkschaftliche Strategien von links und rechts; Mitbestimmung; Arbeiterliteratur

Einzelpreis 15,50 DM; für Studenten und Schüler 11,— DM
Argument-Sonderbände auch im Abo

Argument-Verlag **75 Karlsruhe 21** **Postfach 210 730**

wartsanalyse. Schließlich formuliert *Radkau* eine Reihe von bedenkenswerten „Aufgaben für die Praxis der Geschichtswissenschaft". Eben weil diese Gruppe von Historikern einen wesentlichen Fortschritt gegenüber der traditionellen Geschichtswissenschaft repräsentiert, müssen hier die Inkonsequenzen und Mängel ihrer Argumentation deutlich benannt werden, damit jene Methodendiskussion vorangebracht werden kann, die die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft bisher gescheut hat und die erst durch die Kritik dieser jüngeren Historiker in Gang gesetzt worden ist.

Obgleich die Autoren für dialektische und marxistische Methoden plädieren, bleibt ihre Argumentation in zentralen Fragen der idealistischen Position verhaftet. Dies kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß für sie Gesetzmäßigkeiten, Entwicklung und Fortschritt nicht in der historischen Wirklichkeit selber existieren, also objektive Realität sind, sondern Konstruktionen des Historikers, mit deren Hilfe er sich Wirklichkeit aneignet: „Geschichte als Prozeß ist eine Hilfsvorstellung zum Aufweis von Kontinuitäten, die sich aber ... erst im Medium der Darstellung herstellen" (S. 136). Diese Ansicht steigert sich zu der Behauptung, der Gegenstandsbereich des Historikers sei überhaupt „nicht objektiv vorhanden", sondern müsse „rekonstruiert werden" (S. 124). Dies bedeutet eine Rückkehr von Marx nicht etwa zu Hegel, der die Gesetzmäßigkeit des historischen Prozesses bereits gesehen hat (wenn er sie auch aus der Selbstentwicklung der *Idee* her ableitete), sondern zu Kant. Diese Fehleinschätzung in der Grundfrage Idealismus — Materialismus, mag z. T. damit zusammenhängen, daß die Autoren die Frankfurter Schule für den kompetenten Interpreten des Marxismus halten, sich wissenschaftstheoretisch hauptsächlich an Habermas und Alfred Schmidt orientieren und ihre idealistische Position schließlich Marx selbst unterstellen. (Allerdings muß betont werden, daß sie dabei auch Habermas und Schmidt nicht richtig rezipieren.) Die Annahme einer vom erkennenden Subjekt unabhängig existierenden historischen Wirklichkeit und von objektiv existierenden Gesetzmäßigkeiten in der Geschichte aber ist ein Grundprinzip des Materialismus, keineswegs aber, wie die Autoren meinen, „Objektivismus", da sich diese Gesetzmäßigkeiten nur durch das Handeln der Subjekte vollziehen, dadurch, daß die Menschen ihre jeweils vorgefundenen, objektiv gegebenen Umstände zielgerichtet verändern.

Eben diese Anerkennung der Rolle des Subjekts unterscheidet den Marxismus von objektivistischen und mechanistischen Positionen, die den historischen Prozeß nach dem Vorbild der Naturgesetze als einen dem menschlichen Willen entzogenen Automatismus begreifen (wie z. B. Karl Kautsky u. a. Theoretiker der II. Internationale). Andererseits unterscheidet die gleichzeitige Anerkennung von objektiv vorhandenen historisch-gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten den Marxismus von allen subjektivistischen, idealistischen und voluntaristischen Anschauungen. Ist es nicht evident, daß es sich z. B. beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus um eine Gesetzmäßigkeit handelt? Er vollzog sich in allen entwickelten europäischen Ländern — gleichgültig, ob der jeweilige Monarch klug oder dumm, von Mätressen beeinflußt oder unbeeinflußt war, und letztendlich auch gleichgültig, wie die sozialen Kräfte im einzelnen taktierten und wie die Bewußtseinsformen gestaltet waren. Alle diese Momente bestimmten die konkreten Formen und das Tempo der Entwicklung, änderten aber nichts an der grundsätzlichen Richtung. Und ist es nicht zugleich evident, daß es die Tätigkeit der Subjekte war, die — durch die Fortentwicklung der Produktivkräfte — die Voraussetzungen für diese Umwälzung geschaffen hatten, und daß die gesellschaftliche und politische Umwälzung selbst in langen heftigen Klassenkämpfen des Bürgertums und der übrigen antifeudalen Kräfte erkämpft werden mußte? Mit dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus verhält es sich natürlich im Prinzip nicht anders, wie schon ein oberflächlicher Blick auf die globale Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg lehrt.

Dialektik als methodisches Verfahren ist überhaupt nur deshalb legitim, weil sie dem Gegenstand angemessen ist, d. h. weil sich die Wirklichkeit selbst nach dialektischen Prinzipien bewegt. Insbesondere die Subjekt-Objekt-Dialektik, die schon Plechanow in seiner Schrift über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte einprägsam (wenn auch etwas vereinfacht) dargelegt hat und die seither in der marxisti-

schen Diskussion intensiv untersucht worden ist[1]), wurde im vorliegenden Band nicht hinreichend reflektiert. Die partiell falsche Marxrezeption hat eine Reihe von Folgewirkungen, die sich auf erkenntnistheoretische Fragen beziehen (z. B. S. 134, Anm. 45, S. 137), auf die Rolle der Subjekte in der Geschichte („Die Handelnden haben keine Möglichkeit, sich ihrer vergangenen Praxis bewußt zu werden, noch ihre zukünftige intentional zu gestalten", S. 143) und auf den Fortschrittsbegriff: Tatsächlich liegt die treibende Kraft des Fortschritts darin, daß die Menschen in ihrer Arbeit Erfahrungen machen und Kenntnisse sammeln, die zu einer besseren Beherrschung der Natur, also zur Steigerung der Produktivkräfte führen. Die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und des politischen und ideologischen Überbaus ist nur eine, wenn auch wesentliche und aktiv zu erkämpfende, Folgeerscheinung. Keinesfalls aber darf der Fortschrittsbegriff auf die „Überwindung der Widersprüche zwischen der Basis und dem Überbau" (S. 134) eingeschränkt werden, denn es ist eben dieser Fortschritt der Produktivkräfte, der die aufsteigende revolutionäre Klasse befähigt und stimuliert, die überkommenen erstarrten Produktionsverhältnisse umzugestalten, also den Erfordernissen der „Basis" anzupassen.

Und schließlich ist auch der Sinn der Geschichtswissenschaft nicht hinreichend gekennzeichnet, wenn sie als Darstellung der „Abfolge von Repressionen, uneingelösten Wünschen und vertanen Möglichkeiten" aus „antizipierendem Blickwinkel" bezeichnet wird (S. 100, 115). Sie zielt vielmehr auf die Aneignung der objektiv vorhandenen historisch-gesellschaftlichen Realität in einem umfassenden Sinn, schafft damit eine notwendige Voraussetzung zur Umgestaltung dieser Realität und ordnet sich so ein in den allgemeinen Prozeß der auf Erkenntnis und Beherrschung der Naturgesetze und der historisch-gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten gerichteten gesellschaftlichen Arbeit.

Diese Kritik ändert nichts daran, daß in diesem Band eine fundierte Kritik der traditionellen Geschichtswissenschaft geleistet und manche bedenkenswerten Ansätze zu einer Neuorientierung entwickelt werden. Sie zeigt aber, daß faschistische Herrschaft und kapitalistische Restaurationsperiode mit ihrer rigorosen Unterdrückung marxistischer Positionen starke Nachwirkungen selbst auf solche Historiker haben, die alle Anstrengungen unternehmen, diese Barrieren zu überwinden, und daß allzu oft noch die Kenntnis über Marx aus zweiter oder dritter Hand stammt.

Im Band II „Revolution — ein historischer Längsschnitt" werden Krisenperioden vom Römischen Reich bis zur Gegenwart unter dem Aspekt untersucht, ob der Begriff der „Revolution" anwendbar ist. Das erste Kapitel versucht, genauer zu bestimmen, was nach der Meinung der Autoren unter „Revolution" verstanden werden sollte. Als Grundkategorie fungiert der aus der bürgerlichen Soziologie entnommene Begriff des sozialen Wandels, der dann Revolution heißen soll, wenn er „relativ plötzlich und gewaltsam zum Durchbruch gelangt, etablierte Herrschaft stürzt und eine breitere gesellschaftliche Basis für die politische Machtausübung schafft" (S. 12). Da die Autoren zugleich meinen, daß „der entscheidende sozio-ökonomische Wandel für Revolutionen aus dem Industrialisierungsprozeß erwächst", kann „von Revolution erst seit Beginn der Industrialisierung in Westeuropa" die Rede sein (S. 14 f.).

In dieser Interpretation der Weltgeschichte und des Revolutionsproblems kommen die gleichen Positionen zum Ausdruck, die am Beispiel des I. Bandes in ihren positiven Seiten wie in ihren Mängeln schon analysiert worden sind. Positiv zu bewerten ist z. B., daß der Begriff der Revolution nicht auf die Methode der Veränderung reduziert, sondern inhaltlich gefaßt wird, daß also z. B. rasche (und eventuell gewaltsame) Veränderungen in reaktionärer Richtung (wie die Errichtung einer faschistischen Diktatur) nicht als Revolutionen, sondern korrekt als Gegenrevolutionen bezeichnet werden. Andererseits hat eben die Kategorie des „sozialen Wandels" nur beschreibende Funktion, und selbst diese nur

1) Vgl. u. a. G. Stiehler, Geschichte und Verantwortung, Berlin (DDR) 1972; B. Fogarasi, Dialektische Logik, Rotdruck 1971; P. Bollhagen, Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft, Rotdruck 1973; J. Sandkühler, Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt/M. 1973; I. S. Kon, Die Geschichtsphilosophie des 20. Jahrhunderts, Berlin (DDR) 1964; H. Hörz, Der dialektische Determinismus in Natur und Gesellschaft, Berlin (DDR) 1971; Gesetz — Erkenntnis — Handeln, Berlin (DDR) 1972; „Marxismus-Digest", 2/1971 und 1/1972; Probleme marxistischer Geschichtswissenschaft, Köln 1972, bes. die Beiträge von Engelberg und Küttler/Lozek.

in begrenztem Maße. Von dieser Kategorie aus kann weder der Unterschied zwischen quantitativen und qualitativen Veränderungen (und ihr Verhältnis zueinander) gefaßt werden noch das Problem der Triebkräfte in der Geschichte und der Gesamtrichtung des historischen Prozesses.

Die von der Geiss-Tamchina-Gruppe kritisierten Positionen der westdeutschen Geschichtswissenschaft bestimmen den von *Gerhard Schulz* herausgegebenen Band „Geschichte heute". Der Klappentext kündigt an: „Aufgaben und Funktion, Methoden und Ziele der Geschichtswissenschaft müssen neu bestimmt werden ... Erfüllt wird die mit Recht immer wieder erhobene Forderung nach theoretischer und methodischer Reflexion, erkennbar werden neue Wege und Fragestellungen..." Im Vorwort des Herausgebers wird sogar behauptet, daß „den vorliegenden Beiträgen insgesamt ein repräsentativer Charakter" zugesprochen werden müsse, daß sie „fast alle in den wissenschaftlichen Diskussionen und Polemiken unserer Tage in Hinsicht auf die Geschichte vorgebrachten Argumente" aufnehmen (S. 8).

Dies alles ist, liest man die Texte, mindestens stark übertrieben — dezent ausgedrückt. Zwar werden — im Vergleich zur herkömmlichen Geschichtswissenschaft — allerlei neue Fragestellungen und Gegenstandsbereiche einbezogen, z. B. die Frage nach dem Verhältnis zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie (Vierhaus), nach der Bedeutung kulturanthropologischer Forschungen für die Geschichtswissenschaft (Th. Nipperdey), der Komplex Wirtschaftsgeschichte und ökonomische Theorie (Kaufhold) und die Frage nach den in angelsächsischen Ländern entwickelten Theorien über Geschichte (Acham). Ohne Zweifel ist also der Horizont dieser Geschichtswissenschaft weiter geworden. Dennoch bleibt er — gemessen an dem, was die wissenschaftliche Diskussion in den letzten 10 Jahren an Fragestellungen aufgeworfen und an Möglichkeiten und Wegen aufgezeigt hat — sehr begrenzt. Wohl hat sich ein Bewußtsein davon gebildet, daß sich in der Geschichtswissenschaft eigentlich etwas ändern müßte, doch die Aneignung der als notwendig erkannten Komplexe ist einfach noch nicht geleistet. Das gilt schon für die bürgerliche Soziologie, Ökonomie, Völkerkunde und Wissenschaftstheorie, die nun wirklich nicht so hausbacken und primitiv sind, wie sie hier über weite Strecken erscheinen. Geradezu abenteuerlich aber wird es, wenn sich dieser Band über marxistische Wissenschaft äußert. Dies geschieht zwar nur selten, denn die vorherrschende Linie besteht darin, sie zu ignorieren. Ernst Nolte aber, wie Thomas Nipperdey prominenter Vertreter des „Bundes Freiheit der Wissenschaft", äußert sich, und zwar so: Marx begreife den künftigen Gesellschaftszustand nicht als Fortentwicklung der Gegenwart, sondern als deren genaues Gegenteil. Er setze also die Frühsozialisten fort, deren Hauptkennzeichen „der unverhüllte Widerstand gegen alle Anfänge der Modernisierung (Kommerzialisierung der Landwirtschaft, fortschreitende Arbeitsteilung, Entstehung von Großstädten" und die unübersehbare, ja übersteigerte Orientierung am Alten und Vergehenden (durchschaubare, selbstgenügsame, nicht arbeitsteilige Dorfgemeinde) gewesen sei (S. 285).

Marxismus also als romantische Sehnsucht nach der ländlichen Idylle, als fortschrittsfeindlich, rückwärtsgewandt, als reaktionär — zweifellos eine sehr originelle Ansicht. Daß sie gänzlich freiab erfunden und vollständig absurd ist, fällt aber in diesem Beitrag deshalb nicht weiter auf, weil Nolte ohnehin auf jeden Beleg verzichtet.

Den Autoren ist klar, daß die Geschichtswissenschaft in ihrer herkömmlichen Form keine Perspektive hat — schon deshalb nicht, weil sie von den Herrschenden nicht mehr benötigt wird. Andere Sozialwissenschaften wie die Politologie, die Soziologie und die Psychologie können die Funktion der massenwirksamen Ideologiebildung heutzutage viel besser erfüllen. Dies ist der Grund, weshalb die Geschichtswissenschaft in Schule und Hochschule allmählich reduziert wird. Und dies ist zugleich der Grund, weshalb diejenigen Historiker, die diese Lage ihrer Disziplin erkennen, ihre Geschichtswissenschaft mit allerlei Elementen „moderner" Sozialwissenschaften anzureichern bemüht sind. (Das Streben nach Reduktion oder völliger Beseitigung der Geschichtswissenschaft aus den Lehrplänen, das sich modernistisch und fortschrittlich gibt, liegt übrigens durchaus nicht im Interesse der demokratischen Bewegung; denn dadurch soll das Bewußtsein, daß es sich bei Gesellschaft um einen Prozeß, um permanente Veränderung handelt, daß auch die gegenwärtige Gesellschaftsordnung historisch geworden und also auch ver-

gänglich und abschaffbar ist, zerstört werden.) Von der Position dieses Bandes aus ist freilich die Notwendigkeit der Geschichtswissenschaft nicht einmal für die Herrschenden einsichtig zu machen. Schulz will in seinem Beitrag „Die Frage nach der Zukunft" Geschichtswissenschaft als „Kontrolleurin und als Zerstörerin von vorschnell gefundenen Überzeugungen wie von ideologischen Fesseln" verstanden wissen und darin ihre „immer noch unentbehrliche, auch gegenwartsbezogene Aufgabe" erblicken, die „ihr heute kaum eine andere Disziplin abnehmen kann" (S. 183). Überzeugend dürfte das niemand finden.

IV

Auch diejenigen Historiker, die mit der traditionellen Geschichtswissenschaft unzufrieden sind, aber eine Annäherung an marxistische Wissenschaft ablehnen, also gewissermaßen nach einem „dritten Weg" suchen, haben ihren Beitrag zur gegenwärtigen Krisendiskussion geleistet. Der von dem Bochumer Historiker *Faulenbach* herausgegebene Band, der aus einer Sendereihe des Deutschlandfunks hervorging, möchte „durch kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte deutscher Geschichtswissenschaft zur Klärung ihrer wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Funktion in der Gegenwart beitragen" (Vorwort). Da in dem von Geiss und Tamchina herausgegebenen Band eine zutreffende Einschätzung dieser Positionen mitenthalten ist, kann sich der interessierte Leser dort genauer informieren. Einige zusätzliche Bemerkungen sind aber doch erforderlich.

Der Bochumer Historiker *Hans Mommsen* beschreibt die Neuorientierung der kritischen Kräfte der westdeutschen Geschichtswissenschaft wie folgt: „Sie hat den nationalstaatlichen Ausgangspunkt zugunsten einer international vergleichenden Betrachtung weitgehend preisgegeben. Gegenüber der herkömmlichen Verbindung zur Philologie tritt die Anlehnung an die sozialwissenschaftliche Forschung und die endlich erreichte stärkere Einbeziehung ökonomischer Fragestellungen in den Vordergrund" (S. 16). Auch die Geschichte der Arbeiterbewegung wurde als Untersuchungsgegenstand entdeckt. Der Aussage, daß in Hinsicht auf den Gegenstandsbereich und auf die Untersuchungsmethode traditionelle Schranken von einem Teil der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft überwunden worden sind, kann voll zugestimmt werden. Was aber bedeutet dies inhaltlich für die Aussagen und die gesellschaftliche Funktion dieser Wissenschaft? Nach den hier publizierten Beiträgen zu urteilen, offenbar nicht sehr viel.

Der Aufsatz von Wolfgang Mommsen über „Geschichtswissenschaft in der Industriegesellschaft" zeigt dies in aller Deutlichkeit. Seine zentrale Kategorie ist die der „Industriegesellschaft", die als zwar in sich gegliederte, aber doch im Prinzip harmonische Einheit verstanden wird — jedenfalls was die westliche Variante betrifft, von der hier die Rede ist. Nur so ist begreiflich, daß er ein historisches Verständnis verlangen kann, das „dem Denken des Einzelnen in der modernen Industriegesellschaft angemessen" sei (S. 150), vom „Problem der materiellen Bedürfnisbefriedigung" reden kann, das „für die moderne, hochentwickelte Industriegesellschaft keineswegs mehr von zentraler Bedeutung" sei (S. 153). Welche Klassen und Gruppen der „modernen Industriegesellschaft" mag er da wohl meinen? Auf diese Frage der realen Gesellschaftsstruktur, der Einkommens- und Vermögensverteilung, der konkreten Lebensbedingungen konkreter Klassen und Gruppen läßt sich freilich der ganze Band gar nicht ein, obwohl die Begriffe „Gesellschaft", „gesellschaftliche Strukturen" und „Sozialgeschichte" ständig benutzt werden. Von Klassen und ihren divergierenden Interessen ist nicht die Rede. Subjekt ist „die moderne Industriegesellschaft". Sie ist es, die bestimmte Probleme, Interessen und Ziele hat und vor „großen Prioritätenentscheidungen" steht und der „Orientierung und Wegweisung" durch die Geschichtswissenschaft bedarf (S. 154 f.). Selbst bei der Darstellung der Realentwicklung seit 1945 werden die heftigen Klassenkämpfe um Sozialisierung, Betriebsverfassungsgesetz usw. unterschlagen und harmonisierende Interpretationen entwickelt vom „enormen wirtschaftlichen Aufstieg" (für alle?) und von der „Strategie des pragmatischen Kompromisses", die betrieben worden sei (von wem und zu wessen Gunsten?) (S. 157). Zwischendurch ist auch von „Kapitalismus" die Rede, doch der Sinn dieses Begriffs bleibt dunkel; es handelt sich um die bloß isolierte Benutzung einer Vokabel ohne erkennbaren Bezug zur übrigen Argumentation.

Die bloß formale Begrifflichkeit, die sich im Begriff der Industriegesellschaft manifestiert, zeigt sich auch in der Definition der „gesellschaftlichen Systeme": Diese „dürfen nicht verkürzt gesehen werden als Veranstaltungen zur Reproduktion und Vermehrung gesellschaftlichen Reichtums, sondern als höchst vielschichtige Gebilde, die die gesellschaftliche Organisationsform einer bestimmten Stufe geschichtlicher Kultur sind" (S. 167). Dies soll offensichtlich ein Vorwurf gegenüber der marxistischen Gesellschaftstheorie sein. Doch erstens trifft er sie nicht, weil sie eine solche Verkürzung nicht vornimmt. Gemeint ist vermutlich das Verhältnis zwischen Basis und Überbau, das jedoch mit dieser Formulierung falsch bestimmt ist. Zweitens aber würde die Unterbrechung der materiellen Produktion auch nur für kurze Zeit auch den von dieser Sphäre relativ abgehobenen Intellektuellen sehr drastisch am eigenen Leibe klarmachen, was die Basis und was den Überbau der Gesellschaft ausmacht.

Das Vorwort erklärt, es sei das Ziel dieses Buches, die „wissenschaftliche und gesellschaftliche Funktion" der Geschichtswissenschaft zu klären. Die traditionelle Geschichtswissenschaft sprach von Volk und Vaterland, Reich, Nation und Staat als quasi-autonomen, in sich harmonischen Gebilden und trug damit zur Rechtfertigung der bestehenden Gesellschaftsordnung und zur Verschleierung ihrer Widersprüche wesentlich bei. Der Begriff der „modernen Industriegesellschaft", wie er im vorliegenden Band benutzt wird, hat aber im Prinzip die gleiche Funktion. Der „Fortschritt" dieser Wissenschaft ist auf Methoden beschränkt, bezieht sich jedoch kaum auf die Inhalte und die Funktion. Allerdings muß erwähnt werden, daß sich in den wissenschaftsgeschichtlichen Beiträgen z. T. wichtige Informationen finden, vor allem in dem Beitrag von Iggers über „Die deutschen Historiker in der Emigration".

V

Im Zusammenhang mit der Verunsicherung der herkömmlichen Geschichtswissenschaft und der Suche nach neuen Ansätzen hat auch die Geschichtswissenschaft der DDR, die bis vor kurzem als bloße Parteiagitation denunziert worden war, jetzt bei einigen bürgerlichen Geschichtswissenschaftlern Interesse erlangt. Hans Mommsen stellt in dem oben besprochenen Buch fest, die westdeutsche Historie habe „das ursprünglich bloß polemische Verhältnis zur marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR überwunden; trotz deren starker ideologischer Fixierung werden deren wissenschaftliche Leistungen heute allgemein anerkannt" (S. 144). Auch wenn diese Diagnose sicherlich viel zu optimistisch ist, trifft sie doch eine reale Tendenz. Auch das vorliegende Bänddchen von *Riesenberger,* Studienrat an der PH Rheinland, Abt. Neuss, ist durchaus um Sachlichkeit in der Beschreibung bemüht und stellt eine Fülle von Zitaten aus Materialien der DDR zusammen. Mit sichtlicher Verwunderung nimmt er wahr, daß sowohl die Geschichtswissenschaft wie auch der Geschichtsunterricht in der DDR eine sehr große Bedeutung haben und ein hohes Ansehen genießen — ganz im Unterschied zur BRD. Eine Erklärung für diese Diskrepanz kann er freilich nicht finden, da er eine Analyse der gesellschaftlichen Struktur, innerhalb derer die Funktion von Geschichtswissenschaft und Geschichtsunterricht erst bestimmbar wäre, nicht entwickelt. Die „moderne Industriegesellschaft" kann offenbar sehr unterschiedlich gestaltet sein, was ihre sozialen und geistigen Inhalte betrifft.

Die Krise der westdeutschen Geschichtswissenschaft äußert sich natürlich auch im Geschichtsunterricht und in den Schulgeschichtsbüchern. Der demokratische Schriftsteller *Bernt Engelmann* hat nun zur Selbsthilfe gegriffen und „ein deutsches Anti-Geschichtsbuch" verfaßt, in dem nicht mehr die „Taten und Untaten der Kaiser und Fürsten" im Vordergrund stehen, sondern die „kleinen Leute — also unsere Vorfahren und wir — die Hauptakteure sind" (Klappentext). Das Buch behandelt die deutsche Geschichte vom Beginn des Mittelalters bis zur Gegenwart.

Engelmann ist es gelungen, Geschichte zugleich belehrend, spannend und leicht faßlich darzustellen. In diesem Buch erfährt der Leser mehr über die wirklichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen als in allen westdeutschen Schulgeschichtsbüchern, die ich kenne. Ein besonderes Verdienst liegt darin, daß er eine Fülle von Legenden, die das Geschichtsbewußtsein in diesem Lande noch nachhaltig bestimmen (z. B. über die Funktion von Religion und

Kirche im Mittelalter, über die angebliche Toleranz unter dem Preußenkönig Friedrich II. usw.), überzeugend zerstört, indem er einfach zeigt, wie es wirklich war. Engelmann verzichtet auf Belege und wissenschaftlichen Apparat, doch da er sich nicht an Wissenschaftler und wohl auch nicht in erster Linie an Lehrer wendet, wird man das nicht allzu stark ankreiden dürfen. Allerdings scheint es mir sicher, daß Lehrer mit diesem Buch noch viel besser arbeiten könnten, wenn es Belege und Quellenhinweise, besser noch aufbereitete Quellentexte enthielte. Daß von der Lektüre jeder, auch der Geschichtslehrer, eine Menge profitieren kann, soll damit aber nicht in Zweifel gezogen werden.

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Internationale Politik

Wichard Woyke/Klaus Nieder/Manfred Görtemaker, Sicherheit für Europa? Die Konferenz von Helsinki und Genf, Leske Verlag, Opladen 1974, 208 S., 16,80 DM. — In der nüchternen Darstellung der drei Autoren werden Bedeutung und Konsequenzen der KSZE eingehend beleuchtet.

Gerd Junne/Salua Nour, Internationale Ausbeutung als Regelfall internationaler Abhängigkeiten. Fremdbestimmung und Beziehungen, Fischer Athenäum Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (Bd. 4039), 171 S., 9,80 DM. — Untersucht werden der internationale Warenverkehr, Kapitalbewegungen, Informationsflüsse und der internationale Personenverkehr; die daraus gezogene „Bilanz der Abhängigkeit" ergibt eine (keineswegs unproblematische) düstere Prognose für die Entwicklungsländer.

Franz Ansprenger u. a. (Hrsg.), Wiriyamu. Eine Dokumentation zum Krieg in Moçambique, Chr. Kaiser Verlag, München - M. Grünewald Verlag, Mainz 1974 (Reihe: Entwicklungsländer und Frieden, Materialien, Bd. 2), 235 S., 16,50 DM. — Eine erschütternde Dokumentation über die Brutalität des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika und das internationale Echo darauf.

Hans R. Krämer, Die Europäische Gemeinschaft und die Ölkrise, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1974, 226 S., 27,— DM.

John H. Herz, Staatenwelt und Weltpolitik. Aufsätze zur internationalen Politik im Nuklearzeitalter, Hoffmann & Campe Verlag, Hamburg 1974, 200 S., 24,— DM. — Die pessimistischen Zukunftserwartungen eines der großen alten Männer der US-Politikwissenschaft; Beschreibung, Analyse und Symptom des Wandels der Weltpolitik.

Die Internationale Politik 1966—1967, hrsg. v. Karl Carstens/Dietrich Mende/Christiane Rajewsky/Wolfgang Wagner, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1973 (Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik), 530 S., 85,— DM.

Soziologie

Walter L. Bühl, Einführung in die Wissenschaftssoziologie, Verlag C. H. Beck, München 1974 (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 118), 355 S., 19,80 DM.

John Dunn, Moderne Revolutionen. Analyse eines politischen Phänomens, Verlag Ph. Reclam jr., Stuttgart 1974, 283 S., 22,80 DM.

Urs Jaeggi/Sven Papcke, Revolution und Theorie 1. Materialien zum bürgerlichen Revolutionsverständnis, Fischer Athenäum Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1974 (Bd. 4017), 335 S., 15,80 DM. — „Angesichts weltweiter revolutionärer Entwicklungen ist es verständlich, daß sich auch die Sozialwissenschaften wieder verstärkt dem Revolutionsthema zugewendet haben", schreiben Jaeggi und Papcke. Die von ihnen gesammelten (und kritisierten) Materialien zeigen, ebenso wie das Buch von Dunn, daß hier noch viel Verwirrung und Mangel an Aufklärung herrschen.

Ursula Linnhoff, Die Neue Frauenbewegung. USA — Europa seit 1968, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1974 (Reihe: pocket, Bd. 51), 163 S., 14,— DM.

Dieter v. Merveldt, Soziologie der Soziologen. Eine normative Kritik soziologischer Theorie und Praxis, Verlag Quelle & Meyer, Heidelberg 1974 (Uni-Taschenbücher, Bd. 391), 127 S., 9,80 DM.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Die Konjunktur im Abschwung

I. Daten

1. Das Bruttosozialprodukt im 3. Quartal 1974

		in % gegenüber dem	
	in Mrd. DM	2. Quartal 1974	3. Quartal 1973
In jeweiligen Preisen	*246,3*	*— 0,1*	*+ 6,8*
In Preisen von 1962	*148,8*	*— 0,3*	*— 0,5*

Quelle: „DIW-Wochenbericht", Nr. 47/1974, S. 414.

2. Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100)

		Veränderung in % gegenüber	
	Sept. 1974	August 1974	Sept. 1973
Gesamte Industrie	*176,7*	*+ 15,0*	*— 5,4*
darunter:			
Bauindustrie	*157,6*	*+ 14,2*	*— 9,0*
Eisenschaffende Industrie	*178,2*	*+ 6,5*	*+ 6,6*
Chemische Industrie	*298,6*	*+ 1,9*	*— 3,2*
Textilindustrie	*132,6*	*+ 52,8*	*— 8,2*
Bekleidungsindustrie	*125,2*	*+ 31,8*	*— 11,5*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 11/1974, S. 681/82 *.

3. Preise (1970 = 100)

		Veränderung in % gegenüber	
	Oktober 1974	Sept. 1974	Oktober 1973
Industrielle Erzeugerpreise	*132,9*	*+ 0,9*	*+ 14,6*
Ausfuhrpreise	*135,2*	*+ 0,3*	*+ 18,8*
Einfuhrpreise	*146,6*	*+ 0,2*	*+ 29,2*
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise (1961/62 — 1962/63 = 100)	*116,3*	*+ 0,6*	*— 4,4*

		Veränderung in % gegenüber	
	Nov. 1974	Oktober 1974	Nov. 1973
Private Lebenshaltung	*129,7*	*+ 0,7*	*+ 6,5*

Quellen: „Wirtschaft und Statistik", 11/1974, S. 107 * ff.; „Wirtschaftswoche", 51/1974, S. 12.

*4. Löhne und Gehälter *)*

		Veränderung in % gegenüber	
	Oktober 1974	Sept. 1974	Oktober 1973
Index der Tariflöhne auf Monatsbasis (1962 = 100)	*248,0*	*+ 0,2*	*+ 11,8*

		Veränderung in % gegenüber	
	3. Quartal 1974	2. Quartal 1974	3. Quartal 1973
Bruttolöhne u. -gehälter	*119,3 Mrd. DM*	*+ 0,2*	*+ 10,1*
Nettolöhne u. -gehälter	*86,4 Mrd. DM*	*— 0,1*	*+ 8,1*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 12/1974, S. 69.

*) Die effektiven Arbeitseinkommen steigen gegenwärtig langsamer als die Tariflöhne. Das hat zwei Ursachen: einmal nutzen die Unternehmer die Krise, um verstärkt übertarifliche Lohnbestandteile abzubauen; zum anderen verlangsamen Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und der Abbau von Überstunden den Lohnanstieg.

**) Bereinigung um Inflationsrate durch eigene Berechnung.

5. *Arbeitsmarkt (in 1000)*

		Differenz in 1000 gegenüber	
	Nov. 1974	Oktober 1974	Nov. 1973
Arbeitslose	*799*	*+ 127*	*+ 467*
Kurzarbeiter	*462*	*+ 92*	*+ 357*
Offene Stellen	*213*	*— 35*	*— 189*

Quelle: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 12. 12. 1974.

Seit Herbst 1973 ist die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik von Unsicherheit und Krisenerscheinungen in Einzelbereichen gekennzeichnet. Trotz wachsender Labilität auf vielen Gebieten war es jedoch bis zur Mitte des Jahres 1974 noch zu keiner allgemeinen Rezession gekommen.

Inzwischen ist dieser Konjunkturumschwung eingetreten. Bruttosozialprodukt und industrielle Produktion sind rückläufig. Dabei bleiben die Differenzen zwischen den einzelnen industriellen Branchen erheblich. Herausragendes Merkmal ist die anhaltende Schwäche der konsumnahen Wirtschaftszweige. Die unzureichende Kaufkraft der Konsumenten macht sich dort am deutlichsten bemerkbar.

Das erklärt auch teilweise die Auseinanderentwicklung der verschiedenen Preisindizes. Die industriellen Erzeugerpreise steigen beschleunigt, während sich der Anstieg der Lebenshaltungskosten in den letzten Monaten etwas verlangsamt hat. Die unmittelbar von der Konsumnachfrage abhängigen Wirtschaftsbereiche und der Einzelhandel — teilweise noch eher mittelständisch organisiert — sind angesichts der wachsenden Kaufzurückhaltung der Konsumenten nicht in der Lage, die Preiserhöhungen der vorgelagerten Bereiche voll weiterzugeben. Dagegen gelingt es den monopolistisch strukturierten Konzernen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die Kosten der sinkenden Kapazitätsauslastung durch Preiserhöhungen aufzufangen und so ihre Erträge weiter zu verbessern. So erklärt sich die Differenzierung der wirtschaftlichen Lage, die häufig mit dem Begriff der „gespaltenen Konjunktur" umrissen wird, zu einem erheblichen Teil aus der Monopolisierung grundlegender wirtschaftlicher Bereiche. Im Ergebnis kommt es zu einer Umverteilung der Krisenlasten. Die ökonomisch stärksten Konzerne können die Kosten der mit der Krise verbundenen Kapitalvernichtung auf die übrige Gesellschaft abwälzen. Die Ursache der Krise, der Widerspruch zwischen Produktion und begrenzter Konsummöglichkeit, wird durch diese monopolistische Praxis jedoch verschärft.

Die besondere Tiefe der Krise macht sich vor allem auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Die Spitze der Arbeitslosigkeit der Rezession 1966/67 wurde bereits im Oktober erreicht. Am Jahresbeginn wird die Millionengrenze voraussichtlich überschritten werden. Der Arbeitsmarkt geht Verhältnissen entgegen, wie sie aus den meisten kapitalistischen Ländern seit langer Zeit bekannt sind.

II. Die „Konjunkturstütze Export" gibt nach

Die abnehmende Inlandsnachfrage wurde bis vor einigen Monaten durch die rasch expandierende Auslandsnachfrage teilweise ersetzt. Bereinigt man die gesamtwirtschaftliche Nachfrage um den „Außenbeitrag", so wäre die konjunkturelle Entwicklung schon im ersten Halbjahr 1974 real rückläufig gewesen.

Außenhandel der BRD

	In Mio. DM			Veränderung des Saldo in % gegenüber	
	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo	Vorquartal	Vorjahreszeitraum
1973	*178 396*	*145 417*	*+ 32 979*	—	*+ 63,4*
1974					
1. Vj.	*54 665*	*41 390*	*+ 13 275*	*+ 32,0*	*+ 125,5*
2. Vj.	*57 142*	*45 173*	*+ 11 969*	*— 9,8*	*+ 72,0*
3. Vj.	*57 432*	*45 754*	*+ 11 678*	*— 2,4*	*+ 17,6*
Oktober	*21 390*	*16 770*	*+ 4 630*	*+ 13,8*	*+ 16,9*
November	*19 600*	*15 700*	*+ 3 900*	*— 15,8*	*+ 21,9*

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 11/1974, S. 784; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 12. 12. 1974 und v. 21. 12. 1974.

Trotz steigender Rohstoffkosten ist der Überschuß im Warenexport in der Vergangenheit geradezu „explodiert".

Im ganzen Jahr 1974 wird der Saldo der Handelsbilanz nahezu 50 Mrd. erreicht haben. Der „Außenbeitrag", d. h. der Anteil des Saldos am Bruttosozialprodukt, wird sich von 2,7 % 1973 auf fast 5 % annähernd verdoppeln.

Damit ist die Bundesrepublik das einzige westliche Industrieland, das trotz Ölpreiserhöhungen seinen Exportüberschuß nicht nur halten, sondern sogar noch vergrößern konnte. Die Mehraufwendungen im Rohstoffbereich wurden also ohne Schwierigkeiten verkraftet. Nur die Benelux-Länder konnten 1974 einen kleinen Überschuß ihrer Handelsbilanz melden. In allen anderen kapitalistischen Ländern wurden Überschüsse in Defizite verwandelt (USA) bzw. bestehende Defizite vergrößert. Die bundesrepublikanische Exportoffensive war unter anderem deshalb so erfolgreich, weil eine rigorose Restriktionspolitik von Regierung und Bundesbank dazu beigetragen hat, die inländische Inflation im Vergleich zu den „Partnerländern" relativ gering zu halten. Diese „Erfolge" wurden von den Arbeitern und Angestellten mit stagnierenden Realeinkommen und steigenden Arbeitslosenzahlen bezahlt.

Zwar konnte auf diese Weise die Inlandskonjunktur für eine bestimmte Zeit abgestützt werden. Angesichts wachsender internationaler Zahlungsbilanzprobleme und allgemein rückläufiger Konjunkturen mußte die Exportoffensive früher oder später jedoch an ihre Grenzen stoßen. Alle wichtigen Handelspartner der BRD haben mit der Rezession zu kämpfen, wobei es in den USA und in Japan sogar schon zu realen Wachstumseinbußen gekommen ist. Zudem wurden in einzelnen Ländern — besonders die Beispiele Italien und Dänemark seien genannt — Anstrengungen unternommen, um durch Beschränkung der Importe die Zahlungsbilanzen zu stabilisieren. Der hohe Überschuß im Außenhandel der BRD hat die Schwierigkeiten der westlichen Industrieländer nur vergrößert.

Die Auswirkungen der komplizierten internationalen Wirtschaftslage machen sich seit Mitte des Jahres auch im Export der BRD deutlich bemerkbar. Seitdem ist die Warenausfuhr real rückläufig. Das betrifft besonders die Exporte in die westlichen Industriestaaten, deren Anteil sich im Laufe des Jahres 1974 verringert hat. Auch die Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen nur noch nominal. Im September 1974 lagen sie real um 3 % unter dem Vorjahresstand.

Im dritten Quartal 1974 ist die konjunkturstützende Funktion der Exporte verlorengegangen.

Ein stabilisierendes Moment im Außenhandel stellen die Entwicklungsländer und besonders die sozialistischen Länder dar. Zwar ist ihr Anteil mit 7,2 % (3. Quartal 1974) der Gesamtausfuhr noch relativ gering, weist jedoch eine steigende Tendenz auf (1972 = 5,1 %). Die Lieferungen in die sozialistischen Staaten haben im dritten Quartal 1974 erstmals den Umfang der Lieferungen in die USA überstiegen.

Verdeckt wird die real rückläufige Exportentwicklung durch die Wertverschiebungen im Außenhandel.

In den letzten Monaten sind die Ausfuhrpreise deutlich schneller gestiegen als die Einfuhrpreise. Das Wertverhältnis zwischen Ausfuhr und Einfuhr, die „terms of trade", haben sich also wieder zugunsten der Bundesrepublik verschoben, nachdem es Ende 1973/Anfang 1974 infolge der Preissteigerungen im Rohstoffbereich zu einer Verschlechterung gekommen war. Diese Verschlechterung wurde zum Anlaß genommen, um der Bevölkerung die Notwendigkeit eines „Konsumverzichts" plausibel zu machen. Bundeskanzler Schmidt: „Die Senkung des Lebensstandards haben die Erdölländer herbeigeführt" (Zit. in: „Kölner Stadtanzeiger" v. 4. November 1974). Tatsächlich jedoch wurde durch die Steigerung der Rohstoffpreise im Außenhandel der BRD nur die Wertrelation wieder hergestellt, die vor der inflationären Erhöhung der Preise für Industriewaren durch die Exporteure bestanden hatte. Der Index der „terms of trade" (1962 = 100) lag im 3. Quartal 1974 bei 98,2 (2. Quartal 1974: 97,1; 3. Quartal 1973: 108,7) und kann auf lange Sicht also nicht für einen „Konsumverzicht" verantwortlich gemacht werden [1]). Auch der Sachverständigenrat muß in seinem letzten Jahresgutachten auf

[1]) „Wirtschaft und Statistik", 11/1974, S. 784.

diesen Zusammenhang hinweisen: „Die Einkommenseinbußen, die aufgrund der Verschlechterung der terms of trade hinzunehmen waren, machten aber, so groß sie auch waren, nicht mehr aus als die Einkommensvorteile, die deren Verbesserung in den Jahren 1970 bis 1972 erbracht hatte" (Ziffer 159). Jörg Goldberg

Aus dem Alltag der Marktwirtschaft*)

Die Zahl der Arbeitslosen in den 24 Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird im nächsten Jahr um 4 Millionen oder 40 Prozent steigen. Zwischen Mitte April und Mitte Oktober dieses Jahres hat die Arbeitslosenzahl in diesen Ländern um 1,7 auf 10 Millionen zugenommen. ...

„Die Welt" v. 19. 12. 1974.

Die Zahl der Insolvenzen wird nach Ansicht des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. in Neuss in diesem Jahr 7500 und damit einen neuen Rekord nach dem Krieg erreichen. Sie wird 30,2 Prozent höher als im bisher ungünstigsten Jahr 1951 liegen. In den Rezessionsjahren 1966 und 1967 sei mit 3615 und 4337 Fällen das Ergebnis noch relativ günstig ausgefallen. ...

Wie Creditreform in einer Analyse von 373 repräsentativen Insolvenzen zwischen Juli und November ermittelt hat, sind die Unternehmen mit ein- bis zweihundert Beschäftigten mit 91,9 Prozent an diesen Zusammenbrüchen beteiligt. ...

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 13. 12. 1974.

Die Krise am Baumarkt wird sich fortsetzen. Für das laufende Jahr rechnet das Münchener Ifo-Institut mit einem Rückgang der gesamten Bauproduktion um 5 bis 6 %. Auch 1975 ist mit einer Normalisierung kaum zu rechnen. Die Konjunkturforscher erwarten sogar eine nochmalige Reduzierung der Bauproduktion um 2 bis 3 %. ...

„Handelsblatt" v. 5. 11. 1974.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat der Bundesregierung vorgeschlagen, vom 1. Januar 1975 an neue Maßnahmen einzuführen, um die indirekte Förderung von Forschung und Entwicklung im notwendigen Umfang zu sichern. Nach dem gegenwärtigen Stand droht 1975 ein Abbau der staatlichen Förderung auf ein „auch im internationalen Vergleich unvertretbar niedriges Niveau". ...

Eine bessere steuerliche Forschungsförderung bezeichnet der BDI als unerläßlich, um die zur Erhaltung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit und damit der Arbeitsplätze notwendigen Investitionen in Forschung und moderner Technologie rechtzeitig anzuregen und finanziell abzusichern. ...

„Die Welt" v. 31. 10. 1974.

Bis 1978 sollen jährlich öffentliche Mittel von 3 Milliarden DM in die Luft- und Raumfahrtindustrie der Bundesrepublik fließen. Das geht aus den Planungszahlen des in Bonn veröffentlichten fortgeschriebenen Basisprogramms für diesen Industriezweig für 1974 bis 1978 hervor, das das Bundeskabinett bereits am 4. Dezember verabschiedet hat. Wie es in dem Bericht heißt, weil die Bundesregierung „unter Offenhaltung künftiger europäischer und transatlantischer Optionen" ihre Anstrengungen verstärkt zunächst auf eine Konsolidierung der Luft- und Raumfahrtindustrie im nationalen Bereich konzentrieren. ...

„Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 11. 12. 1974.

Einen Tag nach dem Eingeständnis des Weißen Hauses über den Beginn einer Rezession kündigte der größte Automobilkonzern der Vereinigten Staaten neue Entlassungen an. General Motors in Detroit gab die zeitweilige Schließung von drei Werken bekannt, die zur Entlassung von 7200 Arbeitskräften führen wird. Insgesamt haben die vier größten US-Autohersteller über 76 000 Arbeiter vorübergehend oder endgültig entlassen. Gleichzeitig gab die Autoindustrie bekannt, daß in den ersten zehn Novembertagen 38 Prozent weniger Autos verkauft wurden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

„Handelsblatt" v. 11. 11. 1974.

Mehr als 150 000 Automobilarbeiter und Angestellte der führenden US-Automobilkonzerne werden im kommenden Monat ohne Arbeit sein. Um Absatzrückgängen von nahezu 40 Prozent und gefährlich

*) Ausgewählte Nachrichten aus der Wirtschaftspresse, zusammengestellt von Gerhard Kade.

hohen Lägern zu begegnen, haben vor allem Chrysler und General Motors massive Produktionskürzungen vorgenommen bzw. angekündigt. Werkschließungen, Massenentlassungen und Kurzarbeit weiten sich aus — unter Protesten der Automobilarbeitergewerkschaft. ...

„Handelsblatt" v. 23./24. 11. 1974.

Die französische Regierung hat — wie erwartet — Kreditmittel in Milliardenhöhe für die Umstrukturierung der französischen Automobilindustrie bereitgestellt. Das Wirtschafts- und Finanzministerium teilte mit, daß der Staat dem stark defizitären privaten Autounternehmen Citroën einen Kredit von 1 Mrd. F (540 Mill. DM) zur Verfügung stellt. Citroëen beabsichtigt einen Zusammenschluß in Etappen mit dem ebenfalls privaten Autokonstrukteur Peugeot. Für das Zusammengehen der beiden Lkw-Hersteller Berliet und Saviem hat der französische Staat darüber hinaus dem staatlichen Autokonzern Renault einen Kredit von 450 Mill. F (240 Mill. DM) gegeben.

„Handelsblatt" v. 4. 12. 1974.

Wie jüngst schon Ferranti und Alfred Herbert, Englands Elektronikkonzern und Europas größter Werkzeugmaschinen-Spezialist, so ist jetzt auch British Leyland bei der Regierung mit dem Ersuchen um Liquiditätshilfe vorstellig geworden. Zur Absicherung wird nach Ausschöpfung aller Finanzierungsmöglichkeiten durch Banken angeblich ein Einschuß von 50 bis 70. Mill. £ benötigt. ...

Es wird wahrscheinlich dazu führen, daß der Staat sich massiv (wahrscheinlich sogar mit 51 %) am Kapital des von der Börse mit nur mehr 40 Mill. £ bewerteten Unternehmens beteiligt. Die erste Hälfte ihres Geschäftsjahrs 1974/75 (30. 9.) hatte British Leyland — Englands größter Auto-Exporteur mit gut 160 000 Beschäftigten — mit einem Verlust von 16 Mill. £ abgeschlossen. ...

„Handelsblatt" v. 7./8. 12. 1974.

Das Bundeskartellamt hat nach mehr als zweieinhalb Jahren ein spektakuläres Verfahren eingestellt. Es ging um Geldbußen in Höhe von 48,44 Mill. DM, die die Behörde gegen neun deutsche Chemiefaser-Hersteller verhängt hatte. Gleichzeitig mit der Einstellung des Verfahrens haben sich allerdings die neun Unternehmen verpflichtet, „Unter Aufrechterhaltung der streitigen Rechtsstandpunkte" zwölf Mill. DM an die Bundeskasse zu zahlen und die Beschwerde beim Berliner Kammergericht gegen die Entscheidung der dritten Beschlußabteilung des Amtes zurückzunehmen. ...

„Die Welt" v. 16. 11. 1974.

Eine verstärkte Kontrolle der multinationalen Unternehmen forderte der Präsident des Bundeskartellamtes, Eberhardt Günther. Allein die wirtschaftliche Macht und die Gefahr des Mißbrauchs rechtfertige derartige Kontrollen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, Multinationale zu überprüfen, liegen nach Günther weniger in den nationalen Gesetzen gegen Wettbewerbsbeschränkungen als vielmehr in der Durchführbarkeit dieser Gesetze bei Untersuchungen gegen die Unternehmen.

Dies habe sich in der Bundesrepublik besonders in den Verfahren gegen die Mineralölgesellschaften gezeigt, wo — so Günther — verschiedene Tatbestände auf eine Verletzung der Deutschen Gesetze hätten schließen lassen, da sich die Geschäftsunterlagen im Ausland befanden. ...

„Handelsblatt" v. 7. 11. 1974.

Die US-Mineralölunternehmen müssen ihren Kunden 40 Mill. Dollar in Form von Preissenkungen zurückerstatten. Dies verfügte die US-Bundesenergiebehörde in Washington. Der Behörde zufolge hatten die Unternehmen von Januar bis April auf Grund mißverständlicher Bestimmungen Kosten zweimal verbucht und zum Teil abgewälzt.

„Die Welt" v. 5. 11. 1974.

Subventionen der Privatwirtschaft kosten den amerikanischen Staatshaushalt im nächsten Jahr fast 100 Mrd. Dollar. Einer Kongreß-Studie zufolge ist der größte Teil dieser Summe hinausgeworfenes Geld. Hinter vielen dieser Hilfsprogramme stehen aber Macht und Einfluß der „Special interest"-Gruppen.

Die unsichtbaren Subsidien, schreibt Senator William Proxmire, steigern das Defizit und tragen damit zur Inflation bei. Proxmire ist Vorsitzender eines Kongreß-Komitees, von dem Experten mit der Untersuchung des gesamten Subventionsprogramms beauftragt worden waren. In der Zusammenfassung heißt es: „Im großen und ganzen zeigen diese Studien, daß viele Subsidien wirtschaftlich nichts taugen, ihr Nutzen begünstigt die Reichen und in vielen Fällen stehen die Kosten des Programms in krassem Mißverhältnis zum eigentlichen Nutzen." ...

„Süddeutsche Zeitung" v. 30. 10. 1974.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Kommuniqué des Kongresses für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Bonn-Bad Godesberg am 7. Dezember 1974

(Wortlaut)

Am 7. Dezember 1974 fand in Bonn-Bad Godesberg der Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit statt.

600 Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Vertreter zahlreicher Organisationen und gesellschaftlicher Bewegungen erörterten in konstruktiver und freimütiger Diskussion die dringenden Probleme unseres Landes und die Möglichkeiten, die sich heute für eine dauerhafte Sicherung des Friedens und die Einleitung von Abrüstungsmaßnahmen ergeben. Ungeachtet der verschiedenen Ansichten und unterschiedlichen Beweggründe waren sich die Kongreßteilnehmer in den folgenden Forderungen einig:

— Rascher und erfolgreicher Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als ein wichtiger Schritt zur Entwicklung eines europäischen Sicherheitssystems, das zur Überwindung der gegenwärtig bestehenden Militärblöcke führt.

— Einleitung einer Rüstungsbegrenzung und Abrüstung durch Kürzung des Militärhaushalts um 10 %, wie von der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgeschlagen.

— Leistung eines konstruktiven Beitrags der Bundesrepublik zur Wiener Konferenz für die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa und Verzicht auf neue Rüstungsprojekte, wie etwa den Bau des Atombombers MRCA.

— Verstärkung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur, zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, zur Lösung der großen gemeinsamen Aufgaben unserer Zeit.

— Verstärkung der Hilfe für die Entwicklungsländer durch gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Staaten, ohne Diskriminierung und ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Teilnehmer kamen zu dem Schluß, daß ein offener Dialog unter den Friedensanhängern ebenso notwendig ist wie eine engere Koordination und Zusammenarbeit. Zu diesem Zweck konstituierte der Kongreß ein „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit", das allen interessierten Persönlichkeiten offensteht.

Zahlreiche Teilnehmer und Unterstützer des Kongreßaufrufes, darunter Professoren, Betriebsratsvorsitzende, Betriebsräte, Jugendvertreter, Gewerkschaftsfunktionäre, Lehrer, Pfarrer, Abgeordnete und Gemeindevertreter, Soldaten, Jugendfunktionäre, Künstler, Journalisten, Angehörige freier und mittelständischer Berufe sowie Vertreter von Organisationen und Bewegungen, traten diesem Komitee bei. Eine Reihe von Persönlichkeiten erklärte sich bereit, in einem Verbindungsausschuß aktiv mitzuarbeiten.

Der Friedenskongreß stellt eine wichtige Etappe in dem Bemühen dar, die Öffentlichkeit unseres Landes für die Festigung und den Ausbau des Friedens zu aktivieren. Er hat zur Verständigung zwischen Organisationen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugungen beigetragen und wird künftigen Aktionen neue Impulse verleihen.

Die internationale Entspannung hat begründete Hoffnungen für eine weitere Stabilisierung des Friedens erweckt. Erstmalig gibt es Anzeichen dafür, daß die Gefahr einer atomaren Weltkatastrophe weicht. Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz bestimmen zunehmend den Gang der Entwicklung. Sie gewinnen immer mehr Anhänger. Die Erkenntnis wächst, daß die Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung nicht allein Sache der Regierungen sein kann, sondern daß die Bürger auch der Bundesrepublik unmittelbar einen aktiven Beitrag leisten müssen, wenn der Entspannungsprozeß vertieft und die Wendung von der Konfrontation zur sachlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit unwiderruflich durchgesetzt werden soll.

Vieles, was gegenwärtig geschieht, ruft Besorgnis hervor. Noch ist die Gefahr eines atomaren Weltkriegs nicht endgültig gebannt. Noch gibt es Spannungen und Aggressionen, und das Wettrüsten wird unvermindert fortgesetzt. Die Anhänger des Kalten Krieges versuchen, die Entspannung aufzuhalten und den Übergang zur Abrüstung zu blockieren. Noch trägt die Bevölkerung auch der Bundesrepublik die wachsende Last der Aufrüstung. Die wirtschaftliche und soziale Sicherung der Menschen und die Bewältigung der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben kann wegen der Vergeudung ungeheurer Mittel für die Rüstung nicht erfolgreich in Angriff genommen werden.

Die Teilnehmer des Kongresses haben beraten, was angesichts dieser Lage von den Bürgern der Bundesrepublik getan werden kann und muß. In den intensiv geführten Diskussionen meldeten sich Redner zu Wort. Übereinstimmend wurde festgehalten, daß ein aktives und abgestimmtes Vorgehen notwendig wird, bei dem alles, was trennen könnte, zurücktreten muß. Alles kommt darauf an, den sich in Richtung auf Frieden und Sicherheit entwickelnden Prozeß voranzutreiben.

Der Friedenskongreß stützte sich bei seiner Arbeit auf die von vier vorbereitenden Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Arbeitspapiere, an deren Erarbeitung u. a. mitwirkten:

1. Kommission: Richard Eberle, Verband der ev. Theologiestudenten in der EKG; Prof. Dr. Lienhard Delekat, Theolog. Fakultät der Universität Bonn; Kurt Erlebach, Mitglied des Präsidiums der DKP; Klaus D. Fischer, VDS; Prof. Dr. Walter Fabian; Michael Gerner, Landesvorsitzender des VK; Manfred Graef, AStA der Universität Worms; Gunnar Matthiessen; Klaus Herborn, Oberstudienrat; Harald Rudorf, MSB Spartakus; Eleonore Romberg, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Harald Stappmanns, SHB; Jochen Zimmer, Bundesjugendsekretär der Naturfreundejugend Deutschlands.

2. Kommission: Prof. Dr. Wilfried v. Bredow; Dr. Heinz Düx, VVN/Bund der Antifaschisten; Konrad Hummel, Junge europäische Föderalisten; Herbert Hergarten, Betriebsrat Mannesmann-Hüttenwerke; Prof. Dr. Gerhard Kade; Jürgen Kujawa, Betriebsrat Mannesmann-Hüttenwerke; Klaus Mannhardt, Vorsitzender der DFG-VK; Achim Maske, Weltfriedensrat; Dr. Alfons Spielhoff, Kulturdezernent.

3. Kommission: Prof. Dr. Wolfgang Abendroth; Hans Bingula, SHB; Michael Gerner, Landesvorsitzender des VK; Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender der Mannesmann-Hüttenwerke; Lorenz Knorr, Mitglied des Direktoriums der DFU; Dr. Hannelis Schulte, DFG/VK.

4. Kommission: Prof. Dr. Dieter Boris; Dr. Wilhelm M. Breuer, Weltfriedensrat; Gaby Brönner, AIB; Prof. Dr. Dankwart Danckwerts; Pastor Jörn-Erik Gutheil, Vorstandssprecher von amnesty international; Pastor Konrad Lübbert, Versöhnungsbund.

Grundlage der Arbeit des Kongresses waren weiter die Ausführungen und Beiträge von Professor Walter Fabian, von Arthur Booth, dem Vorsitzenden des Internationalen Friedensbüros Genf und Vizepräsidenten des Verbindungskomitees des Weltkongresses der Friedenskräfte, Kanonikus Raymond Goor, Internationales Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Brüssel, Professor Steenbeck, Vorsitzender des Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in der DDR, Mitglied des Internationalen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit. Andre Souquiere, Weltfriedensrat, Arvo Tuominen, Weltfriedensrat Helsinki, Dr. B. W. Caulfield, UNCTAD, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Herbert Knapp, Eleonore Romberg, Gunnar Matthiessen, Sekretär des Initiativkreises „Europäische Sicherheitskonferenz", Prof. Dr. Gerhard Kade, Lorenz Knorr.

Auf dieser Grundlage haben die vier Kommissionen des Kongresses die folgenden Positionen erarbeitet:

Die Verhinderung eines vernichtenden atomaren Krieges ist die entscheidende Aufgabe unserer Zeit. Der Durchbruch zur friedlichen Koexistenz durch die Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen und Abkommen zwischen den USA und der UdSSR sowie die zahlreichen zweiseitigen Verträge und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

haben wesentlich dazu beigetragen, die Gefahr eines neuen Weltkrieges zu vermindern. Die Erkenntnis setzt sich in der praktischen Politik durch, daß es zur friedlichen Koexistenz keine Alternative gibt. Die praktische Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz ist die einzig zuverlässige Grundlage, Sicherheit zu gewähren, internationale Zusammenarbeit zu entwickeln und Abrüstung durchzusetzen. Die bisher erzielten Erfolge müssen gefestigt, weiter entwickelt und unumkehrbar gemacht werden.

Der schnelle Abschluß und die Weiterführung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa werden bedeutende Schritte auf dem Weg zu einem europäischen Sicherheitssystem und zur Auflösung der Militärgruppierungen in Ost und West sein und damit zur Sicherung des Weltfriedens beitragen.

Vereinbarungen auf der Wiener Konferenz über Verringerungen der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa werden als vertrauensbildende Voraussetzung weitere Abrüstungsschritte fördern und das Klima der politischen Verständigung verbessern. Durch systematische Abrüstungsschritte müssen die militärischen Züge der Sicherheit zugunsten politischer Verständigung und allseitig vorteilhafter Zusammenarbeit ersetzt werden.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes und der Welt, der Rohstoff- und Energieversorgung und des Umweltschutzes erfordern die Verstärkung der Zusammenarbeit aller Staaten. Dabei gibt es hoffnungsvolle Ansätze. Diese eröffnen gute Aussichten, das Vertrauen zwischen den Staaten und Völkern zu entwickeln und durch die Aktivität der Öffentlichkeit so den Frieden zu festigen. Die schnelle Entwicklung von Wissenschaft und Technik macht die Zusammenfassung aller auf diesem Gebiet tätigen Kräfte nötig, um die Technik zum Wohle der Menschen zu vervollkommnen und wissenschaftliche Lösungen für die Probleme der Ernährung, der Krankheitsbekämpfung und der Arbeitsmedizin, der Arbeitsplatzgestaltung, der Wetterbeeinflussung und Umwelterhaltung zu erarbeiten.

Im kulturellen Bereich müssen die Beziehungen der Menschen zueinander umfassend und auf allen Gebieten verstärkt werden, um die Freundschaft zwischen den Völkern und den Frieden zu festigen.

Dieser Austausch stützt sich auf die abgeschlossenen Verträge, die vielfältige Möglichkeiten eröffnen. Insbesondere muß die Jugend im Geiste des Friedens und der Verständigung erzogen werden. Alle Vorurteile aus der Zeit des Kalten Krieges müssen beseitigt werden. Die Bestimmungen des Grundgesetzes, insbesondere Art. 26, 1 über die Verfassungswidrigkeit friedensgefährdender Maßnahmen, müssen voll angewendet und weiterentwickelt werden.

Die Politik der friedlichen Koexistenz, wie sie in den Entspannungsverträgen ihren Niederschlag gefunden hat, bedarf der Ergänzung durch Abrüstung. Nur unter dieser Voraussetzung ist endgültig Sicherheit zu gewinnen und der Entspannungsprozeß zu festigen. Zugleich ist Abrüstung eine der wichtigsten Bedingungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme unseres Landes, zur Entschärfung konjunktureller Einbrüche und zur Lösung solch dringender Weltprobleme wie die des Hungers und der ökonomischen Rückständigkeit in den Entwicklungsländern. Der Vorrang des Militärischen und der Rüstung führte in unserem Land zur Vernachlässigung fälliger gesellschaftlicher Reformen, zu Deformationen der wirtschaftlichen Struktur und zur Verschärfung der Inflation.

Abrüstung verringert die Vergeudung wertvoller Rohstoffe, menschlicher Energie und finanzieller Mittel. Sie begünstigt internationale Kooperation und langfristige ökonomische Planungen für eine auf dauerhaften Frieden orientierte Wirtschaft.

Die Behauptung, daß Abrüstung zur Arbeitslosigkeit führe, ist falsch. Alle Erfahrungen und die Wirklichkeit sprechen dagegen.

Die bisher in Rüstung investierten wissenschaftlichen und industriellen Potenzen wie auch die für sie beanspruchten Arbeitskräfte sind unmittelbar einzusetzen für die Bewältigung gegenwärtig unlösbar erscheinender Aufgaben des Umweltschutzes. Die durch Abrüstung

freigesetzten finanziellen Mittel sind einzusetzen für die Erfüllung sozialer Reformen und die Befriedigung erfüllbarer Ansprüche auf ein menschenwürdiges Leben. Eine Umstellung auf Friedenswirtschaft ist ohne Krise möglich. Sie bedarf nur der planenden Vorsorge.

Der Kampf für den sozialen und ökonomischen Fortschritt der Entwicklungsländer ist ein untrennbarer Bestandteil aller Bemühungen um internationale Entspannung und um die Festigung des Friedens in der Welt. Denn Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern verlangt die Errichtung einer dauerhaften und gerechten internationalen Ordnung, die jedem Volk menschenwürdige Lebensbedingungen ermöglicht. Der soziale und ökonomische Fortschritt der Entwicklungsländer setzt die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung voraus, die — wie auch die 6. Sondertagung der UNO proklamierte — von der Grundlage einer gleichberechtigten Zusammenarbeit aller Staaten, der Nichtdiskriminierung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der vollen nationalen Souveränität der Entwicklungsländer über ihre Ressourcen auszugehen hat.

Bei den Bemühungen um eine Kontrolle der multinationalen Konzerne, die bisher weitgehend über die Ressourcen der Entwicklungsländer verfügen und ihnen einseitige Handelsbedingungen diktieren, kommt der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung zu. Die Friedenskräfte sind mit den nationalen Befreiungsbewegungen solidarisch und unterstützen die Bemühungen der Entwicklungsländer, einen eigenständigen Weg des sozialen und ökonomischen Fortschritts im Interesse ihrer Völker zu gehen, als einen entscheidenden Beitrag zur Festigung des Friedens.

Die Teilnehmer des Kongresses sind davon überzeugt, daß diese Arbeitsergebnisse eine gute und sachliche Basis für die Zusammenarbeit und für gemeinsame Aktionen aller Friedensanhänger bieten können. Die Zeit drängt.

Die Bemühungen der Bundesregierung und der anderen Regierungen allein reichen nicht aus. Um ein System der europäischen Sicherheit zu schaffen, in dem ein Krieg unmöglich wäre und in dem alle Völker und Staaten uneingeschränkt in Frieden leben und in den Genuß des sozialen Fortschritts und der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik kommen können, ist das Handeln aller Menschen unseres Landes notwendig.

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 13. Dezember 1974 in Brüssel

(Wortlaut)

1. Der Nordatlantikrat trat am 12. und 13. Dezember 1974 in Brüssel zu einer Ministertagung zusammen. Am Ende des Jahres, in das der 25. Jahrestag der Gründung des Bündnisses fiel, stellten die Minister mit Befriedigung fest, daß sich die Mitgliedstaaten auch weiterhin fest zum Bündnis bekennen und daß dies in der Erklärung von Ottawa feierlich zum Ausdruck gebracht wurde.

2. Die Minister prüften die Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen. Sie nahmen Kenntnis von den Fortschritten, die — wenn auch auf ungleiche Weise — in den letzten sechs Monaten in Richtung auf die Entspannung erzielt worden sind. Sie erklärten ihre Bereitschaft, ihre Anstrengungen fortzusetzen, um in ihren Verhandlungen und Kontakten mit der Sowjetunion und den übrigen Ländern des Warschauer Paktes, die das Ziel verfolgen, das Ost-West-Verhältnis stetig zu verbessern, Fortschritte zu erzielen. Indem sie jedoch das Anwachsen der militärischen Stärke des Warschauer Paktes zur Kenntnis nahmen und die Tatsache berücksichtigten, daß Sicherheit die Voraussetzung

für die Entspannungspolitik ist, brachten sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, ihre eigene, auf Verteidigung ausgerichtete militärische Stärke aufrechtzuerhalten.

3. Die Minister hatten eine umfassende Erörterung über die Auswirkungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage auf die Aufrechterhaltung der Verteidigung des Bündnisses und nahmen die nationalen und internationalen Anstrengungen zur Kenntnis, die zur Überwindung der Schwierigkeiten, denen sich die Volkswirtschaften der Bündnispartner gegenübersehen, unternommen werden. Sie bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, im Geiste der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Vertrauens, der ihr Verhältnis kennzeichnet, nach zweckdienlichen Lösungen zu suchen. Die Minister beschlossen weitere Konsultationen über die Auswirkungen wirtschaftlicher Entwicklungen auf Gebiete, die in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich des Bündnisses fallen.

4. Die Minister stellten fest, daß auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa genügend Fortschritte erzielt worden sind, um erkennen zu lassen, daß substantielle Ergebnisse möglich sind. Dennoch bleiben nach wie vor wichtige Fragen zu lösen. Die Minister brachten die unverminderte Entschlossenheit ihrer Regierungen zum Ausdruck, geduldig und konstruktiv auf ausgewogene und substantielle Ergebnisse unter allen Tagesordnungspunkten der Konferenz hinzuarbeiten, um so bald wie möglich die Konferenz als ganze zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

5. Die Minister der beteiligten Länder prüften den Stand der Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen. Es ist das allgemeine Ziel dieser Verhandlungen, zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen; ihr erfolgreicher Abschluß würde die Entspannung fördern. Sie waren entschlossen, diese Verhandlungen mit dem Ziel der Gewährleistung unverminderter Sicherheit für alle Seiten auf einem niedrigeren Streitkräfteniveau in Mitteleuropa zu führen. Sie bekräftigten erneut ihre Entschlossenheit, an der Herbeiführung eines ungefähren Gleichstandes in der Form einer vereinbarten übereinstimmenden Höchststärke des Personalbestandes der Landstreitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes im Raum der Reduzierungen festzuhalten. Sie vertraten die Auffassung, daß eine Reduktionsvereinbarung der ersten Phase, die sich auf amerikanische und sowjetische Landstreitkräfte erstreckt, ein bedeutsamer und praktischer erster Schritt in dieser Richtung wäre.

Sie stellten fest, daß die Verhandlungen bisher ergebnislos geblieben sind, und brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß eine konstruktive Antwort auf die Vorschläge der Bündnispartner in naher Zukunft erfolgt. Sie unterstrichen erneut die Bedeutung, die sie dem in diesen Verhandlungen von ihnen beachteten Grundsatz beimessen, daß die NATO-Streitkräfte nicht vermindert werden sollten, es sei denn im Zusammenhang eines Abkommens mit dem Osten über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen.

6. Die Minister nahmen einen Bericht des amerikanischen Außenministers über die fortdauernden Bemühungen seiner Regierung um eine weitere Begrenzung strategischer Offensivwaffen im Lichte der kürzlichen Gespräche Präsident Fords mit Generalsekretär Breschnew entgegen. Sie nahmen mit Befriedigung die in Wladiwostok erreichten bedeutsamen Fortschritte in Richtung auf eine Begrenzung strategischer Nuklearwaffen zur Kenntnis. Sie brachten die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Fortschritte zum baldigen Abschluß eines befriedigenden SALT-II-Abkommens führen werden. Sie begrüßten die laufenden Konsultationen innerhalb des Bündnisses über die SALT-Verhandlungen.

7. Die Minister befaßten sich mit den Entwicklungen bezüglich Berlins und Deutschlands seit ihrer letzten Tagung im Juni 1974, besonders im Hinblick auf die Anwendung derjenigen Regelungen des Viermächteabkommens, die sich auf die Westsektoren Berlins beziehen. Sie erörterten insbesondere den Verkehr und die Bindungen zwischen den Westsektoren und der Bundesrepublik Deutschland sowie die Außenvertretung der Interessen dieser Sektoren durch die Bundesrepublik Deutschland. Sie unterstrichen die Bedeutung aller Teile des Viermächteabkommens für die Lebensfähigkeit und Sicherheit der Stadt.

Die Minister hoben ebenfalls hervor, daß zwischen der Entspannung in Europa und der Lage in bezug auf Berlin ein essentieller Zusammenhang besteht.

8. Die Minister brachten ihre Besorgnis über die Lage im Nahen Osten zum Ausdruck, die für den Weltfrieden und damit für die Sicherheit der Mitglieder des Bündnisses gefährliche Konsequenzen haben könnte. Sie betonten erneut die überragende Bedeutung, die sie neuen Fortschritten in Richtung auf eine gerechte und dauerhafte Regelung beimessen, die diesem Gebiet Frieden bringt. Sie begrüßten ebenfalls die Beiträge, die von Regierungen der Bündnispartner auch weiterhin zu den friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen geleistet werden. Die Minister nahmen den vom Ständigen Rat auf ihre Weisung hin ausgearbeiteten Bericht über die Lage im Mittelmeer entgegen. Sie bezeichneten die Unstabilität in diesem Gebiet als beunruhigend; sie erfordere besondere Wachsamkeit seitens der Bündnispartner. Sie baten den Ständigen Rat, seine Konsultationen über dieses Thema fortzusetzen und erneut zu berichten.

9. Entsprechend dem auf der Ministertagung im Mai 1964 erteilten Beobachtungsauftrag nahmen die Minister einen Bericht des Generalsekretärs über die griechisch-türkischen Beziehungen entgegen. Sie brachten die feste Hoffnung zum Ausdruck, daß sich die Beziehungen zwischen diesen beiden Bündnispartnern rasch normalisieren werden.

10. Die Minister nahmen die Fortschritte der Arbeit des Umweltausschusses zur Kenntnis, insbesondere auf dem Gebiet der Sonnen- und Erdwärmeenergie wie bei der Verschmutzung der Küstengewässer, der verbesserten Abwässerbeseitigung, des innerstädtischen Verkehrswesens und der Gesundheitsfürsorge. Die Minister stellten das Anlaufen von Vorhaben über die Beseitigung gefährlicher Abfälle und die Anschlußmaßnahmen an abgeschlossenen Studien des Umweltausschusses über die Verhinderung der Ölverschmutzung der Weltmeere, die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit und über die Reinhaltung der Luft und der Binnengewässer fest, wodurch die Lebensqualität ihrer Bürger erhöht wird.

11. Die Minister beauftragten den Ständigen Rat, Ort und Zeitpunkt der Frühjahrsministertagung des Nordatlantikrats zu prüfen und zu beschließen.

Entschließung des Bremer Juso-Rats vom 10. Dezember 1974 zum Bombenanschlag auf dem Bremer Hauptbahnhof

(Wortlaut)

Im Rahmen einer am 10. Dezember 1974 vom Bremer Juso-Rat einstimmig angenommenen Entschließung, die den Bombenanschlag vom 7. Dezember 1974 im Bremer Hauptbahnhof verurteilt, haben die Bremer Jungsozialisten sich mit den politischen Hintergründen und Konsequenzen anarchistischer Terrorakte, insbesondere mit ihrem Stellenwert in der Strategie der Rechtskräfte auseinandergesetzt. Ein Kernsatz der Entschließung lautet: „Personen wie Dregger, Carstens, Strauß und Löwenthal aber sind die für die Demokratie weitaus gefährlicheren ‚geistigen Terroristen'." Die Bremer CDU hat, „Weser Kurier" vom 14./15. Dezember 1974, Strafantrag wegen „politischer übler Nachrede" erstattet. Der CDU-Vorsitzende Kohl und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Carstens forderten die SPD auf, sich von der Juso-Entschließung zu distanzieren. Bremens SPD-Fraktion und der SPD-Parteivorstand haben, dem zitierten Artikel des „Weser Kurier" zufolge, „die Juso-Angriffe ... scharf zurückgewiesen." Der Wortlaut der Entschließung blieb der breiteren Öffentlichkeit indes unbekannt. Wir haben es deshalb im Interesse einer fundierten Diskussion der angesprochenen Zusammenhänge für angebracht gehalten, nachstehend den vollständigen Text der Entschließung zu veröffentlichen. D. Red.

Der menschenverachtende Bombenanschlag auf dem Bremer Hauptbahnhof erfüllt die Bremer Jungsozialisten mit Abscheu und Entsetzen. Er reiht sich wie die Ermordung des Westberliner Richters von Drenkmann nahtlos ein in die Wahnsinnsstrategie der Baader/Meinhof-Anarchisten, die durch individuellen Terror und Gewalt der Reaktion den willkommenen Vorwand für den verschärften Abbau demokratischer Rechte, für die Kriminalisierung der fortschrittlichen Bewegung und die Faschisierung der gesamten Gesellschaft bieten wollen.

Die Jungsozialisten stellen fest: Der Kampf gegen die Ideologie und Praxis des Anarchismus ist schon seit der 1. Internationale eine wesentliche Aufgabe der Arbeiterbewegung. Wir Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen überwunden sind, in der Freiheit, Frieden und Menschlichkeit für jedermann endgültig verwirklicht werden. An diesem Ziel müssen sich Strategie und Taktik des Sozialismus orientieren. Kampf für Demokratie und Sozialismus heißt für die Arbeiterbewegung deshalb: Mit der Mehrheit der Bevölkerung für die Interessen der Bevölkerung.

Jede Strategie, die Mord und individuellen Terror beinhaltet, die den sinnlosen Tod von Menschen bewußt in Kauf nimmt, hat mit der fortschrittlichen Bewegung nichts gemeinsam.

Für die Jungsozialisten gibt es daher keinerlei politische Solidarität mit anarchistischen Terroristen. Anarchisten sind keine „Linken", sind vielmehr objektiv Handlanger und willige Werkzeuge der äußersten Reaktion.

Für uns gibt es auch keine Differenzierung zwischen „rechtem" (wie dem Überfall auf das Gewerkschaftsjugendheim in Ehlershausen) und „ultralinkem" Terror: Bei Aktionen, die sich gegen die werktätige Bevölkerung richten, den sinnlosen Tod Unschuldiger bewußt in Kauf nehmen und den Absichten der Reaktion in die Hände spielen, ist nicht entscheidend, was in den Köpfen derjenigen vorgeht, die individuellen Terror ausüben. Entscheidend ist auch nicht, ob die Herrschenden die Anarchisten als ihre persönlichen Gegner ansehen. Entscheidend ist vielmehr, gegen wen sich Aktionen individuell und gesamtgesellschaftlich richten, was sie politisch bewirken, wem also letztlich nützen — hier nämlich der Reaktion.

Die übereinstimmende Funktion von faschistischen und anarchistischen Terroranschlägen wird auch dadurch deutlich, daß sich (so z. B. auch in Italien) oft noch nicht einmal feststellen oder herleiten läßt, wer die jeweilige Tat ausgeübt hat.

Dementsprechend ist es müßig, sich in Spekulationen darüber zu ergehen, ob z. B. der Anschlag auf den Hauptbahnbahof oder das Attentat auf Kiep faschistische Aktionen waren, die der „RAF" in die Schuhe geschoben werden sollen, oder ob die Anarchisten durchsetzt sind mit „Agents provocateurs" der Reaktion (wobei letzteres nicht auszuschließen ist). Da solche Anschläge der „RAF" ohne weiteres zugetraut werden können, ja sogar aus der Strategie und bisherigen Praxis der „RAF" hergeleitet werden können, haben es sich die Baader/Meinhof-Anarchisten selbst zuzuschreiben, wenn sie damit identifiziert werden.

Menschenverachtende Verbrechen wie der Bombenanschlag auf dem Bremer Hauptbahnhof bewirken politisch ausschließlich folgendes:

1. Der Reaktion werden Vorwände geliefert zur Stärkung des staatlichen Machtapparats, der unter kapitalistischen Bedingungen immer gegen streikende Arbeiter und gegen die fortschrittlichen Kräfte insgesamt angewendet zu werden droht.

2. Der verschärfte Abbau demokratischer Rechte (Einschränkung der Demonstrations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit und der Rechte von Strafverteidigern), von der CDU/CSU verstärkt propagiert und teilweise durchgesetzt, stößt durch die künstlich erzeugte Massenhysterie auf Zustimmung in breiten Teilen der Bevölkerung.

3. Jegliche Bestrebungen zur Reform und Humanisierung des Strafvollzugs (deren Notwendigkeit schon lange vor dem Tod von Holger Meins offensichtlich geworden war) werden um Jahre zurückgeworfen.

Demokraten wie Heinrich Böll und Helmut Gollwitzer und christliche Humanisten wie Bischof Scharf werden als Baader/Meinhof-Sympathisanten diffamiert.

4. Es wird abgelenkt von den brennenden gesellschaftlichen Problemen wie z. B. Arbeitslosigkeit und Inflation. Die Reaktionäre und Faschisten in CDU/CSU und „Bund Freies Deutschland" spielen sich auf als Hüter von Freiheit und Demokratie und erhalten Aufwind in ihrem Versuch, die fortschrittliche Bewegung zu kriminalisieren, die mit den Anarchisten nichts anderes gemeinsam hat als das beiden von der Reaktion verliehene Attribut „linksradikal".

Die Jusos stellen fest: Die Reaktion nimmt die jüngsten Ereignisse zum Anlaß, um Angst und Hysterie in der Bevölkerung zu erzeugen und sich als einzige Kraft darzustellen, die in der Lage ist, „Recht und Ordnung" wieder herzustellen.

Personen wie Dregger, Carstens, Strauß und Löwenthal aber sind die für die Demokratie weitaus gefährlicheren „geistigen Terroristen". Nicht von einigen wildgewordenen Kleinbürgern vom Format der „RAF" droht die Hauptgefahr für Demokratie und „Recht und Ordnung", sondern von jenen Reaktionären, die vieltausendfachen Mord und Terror z. B. in Chile auf ihre Weise unterstützen, die mit dafür sorgen, daß Naziverbrecher von unserer Justiz weitgehend verschont bleiben und gegen Entspannung und Frieden hetzen.

Diese gehören zur geistigen Verwandschaft derjenigen, die einst in unserem Lande Mord und Terror in KZs haben ausüben lassen. Ihre offenkundigen Sympathien für faschistische und rassistische Regimes (z. B. Spanien, Südafrika, Brasilien) muß bei allen Demokraten die Befürchtung wecken, daß sie ähnliche Systeme auch bei uns einführen werden, wenn ihnen nicht von der demokratischen Bewegung entschieden entgegengetreten wird.

Die Geschichte hat erwiesen, daß der gefährlichste Gegner aller Demokraten rechts steht. Nur gegen Rechts kann auch im Kampf gegen Terror der Rechtsstaat gewahrt und ausgebaut werden.

Die Jungsozialisten werden sich weder durch die Attacken der Reaktion, noch durch weitere Terrorakte davon abbringen lassen, sich auch weiterhin für eine Humanisierung des Strafvollzugs und gegen unmenschliche Haftbedingungen einsetzen, die im Gegensatz zur Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen und zum Grundgesetz stehen.

Jedoch muß klargestellt werden, daß die Baader/Meinhof-Häftlinge unter Haftbedingungen leben, die als Isolationsfolter zu bezeichnen eine Verhöhnung der tatsächlich durch Folter gequälten politischen Häftlingen unter faschistischen Regimes ist. Die Baader/Meinhof-Häftlinge leben unter Haftbedingungen, die die große Anzahl der anderen Häftlinge in bundesdeutschen Haftanstalten schon mangels finanzieller Mittel und öffentlicher Aufmerksamkeit nicht in Anspruch nehmen können. Um diese Einzelhäftlinge, die kein Radio, keinen Fernseher in der Zelle haben, die jeden Monat bestenfalls einmal Besuch erhalten und mit einem Menschen sprechen können, kümmert sich kein Pulk von Anwälten, kein Jean-Paul Sartre, keiner der intellektuellen Aktivisten von „KPD" und „KSV" in Sachen „Isolationsfolter".

Hier drohen die berechtigte Kritik an menschenrechts- und grundgesetzwidrigen Haftbedingungen in bundesdeutschen Haftanstalten und die weltweite Solidarität mit politischen Häftlingen in faschistischen Staaten unglaubwürdig zu werden durch publizistisch groß aufgemachte Kampagnen für und gegen allein die Baader/Meinhof-Häftlinge.

Dies schließt nicht die Kritik an der überlangen Dauer der Untersuchungshaft für Mitglieder der „RAF" und auch nicht Empörung über das Verhalten von Gefängnisleitung und Arzt vor dem Tod von Holger Meins aus.

Wir Jungsozialisten setzen uns ein für eine menschliche Behandlung *aller* Häftlinge und für die Pflicht eines jeden Strafvollzugsbeamten und Arztes, menschliches Leben auf jeden Fall zu erhalten. Das schließt den Einsatz für die „RAF"-Häftlinge in diesem Sinne ein, schließt aber nicht — wie bei Sartre — die anderen Häftlinge aus.

Die Bremer Jungsozialisten fordern Partei, Fraktion, Senat und die Bremer SPD-Bürgerschaftsabgeordneten auf, die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema im Sinne dieses Beschlusses zu verstärken, insbesondere der Panikmache und Demagogie der Rechtskräfte auch im Hinblick auf die Einschränkung der Verteidigerrechte und gegen die von der CDU/CSU beabsichtigte Einschränkung des Demonstrationsrechts entschieden entgegenzutreten.

Die Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1974

Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg (3. März 1974) [1]

Wahlberechtigte:	1 313 889	
Wahlbeteiligung:	1 056 358	= 80,4 %
Ungültig:	11 608	= 1,1 %
Gültig:	1 044 750	
Zahl der Abgeordneten:	120	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	469 656	44,9	56
CDU	423 912	40,6	51
FDP	113 930	10,9	13
NPD	7 992	0,8	—
DKP	23 185	2,2	—
EFP	866	0,1	—
FSU	810	0,1	—
AUD	521	0,0	—
KPD/ML	3 001	0,3	—
DP	877	0,1	—

Quelle: Amtlicher Anzeiger / Teil II des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes, Nr. 54/1974

Wahl zum Niedersächsischen Landtag (9. Juni 1974) [2]

Wahlberechtigte:	5 129 254	
Wahlbeteiligung:	4 331 043	= 84,4 %
Ungültig:	33 526	= *)
Gültig:	4 297 517	
Zahl der Abgeordneten:	155	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	1 852 780	43,1	68
CDU	2 097 982	48,8	76
FDP	302 122	7,0	11
DKP	16 810	0,4	—
NPD	27 523	0,6	—
Einzelbewerber	300	0,0	—

*) Prozentanteil nicht ausgewiesen

Quelle: Niedersächsisches Ministerialblatt, Nr. 27/1974

Wahl zum Bayerischen Landtag (27. Oktober 1974) [3]

Wahlberechtigte:	7 415 892	
Wahlbeteiligung:	5 765 145	= 77,7 %
Ungültig:	249 858 *)	= 2,2 %
Gültig:	11 278 586 *)	
Zahl der Abgeordneten:	204	

	Stimmen *)	Prozent	Mandate
CSU	7 001 551	62,1	132
SPD	3 409 126	30,2	64
FDP	586 533	5,2	8
NPD	121 745	1,1	—
BP	87 435	0,8	—
DKP	45 890	0,4	—
BSP	19 505	0,2	—
KPD	6 801	0,0	—

*) Bei den hier wiedergegebenen Zahlen handelt es sich um eine Addition der Erst- und Zweitstimmen (Gesamtstimmen).

Quelle: Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 47/1974

[1] Vgl. die Ergebnisse der Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg vom 22. März 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 109.
[2] Einschließlich der Nachwahl im Wahlkreis 26 (Northeim) vom 23. Juni 1974. — Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Niedersächsischen Landtag vom 14. Juni 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 110.
[3] Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Bayerischen Landtag vom 22. November 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 112.

Wahl zum Hessischen Landtag (27. Oktober 1974) [4])

Wahlberechtigte:	3 850 223	
Wahlbeteiligung:	3 264 209	= 84,8 %
Ungültig:	33 789	= 1,0 %
Gültig:	3 230 420	
Zahl der Abgeordneten:	110	

	Stimmen	Prozent	Mandate
SPD	1 394 123	43,2	49
CDU	1 528 793	47,3	53
FDP	238 726	7,4	8
DKP	28 699	0,9	—
KBW	2 732	0,1	—
NPD	32 713	1,0	—
KPD	4 168	0,1	—
BDK	352	0,0	—
ELC	23	0,0	—
Unabhängige	91	0,0	—

Quelle: Statistische Berichte des Hessischen Statistischen Landesamtes B VII 2 — 4/74

AUD = Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher / BDK = Bund Deutscher Kommunisten / BP = Bayernpartei / BSP = Bayerische Staatspartei / CDU = Christlich-Demokratische Union / CSU = Christlich-Soziale Union / DKP = Deutsche Kommunistische Partei / DP = Deutsche Partei / EFP = Europäische Föderalistische Partei / ELC = European Labour Committees / FDP = Freie Demokratische Partei / FSU = Freisoziale Union (Demokratische Mitte) / KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschland / KPD = Kommunistische Partei Deutschlands / KPD/ML = Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten / NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands / SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

4) Vgl. die Ergebnisse der Wahl zum Hessischen Landtag vom 8. November 1970 in „Blätter", 1/1971, S. 112.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby, Karl Graf v. Westphalen. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 183, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: 5 Köln 51, Vorgebirgstraße 115, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HERDE, Georg*, geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/M.; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *GOLDBERG, Jörg*, geb. 1943 in Wittenberge, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion 1973, wissenschaftlicher Mitarbeiter; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALFMANN, Dieter* (Pseudonym), lebt als Studienrat in München. *** *IBRAHIM, Salim*, geb. in Syrien, Studium der Volkswirtschaft, promoviert z. Z. in der BRD in den Fächern Politik und Soziologie. Zeitschriftenpublikationen (vorwiegend in arabischer Sprache). *** *HARTUNG, Oswin*, geb. 1951 in Fulda, Studium der Psychologie und Soziologie an der Universität Marburg. *** *ALBERS, Detlev*, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Studienbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen, Mitglied des Hamburger Landesvorstands und des Bundesausschusses der Jungsozialisten; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHEFER, Dr. Gerwin*, geb. 1930 in Marburg/Lahn, von 1955—1962 Lehrer u. a. an der Gesamtschule Kirchhain, von 1962—1971 Pädagogischer Mitarbeiter am Seminar für Soziologie der Erziehung der Universität Gießen, seit 1971 Professor für Soziologie der Erziehung an der Gesamthochschule Kassel; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Druckfehler-Berichtigung: In Heft 12/1974 der „Blätter" muß es auf Seite 1299 in Zeile 4 „nur" statt „nicht" und in Zeile 6 „jedoch" statt „sondern" heißen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 an erhöht die Bundespost das Porto von bisher DM 0,30 auf DM 0,40 pro Heft. Der Verlag bittet darum, Daueraufträge entsprechend zu ändern.

Demokratische Erziehung

Herausgeber: Georg Auernheimer · Frank Benseler · Horst Bethge · Karl H. Bönner Dankwart Danckwerts · Alfred Degen · Frank Deppe · Helga Deppe-Wolfinger Lottemi Doormann · Karl-Heinz Heinemann · Horst Holzer · Hans Rainer Kaiser Karl Chr. Lingelbach · Michael Otte · Karin Priester · Erich Roßmann · Gerwin Schefer Stephan Voets · Herbert Vorgrimler

Eine neue politisch-wissenschaftliche Zweimonatszeitschrift für das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen

In Heft 1 (erscheint im Januar) u. a.:

Friedrich Wißmann
Volksschule — Hauptschule — Sekundarstufe I — Entwicklung oder Etikettentausch?
Dieter Brühl/Heike Fleßner
Arbeiterinteressen in der Hauptschule — Zum Verhältnis von Schule und Elternhaus
Hans-Jochen Gamm
Zur Konfliktproblematik in der bürgerlichen Schule
Wolfgang Jantzen
Behindertenpädagogik am Scheideweg
Wolfgang Däubler
Betriebsräteschulung — Fortschritt mit Hindernissen
Lottemi Doormann
Aus Aktionen lernen — Die Arbeit der Elterninitiativen
Lucien Sève
Kampf der Begabungsideologie
Edgar Drefenstedt
Die Vermittlung einer hohen Allgemeinbildung für alle Kinder an der zehnklassigen Oberschule der DDR

Heft 2 erscheint im März

Schwerpunktthema Frau und Bildung
Weitere Aufsätze zur gewerkschaftlichen Frauenbildungsarbeit; zur Jugendhilfe; Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Lehrern und Industriegewerkschaften: zum Verhältnis von Arbeitsmarkt und Ausbildungssystem; Unterrichtsmedien und Monopole; über den Wert fortschrittlicher Unterrichtseinheiten.

Im Abonnement DM 3,50
Studentenabonnement DM 3,—,
im Buchhandel DM 5,—

Pahl-Rugenstein Verlag

Autoren dieses Heftes

HALL, Martin, geb. 1904 in Gotha, Studium in Marburg, München und Berlin, war anschließend als Journalist tätig, mußte 1933 emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA. *** *HERDE, Georg*, geb. 1919 in Neiße/Oberschlesien, lebt als freier Journalist in Frankfurt/M.; Herausgeber des Presse- und Informationsdienstes „Neue Kommentare". *** *MATTHIESSEN, Gunnar*, geb. 1939 in Köln, Studium der Germanistik und Geschichte in Köln, Sekretär des Initiativkreises Europäische Sicherheitskonferenz. *** *GOLDBERG, Jörg*, geb. 1943 in Wittenberge, Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion 1973, wissenschaftlicher Mitarbeiter; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HALFMANN, Dieter* (Pseudonym), lebt als Studienrat in München. *** *IBRAHIM, Salim*, geb. in Syrien, Studium der Volkswirtschaft, promoviert z. Z. in der BRD in den Fächern Politik und Soziologie. Zeitschriftenpublikationen (vorwiegend in arabischer Sprache). *** *HARTUNG, Oswin*, geb. 1951 in Fulda, Studium der Psychologie und Soziologie an der Universität Marburg. *** *ALBERS, Detlev*, geb. 1943 in Goslar, Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften, Assistenzprofessor am Studienbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen, Mitglied des Hamburger Landesvorstands und des Bundesausschusses der Jungsozialisten; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHEFER, Dr. Gerwin*, geb. 1930 in Marburg/Lahn, von 1955—1962 Lehrer u. a. an der Gesamtschule Kirchhain, von 1962—1971 Pädagogischer Mitarbeiter am Seminar für Soziologie der Erziehung der Universität Gießen, seit 1971 Professor für Soziologie der Erziehung an der Gesamthochschule Kassel; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Druckfehler-Berichtigung: In Heft 12/1974 der „Blätter" muß es auf Seite 1299 in Zeile 4 „nur" statt „nicht" und in Zeile 6 „jedoch" statt „sondern" heißen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1975 an erhöht die Bundespost das Porto von bisher DM 0,30 auf DM 0,40 pro Heft. Der Verlag bittet darum, Daueraufträge entsprechend zu ändern.